

Bayern in Zahlen

Ausgabe 7 | 2012



- Nichtöffentliche Wasserversorgung und Abwasserentsorgung in Bayern 2010
- Demographischer Wandel in Bayern – eine Herausforderung für die amtliche Statistik
- Zehn Jahre Forschungsdatenzentrum der Statistischen Ämter der Länder
- ZENSUS 2011: Durchführung der Wiederholungsbefragung



Alle Veröffentlichungen im Internet unter
www.statistik.bayern.de/veroeffentlichungen

Diesen Code einfach mit dem entsprechenden App scannen, um zum angegebenen Link zu gelangen.

Kostenlos

ist der Download von allen Statistischen Berichten (meist PDF- und Excel-Format) sowie von „Bayern Daten“ und „Statistik kommunal“ (Informationelle Grundversorgung).

Kostenpflichtig

sind die links genannten Veröffentlichungen in gedruckter Form sowie die Druck- und Dateiausgaben (auch auf Datenträger) aller anderen Veröffentlichungen. Bestellung direkt im Internet oder beim Vertrieb, per E-Mail oder Fax.

Newsletter-Service

Für Themenbereich/e anmelden. Information über Neuerscheinung/en wird per E-Mail aktuell übermittelt.

Impressum

Bayern in Zahlen

Fachzeitschrift für Statistik sowie Informations- und Kommunikationstechnik

Jahrgang 143. (66.)

Artikel-Nr. Z10001

ISSN 0005-7215

Erscheinungsweise

monatlich

Herausgeber, Druck und Vertrieb

Bayerisches Landesamt für
Statistik und Datenverarbeitung
St.-Martin-Straße 47
81541 München

Preis

Einzelheft 4,80 €
Jahresabonnement 46,00 €
Zuzüglich Versandkosten

Bildnachweis

© Fotolia

Vertrieb

E-Mail vertrieb@statistik.bayern.de
Telefon 089 2119-3205
Telefax 089 2119-3457
Internet www.statistik.bayern.de/veroeffentlichungen

Auskunftsdienst

E-Mail info@statistik.bayern.de
Telefon 089 2119-3218
Telefax 089 2119-13580

© Bayerisches Landesamt für Statistik und Datenverarbeitung, München 2012

Alle Veröffentlichungen oder Daten sind Werke im Sinne § 2 Urheberrechtsgesetz. Die Verwendung, Vervielfältigung und/oder Verbreitung von Veröffentlichungen oder Daten gleich welchen Mediums (Print, Datenträger, Datei etc.) – auch auszugsweise – ist nur mit Quellenangabe gestattet. Sie bedarf der vorherigen Genehmigung bei Nutzung für gewerbliche Zwecke, bei entgeltlicher Verbreitung oder bei Weitergabe an Dritte sowie bei Weiterverbreitung über elektronische Systeme und/oder Datenträger. Sofern in den Produkten auf das Vorhandensein von Copyrightrechten Dritter hingewiesen wird, sind die in deren Produkten ausgewiesenen Copyrightbestimmungen zu wahren. Alle übrigen Rechte bleiben vorbehalten.

Erläuterungen

0 mehr als nichts, aber weniger als die Hälfte der kleinsten in der Tabelle nachgewiesenen Einheit

- nichts vorhanden

... Angabe fällt später an

/ keine Angaben, da Zahlen nicht sicher genug

. Zahlenwert unbekannt, geheimzuhalten oder nicht rechenbar

X Tabellenfach gesperrt, weil Aussage nicht sinnvoll

() Nachweis unter dem Vorbehalt, dass der Zahlenwert erhebliche Fehler aufweisen kann

p vorläufiges Ergebnis

r berichtigtes Ergebnis

s geschätztes Ergebnis

D Durchschnitt

± entspricht

Gelegentlich auftretende Differenzen in den Summen sind auf das Runden der Einzelposition zurückzuführen.

Statistik aktuell

434 Kurzmitteilungen

Nachrichten

467 Ergebnisse der Lohnsteuererlegung

470 Gunnar Loibl ist neuer Pressesprecher
des Bayerischen Landesamts für Statistik
und Datenverarbeitung

471 Statistik-Tage Bamberg-Fürth 2012 –
Methoden und Potenziale des Zensus 2011

Beiträge aus der Statistik

484 Demographischer Wandel in Bayern –
eine Herausforderung für die
amtliche Statistik

492 Zehn Jahre Forschungsdatenzentrum der
Statistischen Ämter der Länder

501 ZENSUS 2011: Durchführung der
Wiederholungsbefragung

509 Nichtöffentliche Wasserversorgung und
Abwasserentsorgung in Bayern 2010

Bayerischer Zahlenspiegel

519 Tabellen

528 Graphiken

Neuerscheinungen

3. Umschlagseite

Kurzmitteilungen

Bayern wächst 2011 durch Zuwanderung um über 76 000 Einwohner

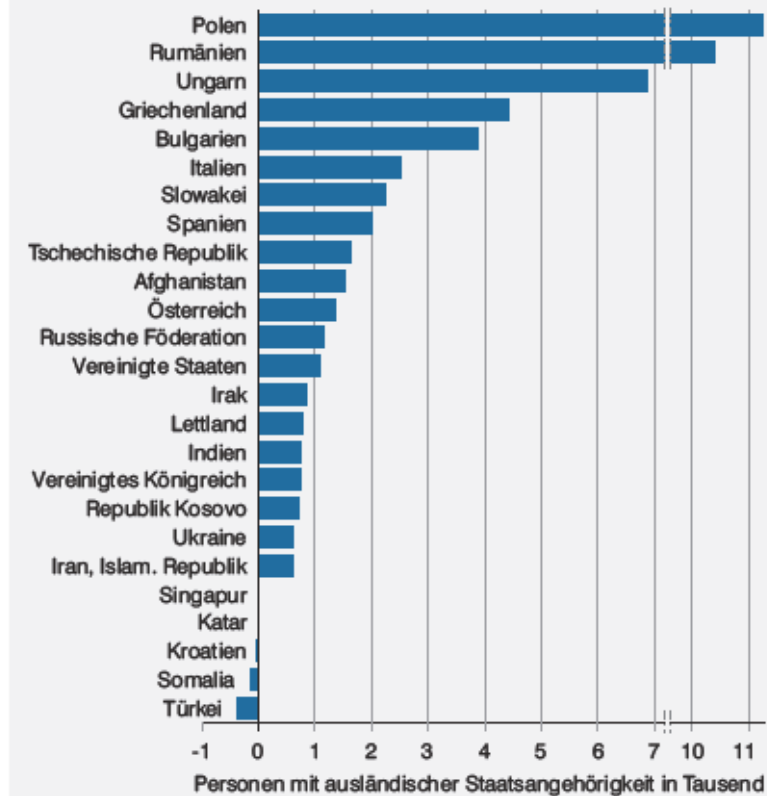
Die Wanderungsbilanz Bayerns wies im Jahr 2011 einen Überschuss von rund 76 000 Personen auf. Damit erhöhte sich das Wanderungsplus Bayerns gegenüber dem Vorjahr um rund 67% (2010: +45 600 Personen). Der Saldo des Jahres 2011 ergab sich aus rund 309 000 Zuzügen und 233 000 Fortzügen über die Grenzen des Freistaats.

Gegenüber dem Ausland wies die Wanderungsstatistik Bayerns für 2011 rund 181 000 Zuzüge (2010: 140 000) und 120 300 Fortzüge (2010: 105 000) auf. Der Saldo bei Personen mit deutscher Staatsangehörigkeit fiel gegenüber dem Ausland mit rund -4 000 Personen dem langjährigen Trend entsprechend auch im Jahr 2011 negativ aus.

Gegenüber dem übrigen Bundesgebiet wurden im Jahr 2011 etwas über 128 000 Zuzüge (2010: 118 700) und rund 112 700 Fortzüge (2010: 107 700) verbucht. Durch die erneut etwas gestiegenen Zuzugszahlen von Deutschen aus den andern Bundesländern ergab sich für die deutsche Bevölkerung Bayerns insgesamt ein Wanderungsplus von rund 8 500 Personen. Das Wanderungsplus bei den Personen mit ausländischer Staatsangehörigkeit belief sich hingegen auf über 67 500 Personen und erreichte damit den höchsten Wert seit 2001.

Etwa 76% des Wanderungsgewinns bei den nicht-deutschen

Wanderungsgewinne und -verluste Bayerns 2011 gegenüber ausgewählten Staaten



Staatsangehörigen entfielen auf Bürger der EU (rund 51 600 Personen). Die zahlenmäßig größte Gruppe waren dabei Polen (+11 223), gefolgt von rumänischen (+10 393), ungarischen (+6 882) und griechischen (+4 440) Staatsangehörigen. Insgesamt kamen 2011 rund 75% der Zuwanderer aus der EU aus den seit 2004 beigetretenen zwölf Staaten (39 000 Personen). Zu dieser Entwicklung dürfte unter anderem der Wegfall der letzten Einschränkungen zum Arbeits-

marktzugang für die Staatsangehörigen dieser Länder im Mai 2011 beigetragen haben.

Der Wanderungssaldo von Personen aus Nicht-EU-Staaten lag 2011 bei über 9 200 Personen. Etwa 70% der Nettozuwanderung von Drittstaatsangehörigen im Jahr 2011 entfielen auf Zuwanderer mit einer asiatischen Staatsangehörigkeit (6 400 Personen).

Ausführliche Ergebnisse enthält der Statistische Bericht „Wanderungen in Bayern 2010“ (Bestellnummer: A3102C 201000, nur als Datei).*

Knapp 12 500 Einbürgerungen im Jahr 2011 in Bayern

Die Zahl der Einbürgerungen in Bayern hat sich 2011 gegenüber dem Vorjahr deutlich erhöht. 12 498 ausländische Personen (6 760 Frauen und 5 738 Männer) erhielten im Jahr 2011 im Freistaat Bayern die deutsche Staatsangehörigkeit. Damit wurden 477 Personen mehr als im Jahr 2010 eingebürgert. 51 % (6 379 Personen) der im Jahr 2011 Eingebürgerten behielten nach der Einbürgerung ihre frühere Staatsangehörigkeit bei. Zum Zeitpunkt ihrer Einbürgerung hatten knapp 62 % (7 726 Personen) eine europäische, rund 25 % (3 151 Personen) eine asiatische, knapp 8 % (981 Personen) eine afrikanische und etwas über 4 % (530 Personen) eine amerikanische Staatsangehörigkeit. Knapp

1 % (103 Personen) waren staatenlos oder wiesen eine ungeklärte Staatsangehörigkeit auf.

Nach Einzelstaaten gegliedert, stellten mit 2 136 Eingebürgerten die Personen mit türkischer Staatsangehörigkeit erneut die größte Gruppe. Es folgten 913 Eingebürgerte mit irakischer Staatsangehörigkeit und 851 Eingebürgerte mit ukrainischer Staatsangehörigkeit. Einbürgerungen werden weiterhin vor allem von jüngeren Ausländern wahrgenommen. Denn von den 2011 eingebürgerten Personen waren über 14 % (1 774 Personen) jünger als 18 Jahre, etwas über 72 % der Eingebürgerten (9 021 Personen) waren 18 bis unter 45 Jahre, 11,5 % (1 429 Personen)

45 bis unter 60 Jahre und über 2 % (274 Personen) hatten ein Alter von 60 Jahren oder mehr erreicht.

Zum Zeitpunkt ihrer Einbürgerung lag von rund 42 % der Eingebürgerten (5 260 Personen) der Hauptwohnsitz im Regierungsbezirk Oberbayern. In Mittelfranken lebten rund 21 % (2 606), in Schwaben fast 13 % (1 607), in Unterfranken knapp 8,5 % (1 049), in Oberfranken 5,5 % (690) und in den Regierungsbezirken Oberpfalz und Niederbayern etwas über 5 % (654 bzw. 632) der eingebürgerten Personen.

Ausführliche Ergebnisse enthält der Statistische Bericht „Einbürgerungen in Bayern 2010“ (Bestellnummer: A1900C 201000, nur als Datei).*

Familiengründungen in Bayern nehmen 2011 erneut zu

Im Jahr 2011 wurden 59 274 Ehen vor bayerischen Standesämtern geschlossen. Das waren rund 0,3 % mehr (+182) als im Vorjahr 2010. Damit setzte sich der seit 2008 feststellbare Trend jährlich steigender Heiratszahlen fort. Im Jahresverlauf 2011 erfolgten die meisten Trauungen nicht im „Wonnemonat“ Mai (6 343) sondern mit

7 543 im Juli. Ein eher untypischer Heiratsmonat machte letztes Jahr auf sich aufmerksam, denn den höchsten Tageswert des Jahres mit 2 107 Eheschließungen wies das „magische“ Datum 11.11.2011 auf.

Insgesamt kamen 2011 in Bayern 103 668 Babys lebend zur Welt, davon 50 188 Mädchen und

53 480 Jungen. Im Vergleich zum Vorjahr 2010 nahm die Zahl der Geburten damit um 1 583 oder 1,5 % ab. Ein deutlich stärkerer Rückgang als im Gesamttrend war bei der Zahl der in Ehen geborenen Kinder festzustellen. So wurden im Jahr 2011 gut 76 300 Kinder von miteinander verheirateten Eltern geboren, rund 2,3 % weniger

Lebendgeborene und Gestorbene in Bayern 2010 und 2011 nach Regierungsbezirken								
Regierungsbezirk	Lebendgeborene			Gestorbene			Überschuss der Geborenen bzw. der Gestorbenen (-)	
	2010	2011	Zu- bzw. Abnahme (-) in Prozent	2010	2011	Zu- bzw. Abnahme (-) in Prozent	2010	2011
Oberbayern	40 634	40 378	-0,6	38 608	38 433	-0,5	2 026	1 945
Niederbayern	9 317	9 113	-2,2	12 067	12 248	1,5	-2 750	-3 135
Oberpfalz	8 591	8 205	-4,5	11 151	11 041	-1,0	-2 560	-2 636
Oberfranken	7 908	7 715	-2,4	12 545	12 325	-1,8	-4 637	-4 610
Mittelfranken	14 190	13 956	-1,6	17 695	17 603	0,6	-3 505	-3 647
Unterfranken	9 917	9 899	-0,2	13 349	13 383	0,3	-3 432	-3 484
Schwaben	14 694	14 402	-2,0	17 674	17 722	0,3	-2 980	-3 320
Bayern	105 251	103 668	-1,5	123 089	122 955	-0,1	-17 838	-19 287

als im Jahr zuvor. Demgegenüber stieg die Zahl der nicht ehelich Geborenen gegenüber dem Vorjahr 2010 um 0,9% auf rund 27 350. Im Jahr 2011 erreichte der Anteil der in nichtehelichen Familien zur Welt gekommenen Kinder mit 26,4% in Bayern seinen höchsten Wert seit 1950. Innerhalb der letzten 20 Jahre hat sich dieser Anteil mehr als verdreifacht. Allerdings ist zu berücksichtigen, dass mittlerweile knapp 45% der nicht ehelich geborenen Kinder durch eine spätere Heirat der Eltern in einer Ehepaarfamilie aufwachsen.

Im Jahr 2011 ergab sich aufgrund des Geburtenrückgangs von 1,5% und eines nur geringfügigen Rückgangs bei der Zahl der Gestorbenen von 0,1% auf 122 955 für die Bilanz der natürlichen Bevölkerungsentwicklung (Lebendgeborene minus Gestorbene) erneut ein negatives Ergebnis. Dabei stieg das Geburtendefizit von 17 838 im Jahr 2010 auf 19 287 Personen im Jahr 2011.

Im Vergleich der Regierungsbezirke konnte 2011 lediglich Oberbayern noch einen Geburten-

überschuss von 1 945 Personen verzeichnen. Für die übrigen Regierungsbezirke zeigten sich erneut zum Teil deutlich gestiegene Sterbefallüberschüsse.

Ausführliche Ergebnisse enthält der demnächst erscheinende Statistische Bericht „Natürliche Bevölkerungsbewegung in Bayern 2011“ (Bestellnummer: A2110C 201100, nur als Datei).*

Knapp ein Fünftel der bayerischen Bevölkerung lebte 2011 allein in einem Haushalt

Nach den Ergebnissen des Mikrozensus, einer jährlichen Stichprobenerhebung bei einem Prozent der Bevölkerung, gab es in Bayern 2011 insgesamt 2,3 Millionen Alleinlebende. Das war knapp ein Fünftel (fast 19%) der Bevölkerung in Familien und sonstigen Lebensformen am Hauptwohnsitz (12,4 Millionen). Die langfristige Betrachtung zeigt, dass Einpersonenhaushalte in den letzten Jahrzehnten immer mehr an Bedeutung gewannen. Im Jahr 1996 lag der Anteil der Alleinlebenden an der Bevölkerung noch bei rund 15% und damit knapp 4 Prozentpunkte niedriger. Zu den Alleinlebenden zählen nach Definition des Mikrozensus alle alleinstehende Personen, die in einem Einpersonenhaushalt wohnen.

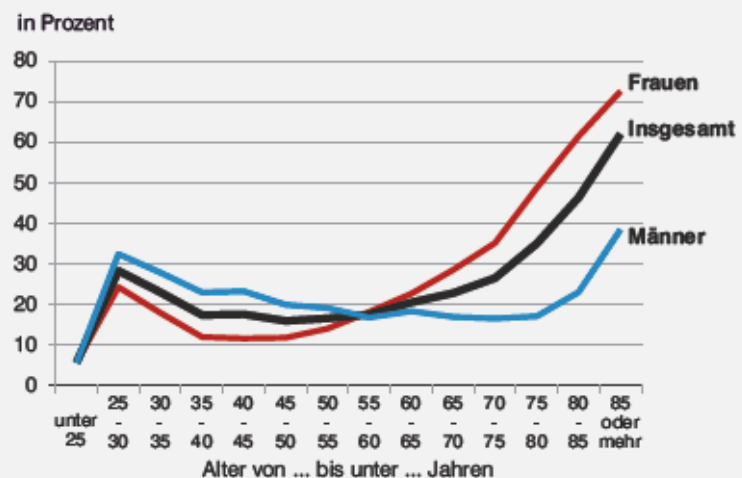
Frauen wiesen unter den Alleinlebenden einen Anteil von knapp 54% auf. Dies ist in erster Linie darauf zurückzuführen, dass ein Singledasein unter Seniorinnen weit häufiger auftritt, als unter den Senioren. So lebten von den 65-jährigen oder älteren Seniorin-

nen rund 45% allein, wohingegen nur rund 19% der gleichaltrigen Senioren dieser Lebensform zuzuordnen waren. In diesem Zusammenhang spielt zum einen die im Vergleich zu Männern höhere Lebenserwartung der Frauen eine Rolle. Zum anderen wirkt sich hier auch das Partnerwahlverhalten aus, da bei vielen Paaren häufig der Mann älter ist als die Partnerin.

Dieser Trend spiegelt sich auch in der hohen Zahl der weiblichen Verwitweten unter den älteren allein lebenden Menschen wider. So standen den rund 451 000 verwitweten Frauen im Alter von mindestens 65 Jahren nur rund 95 000 Witwer gegenüber.

In der Altersgruppe der unter 25-Jährigen betrug die Quote der

Alleinlebende in Bayern* nach Altersgruppen und Geschlecht
Ergebnisse des Mikrozensus 2011



* Anteil der Alleinlebenden an der Bevölkerung in Familien/ Lebensformen am Hauptwohnsitz.

Alleinlebenden bei beiden Geschlechtern im Freistaat 2011 knapp 6%. Im Vergleich dazu lag in der Altersgruppe der 25- bis unter 30-Jährigen die Alleinleben- denquote deutlich höher. So lebte beinahe jeder dritte junge Mann (32%) bzw. fast jede vierte junge Frau (24%) in einem Einpersonenhaushalt. Mit dem Auszug aus dem Elternhaus geht somit bei beiden Geschlechtern ein steigender Anteil der Alleinlebenden einher. Da Personen im Alter von 30 bis unter 65 Jahren verstärkt mit einem Lebens- oder Ehepartner zusammenwohnen, war für dieses mittlere Alter ein niedrigeres Niveau der Alleinlebendenquote (rund 18%) zu verzeichnen. Für die Seniorengeneration zeigte sich mit ansteigendem Alter eine deutliche Zunahme des Alleinlebenden-Anteils. Allerdings ist bei den Seniorinnen

zu erkennen, dass der Anstieg in einem früheren Alter und in stärkerem Ausmaß einsetzte als bei den Männern.

In Bezug auf den Familienstand zeigte sich, dass die Ledigenquote der Alleinlebenden bei 50% lag. Weitere rund 27% waren verwitwet, knapp 18% geschieden und gut 5% verheiratet, aber getrennt lebend. Zwischen den Geschlechtern bestanden insbesondere hinsichtlich des Ledigen- und Verwitwetenanteils Unterschiede. Von den allein lebenden Männern zählten fast 64% zu den Ledigen, bei den Frauen nur gut 38%. Mehr als jede vierte allein lebende Frau (42%) war verwitwet, von den Männern nur etwa jeder Zehnte.

Rund acht von zehn Alleinlebenden im Alter von 18 bis unter 65

Jahren gingen einer Erwerbstätigkeit nach. Damit lag die Erwerbstätigenquote knapp 2 Prozentpunkte über derjenigen der Nichtalleinlebenden gleichen Alters (gut 78%). Hinsichtlich des zeitlichen Umfangs der Berufstätigkeit fielen die Unterschiede zwischen den Lebensformen größer aus. Von den erwerbstätigen Alleinlebenden übten rund 85% eine Voll- und rund 15% eine Teilzeittätigkeit aus. Nichtalleinlebende Erwerbstätige arbeiteten hingegen relativ häufiger im Umfang von weniger als 32 Wochenarbeitsstunden, das heißt in Teilzeit (rund 28%). Entsprechend wiesen sie eine Vollzeitquote von rund 72% auf.

Zum Anti-Drogentag am 26. Juni

Im Jahr 2010 wurden in den bay- erischen Krankenhäusern 63 849 vollstationäre Behand-

lungen von Patienten durchgeführt, die als Hauptdiagnose psychische Störungen und Verhaltensstörun-

gen aufgrund psychotroper Substanzen zeigten. Zu den psychotrophen Substanzen zählen Drogen

Behandlungen wegen psychischer Störungen und Verhaltensstörungen aufgrund psychotroper Substanzen in Bayern 2010 Vollstationäre Behandlungsfälle (nur Hauptdiagnosen)						
Altersgruppe	Behandlungsfälle		davon Fälle aufgrund			
			legaler Drogen		illegaler Drogen	
	insgesamt	darunter von männl. Patienten	zusammen	darunter von männl. Patienten	zusammen	darunter von männl. Patienten
unter 15	889	436	857	421	32	15
15 bis unter 20	5 945	3 895	5 205	3 369	740	526
20 bis unter 25	5 778	4 023	3 743	2 557	2 035	1 466
25 bis unter 30	5 573	4 059	3 135	2 253	2 438	1 806
30 bis unter 35	5 496	4 083	3 435	2 446	2 061	1 637
35 bis unter 40	5 572	4 130	4 275	3 118	1 297	1 012
40 bis unter 45	7 729	5 541	6 675	4 774	1 054	767
45 bis unter 50	8 528	5 885	7 964	5 452	564	433
50 bis unter 55	6 937	4 956	6 691	4 792	246	164
55 bis unter 60	4 510	3 191	4 369	3 102	141	89
60 bis unter 65	2 873	1 938	2 820	1 910	53	28
65 bis unter 70	1 835	1 203	1 796	1 187	39	16
70 bis unter 75	1 343	822	1 317	816	26	6
75 bis unter 80	484	304	459	298	25	6
80 bis unter 85	236	132	213	123	25	9
85 bis unter 90	98	37	87	36	11	1
90 bis unter 95	17	2	12	2	5	0
95 oder mehr	4	2	4	2	0	0
Insgesamt	63 849	44 639	53 057	36 658	10 792	7 981

wie z. B. Tabak, Alkohol, Opium, Cannabis, Kokain, Tabletten und flüchtige Lösungsmittel. Dies waren rund 1,8% mehr als im Vorjahr (2009: 62 728) und rund 5,2% mehr als zehn Jahre zuvor.

In 53 057 Fällen war der Konsum von legalen Drogen wie Alkohol, Tabak, pharmazeutischen oder chemischen Produkten verantwortlich für die Störung. Dies entsprach 83% aller Behandlungsfälle wegen psychischer Störungen und Verhaltensstörungen aufgrund psychotroper Substanzen. Illegale Drogen wie Heroin, Kokain, Opium und Cannabis waren dagegen nur in 10 792 Fällen verantwortlich für einen vollstationären Krankenhausaufenthalt.

Bei mehr als zwei Dritteln (69%) aller aufgrund des Konsums legaler Drogen erfolgten Krankenhausbehandlungen waren die Patienten männlich. Mit Blick auf das Alter der Patienten mit der Hauptdiagnose Konsum von legalen Drogen zeigt sich, dass in nahezu einem Viertel der Fälle die Patienten jünger als 30 Jahre waren. Dabei ist auffallend, dass die Fallzahl in der Altersgruppe der 15- bis unter 20-Jährigen sprunghaft ansteigt gegenüber der Altersgruppe der 15 Jahre oder Jüngeren. Bei der Altersklasse der 20- bis unter 40-Jährigen ist hingegen ein geringes Absinken der Zahl der Behandlungsfälle festzustellen. Erst bei den Altersgruppen der 40- bis unter 55-Jährigen zeigt sich ein

vergleichbar hoher oder noch höherer Behandlungsbedarf aufgrund des Genusses legaler Drogen.

Bei den Krankenhausbehandlungen aufgrund des Konsums illegaler Drogen waren fast drei Viertel aller Patienten männlich. In fast der Hälfte der Fälle waren die Patienten noch keine 30 Jahre alt. Ein auffälliger Anstieg der Fallzahlen ist in der Altersgruppe der 20- bis unter 25-Jährigen zu verzeichnen.

Weitere Ergebnisse enthält der Statistische Bericht „Krankenhausstatistik – Grunddaten, Diagnosen und Kostennachweis 2010“ (Bestellnummer: A4200C 20100, nur als Datei) .*

Ende 2011 3,5% mehr wissenschaftliches und künstlerisches Personal an Bayerns Hochschulen

Anfang Dezember 2011 gab es an Bayerns Hochschulen und Hochschulkliniken insgesamt 92 929 Beschäftigte (ohne studentische Hilfskräfte). Damit waren 3,5% mehr Personen tätig als ein Jahr zuvor (89 748). 51 177 Beschäftigte (55,1%) waren im wissenschaftlich-künstlerischen Bereich tätig, in der Verwaltung oder im technischen Bereich arbeiteten 41 752 Personen. Nach den noch vorläufigen Ergebnissen stieg die Zahl des wissenschaftlichen und künstlerischen Personals insgesamt mit 3,5% (+2 686 Beschäftigte) stärker an, als die des Verwaltungs-, technischen und sonstigen Personals (+1,2%).

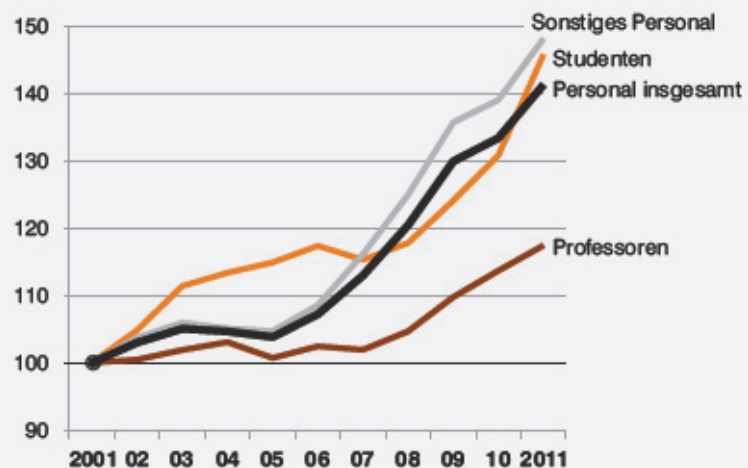
Im Bereich des wissenschaftlichen und künstlerischen Personals stieg die Zahl der hauptberuflich Beschäftigten (32 632) gegenüber dem Vorjahr mit 5,9% stärker an, als die der nebenberuflich Täti-

gen (18 545; +4,8%). Ende 2011 lehrten und forschten an den bayerischen Hochschulen insgesamt 6 047 Professoren (+3,3%), damit wurden 193 neue Professuren

geschaffen. Daneben arbeiteten 1 129 Dozenten und Assistenten (+0,4%) und 23 599 wissenschaftliche und künstlerische Mitarbeiter (+6,3%) hauptberuflich an den

Studierende und hauptberufliches, wissenschaftliches und künstlerisches Personal an Bayerns Hochschulen seit 2001*

1999 = 100



* Studenten des jeweiligen Wintersemesters, Personal zum Stichtag 1. Dezember

Hochschulen. In der Lehre waren zudem 1 857 hauptberufliche Lehrkräfte (+14,8%) für besondere Aufgaben sowie 12 218 nebenberufliche Lehrbeauftragte (-1,3%) tätig.

Die Zahl der Professoren hat sich seit 2001 (5 151) zunächst nur geringfügig geändert. Seit 2008 ist ein stärkerer Anstieg zu verzeichnen. Insgesamt erhöhte sich die Zahl der Hochschullehrer seit 2001

um 17,4%. Beim sonstigen hauptberuflichen, wissenschaftlichen und künstlerischen Personal war dagegen bereits seit 2006 eine positive Entwicklung festzustellen. Ende 2011 gab es an Bayerns Hochschulen in dieser Personalgruppe 48,1% mehr Beschäftigte als 2001 (17 952). Die Zahl der Dozenten, Assistenten, wissenschaftlich-künstlerischen Mitarbeiter und hauptberuflichen Lehrkräfte für be-

sondere Aufgaben stieg in dieser Zeit damit insgesamt etwas stärker als die der Studierenden (45,7%).

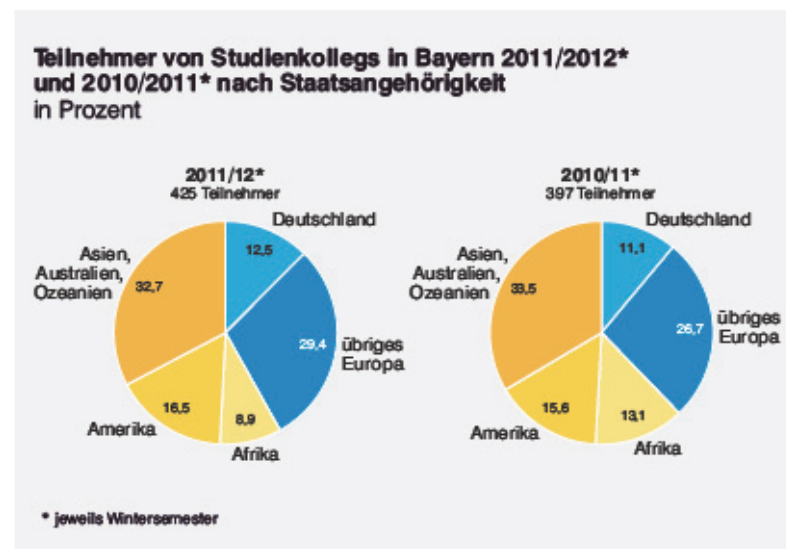
Vorläufige Ergebnisse für einzelne Hochschulen können im Internet als Datei unter <https://www.statistik.bayern.de/statistik/hochschulen/> kostenlos heruntergeladen werden.

Im Wintersemester 2011/12 425 Studienkollegiaten aus 69 Staaten in Bayern

Im Wintersemester 2011/12 waren an bayerischen Hochschulen 425 Studienbewerber mit einer ausländischen Hochschulzugangsberechtigung immatrikuliert, die nicht als einem deutschen Abitur gleichwertig anerkannt ist. Diese „Studienkollegiaten“ bereiten sich in den Studienkollegs bayerischer Hochschulen auf ein Fachstudium vor. Im Wintersemester 2010/11 waren es nur 397 Bewerber.

247 oder 58,1% der Studienkollegiaten waren Frauen. Dies entsprach in etwa dem Anteil des Vorjahres. Im Wintersemester 1995/96 lag der Frauenanteil in den Studienkollegs erst bei 39,7%. Seit dem Wintersemester 1997/98 waren immer mindestens die Hälfte der Kollegiaten Frauen. Der höchste Wert war im Wintersemester 2001/2002 mit 59,4% zu verzeichnen.

Die Studienbewerber im Wintersemester 2011/12 stammten aus 69 verschiedenen Staaten. Unter ihnen waren auch 53 deutsche Staatsangehörige mit einer ausländischen Hochschulzugangsberechtigung. Nach einem in der



Regel zweisemestrigen fachspezifischen Kurs ist eine Prüfung abzugeben, mit der festgestellt wird, ob die Kollegiaten über Kenntnisse auf Abiturniveau verfügen. 41 Studienkollegiaten sind vietnamesische und 30 albanische Staatsbürger. Auf den nächsten Plätzen folgen russische (21) und ukrainische (16) Staatsangehörige und Kollegiaten aus Bosnien und Herzegowina (16).

Etwa ein Drittel (32,9%) der Kollegiaten – darunter mehr als die Hälfte

te Frauen – bereiten sich auf ein Studium vor, das die Fachhochschulreife voraussetzt. 285 Kollegiaten wollen die den deutschen Anforderungen entsprechende allgemeine bzw. fachgebundene Hochschulreife erwerben.

6,86 Millionen Erwerbstätige in Bayern im ersten Quartal 2012

Im ersten Quartal 2012 erhöhte sich die Zahl der Erwerbstätigen in Bayern auf 6,86 Millionen Personen gegenüber 6,72 Millionen Personen im ersten Quartal 2011. Dies entspricht einem Anstieg um 2,1%. Einen Rückgang bei den Erwerbstätigenzahlen gegenüber dem entsprechenden Vorjahresquartal gab es zuletzt im ersten Quartal 2010. Somit konnte im ersten Quartal 2012 das achte Mal in Folge eine Beschäftigungszunahme verzeichnet werden. Auch der Stand aus der Zeit vor der Rezession im Jahr 2009 wird inzwischen deutlich übertroffen. Die Erwerbstätigenzahl lag um rund 316 000 Personen bzw. 4,8% höher als im ersten Quartal 2008.

Im Vergleich der Bundesländer entwickelte sich der Arbeitsmarkt in Bayern überdurchschnittlich posi-

tiv. Lediglich in Berlin stieg die Zahl der Erwerbstätigen mit 2,3% stärker an als in Bayern. Hessen erreichte mit 2,1% eine ähnlich hohe Zunahme. Deutschlandweit stieg die Beschäftigung um 1,5%. Dabei schnitten die alten Länder (ohne Berlin) mit 1,7% besser ab als die neuen Länder (einschließlich Berlin) mit 0,8%. Eine Beschäftigungsabnahme war im ersten Quartal 2012 lediglich in Sachsen-Anhalt zu verzeichnen (-0,5%).

Mit den Ergebnissen zu den Beschäftigtenzahlen legt der Arbeitskreis „Erwerbstätigkeit des Bundes und der Länder“ (AK ETR), dem die Statistischen Ämter des Bundes und der Länder sowie der Deutsche Städtetag angehören, erstmals vorläufige Quartalsergebnisse für den Zeitraum zwischen 2008 und 2012 vor, die im

Rahmen der Revision 2011 überarbeitet wurden. Weitere Ergebnisse sowie Informationen zur Revision 2011 sind auf der Homepage des Arbeitskreises unter www.ak-etr.de zu finden.

Zeitgleich mit den Quartalsergebnissen veröffentlichten die Statistischen Ämter des Bundes und der Länder für langfristig ausgerichtete Untersuchungen des Arbeitsmarktes auch die revidierten Jahresergebnisse der Erwerbstätigen ab 1991 Reihe 1 Band 1. Die Gemeinschaftsveröffentlichung „Erwerbstätige in den Ländern der Bundesrepublik Deutschland 1991 bis 2011“ kann kostenlos unter www.ak-etr.de heruntergeladen werden.

2011 wechselten in Bayern 4 262 landwirtschaftliche Grundstücke den Eigentümer

2011 wurden 4 262 landwirtschaftliche Grundstücke mit einer landwirtschaftlich genutzten Fläche von 6 166 Hektar in Bayern verkauft. Die Kaufsumme betrug 185,4 Millionen Euro. Hierbei handelte es sich um Grundstücke ohne Gebäude und ohne Inventar mit einer Mindestgröße von 1 000 m², die zumindest in einem überschaubaren Zeitraum weiterhin landwirtschaftlich als Acker- oder Grünland genutzt werden. Je Verkaufsfall wurden durchschnittlich 1,45 Hektar landwirtschaftlich genutzte Fläche veräußert. Bei über der Hälfte der Kauffälle lag die Fläche unter 1 Hektar, in lediglich 3,6% der Fälle wechselten mindestens 5 Hektar Landwirtschaftsfläche den Besitzer.

Im Durchschnitt errechnet sich für alle im Jahr 2011 in Bayern getätigten Verkäufe von landwirtschaftlich genutzter Fläche ein Wert von 30 064 Euro je Hektar (3,01 Euro

je m²). Dies waren je Hektar fast 4 200 Euro bzw. 16,2% mehr als im vorangegangenen Jahr. Ein höherer Wert wurde zuletzt im Jahr 1990 erzielt. Der durchschnittliche

Veräußerung landwirtschaftlichen Grundbesitzes* in Bayern 2011				
Regierungsbezirk	Veräußerungsfälle	Veräußerte Fläche der landwirtsch. Nutzung (FdlN)	Kaufwert	
			insgesamt	je Hektar veräußerte FdlN
	Anzahl	ha	1 000 €	€
Oberbayern	705	1 160,3	48 702	41 972
Niederbayern	713	1 113,5	40 748	36 595
Oberpfalz	422	630,6	15 903	25 219
Oberfranken	631	739,6	10 578	14 303
Mittelfranken	246	409,7	9 794	23 902
Unterfranken	549	677,9	13 196	19 465
Schwaben	996	1 433,6	46 437	32 367
Bayern	4 262	6 165,5	185 358	30 064

* ohne Gebäude und ohne Inventar.

Kaufwert je Hektar differierte in den einzelnen Regierungsbezirken erheblich. Am höchsten lag er mit 41 972 Euro in Oberbayern. Dies waren rund 11 900 Euro bzw. knapp 40% mehr als im Landesdurchschnitt. Auch in Niederbayern (36 595 Euro) und Schwaben (32 387 Euro) wurde ein überdurchschnittlicher Hektar-Preis erzielt. Der mit Abstand niedrigste Verkaufswert errechnete sich mit 14 303 Euro für den Regierungsbezirk Oberfranken. Dies waren

knapp 66 % weniger als in Oberbayern und gut 52 % weniger als im Landesdurchschnitt. Deutlich unter dem Landesmittel lagen auch die in Unterfranken (19 465 Euro) und Mittelfranken (23 902 Euro) erzielten Hektarerlöse. Allerdings ist zu beachten, dass es sich bei der Kaufwertestatistik methodisch nicht um eine echte Preisstatistik handelt, sodass die durchschnittlichen Kaufwerte für einen regionalen und zeitlichen Vergleich nur bedingt aussagekräftig sind. Der

Verkaufspreis bei jeder Grundstückstransaktion wird z. B. durch andersgeartete kauffallspezifische Eigenschaften wie Bodenqualität, Lage, Nutzungsart oder Grundstücksgröße maßgeblich beeinflusst.

Ausführliche Ergebnisse enthält der Statistische Bericht M 17 „Kaufwerte landwirtschaftlicher Grundstücke in Bayern 2011“ (Bestellnummer: M1700G 2011, nur als Datei).*

4 730 Tonnen Speisefisch 2011 in Bayern erzeugt

Gemäß der EU-Verordnung über die Vorlage von Aquakulturstatistiken wurde für das Jahr 2011 erstmals bundesweit eine Erhebung zur Aquakulturstatistik durchgeführt. Unter Aquakultur ist die Produktion von Gewässerlebewesen, wie Fische, Krebs- und Weichtiere und Algen, unter kontrollierten Haltung- und Aufzuchtbedingungen zu verstehen. Im Gegensatz zur Fischerei sind die Wasserorganismen während der gesamten Aufzucht bis zum Verkauf im Besitz der Betreiber der Aquakulturanlagen.

Von den in der Erhebung berücksichtigten gut 3 300 Speisefisch produzierenden Betrieben wurden 4 730 Tonnen (t) Speisefisch erzeugt. Dies entspricht 376 Gramm pro Einwohner in Bayern. Trotz der Kleinstrukturierung der Aquakulturbetriebe in Bayern wurde der überwiegende Teil der in den Verkauf gegangenen Fische nur von wenigen großen Betrieben erzeugt. So entfielen auf fünf Prozent der Aqua-

kulturbetriebe – deren jährliche Fischproduktion jeweils mindestens fünf Tonnen betrug – knapp 73 % (3 441 t) der zum Verzehr verkauften Fische. Im Durchschnitt wurde von jedem dieser rund 170 Betriebe 20,5 t Speisefisch erzeugt. Dagegen trugen die kleineren Betriebe, die eine jährliche Produktion von unter einer Tonne aufweisen (83 % der Aquakulturbetriebe) lediglich knapp ein Zehntel (464 t) zur Speisefischproduktion in Bayern bei. Die durchschnittlich erzeugte Menge dieser rund 2 760 Betriebe lag bei 168 kg.

Gut drei Viertel der Speisefischproduktion entfielen in Bayern auf Karpfen (1 844 t bzw. 39,0%) sowie auf Regenbogen- und Lachsforellen (1 770 t bzw. 37,4%). Mit deutlichem Abstand folgen mit einem Anteil von zusammen etwa 18% Elsäßer Saiblinge, Bachforellen sowie Bachsaiblinge.

86 % der Karpfen stammten dabei aus Mittelfranken (899 Tonnen bzw.

48,7%) sowie der Oberpfalz (688 t bzw. 37,3%). Mit deutlichem Abstand folgte Oberfranken mit 102 t bzw. einem Anteil von 5,5%. Regional etwas weniger konzentriert fällt die Forellenzucht aus. Eindeutig führend ist Oberbayern mit 691 t, was einem Anteil von 42,4% der Regenbogenforellen entspricht. An zweiter Stelle folgt auch hier die Oberpfalz, doch liegt der Anteil mit 19,4% (317 t) deutlich niedriger als bei den Karpfen. Ein weiteres Viertel der Regenbogenforellen wurde in Schwaben (199 t bzw. 12,2%) und Unterfranken (185 t bzw. 11,3%) produziert.

Neben den Speisefischen wurden in Bayern an verzehrfähigen Aquakulturen nur noch Krebse erzeugt. Mit 850 kg fiel die Menge allerdings sehr gering aus.

Rinderbestand in Bayern im Mai 2012

Zum Stichtag 3. Mai 2012 gab es nach einer Auswertung des Herkunftssicherungs- und Informationssystems Tier (HIT) 3 258 976 Rinder in 54 542 Haltungen. Die Zahl der Rinderhaltungen sank damit deutlich im Vergleich zum Vorjahr um 4,4 % (- 2 530 Haltungen). Der Rinderbestand verringerte sich um 1,4 % (-45 971 Tiere). Die durchschnittliche Rinderzahl je Haltung lag damit im Mai 2012 bei 60 Rindern.

Milchkühe stellten mit 1 230 852 Tieren einen Anteil von 37,8 % am gesamten Rinderbestand dar. Bei den Milchkuhhaltungen wurde gegenüber dem Vorjahr ein Rückgang von 4,3 % (-1 765 Haltungen) auf 39 077 Haltungen, bei einem leicht abnehmenden Tierbestand

(-0,9%) festgestellt. Die durchschnittliche Zahl der Milchkühe je Milchkuhhaltung liegt damit in Bayern bei 31 Tieren. Die Zahl der sonstigen Kühe, wie z. B. Ammen- und Mutterkühe, verringerte sich binnen Jahresfrist um 3,1 % (-2 369 Tiere) auf insgesamt 72 912 Tiere.

Die Zahl der Kälber und Jungrinder umfasste insgesamt 956 925 Tiere, was einem Plus von 0,4 % (+3 729 Tiere) entspricht. Bei Rindern von einem bis unter zwei Jahren fiel der Bestand mit 763 523 Tieren um 3,2 % (-25 099 Tiere) geringer aus, als zum 3. Mai 2011. Den Hauptteil stellen dabei mit 71,5% weibliche Tiere dar. Die Zahl dieser Tiere nahm gegenüber dem Vergleichsmonat des Vorjahres deutlich um 2,4 % (-13 142 Tiere) auf 545 951

Tiere ab. Der Bestand der männlichen Tiere dieser Alterskategorie verringerte sich um 5,2 % (-11 957 Tiere) auf 217 572 Tiere. Der Rinderbestand von zwei Jahren oder älteren Tieren – ohne Milchkühe und sonstige Kühe – verringerte sich im Vergleich zum Vorjahr um 4,3 % (-10 601 Tiere) auf 234 764 Tiere. Bei den weiblichen Tieren dieser Alterskategorie war ein Rückgang von 4,2 % (-9 766 Tiere) auf 222 322 Tiere zu verzeichnen. Bei Bullen und Ochsen sank der Tierbestand um 6,3 % (-835 Tiere) auf 12 442 Tiere.

Ergebnisse der Rinderbestandserhebung in Bayern 2012				
Merkmal	Ergebnisse des Herkunftssicherungs- und Informationssystems Tier (HIT) zum 3. Mai			
	2012	2011	Veränderung 2012 gegenüber 2011	
			Anzahl	%
Rinderhaltungen insgesamt	54 542	57 072	-2 530	-4,4
darunter Milchkuhhaltungen	39 077	40 842	-1 765	-4,3
Haltungen sonstiger Kühe	8 577	9 061	-484	-5,3
Rinder insgesamt	3 258 976	3 304 947	-45 971	-1,4
davon Kälber und Jungrinder	956 925	953 196	3 729	0,4
darunter Kälber und Jungrinder zum Schlachten ¹	49 733	46 491	3 242	7,0
davon Kälber bis einschl. 8 Monate	644 687	642 944	1 743	0,3
Jungrinder älter als 8 Monate bis 1 Jahr	312 238	310 252	1 986	0,6
davon männlich	117 849	117 832	17	0,0
weiblich	194 389	192 420	1 969	1,0
Rinder 1 bis unter 2 Jahre alt	763 523	788 622	-25 099	-3,2
davon männlich	217 572	229 529	-11 957	-5,2
weiblich	545 951	559 093	-13 142	-2,4
davon zum Schlachten ¹	60 302	59 315	987	1,7
zur Zucht und Nutzung ¹	485 649	499 778	-14 129	-2,8
Rinder 2 Jahre oder älter	234 764	245 365	-10 601	-4,3
davon Bullen und Ochsen	12 442	13 277	-835	-6,3
weiblich	222 322	232 088	-9 766	-4,2
davon zum Schlachten ¹	10 999	11 986	-987	-8,2
zur Zucht und Nutzung ¹	211 323	220 102	-8 779	-4,0
Milchkühe ²	1 230 852	1 242 483	-11 631	-0,9
sonstige Kühe ²	72 912	75 261	-2 369	-3,1

1 Schätzungen auf Basis der Schlachtungen des Vorjahreszeitraums.

2 Berechnet auf Basis der Produktionsrichtungen der Haltung.

Wohneigentumsquote 2010 weiter gestiegen

Nach den Ergebnissen des Mikrozensus – einer jährlichen Stichprobenerhebung bei einem Prozent der Bevölkerung – gab es im Jahr 2010 im Freistaat rund 5,43 Millionen bewohnte Wohnungen in Wohngebäuden. Rund 2,77 Millionen Wohnungen oder 51 % wurden von ihren Eigentümern bewohnt, bei 2,66 Millionen Wohnungen oder 49 % handelte es sich um Mietwohnungen. Damit ist die Wohneigentumsquote gegenüber 2002 um rund zwei Prozentpunkte gestiegen.

Die niedrigste Wohneigentumsquote unter den bayerischen Regierungsbezirken wies mit 44 % Oberbayern auf. Dies war durch den Verdichtungsraum München mit seinem hohen Anteil von Mietwohnungen bedingt. Auch die unterdurchschnittliche Quote in Mittelfranken mit 47 % dürfte im Wesentlichen auf den Ballungs-

raum Nürnberg-Erlangen-Fürth zurückzuführen sein. Demgegenüber lag die Wohneigentumsquote in allen anderen Regierungsbezirken über dem bayerischen Landesdurchschnitt. Spitzenreiter war Niederbayern mit einer Wohneigentumsquote von 62%, gefolgt von der Oberpfalz mit 60 % und Schwaben mit 56%.

Von den Eigentümern bewohnte Wohnungen waren nach den Ergebnissen des Mikrozensus im Schnitt deutlich größer als Mietwohnungen. So betrug im Jahr 2010 die durchschnittliche Fläche je Eigentümerwohnung im Freistaat 120,0 Quadratmeter, während Mietwohnungen eine Fläche von 73,4 Quadratmetern aufwiesen. Pro Person betrachtet verfügte jeder bayerische Einwohner über eine Wohnfläche von 46,0 Quadratmetern, wobei jedem Mieter 40,5 Quadratmeter und jedem Eigentü-

mer 50,0 Quadratmeter zur Verfügung standen.

Über die Hälfte der bewohnten bayerischen Wohnungen war in Ein- und Zweifamilienhäusern und jede sechste Wohnung in Wohngebäuden mit drei bis sechs Wohneinheiten anzutreffen. Rund 17 % der Wohnungen lagen in Wohngebäuden mit sieben bis zwölf Wohneinheiten und 12 % der Wohnungen in Wohngebäuden mit 13 oder mehr Wohneinheiten. Während sich 79 % der Eigentümerwohneinheiten in Ein- und Zweifamilienhäusern befanden, betrug der entsprechende Anteil bei den Mietwohnungen nur 27 %.

Fragen zum Wohnraum der Bevölkerung werden im Mikrozensus in einem Abstand von vier Jahren gestellt, zuletzt im Jahr 2010.

Leichter Umsatzrückgang im Bauhauptgewerbe in Bayern im Mai 2012

Die Betriebe von Unternehmen mit 20 oder mehr tätigen Personen im Bauhauptgewerbe in Bayern erwirtschafteten im Mai 2012 einen baugewerblichen Umsatz in Höhe von 1,04 Milliarden Euro. Somit lag der baugewerbliche Umsatz nominal um 4,1 % unter dem Wert vom Mai 2011. Die Umsatzentwicklungen in den einzelnen Bausparten stellen sich dabei wie folgt dar: Im Wohnungsbau wurde im Mai 2012 ein baugewerblicher Umsatz in Höhe von 266,6 Millionen Euro erzielt, 6,4 % mehr als im Mai 2011. Im gewerblichen Hochbau lag der baugewerbliche Umsatz im Berichtsmonat bei 295,6 Millionen Euro

und damit um 4,6 % unter dem Vergleichswert des Vorjahresmonats, im gewerblichen Tiefbau bei 125,7 Millionen Euro (-9,7%). Wenig Veränderung gegenüber dem Vorjahresmonat gab es im Straßenbau mit einem baugewerblichen Umsatz in Höhe von 162,9 Millionen Euro (+0,7 %). Im Tiefbau für Gebietskörperschaften und Sozialversicherungen bezifferte sich der baugewerbliche Umsatz auf 115,2 Millionen Euro (-14,0%), im öffentlichen Hochbau auf 77,6 Millionen Euro (-16,9%).

Die Auftragseingänge der Betriebe von Unternehmen mit 20 und mehr

tätigen Personen im bayerischen Bauhauptgewerbe betragen im Mai 2012 insgesamt 1,04 Milliarden Euro und lagen damit nominal um 2,2 % unter dem Wert vom Mai 2011. Auf die Sparte Wohnungsbau entfielen dabei 242,7 Millionen Euro (-8,6%), auf den gewerblichen Hochbau 240,2 Millionen Euro (-30,5%) und auf den gewerblichen Tiefbau 126,1 Millionen Euro (+24,9%). Im öffentlichen Bau und Verkehrsbau bezifferten sich die Auftragseingänge auf 426,9 Millionen Euro und lagen damit nominal um 22,9 % über dem Wert vom Mai 2011.

Baugewerblicher Umsatz von Betrieben* des Bauhauptgewerbes in Bayern, Mai 2012

Regierungs- bezirk	Bau- gewerb- licher Umsatz insgesamt	davon					
		Wohnung- bau	Gewerbl. und industrieller Bau	davon		Öffentlicher und Verkehr- bau	darunter Straßenbau
				Hoch- bau	Tief- bau		
in 1 000 Euro							
Oberbayern	261 920	85 671	89 017	55 457	33 560	87 232	48 062
Niederbayern	153 645	31 498	70 750	51 713	19 037	51 397	22 761
Oberpfalz	165 350	27 927	81 437	59 696	21 741	55 985	27 595
Oberfranken	88 865	24 772	28 702	21 470	7 232	35 391	13 149
Mittelfranken	76 921	25 116	26 878	17 674	9 204	24 927	7 171
Unterfranken	99 993	17 584	43 953	35 317	8 636	38 455	14 135
Schwaben	196 884	54 007	80 561	54 281	26 280	62 317	30 032
Bayern	1 043 578	266 574	421 299	295 609	125 689	355 706	162 905
Veränderung gegenüber Mai 2011 in Prozent	-4,1	6,4	-6,2	-4,6	-9,7	-8,6	0,7

* Betriebe von Unternehmen mit 20 oder mehr Beschäftigten.

Insgesamt 74 359 Menschen arbeiteten Ende Mai 2012 in den in Bayern ansässigen Betrieben des Bauhauptgewerbes von Unternehmen mit mindestens 20 tätigen Personen. Die Zahl der tätigen Personen lag damit um 3,7% höher

als vor einem Jahr. In den genannten bauhauptgewerblichen Betrieben wurden im Berichtsmonat 8,2 Millionen Arbeitsstunden geleistet, dies sind 6,3% weniger als im Mai 2011.

Ausführliche Ergebnisse enthält der Statistische Bericht „Baugewerbe in Bayern im Mai 2012“ (Bestellnummer: E2100C 201205, nur als Datei).*

Arbeitsvolumen in Bayern 2011 auf Rekordniveau

Das von bayerischen Erwerbstätigen geleistete Arbeitsvolumen stieg im Jahr 2011 auf 9,66 Milliarden Stunden. Damit lag es um 222,0 Millionen Stunden bzw. um 2,4% über dem Wert des Vorjahres. In Bayern erhöhte sich das Arbeitsvolumen im Vergleich zu den anderen Bundesländern am stärksten. Deutschlandweit stieg es um 1,7%, in den alten Ländern (ohne Berlin) um 2,0% an.

Während der Rezession im Jahr 2009 stellten, um den Produktionsrückgang abzufedern, viele Unternehmen auf Kurzarbeit um. Dadurch sank das Arbeitsvolumen im Rezessionsjahr in Bayern um 2,7%. Dieser Rückgang wurde im zurückliegenden Jahr wieder wett-

gemacht. Das Arbeitsvolumen lag 2011 um 2,3% über dem Vorkrisenniveau des Jahres 2008. Je Erwerbstätigem stieg das Arbeitsvolumen damit um 0,4% auf 1 413,4 Stunden. Dadurch konnte der Stand von 1 425,6 Stunden aus dem Vorrezessionsjahr 2008 im Jahr 2011 noch nicht ganz erreicht werden.

Der Arbeitskreis „Erwerbstätigenrechnung des Bundes und der Länder“ (AK ETR) legt mit der Veröffentlichung der vorläufigen Ergebnisse zum Arbeitsvolumen für die Jahre 2008 bis 2011 nach Bundesländern erstmals Ergebnisse auf der Grundlage der neuen Klassifikation der Wirtschaftszweige WZ 2008 vor. Im Rahmen der Revision

stellt die regionale Erwerbstätigenrechnung in zwei Schritten auch die zurückliegenden Jahre auf die WZ 2008 um: Im ersten Schritt wurden die Ergebnisse der Berichtsjahre 2008 bis 2010 neu berechnet und zeitgleich mit den hier vorgestellten ersten Jahresergebnissen 2011 veröffentlicht. Im zweiten Schritt erfolgt die Neuberechnung der Ergebnisse der Berichtsjahre vor 2008; die Veröffentlichung dieser revidierten Zeitreihen erfolgt voraussichtlich Ende 2012. Informationen zur Revision 2011 sowie weitere Ergebnisse zur Erwerbstätigkeit können auf der Homepage des AK ETR unter www.ak-etr.de abgerufen werden.

Bayerische Handwerksunternehmen erzielten 2009 einen Jahresumsatz von 89,65 Milliarden Euro

Im Jahr 2009 waren insgesamt 103 699 selbstständige Handwerksunternehmen mit Sitz in Bayern wirtschaftlich tätig. In diesen Unternehmen arbeiteten insgesamt 862 597 Personen, wovon 14,3% geringfügig entlohnte Beschäftigte waren. Der im Jahr 2009 von den Handwerksunternehmen insgesamt erzielte Umsatz belief sich auf 89,65 Milliarden Euro. Davon entfielen 82,15 Milliarden Euro auf die 85 965 zulassungspflichtigen Handwerksunternehmen, in denen

zum Ende des Berichtsjahres 712 267 Personen tätig waren. Die 17 734 zulassungsfreien Handwerksunternehmen, in denen Ende 2009 insgesamt 150 330 Personen arbeiteten, erwirtschafteten im gleichen Zeitraum einen Umsatz von 7,50 Milliarden Euro. Die Quote der geringfügig entlohnerten Beschäftigten an den insgesamt tätigen Personen lag im zulassungspflichtigen Handwerk bei 11,3% und im zulassungsfreien Handwerk bei 28,6%.

Dies ergab die mit Berichtsjahr 2009 zum zweiten Mal durchgeführte registergestützte Handwerkszählung, die auf einer Auswertung des Statistischen Unternehmensregisters basiert. Anders als im Vorjahr wurden nunmehr in Bayern auch Großunternehmen in die Handwerkszählung mit einbezogen. Dies ist beim Vergleich der Ergebnisse der Handwerkszählung 2008 mit denjenigen von 2009 zu berücksichtigen.

Zulassungspflichtige Handwerksunternehmen, tätige Personen und Umsatz ¹ nach Handwerkskammerbezirken								
Lfd. Nr.	Handwerkskammerbezirk	Zulassungspflichtige Handwerksunternehmen ¹	Tätige Personen am 31.12.2009				Umsatz ³ 2009	
			insgesamt ²	Beschäftigte		je Unternehmen	insgesamt	je tätige Person
				sozialversicherungspflichtig Beschäftigte	geringfügig entlohnte Beschäftigte			
Anzahl						1 000 €	€	
1	Zulassungspflichtiges Handwerk insgesamt	85 965	712 267	542 375	80 374	8	82 151 127	115 338
2	München und Oberbayern	29 404	221 526	165 857	24 873	8	27 356 198	123 490
3	Niederbayern-Oberpfalz	17 280	172 706	135 956	18 854	10	21 361 729	123 688
4	Oberfranken	7 632	62 302	48 381	5 992	8	7 204 144	115 633
5	Mittelfranken	10 159	77 184	58 544	8 075	8	7 369 958	95 486
6	Unterfranken	8 843	74 441	55 801	9 495	8	7 916 267	106 343
7	Schwaben	12 647	104 108	77 806	13 085	8	10 942 831	105 110

Zulassungsfreie Handwerksunternehmen, tätige Personen und Umsatz ¹ nach Handwerkskammerbezirken								
Lfd. Nr.	Handwerkskammerbezirk	Zulassungsfreie Handwerksunternehmen ¹	Tätige Personen am 31.12.2009				Umsatz ³ 2009	
			insgesamt ²	Beschäftigte		je Unternehmen	insgesamt	je tätige Person
				sozialversicherungspflichtig Beschäftigte	geringfügig entlohnte Beschäftigte			
Anzahl						1 000 €	€	
1	Zulassungsfreies Handwerk insgesamt	17 734	150 330	88 785	43 059	8	7 499 197	49 885
2	München und Oberbayern	7 515	54 225	32 719	13 855	7	2 849 228	52 545
3	Niederbayern-Oberpfalz	2 577	24 447	13 718	8 048	9	1 266 487	51 805
4	Oberfranken	1 317	8 774	5 041	2 357	7	495 784	56 504
5	Mittelfranken	2 353	27 695	15 969	9 288	12	1 010 593	36 490
6	Unterfranken	1 750	17 888	11 501	4 370	10	1 028 675	58 157
7	Schwaben	2 222	17 501	9 837	5 341	8	848 450	48 480

1 Nur Unternehmen (einschl. der inzwischen inaktiven Unternehmen) mit steuerbarem Umsatz aus Lieferungen und Leistungen und/oder mit sozialversicherungspflichtig Beschäftigten im Berichtsjahr 2009.
 2 Einschl. tätiger Unternehmer (geschätzt).
 3 Mit geschätzten Umsätzen bei Organschaftsmitgliedern; ohne Umsatzsteuer.

Von den insgesamt 85 965 zulassungspflichtigen Handwerksunternehmen gehörten über ein Drittel (37,3%) zur Gewerbegruppe „Ausbaugewerbe“, 14,0% zum „Bauhauptgewerbe“, 13,1% zur Gewerbegruppe „Handwerke für den privaten Bedarf“, 12,2% zur Gewerbegruppe „Handwerke für den gewerblichen Bedarf“ und 11,1% zum „Kraftfahrzeuggewerbe“. Der höchste Jahresumsatz pro tätige Person in 2009 wurde im zulassungspflichtigen Handwerk in der Gewerbegruppe „Bauhauptgewerbe“ mit 133 262 Euro erzielt. Danach folgten die Gewerbegruppen

„Handwerke für den gewerblichen Bedarf“ (119 631 Euro) und Ausbaugewerbe (107 063 Euro). Deutlich niedrigere Umsätze pro Kopf wurden in den Gewerbegruppen „Gesundheitsgewerbe“ (67 679 Euro), „Lebensmittelgewerbe“ (mit 64 824 Euro) und „Handwerke für den privaten Bedarf“ (33 866 Euro) erzielt.

Insgesamt betrug der Jahresumsatz pro tätige Person im zulassungspflichtigen Handwerk durchschnittlich 115 338 Euro, während er im zulassungsfreien Handwerk bei 49 885 Euro lag. Dieser Niveau-

unterschied dürfte u. a. durch den im zulassungsfreien Handwerk deutlich höheren Anteil geringfügig Beschäftigter an den insgesamt dort tätigen Personen erklärbar sein. Im Rahmen der Handwerkszählung werden die Umsätze und die tätigen Personen immer beim jeweiligen Unternehmen und somit am Unternehmenssitz ausgewiesen. Dies gilt unabhängig davon, ob ein Unternehmen auch über außerbayerische Niederlassungen verfügt.

Ausführliche Ergebnisse enthält der Statistische Bericht „Handwerk in Bayern – Ergebnisse der Registerauswertung 2009“ (Bestellnummer: E5200C 200900, nur ala Datei).*

Produktion des Verarbeitenden Gewerbes sank in Bayern im Mai 2012 um 7,6%

Die Produktion der bayerischen Industrie des Verarbeitenden Gewerbes sowie Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden, bezogen auf den Berichtskreis von Betrieben mit 50 oder mehr Beschäftigten, verzeichnete im Mai 2012 gegenüber dem Vorjahresmonat einen Rückgang von 7,6%. Die Produktion im Vorleistungsgüterbereich verringerte sich um 10,9%. Bei den Gebrauchsgüter-

produzenten betrug der Rückgang 9,5% und im Investitionsgüterbereich 4,6%. Auch im Verbrauchsgütersektor sank die Produktion um 3,8%.

Im Vergleich zu den ersten fünf Monaten des Jahres 2011 war im entsprechenden Zeitraum 2012 noch ein Produktionsanstieg von 1,9% zu verzeichnen. Maßgeblich hierfür war der Investitionsgüterbe-

reich, mit einer Zuwachsrate von 7,2%. Im Verbrauchsgütersektor stieg die Produktion um 0,6%. Die Gebrauchsgüterproduzenten verbuchten hingegen ein Minus von 2,9%, der Vorleistungsgütersektor von 3,2%.

Ausführliche Ergebnisse enthält der Statistische Bericht „Index der Produktion für das Verarbeitende Gewerbe in Bayern im Mai 2012“ (Bestellnummer: E1200C 201205, Druckausgabe eingestellt).*

Umsätze des Verarbeitenden Gewerbes in Bayern um 4,0% im Mai 2012 gesunken

Im Mai 2012 verzeichnete das Verarbeitende Gewerbe Bayerns, das auch den Bergbau und die Gewinnung von Steinen und Erden umfasst, bezogen auf den Berichtskreis der Betriebe mit 50 oder mehr Beschäftigten, einen Umsatzrückgang von 4,0% gegenüber dem Vorjahresmonat. Von den 26,8 Milliarden Euro Gesamtumsatz entfielen rund 14,1 Milliarden Euro auf Umsätze mit dem Ausland (-3,4%). Darunter entfielen rund 4,8 Milliarden Euro auf Um-

sätze mit den Ländern der Eurozone (-14,9%). Der Anteil der Auslandsumsätze und der Umsätze mit den Eurozonenländern am Gesamtumsatz betrug 52,4% bzw. 17,8%.

Der Personalstand des Verarbeitenden Gewerbes lag in Bayern Ende Mai 2012 um 3,5% über dem Vorjahresstand.

Die preisbereinigten Auftragsgänge des Verarbeitenden Ge-

werbes gingen in Bayern im Mai 2012 gegenüber dem Mai 2011 um 10,9% zurück. Die Bestelleingänge aus dem Inland nahmen um 20,0%, die aus dem Ausland um 4,1% ab.

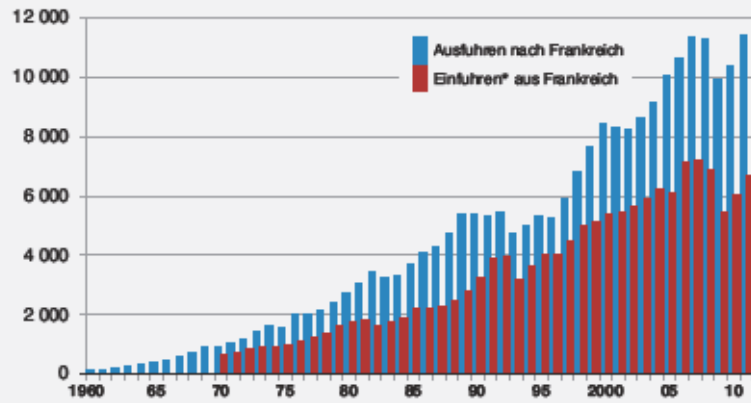
Ausführliche Ergebnisse zu diesen Themen enthalten die Statistischen Berichte „Verarbeitendes Gewerbe in Bayern im Mai 2012“ (Bestellnummer: E11013 201205, Preis der Druckausgabe: 5,10 €) und „Index des Auftragsingangs für das Verarbeitende Gewerbe in Bayern im Mai 2012“ (Bestellnummer: E1300C 201205, Druckausgabe eingestellt).*

Zum Nationalfeiertag Frankreichs am 14. Juli

Frankreich gehört traditionell zu den wichtigsten Handelspartnern Bayerns. Im Jahr 2011 exportierte die bayerische Wirtschaft, nach vorläufigen Ergebnissen, Waren im Wert von rund 11,4 Milliarden Euro dorthin, dies sind 7,1 % der bayerischen Exporte. Frankreich war damit nach den USA, China, Österreich und Italien das fünftwichtigste Zielland bayerischer Exporte. Aus Frankreich kamen im Jahr 2011 Waren im Wert von rund 6,7 Milliarden Euro bzw. 4,6% der bayerischen Importe. Frankreich erzielte damit, unter den Ursprungsländern der Einfuhren Bayerns, den achten Rang nach Österreich, China, Italien, den USA, der Tschechischen Republik, der Russischen Föderation und den Niederlanden.

Die lange deutsch-französische Freundschaft zeigt sich auch beim Rückblick auf den bayerisch-französischen Außenhandel. Die Exporterlöse im Wert von 109 Millionen Euro machten Frankreich im Jahr 1960 zum neuntwichtigsten Ausfuhrland bayerischer Waren. In den folgenden zehn Jahren bis

Bayerns Außenhandel mit Frankreich seit 1960 in Millionen Euro



* Die Einfuhrstatistik wird erst seit 1970 nach Ländern aufbereitet.

1970 kletterten die Ausfuhren nach Frankreich auf 892 Millionen Euro, dies bedeutete Rang zwei unter den Exportländern. Diese Position hielt Frankreich auch in den Jahren 1980 (2,7 Milliarden Euro) und 1990 (5,4 Milliarden Euro). Nach dem dritten Rang um die Jahrtausendwende (2000: 8,5 Milliarden Euro), lag Frankreich in den letzten Jahren jeweils auf Rang vier oder fünf unter den bayerischen Exportländern. Mit Importerlösen im Wert

von 619 Millionen Euro erzielte Frankreich im Jahr 1970 Rang zwei (für die Jahre davor liegen keine Angaben zu den Einfuhren vor), büßte aber in den folgenden 40 Jahren langsam an Bedeutung als Importland ein (1980, 1990 und 2000: jeweils Rang vier). Im gesamten Zeitraum seit 1970 erzielte der bayerische Außenhandel einen deutlichen Exportüberschuss gegenüber Frankreich: Im Jahr 2011 lag er auf dem neuen Höchstwert

Bayerns Außenhandel mit Frankreich 1960, 1970, 1980, 1990 und seit 2000					
Jahr	Ausfuhr		Einfuhr		Export- (+) / Import- (-) überschuss 1 000 €
	insgesamt	Veränderung gegenüber Vorjahreszeitraum	insgesamt	Veränderung gegenüber Vorjahreszeitraum	
	1 000 €	%	1 000 €	%	
1960 ¹	108 953	x	.	x	.
1970	891 636	x	618 842	x	272 794
1980	2 744 155	x	1 749 070	x	995 085
1990	5 404 152	x	3 254 492	x	2 149 660
2000	8 462 619	x	5 359 672	x	3 102 947
2001	8 332 317	-1,5	5 475 468	2,2	2 856 849
2002	8 242 044	-1,1	5 661 711	3,4	2 580 333
2003	8 653 813	5,0	5 915 776	4,5	2 738 037
2004	9 144 053	5,7	6 206 522	4,9	2 937 531
2005	10 086 724	10,3	6 097 334	-1,6	3 989 390
2006	10 659 671	5,7	7 112 265	16,6	3 547 406
2007	11 328 817	6,3	7 196 028	1,2	4 132 789
2008	11 268 665	-0,5	6 672 975	-4,5	4 395 690
2009	9 934 727	-11,6	5 424 075	-21,1	4 510 652
2010	10 369 003	4,4	6 026 896	11,1	4 342 107
2011 ²	11 405 931	10,0	6 700 628	11,2	4 705 303

1 Die Einfuhrstatistik wird erst seit 1970 nach Ländern aufbereitet.
2 2011 vorläufige Ergebnisse (Stand Berichtsmonat Dezember 2011).

von 4,7 Milliarden Euro. Wichtiges Exportgut im Handel mit Frankreich waren im Jahr 2011 Personenkraftwagen und Wohnmobile (2,197 Milliarden Euro), es folgten Maschinen (1,816 Milliarden Euro), Fahrgestelle, Karosserien, Motoren, Teile und Zubehör für Kraftfahrzeuge (673 Millionen Euro), Geräte zur Elektrizitätserzeugung

und -verteilung (523 Millionen Euro), Luftfahrzeuge (420 Millionen Euro) und Waren aus Kunststoffen (360 Millionen Euro). Auf der Einfuhrseite lagen Maschinen (780 Millionen Euro) vor Fahrgestellen, Karosserien, Motoren, Teilen und Zubehör für Kraftfahrzeuge (526 Millionen Euro), chemischen Vorzeugnissen (332 Millionen Euro),

Geräten zur Elektrizitätserzeugung und -verteilung (233 Millionen Euro), Personenkraftwagen und Wohnmobilen (221 Millionen Euro) sowie Käse (219 Millionen Euro).

Ausführliche Ergebnisse enthält der Statistische Bericht „Ausfuhr und Einfuhr Bayerns im Dezember 2011“ (Bestellnummer: G3000C 201112, nur als Datei).*

Bayerns Außenhandel mit Griechenland verliert 2011 an Bedeutung

Die Ausfuhren der bayerischen Wirtschaft in das Euro-Land Griechenland nahmen 2011 nach vorläufigen Ergebnissen um 15,2% auf knapp 592 Millionen Euro ab, die Einfuhren stiegen um 1,8% auf gut 373 Millionen Euro. Der Exportüberschuss der bayerischen Wirtschaft lag damit bei gut 218 Millionen Euro.

Im Vergleich zu 2001 sanken die bayerischen Ausfuhren nach Griechenland nach dem vorläufigen Jahresergebnis 2011 um 23,9%, im Vergleich zum Maximum im Jahr 2007 (1,309 Milliarden Euro) um 54,8%. Die Einfuhren aus Grie-

chenland nach Bayern erhöhten sich 2011 im Vergleich zu 2001 um 7,8%, im Vergleich zum Höchststand im Jahr 2006 (457 Millionen Euro) gingen sie jedoch um 18,3% zurück.

0,4% der bayerischen Exporte 2011 (Rang 39 der bayerischen Ausfuhrpartner) gingen ins Heimatland des deutschen EM-Viertelfinalgegners und 0,3% der Importe kamen von dort (Rang 45 der bayerischen Einfuhrpartnern). Im Jahr 2001 wies Griechenland einen Anteil von 0,8% an den bayerischen Exporten und von 0,4% an den Importen auf.

Mit Maschinen (55,5 Millionen Euro), Personenkraftwagen und Wohnmobilen (50,9 Millionen Euro) erzielte die bayerische Wirtschaft 2011 die höchsten Exporterlöse in Griechenland. Die wichtigsten Einfuhrgüter aus Griechenland waren Frischobst und Südfrüchte für zusammen knapp 48,1 Millionen Euro und pharmazeutische Erzeugnisse für rund 38,0 Millionen Euro.

Ausführliche Ergebnisse enthält der Statistische Bericht „Ausfuhr und Einfuhr Bayerns im Dezember 2011“ (Bestellnummer: G3000C 201112, nur als Datei).*

Bayerns Außenhandel mit Griechenland seit 2001					
Jahr	Ausfuhr		Einfuhr		Export- (+) / Import- (-) überschuss 1 000 €
	insgesamt	Veränderung gegenüber Vorjahreszeitraum	insgesamt	Veränderung gegenüber Vorjahreszeitraum	
	1 000 €	%	1 000 €	%	
2001	777 781	x	346 538	x	431 243
2002	785 726	1,0	309 319	-10,7	476 407
2003	876 682	11,6	344 743	11,5	531 939
2004	965 017	10,1	340 064	-1,4	624 953
2005	1 009 744	4,6	400 682	17,8	609 062
2006	1 282 188	27,0	456 998	14,1	825 190
2007	1 309 363	2,1	442 818	-3,1	866 545
2008	1 239 773	-5,3	415 557	-6,2	824 216
2009	916 796	-26,1	338 408	-18,6	578 388
2010	696 197	-23,8	366 723	8,4	331 474
2011*	591 880	-15,2	373 429	1,8	218 451
Veränderung 2011 zu 2001		-23,9		7,8	

* 2011 vorläufige Ergebnisse (Stand Berichtsmonat Dezember 2011).

Bayerns Außenhandel 2011 mit Fußball-Europameister Spanien

Das Euro-Land Spanien, durch die Fußball-Europameisterschaft und die Bankenkrise im Fokus der Öffentlichkeit, bezog im Jahr 2011 nach vorläufigen Ergebnissen Waren im Wert von gut 5,1 Milliarden Euro aus Bayern, 2,0% mehr als 2010. Von 2001 bis 2011 nahmen die bayerischen Exporte nach Spanien sogar um 29,1% zu. Die Importe aus Spanien im Jahr 2011 im Wert von gut 2,6 Milliarden Euro entsprechen gegenüber dem Vorjahr einer Zunahme von 9,0% und im Zehnjahresvergleich einer Verdopplung.

Die bayerischen Ausfuhren nach Spanien stiegen nach der Euro-Einführung bis 2007 kontinuierlich an (7,5 Milliarden Euro; +88,8% im Vergleich zu 2001). Im Jahr 2008 und insbesondere im Krisenjahr

2009 gingen die bayerischen Exporte deutlich zurück. Seit 2010 steigen sie wieder an.

Anders sah es bei den Einfuhren aus Spanien aus. Nach einem sprunghaften Anstieg in 2002 und 2003 nahmen sie in den Folgejahren mit Ausnahme des Krisenjahres 2009 zu. Selbst 2009 erwiesen sich die spanisch-bayerischen Wirtschaftsbeziehungen als relativ krisenfest, der Rückgang fiel mit 0,9% vergleichsweise gering aus. Im Jahr 2011 gingen 3,2% der bayerischen Exporte nach Spanien, was Rang elf unter den bayerischen Partnerländern entspricht. 1,8% der Importe kamen aus Spanien (Rang 17). Der Exportüberschuss Bayerns lag 2011 bei knapp 2,5 Milliarden Euro und wies damit eine Größenordnung wie 2001 (2,7

Milliarden Euro) auf. Im Jahr 2007 betrug er 5,2 Milliarden Euro.

Die höchsten Exporterlöse erzielte die bayerische Wirtschaft im Jahr 2011 in Spanien mit Personenkraftwagen und Wohnmobilen (1,3 Milliarden Euro), mit Maschinen (714 Millionen Euro) und mit Fahrge- stellen, Karosserien, Motoren, Teilen und Zubehör für Kraftfahrzeuge (395 Millionen Euro). Die wichtigsten Einfuhrgüter nach Bayern waren Fahrgestelle, Karosserien, Motoren, Teile und Zubehör für Kraftfahrzeuge (253 Millionen Euro), Luftfahrzeuge (160 Millionen Euro) und frisches Gemüse sowie sonstige Küchengewächse (147 Millionen Euro).

Ausführliche Ergebnisse enthält der Statistische Bericht „Ausfuhr und Einfuhr Bayerns im Dezember 2011“ (Bestellnummer: G3000C 201112, nur als Datei).*

Bayerns Außenhandel mit Spanien seit 2001					
Jahr	Ausfuhr		Einfuhr		Export- (+) / Import- (-) überschuss
	insgesamt	Veränderung gegenüber Vorjahres- zeitraum	insgesamt	Veränderung gegenüber Vorjahres- zeitraum	
	1 000 €	%	1 000 €	%	
2001	3 956 480	x	1 285 007	x	2 671 473
2002	4 465 699	12,9	1 481 143	15,3	2 984 556
2003	5 365 396	20,1	1 790 615	20,9	3 574 781
2004	5 742 155	7,0	1 905 870	6,4	3 836 285
2005	6 098 248	6,2	2 050 350	7,6	4 047 898
2006	6 727 778	10,3	2 211 940	7,9	4 515 838
2007	7 471 076	11,0	2 223 896	0,5	5 247 180
2008	6 466 493	-13,4	2 291 116	3,0	4 175 377
2009	4 825 408	-25,4	2 269 526	-0,9	2 555 882
2010	5 008 462	3,8	2 359 172	3,9	2 649 290
2011*	5 108 186	2,0	2 570 402	9,0	2 537 784
Veränderung 2011 zu 2001		29,1		100,0	

* 2011 vorläufige Ergebnisse (Stand Berichtsmonat Dezember 2011).

Italien, Deutschlands EM-Halbfinalgegner, wichtiger Handelspartner Bayerns 2011

Italien, das Heimatland des Halbfinalgegners der deutschen Fußball-Nationalmannschaft, ist traditionell eines der wichtigsten Partnerländer der bayerischen Außenwirtschaft.

Im Jahr 2011 wurden nach vorläufigen Ergebnissen Waren im Wert von knapp 11,6 Milliarden Euro, dies entspricht 7,2% der bayerischen Exporte, nach Italien ver-

sandt. Nach den USA, China und Österreich war Italien damit das viertwichtigste Zielland für bayerische Ausfuhrüter. Im Gegenzug kamen Waren im Wert von nahe-

Bayerns Außenhandel mit Italien seit 2001					
Jahr	Ausfuhr		Einfuhr		Export- (+) / Import- (-) überschuss
	insgesamt	Veränderung gegenüber Vorjahres- zeitraum	insgesamt	Veränderung gegenüber Vorjahres- zeitraum	
	1 000 €	%	1 000 €	%	1 000 €
2001	9 023 169	x	8 099 948	x	923 221
2002	9 350 335	3,6	8 039 770	-0,7	1 310 565
2003	9 498 973	1,6	8 062 818	0,3	1 436 155
2004	10 321 180	8,7	7 936 459	-1,5	2 382 721
2005	11 017 457	6,7	7 799 709	-1,7	3 217 748
2006	12 013 141	9,0	8 701 036	11,6	3 312 105
2007	12 680 160	5,6	9 563 547	9,9	3 116 613
2008	12 127 180	-4,4	9 891 149	3,4	2 236 031
2009	9 990 964	-17,6	7 862 987	-20,5	2 127 977
2010	11 169 709	11,8	9 116 566	15,9	2 053 143
2011*	11 550 511	3,4	10 373 899	13,8	1 176 612
Veränderung 2011 zu 2001		28,0		28,1	

* 2011 vorläufige Ergebnisse (Stand Berichtsmonat Dezember 2011).

zu 10,4 Milliarden Euro, dies entspricht 7,1 % der bayerischen Importe, aus Italien. Nach Österreich und China erreichte Italien damit den dritten Rang unter den Ursprungsländern bayerischer Importe.

Die bayerischen Ausfuhren nach Italien nahmen 2011 um 3,4 % zu, im Zehnjahresvergleich mit 2001 waren es 28,0 % mehr. Die Einfuhren aus Italien stiegen 2011 im Vergleich zum Vorjahr um 13,8 % und im Vergleich zu 2001 um 28,1 %. Trotz des großen Zuwachses, erzielte der Handel mit

Italien im Zehnjahresvergleich nur ein unterdurchschnittliches Wachstum, die Aus- und Einfuhren Bayerns wuchsen seit 2001 jeweils um rund 63 %.

Die bayerische Wirtschaft setzte im Jahr 2011 Personenkraftwagen und Wohnmobile im Wert von 2,3 Milliarden Euro, Maschinen im Wert von 1,3 Milliarden Euro, Geräte zur Elektrizitätserzeugung und -verteilung im Wert von 688 Millionen Euro und Käse im Wert von 489 Millionen Euro in Italien um. Wichtigstes Importgut aus Italien waren Maschinen (1,4 Milliarden

Euro), darunter wiesen Lager, Getriebe, Zahnräder und Antriebselemente allein einen Anteil von 423 Millionen Euro auf. Danach folgten Fahrgestelle, Karosserien, Motoren, Teile und Zubehör für Kraftfahrzeuge (783 Millionen Euro), Geräte zur Elektrizitätserzeugung und -verteilung (418 Millionen Euro) sowie Eisen-, Blech und Metallwaren (368 Millionen Euro).

Ausführliche Ergebnisse enthält der Statistische Bericht „Ausfuhr und Einfuhr Bayerns im Dezember 2011“ (Bestellnummer: G3000C 201112, nur als Datei).*

Importe nach Bayern im April 2012 um 10 % gesunken

Die bayerischen Ausfuhren nahmen im April 2012, nach vorläufigen Ergebnissen, im Vergleich zum Vorjahresmonat um 6,2 % auf nahezu 13,5 Milliarden Euro zu. Die Einfuhren gingen im gleichen Zeitraum um 10,2 % auf gut 11,3 Milliarden Euro zurück. Der Exportüberschuss lag damit bei mehr als 2,2 Milliarden Euro.

Überdurchschnittlich hohe Zuwachsraten meldete die bayerische Wirtschaft im Handel mit

den beiden wichtigsten Bestimmungsländern bayerischer Waren, den USA (1,4 Milliarden Euro; +15,9 %) und China (1,2 Milliarden Euro; +11,5 %). Demgegenüber nahmen die Ausfuhren in Länder der Europäischen Union um 5,3 % auf knapp 7,5 Milliarden Euro zu. Die Ausfuhren in die Euro-Länder wuchsen um 4,2 % auf 5,1 Milliarden Euro. 55,5 % aller bayerischen Exporte wurden in die EU-Länder versandt (Euro-Länder: 37,6 %). Zu deutlichen Rückgängen kam

es im April bei den Importen außereuropäischer Länder. Die Einfuhren aus Afrika sanken im Vergleich zum April 2011 um rund zwei Drittel auf 225 Millionen Euro, die Einfuhren aus Australien und Ozeanien um gut ein Drittel auf 11 Millionen Euro, die Einfuhren aus Asien um über ein Viertel auf 2,0 Milliarden Euro und die Einfuhren aus Amerika um knapp ein Fünftel auf 925 Millionen Euro. Die Importe aus Europa stiegen leicht um 0,5 % auf 8,2 Milliarden Euro. Der Anteil

Bayerns Außenhandel im April 2012
 Vorläufige Ergebnisse

Erdteil — Ländergruppe — Land	Ausfuhr		Einfuhr		Export- (+) / Import- (-) überschuss
	insgesamt	Veränderung gegenüber Vorjahres- zeitraum	insgesamt	Veränderung gegenüber Vorjahres- zeitraum	
	1 000 €	%	1 000 €	%	
April					
Europa	8 730 912	4,7	8 164 781	0,5	566 131
darunter EU-Länder (EU 27)	7 499 717	5,3	6 708 726	- 0,6	790 991
darunter Euro-Länder	5 083 257	4,2	4 362 903	- 1,2	720 354
darunter Frankreich	925 868	2,8	541 822	- 1,4	384 046
darunter Italien	1 120 089	17,1	871 198	0,6	248 891
darunter Österreich	1 138 890	0,2	1 229 379	- 4,4	- 90 489
darunter Vereinigtes Königreich	805 600	4,5	374 188	- 6,7	431 412
darunter Tschechische Republik	415 180	- 2,8	774 947	0,2	- 359 767
darunter Russische Föderation	355 008	13,8	809 662	7,0	- 454 654
Afrika	255 522	14,6	224 763	- 67,6	30 759
Amerika	1 813 535	10,9	924 971	- 8,7	888 564
darunter USA	1 358 305	15,9	757 432	- 10,3	600 873
Asien	2 587 790	7,6	2 010 446	- 27,7	577 344
darunter Volksrepublik China	1 209 982	11,5	937 960	- 13,5	272 002
Australien-Ozeanien	126 369	- 3,1	11 343	- 34,5	115 026
Verschiedenes*	4 444	100,1	-	x	4 444
Insgesamt	13 518 571	6,2	11 336 304	- 10,2	2 182 267
Januar bis April					
Europa	34 771 741	3,1	32 693 036	1,4	2 078 705
darunter EU-Länder (EU 27)	29 774 199	3,0	26 988 041	1,9	2 786 158
darunter Euro-Länder	20 053 117	1,6	17 454 794	1,2	2 598 323
darunter Frankreich	3 925 754	4,1	2 222 277	1,2	1 703 477
darunter Italien	3 831 169	- 0,3	3 513 983	4,5	317 186
darunter Österreich	4 580 561	3,2	4 846 953	- 0,8	- 266 392
darunter Vereinigtes Königreich	3 484 501	6,9	1 537 492	2,5	1 947 009
darunter Tschechische Republik	1 674 786	1,9	3 168 958	0,1	- 1 494 172
darunter Russische Föderation	1 380 308	17,9	3 034 834	- 1,5	- 1 654 526
Afrika	988 768	8,3	1 978 637	- 2,5	- 989 869
Amerika	7 541 516	16,4	3 727 794	- 1,4	3 813 722
darunter USA	5 667 562	20,5	3 041 274	- 4,8	2 626 288
Asien	11 170 445	9,9	9 429 522	- 6,0	1 740 923
darunter Volksrepublik China	5 297 329	17,3	3 935 276	- 9,9	1 362 053
Australien-Ozeanien	571 097	17,0	49 979	- 32,9	521 118
Verschiedenes*	8 397	0,7	-	x	8 397
Insgesamt	55 051 964	6,3	47 878 968	- 0,5	7 172 996

* Schiffs- und Flugzeugbedarf, nicht ermittelte Länder und Gebiete.

der Einfuhren aus den EU-Ländern an den Gesamteinfuhren lag bei 59,2% (6,7 Milliarden Euro), darunter kamen 38,5% aller Einfuhren aus den Ländern der Euro-Zone (4,4 Milliarden Euro). Die Einfuhren aus den EU-Ländern (-0,6%) und den Euro-Ländern (-1,2%) gingen ebenfalls zurück. Von den bedeutendsten Handelspartnerländern Bayerns konnten lediglich die Russische Föderation (+7,0%), Italien (+0,6%) und die Tschechische Republik (+0,2%) im April 2012 mehr Waren in Bayern umsetzen als im Vorjahresmonat.

Eine wesentliche Ursache für den deutlichen Rückgang der Einfuhren lag in der Abnahme der Rohstoffimporte um 46,5% auf 1,2 Milliarden Euro. Die Einfuhren der mit Abstand wichtigsten Rohstoffe Erdöl und Erdgas (92,2% aller importierten Rohstoffe) sanken dabei um 47,6% auf 1,1 Milliarden Euro. Bei den anderen Warengruppen, wie den Waren der Ernährungswirtschaft (-12,5%), den Halbwaren (-6,6%) und den Fertigwaren (-7,0%) war ebenfalls eine Abnahme zu verzeichnen.

In den ersten vier Monaten 2012 exportierte die bayerische Wirtschaft Waren im Wert von annähernd 55,1 Milliarden Euro (+6,3%) und importierte Waren im Wert von fast 47,9 Milliarden Euro (-0,5%).

Ausführliche Ergebnisse enthält der Statistische Bericht „Ausfuhr und Einfuhr Bayerns im April 2012“ (Bestellnummer: G3000C 201204, nur als Datei).*

Umsatz im Dienstleistungssektor Bayerns sank 2010 um 3,4%

Nach den Ergebnissen der Strukturhebung im Dienstleistungsbereich waren im Berichtsjahr 2010 insgesamt 128 071 Unternehmen sowie freiberuflich tätige Einrichtungen mit Sitz in Bayern im Dienstleistungssektor tätig. In diesem Bereich arbeiteten am Stichtag 30. September 2010 hochgerechnet 1,2 Millionen Personen und somit 7,3% mehr als vor einem Jahr. Der von den Unternehmen des Dienstleistungssektors gemeldete Gesamtumsatz im Jahr 2010 betrug 132,9 Milliarden Euro; dies sind 3,4% weniger als im Vorjahr. Die im Dienstleistungssektor 2010 getätigten Bruttoanlageinvestitionen bezifferten sich auf 17,4 Milliarden Euro und lagen somit um 2,7% über dem Vorjahreswert. In die jährlich auf Stichprobenbasis durchgeführte Strukturhebung im Dienstleistungsbereich werden Unternehmen mit einem Jahresumsatz von mindestens 17 500 Euro einbezogen. Die Erhebung erstreckt sich auf folgende Abschnitte der Klassifikation der Wirtschaftszweige (WZ 2008): „Verkehr und Lagerei“, „Information und Kommunikation“, „Grundstücks- und Wohnungswesen“, „Erbringung von freiberuflichen, wissenschaftlichen und technischen

Dienstleistungen“, „Erbringung von sonstigen wirtschaftlichen Dienstleistungen“ und „Reparatur von Datenverarbeitungsgeräten und Gebrauchsgütern“. Erhebungseinheiten sind sowohl Unternehmen als auch Einrichtungen zur Ausübung einer freiberuflichen Tätigkeit mit Sitz in Bayern, jeweils einschließlich ihrer Niederlassungen in Deutschland.

Im Vergleich zum Vorjahr zeigten sich je nach Wirtschaftsabschnitt unterschiedliche Umsatzentwicklungen. Im Wirtschaftsabschnitt „Verkehr und Lagerei“ lag der Umsatz bei 24,2 Milliarden Euro und damit um 10,8% über dem Vorjahresniveau. Auch im Bereich „Erbringung von sonstigen wirtschaftlichen Dienstleistungen“ übertraf der Umsatz mit 21,4 Milliarden Euro den Vorjahreswert um 6,6%. Dagegen lag der Umsatz im Bereich „Erbringung von freiberuflichen, wissenschaftlichen und technischen Dienstleistungen“ mit 36,0 Milliarden Euro um 19,0% unter dem Wert des Jahres 2009. – Die für das Berichtsjahr 2010 gemeldeten Bruttoanlageinvestitionen übertrafen in fast allen Wirtschaftsabschnitten das jeweilige Vorjahresniveau. So betrug sie

im Wirtschaftsabschnitt „Verkehr und Lagerei“ im Berichtszeitraum 2,7 Milliarden Euro (+7,1%), im Abschnitt „Information und Kommunikation“ 4,8 Milliarden Euro (+6,4%) und im Bereich „Erbringung von freiberuflichen, wissenschaftlichen und technischen Dienstleistungen“ 1,5 Milliarden Euro (+3,0%). Rückläufig waren die Bruttoanlageinvestitionen dagegen im Wirtschaftsabschnitt „Erbringung von sonstigen wirtschaftlichen Dienstleistungen“ (-3,6%). Dienstleistungsunternehmen mit einem Jahresumsatz von 250 000 Euro oder mehr erzielten 2010 durchschnittlich 8,9% ihres Gesamtumsatzes durch Geschäfte mit Auftraggebern, welche ihren Sitz im Ausland hatten (Vorjahresanteil: 6,9%). Im Wirtschaftsabschnitt „Erbringung von freiberuflichen, wissenschaftlichen und technischen Dienstleistungen“ lag dieser Anteil mit 14,8% am höchsten (Vorjahr: 10,7%), gefolgt vom Bereich „Information und Kommunikation“ mit 8,9% (Vorjahr: 6,0%) und der Sparte „Verkehr und Lagerei“ mit 7,3% (Vorjahr: 6,6%).

Ausführliche Ergebnisse enthält der Statistische Bericht „Struktur im bayerischen Dienstleistungssektor im Jahr 2010“ (Bestellnummer: J1100C 201000, nur als Datei).*

Minus im Mai 2012 beim realen Umsatz im bayerischen Einzelhandel

Nach vorläufigen Zahlen stieg der nominale Umsatz im bayerischen Einzelhandel (ohne Kraftfahrzeughandel) im Mai 2012 im Vergleich zum Vorjahresmonat um 0,8%, der reale Umsatz ging jedoch um 1,3% zurück. Die Zahl der Beschäftigten erhöhte sich um 1,4%, die Zahl der Vollzeitbeschäftigten nahm dabei um 1,2% zu, die der Teilzeitbe-

schäftigten stieg um 1,5%. Im Einzelhandel mit Lebensmitteln wuchs der Umsatz im Mai 2012 nominal um 1,3% (real: -1,2%). Im Einzelhandel mit Nicht-Lebensmitteln nahm der Umsatz in aktuellen Preisen ebenfalls zu (+0,5%), der preisbereinigte Umsatz ging allerdings ebenfalls zurück (-1,4%). Die Zahl der Beschäftigten stieg

im Lebensmittel-Einzelhandel um 1,5% und im Nicht-Lebensmittel-Einzelhandel um 1,3%.

Von Januar bis Mai 2012 wuchs der Umsatz des bayerischen Einzelhandels gegenüber dem Vorjahreszeitraum nominal um 2,9% und real um 0,7%. Die Zahl der Beschäftigten nahm um 1,8% zu, da-

Umsatz und Beschäftigte des Einzelhandels* in Bayern 2012

Vorläufige Ergebnisse

Wirtschaftszweig	Umsatz		Beschäftigte	davon	
	nominal	real		Vollzeit- beschäftigte	Teilzeit- beschäftigte
	Veränderung gegenüber Vorjahreszeitraum in Prozent				
	Mal				
Einzelhandel mit Lebensmitteln	1,3	-1,2	1,5	1,5	1,5
Einzelhandel mit Nicht-Lebensmitteln (einschl. Tankstellen)	0,5	-1,4	1,3	1,0	1,6
Einzelhandel insgesamt*	0,8	-1,3	1,4	1,2	1,6
davon in Verkaufsräumen					
mit Waren verschiedener Art	2,0	-0,4	1,4	2,6	0,8
mit Nahrungs- und Genussmitteln, Getränken und Tabakwaren	-6,5	-8,4	1,3	-2,7	4,4
mit Motorenkraftstoffen (Tankstellen)	-1,0	-4,2	1,3	3,0	0,3
mit Geräten der Informations- und Kommunikationstechnik	-5,6	-3,8	-0,9	-2,1	3,3
mit sonstigen Haushaltsgeräten, Textilien, Heimwerker- und Einrichtungsbedarf	0,5	-0,9	1,4	0,1	3,2
mit Verlagsprodukten, Sportausrüstungen und Spielwaren	-1,4	-2,4	2,7	2,6	2,8
mit sonstigen Gütern	1,3	-0,5	0,9	0,9	1,0
an Verkaufsständen und auf Märkten	-0,2	-2,4	3,2	8,3	1,5
sonstiger Einzelhandel	2,1	-1,6	4,7	3,7	6,3
darunter Versand- und Internet-Einzelhandel	-1,1	-2,6	5,0	4,0	6,6
Einzelhandel vom Lager mit Brennstoffen	10,1	2,3	-0,6	-0,6	-0,7
	Januar bis Mai				
Einzelhandel mit Lebensmitteln	2,7	0,0	2,0	1,5	2,2
Einzelhandel mit Nicht-Lebensmitteln (einschl. Tankstellen)	3,1	1,1	1,7	1,0	2,2
Einzelhandel insgesamt*	2,9	0,7	1,8	1,1	2,2
davon in Verkaufsräumen					
mit Waren verschiedener Art	2,7	0,0	1,5	1,3	1,6
mit Nahrungs- und Genussmitteln, Getränken und Tabakwaren	0,8	-1,9	2,0	-1,4	4,6
mit Motorenkraftstoffen (Tankstellen)	3,0	-3,2	1,1	2,9	0,0
mit Geräten der Informations- und Kommunikationstechnik	-4,9	-0,8	-1,8	-2,4	0,2
mit sonstigen Haushaltsgeräten, Textilien, Heimwerker- und Einrichtungsbedarf	2,5	1,2	1,1	-0,2	2,8
mit Verlagsprodukten, Sportausrüstungen und Spielwaren	3,7	2,5	1,5	2,9	0,1
mit sonstigen Gütern	3,5	1,6	2,1	1,6	2,3
an Verkaufsständen und auf Märkten	0,2	-1,8	2,9	4,4	2,2
sonstiger Einzelhandel	7,3	3,5	6,8	4,8	10,1
darunter Versand- und Internet-Einzelhandel	5,8	4,0	7,5	5,5	10,6
Einzelhandel vom Lager mit Brennstoffen	11,2	1,7	-0,2	-2,0	3,0

* Ohne Handel mit Kraftfahrzeugen.

bei stieg die Zahl der Vollzeitbeschäftigten um 1,1% und die der Teilzeitbeschäftigten um 2,2%.

Die hier ausgewiesenen Ergebnisse werden anhand zu diesem Berichtmonat verspätet eingehender Mitteilungen von befragten Unternehmen in den nachfolgenden Monaten laufend aktualisiert.

Ausführliche Ergebnisse enthält der Statistische Bericht „Umsatz und Beschäftigte im bayerischen Einzelhandel im Mai 2012“ (Bestellnummer: G110C 201205, nur als Datei).*

Jeder vierte Betrieb in Bayern war 2010 in einer Großstadt ansässig

Das statistische Unternehmensregister ist eine – vor allem mit Verwaltungsdaten – laufend gepflegte Datenbank über Unternehmen und Betriebe, die vorrangig als Erhe-

bungsinstrument dient, die aber auch für unmittelbare Auswertungen von Strukturdaten über die Wirtschaftsabschnitte B N und P-S der Klassifikation der Wirtschafts-

zweige 2008 genutzt wird. Um solche Registerauswertungen zu ermöglichen, wird einmal jährlich eine so genannte „Zeitscheibe“ erstellt, wie jüngst zum Stand 31. Mai

Unternehmensregister in Bayern 2010

Betriebe¹ nach Beschäftigtengrößenklassen (Stand: 31.05.2012)

Gebiet	Betriebe ² mit ... sozialversicherungspflichtig Beschäftigten						
	unter 10	10 bis 49	50 bis 249	250 oder mehr	insgesamt		
					Anzahl	Anteil in Prozent	je 100 000 Einwohner ³
Oberbayern	257 771	18 196	3 915	742	280 624	41,1	635
Niederbayern	55 373	4 683	980	152	61 188	9,0	513
Oberpfalz	44 896	4 389	956	160	50 401	7,4	466
Oberfranken	43 768	4 379	1 032	159	49 338	7,2	462
Mittelfranken	75 951	6 974	1 628	310	84 863	12,4	494
Unterfranken	56 924	5 239	1 157	193	63 513	9,3	483
Schwaben	83 868	7 041	1 618	271	92 798	13,6	519
Bayern	618 551	50 901	11 286	1 987	682 725	100	543
Kreisfreie Städte	196 222	17 573	4 606	922	219 323	32,1	602
darunter Großstädte ⁴	151 696	12 363	3 201	696	167 956	24,6	608
Landkreise	422 329	33 328	6 680	1 065	463 402	67,9	518

1 Die Betriebe gehören den Wirtschaftssektoren B-N und P-S der Klassifikation der Wirtschaftszweige 2008 an.

2 Betriebe mit sozialversicherungspflichtig Beschäftigten sowie Einbetriebsunternehmen mit sozialversicherungspflichtig Beschäftigten und/oder steuerbarem Umsatz aus Lieferungen und Leistungen im Berichtsjahr 2010.

3 Einwohnerzahlen zum Stand 30. September 2011.

4 München, Nürnberg, Augsburg, Regensburg, Würzburg, Ingolstadt, Fürth, Erlangen.

2012. In diesem Registerauszug sind alle bayerischen Unternehmen und Betriebe enthalten, die im Jahr 2010 steuerbaren Umsatz aus Lieferungen und Leistungen und/oder sozialversicherungspflichtig Beschäftigte (ohne geringfügig Beschäftigte) aufwiesen, und zwar unabhängig davon, ob sie am Auswertungstichtag noch wirtschaftlich aktiv waren oder nicht.

In Bayern waren im Berichtsjahr 2010 in den Wirtschaftsbereichen, die das Unternehmensregister nachweist, insgesamt 682 725 Betriebe mit zusammen 4,34 Millionen sozialversicherungspflichtig Beschäftigten tätig. Von diesen Betrieben zählten 98,1 % zu den Klein- und Kleinstbetrieben, die weniger als 50 sozialversicherungspflichtig Beschäftigte aufwiesen.

Die verbleibenden 1,9 % gehörten zu den mittleren und großen Betrieben. Obwohl sich der Anteil der Großbetriebe, welche mindestens 250 sozialversicherungspflichtig Beschäftigte aufweisen müssen, lediglich auf 0,3 % bezifferte, arbeiteten in den 1 987 Großbetrieben immerhin 33,8 % aller sozialversicherungspflichtig Beschäftigten.

Die meisten der 682 725 Betriebe in Bayern 2010, nämlich 280 624 bzw. 41,1 %, sind im Regierungsbezirk Oberbayern beheimatet. Danach folgen mit großem Abstand die Regierungsbezirke Schwaben und Mittelfranken mit 13,6 % bzw. 12,4 %. 167 956 der Betriebe (24,6 %) sind in einer bayerischen Großstadt ansässig, darunter allein 96 329 (57,4 %) in der Landeshauptstadt München. Die Zahl der Betriebe

in Relation zur Bevölkerung betrachtet, ergibt im Landesmittel je 10 000 Einwohner eine Dichteziffer von 543 Betrieben. Auf Regierungsbezirksebene wird dieser Wert lediglich von Oberbayern übertroffen (635 Betriebe). Für die übrigen sechs Regierungsbezirke zeigen sich deutlich unterdurchschnittliche Vergleichswerte, darunter der niedrigste in Oberfranken mit 462 Betrieben je 10 000 Einwohner.

Weitere Ergebnisse zum Thema stehen zur freien Verfügung unter <https://www.statistik.bayern.de/statistik/unternehmen/> bzw. unter www.statistikdaten.bayern.de/genesis/ oder unter www.statistik.bayern.de/interaktiv/regionalkarten/archiv/home.asp und können per E-Mail (info-sw@statistik.bayern.de) bzw. telefonisch (09721-2088-331) erfragt werden. Die Auswertungen zu den Betrieben lassen sich um Auswertungen zu den rechtlichen Einheiten (Unternehmen) ergänzen.

Zweistellige Zuwächse für Bayerns Fremdenverkehr im Mai 2012

Die über 12 700 geöffneten bayerischen Beherbergungsbetriebe mit zehn oder mehr Gästebetten (einschl. der Campingplätze) zähl-

ten im Mai 2012 nach vorläufigen Ergebnissen nahezu 2,9 Millionen Gästeankünfte und über 7,5 Millionen Übernachtungen, das wa-

ren 10,1 % mehr Gästeankünfte und 12,5 % mehr Übernachtungen als im Mai 2011. Die Zahl der Gästeankünfte aus Deutschland klet-

Bayerns Fremdenverkehr im Mai 2012 und von Januar bis Mai 2012								
Vorläufige Ergebnisse								
Betriebsart — Herkunft — Gebiet	Mai				Januar bis Mai			
	Gästeankünfte		Gästeübernachtungen		Gästeankünfte		Gästeübernachtungen	
	insgesamt	Veränderung zum Vorjahresmonat in Prozent	insgesamt	Veränderung zum Vorjahresmonat in Prozent	insgesamt	Veränderung zum Vorjahreszeitraum in Prozent	insgesamt	Veränderung zum Vorjahreszeitraum in Prozent
Hotels	1 350 629	5,6	2 897 679	9,3	5 541 202	6,3	11 961 743	7,3
Hotels garnis	492 382	12,2	1 158 626	13,0	1 948 752	10,5	4 564 238	10,4
Gasthöfe	355 876	12,3	756 033	13,6	1 223 874	6,0	2 643 489	8,2
Pensionen	137 722	17,9	409 090	16,9	500 916	9,8	1 508 756	9,1
Hotellerie zusammen	2 336 609	8,6	5 221 428	11,3	9 214 744	7,6	20 678 226	8,2
Jugendherbergen und Hütten	88 728	-4,5	207 318	0,1	313 372	3,9	773 417	2,7
Erholungs-, Ferien-, Schulungsheime ..	147 158	-7,4	436 410	-0,5	656 713	1,3	1 950 290	3,6
Ferienzentren, -häuser, -wohnungen ...	97 106	33,3	543 712	28,3	395 948	15,5	2 260 375	10,5
Campingplätze	153 207	64,7	495 930	70,1	275 304	25,5	964 156	24,4
Vorsorge- und Reha-Kliniken	36 092	4,9	637 071	-2,5	168 084	4,2	2 992 035	2,6
Insgesamt	2 858 900	10,1	7 541 869	12,5	11 024 165	7,7	29 618 499	7,8
davon aus dem								
Inland	2 211 410	8,0	6 214 939	11,4	8 597 540	6,5	24 460 306	7,1
Ausland	647 490	18,3	1 326 930	17,6	2 426 625	12,0	5 158 193	11,0
davon								
Oberbayern	1 263 660	9,9	3 020 112	12,5	5 037 744	7,2	12 116 508	7,8
darunter München	530 058	4,5	1 070 620	7,4	2 226 308	3,6	4 433 037	5,5
Niederbayern	262 762	9,3	1 098 560	9,1	1 024 225	5,4	4 265 670	5,1
Oberpfalz	177 272	10,7	443 081	14,6	644 064	6,6	1 644 218	7,8
Oberfranken	186 967	8,9	485 988	12,2	640 430	8,9	1 707 489	9,6
Mittelfranken	330 874	9,6	704 213	16,1	1 260 168	6,9	2 680 808	10,1
darunter Nürnberg	124 016	3,1	233 145	9,4	532 885	5,9	1 016 221	8,1
Unterfranken	251 927	6,9	657 406	10,9	884 841	6,7	2 397 649	8,6
Schwaben	385 436	14,8	1 132 509	13,6	1 532 693	9,7	4 806 157	7,7

terte um 8,0% auf gut 2,2 Millionen und die Übernachtungen nahmen um 11,4% auf gut 6,2 Millionen zu. Die Fremdenverkehrszahlen von Gästen aus dem Ausland stiegen noch etwas höher: Die Gästeankünfte erhöhten sich um 18,3% auf über 600 000 und die Übernachtungen nahmen um 17,8% auf gut 1,3 Millionen zu.

Erheblich über dem Vorjahresergebnis lagen im Mai 2012 die Gästeankünfte und Übernachtungen der gut 400 bayerischen Campingplätze (+64,7%; +70,1%) sowie der rund 2 600 Ferienzentren, -häuser und -wohnungen (+33,3%; +28,3%). Beide Betriebsarten hatten allerdings im Mai 2011 größere Rückgänge bei ihren Gästezahlen hinnehmen müssen. Mit Ausnahme der Erholungs-, Ferien- und

Schulungsheime (-7,4%; -0,5%) und der Vorsorge- und Reha-Kliniken (+4,9%, -2,5%) verbuchten alle Betriebsarten Zuwächse sowohl bei den Gästeankünften als auch bei den Übernachtungen.

Alle sieben bayerischen Regierungsbezirke zählten im Mai 2012 deutlich mehr Gästeankünfte und Übernachtungen als im Vorjahresmonat. Spitzenreiter bei den Gästeankünften war Schwaben (+14,8%), gefolgt von der Oberpfalz (+10,7%). Bei den Übernachtungen lag Mittelfranken (+16,1%) vor der Oberpfalz (+14,6%). Den geringsten Zuwachs unter den Regierungsbezirken meldete im Mai bei den Gästeankünften Unterfranken (+6,9%) und bei den Übernachtungen Niederbayern (+9,1%).

Von Januar bis Mai 2012 nahm die Zahl der Gästeankünfte in Bayern gegenüber dem Vorjahreszeitraum um 7,7% auf gut 11,0 Millionen zu, die Zahl der Übernachtungen erhöhte sich um 7,8% auf mehr als 29,6 Millionen.

Infolge der Änderung des Beherbergungsstatistikgesetzes durch das Gesetz vom 23. November 2011 (BGBl. I S. 2298) wurde die Abschneidegrenze für auskunftspflichtige Beherbergungsbetriebe von neun auf zehn Gästebetten bzw. von drei auf zehn Stellplätze bei Campingplätzen angehoben.

Ausführliche Ergebnisse enthält der Statistische Bericht „Tourismus in Bayern im Mai 2012“ (Bestellnummer: G41003 201205, Preis der Druckausgabe: 17,70€).*

Acht Prozent mehr Umsatz im bayerischen Beherbergungsgewerbe im Mai 2012

Der Umsatz im bayerischen Gastgewerbe (Beherbergungsgewerbe und Gastronomie) stieg im Mai 2012 im Vergleich zum Vorjahresmonat nach vorläufigen Ergebnissen nominal um 5,1% und real um 2,9%. In der Beherbergung nahm der Umsatz in aktuellen Preisen um 8,2% zu (bereinigte Preise: +6,1%), in der Gastronomie stieg der nominale Umsatz um 2,6% und der reale Umsatz um 0,5%.

Die höchsten Zuwächse im Beherbergungsgewerbe verzeichneten nominal (+28,6%) und real (+26,2%) die Campingplätze. Während die Umsätze aller anderen Wirtschaftsgruppen ebenfalls

zunahmen, verbuchten die Caterer und sonstigen Verpflegungsdienstleister einen Rückgang (nominal: -1,4%; real: -3,6%).

Die Zahl der Beschäftigten des Gastgewerbes stieg im Mai um 2,2%, im Beherbergungsgewerbe waren es 1,8% mehr und in der Gastronomie 2,4%.

Von Januar bis Mai 2012 wuchs der Umsatz des bayerischen Gastgewerbes im Vergleich zum Vorjahreszeitraum nominal um 3,4% (real: +1,3%). Im Beherbergungsgewerbe erhöhte er sich nominal um 5,8% (real: +3,7%) und in der Gastronomie um 1,8% (-0,3%).

Die Zahl der Beschäftigten des Gastgewerbes stieg um 2,7%.

Die hier ausgewiesenen Ergebnisse werden anhand zu diesem Berichtmonat verspätet eingehender Mitteilungen von befragten Unternehmen in den nachfolgenden Monaten laufend aktualisiert (die Nachmeldungen werden beispielsweise in die Veränderungsdaten und in das kumulierte Jahresergebnis eingerechnet).

Die Abschneidegrenze für die Auskunfts-pflichtigen zur monatlichen Erhebung im Gastgewerbe wurde im September 2011 von 50 000 € auf 150 000 € Jahresumsatz erhöht.

Ausführliche Ergebnisse enthält der Statistische Bericht „Umsatz und Beschäftigte im bayerischen Gastgewerbe im Mai 2012“ Bestellnummer: G4300C 201205, nur als Datei.*

Umsatz und Beschäftigte im bayerischen Gastgewerbe 2012					
Vorläufige Ergebnisse					
Wirtschaftszweig	Umsatz		Beschäftigte	davon	
	nominal	real		Vollzeitbeschäftigte	Teilzeitbeschäftigte
Veränderung gegenüber Vorjahreszeitraum in Prozent					
Mal					
Beherbergung	8,2	6,1	1,8	1,1	2,6
darunter Hotellerie	8,1	6,1	1,6	1,0	2,3
Ferienunterkünfte u. Ä.	5,5	0,7	5,0	4,9	5,1
Campingplätze	28,6	26,2	11,3	1,0	21,2
Gastronomie	2,6	0,5	2,4	0,4	3,5
davon Restaurants, Gaststätten, Imbissstuben, Cafés, Eisalons u. Ä.	2,8	0,6	2,3	0,3	3,5
Caterer und Erbringung sonstiger Verpflegungsdienstleistungen	-1,4	-3,6	1,1	2,4	0,0
Ausschank von Getränken	9,2	7,1	3,7	-3,2	5,5
Gastgewerbe insgesamt	5,1	2,9	2,2	0,7	3,2
Januar bis Mai					
Beherbergung	5,8	3,7	2,5	0,5	4,8
darunter Hotellerie	5,8	3,8	2,4	0,4	4,8
Ferienunterkünfte u. Ä.	2,2	-1,0	2,7	3,5	2,3
Campingplätze	4,4	2,4	8,6	5,7	11,2
Gastronomie	1,8	-0,3	2,8	0,9	3,9
davon Restaurants, Gaststätten, Imbissstuben, Cafés, Eisalons u. Ä.	1,8	-0,3	3,0	1,2	4,0
Caterer und Erbringung sonstiger Verpflegungsdienstleistungen	2,2	0,0	1,9	1,4	2,4
Ausschank von Getränken	0,8	-1,0	2,8	-4,6	4,4
Gastgewerbe insgesamt	3,4	1,3	2,7	0,7	4,2

4,1 % weniger Straßenverkehrsunfälle in Bayern im Mai 2012

Die bayerische Polizei registrierte im Mai 2012 nach vorläufigen Ergebnissen 31 101 Straßenverkehrsunfälle, 4,1 % weniger als im Vorjahresmonat. Es kam in 26 242 Fällen ausschließlich zu Sachschaden (-1,4%). Bei 754 Sachschadensunfällen lag eine Straftat oder eine Ordnungswidrigkeit vor (Bußgeld) und mindestens ein Fahrzeug musste abgeschleppt werden (-2,3%). Bei weiteren 136 Sachschadensunfällen waren zwar alle Kraftfahrzeuge fahrbereit, aber mindestens ein Unfallbeteiligter stand unter dem Einfluss von Alkohol oder anderen berauschenden

Mitteln (-22,7%). Die verbleibenden 25 352 Sachschadensunfälle (-1,2%) waren so genannte „Bagatellunfälle“, bei denen keine der vormals genannten Bedingungen zutrif.

Bei den 4 859 Unfällen mit Personenschaden (-16,3%) im Mai 2012 verunglückten 6 261 Personen (-16,6%), davon wurden 55 getötet (-23,6%), 1 110 schwer verletzt (-17,0%) und 5 096 leicht verletzt (-16,4%).

Von Januar bis Mai 2012 erfasste die bayerische Polizei 143 076

Straßenverkehrsunfälle (+3,8% gegenüber dem Vorjahreszeitraum), darunter 18 886 Unfälle mit Personenschaden (-4,6%). Bei diesen Unfällen verunglückten 25 615 Personen (-3,6%), davon wurden 215 Personen getötet (-14,7%) und 25 400 verletzt (-3,5%).

Ausführliche Ergebnisse enthält der Statistische Bericht „Straßenverkehrsunfälle in Bayern im Mai 2012“ (Bestellnummer: H1101C 201205, nur als Datei).*

Straßenverkehrsunfälle und Verunglückte in Bayern im Mai 2012								
Vorläufige Ergebnisse								
Unfälle ----- Verunglückte	Mai		Veränderung		Januar bis Mai		Veränderung	
	2012	2011*			2012	2011*		
	Anzahl		in %		Anzahl		in %	
Straßenverkehrsunfälle insgesamt	31 101	32 423	-1 322	-4,1	143 076	137 882	5 194	3,8
davon Unfälle mit Personenschaden	4 859	5 805	- 946	-16,3	18 886	19 800	- 914	-4,6
Unfälle mit nur Sachschaden	26 242	26 618	- 376	-1,4	124 190	118 082	6 108	5,2
davon Schwerwiegende Unfälle mit Sachschaden im engeren Sinne	754	772	- 18	-2,3	4 755	4 270	485	11,4
Sonstige Sachschadensunfälle unter dem Einfluss berauschender Mittel	136	176	- 40	-22,7	746	801	- 55	-6,9
Übrige Sachschadensunfälle	25 352	25 670	- 318	-1,2	118 689	113 011	5 678	5,0
Verunglückte insgesamt	6 261	7 505	-1 244	-16,6	25 615	26 567	- 952	-3,6
davon Getötete	55	72	- 17	-23,6	215	252	- 37	-14,7
Verletzte	6 206	7 433	-1 227	-16,5	25 400	26 315	- 915	-3,5
davon Schwerverletzte	1 110	1 337	- 227	-17,0	4 203	4 538	- 335	-7,4
Leichtverletzte	5 096	6 096	-1 000	-16,4	21 197	21 777	- 580	-2,7

* Endgültige Ergebnisse.

Meister-BAföG: Erneut starker Anstieg des Fördervolumens 2011 in Bayern

Nach dem Aufstiegsfortbildungsförderungsgesetz (AFBG) wird die Erweiterung und der Ausbau beruflicher Qualifikation durch Meisterkurse oder durch Lehrgänge unterstützt, die auf einen vergleichbaren Fortbildungsabschluss vorbereiten. Mit dem sogenannten „Meister-BAföG“ wurden 2011 in Bayern rund 47 400 Personen gefördert. Damit

lag die Zahl der Empfänger von Leistungen nach dem AFBG mit 0,6% knapp unter dem Niveau von 2010 (47 700). Die Förderzusagen stiegen auch 2011 wieder deutlich. Insgesamt betrug der finanzielle Aufwand für die Fortbildung von Handwerkern und anderen Fachkräften u. a. zu Meistern, Technikern oder Betriebswirten in Bayern

145,8 Millionen Euro, das waren gut 5% mehr als im Jahr davor.

21 400 Geförderte (45%) nahmen 2011 an Maßnahmen in Vollzeit teil, 26 000 Personen (55%) qualifizierten sich beruflich in Teilzeitmaßnahmen weiter. Die Zahl der geförderten Teilnehmer an Vollzeitmaßnahmen stieg gegenüber dem

Vorjahr (20 600 Personen) um 4%. Die Zahl der Leistungsempfänger, die sich für Fortbildung in Teilzeitform entschieden hatten, ging dagegen leicht zurück (2010: 27 100 Personen). Insgesamt waren 16 900 nach dem AFBG Geförderte (35,6%) Frauen. Bei den an Vollzeitmaßnahmen Teilnehmenden (21 400 Personen) lag der Frauenanteil mit 33,4% etwas niedriger als bei Teilzeitmaßnahmen (37,4%).

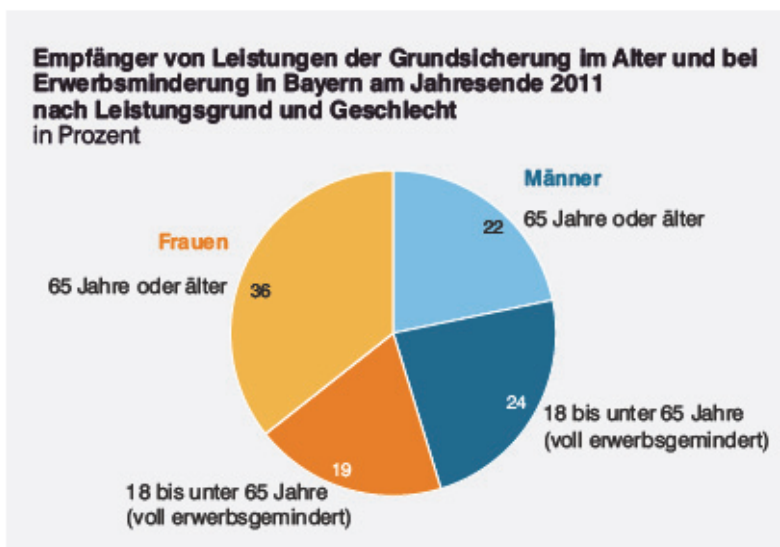
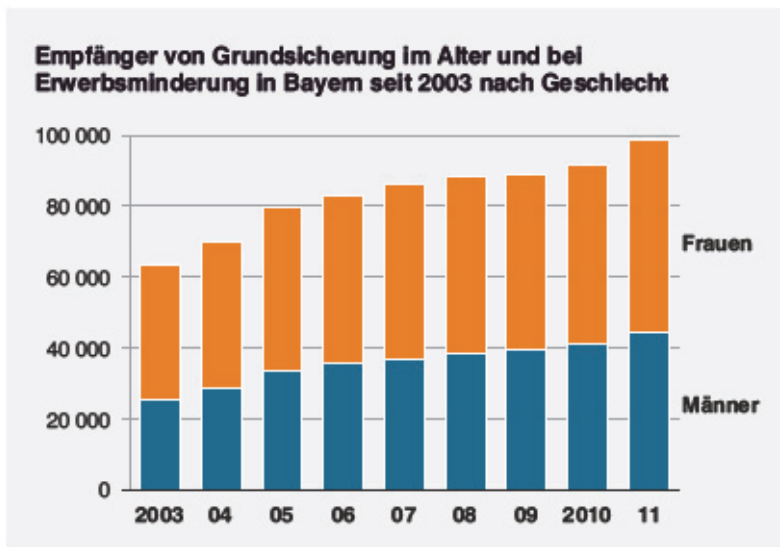
Der durchschnittliche Förderungsbetrag je Geförderten mit finanziellem Aufwand lag im Berichtsjahr bei 3 386 Euro und damit geringfügig höher als im Vorjahr (3 294 Euro). Bei Teilnehmern an Vollzeitmaßnahmen betrug der durchschnittliche Förderungsbetrag 5 242 Euro, was einem Plus von knapp 3% gegenüber dem Vorjahr entspricht. Die Förderung nach dem AFBG erfolgt überwiegend

über Darlehen. In Bayern wurden 2011 Darlehen in Höhe von 98,9 Millionen Euro (68% des Leistungsvolumens) und Zuschüsse in Höhe von 46,9 Millionen Euro bewilligt.

Ausführliche Ergebnisse enthält der Statistische Bericht „Aufstiegsfortbildungsförderung nach dem AFBG in Bayern 2011“ (Bestellnummer: K9200C 201100, nur als Datei).*

Fast 100 000 Menschen waren in Bayern 2011 auf Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung angewiesen

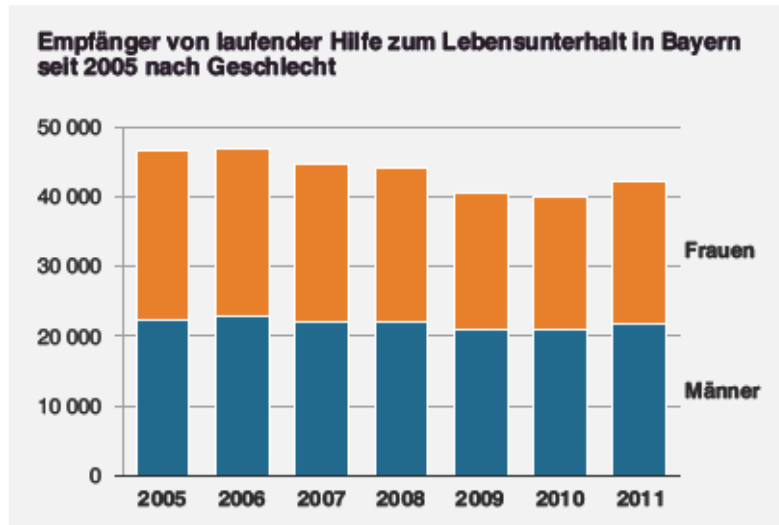
Leistungen im Rahmen der Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung nach dem 4. Kapitel des Zwölften Sozialgesetzbuches (SGB XII) erhielten am 31. Dezember 2011 in Bayern insgesamt 98 504 Personen. Dies bedeutet gegenüber dem Vorjahr (91 828 Empfänger) ein Plus von gut sieben Prozent. Die Zahl der Personen, die Leistungen der Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung beziehen, steigt seit der Einführung der Grundsicherung im Jahr 2003 kontinuierlich an. Auch 2011 waren mit 53 916 Personen mehr Frauen als Männer (44 588) auf die Leistungen der Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung angewiesen. Die genaue Betrachtung zeigt, dass auch Ende des letzten Jahres Frauen ab 65 Jahren die größte Empfängergruppe darstellten. Von den Empfängern erhielten 41 982 Personen (43%) im Alter von 18 bis unter 65 Jahren Leistungen aufgrund einer vollen, dauerhaften Erwerbsminderung, 56 522 Personen (57%) erhielten Leistungen im Rahmen der Altersversorgung zur Sicherung des Lebensunterhaltes ab einem Alter von 65 Jahren.



Mehr als 42 000 Menschen waren Ende 2011 in Bayern auf laufende Hilfe zum Lebensunterhalt angewiesen

Leistungen nach dem 3. Kapitel des zwölften Buches Sozialgesetzbuch (SGB XII) erhielten Ende 2011 in Bayern insgesamt 42 133 Personen. Diese Leistungen sollen den Grundbedarf vor allem an Nahrung, Kleidung, Unterkunft und Heizung decken. Verglichen mit 40 061 Empfängern Ende 2010 zeigte sich eine Zunahme von gut fünf Prozent.

Die langjährige Betrachtung zeigt, dass der Abwärtstrend durchbrochen wurde – erstmals seit 2006 waren in Bayern damit wieder mehr Menschen auf Leistungen nach dem 3. Kapitel des SGB XII angewiesen als im Vorjahr. Ein genauer Blick auf die Steigerungsraten ergibt, dass diese für weibliche Leistungsempfänger bei 5,9% und für männliche bei 4,5% lag.



Außerhalb von Einrichtungen lebten 24% (9 945 Personen) der Hilfeberechtigten und 76% (32 188 Personen) lebten in einer Einrichtung, wie z. B. einem Wohn- oder Pflegeheim.

Die Leistungsempfänger verteilen sich auf die Regierungsbezirke wie folgt:

Empfänger von laufender Hilfe zum Lebensunterhalt 2011 nach Regierungsbezirken					
Regierungsbezirk	Empfänger insgesamt	darunter			
		in Einrichtungen	Männer	Frauen	Deutsche
Oberbayern	15 821	11 864	8 260	7 561	13 992
Niederbayern	3 107	2 554	1 516	1 591	3 006
Oberpfalz	3 205	2 513	1 568	1 637	3 092
Oberfranken	3 185	2 377	1 731	1 454	3 045
Mittelfranken	7 763	5 871	4 132	3 631	7 047
Unterfranken	3 625	2 714	1 825	1 800	3 403
Schwaben	5 427	4 295	2 746	2 681	5 035
Bayern	42 133	32 188	21 778	20 355	36 620

Mehr als 3,6 Milliarden Euro für Sozialhilfe in Bayern im Jahr 2011

Auch im Jahr 2011 stiegen die Ausgaben der Leistungen der Sozialhilfe nach dem Sozialgesetzbuch (Zwölftes Buch, SGB XII). Gegenüber 2010 mit Bruttoausgaben von 3,4 Milliarden Euro, wurden im vergangenen Jahr 3,6 Milliarden Euro ausgegeben, was einer Steigerung von gut 4% entspricht.

Nach Abzug der Einnahmen in Höhe von 484 Millionen Euro, betragen die Nettoausgaben 3,1 Milliarden Euro (+4,3%).

Die größte Einzelposition – wie auch in den Vorjahren – war mit 1,9 Milliarden Euro die Eingliederungshilfe für behinderte Men-

schen. Diese Position machte knapp 62% der Nettoausgaben aus. Im Vergleich zu 2010 wurde damit für diese Position knapp 4% mehr ausgegeben.

Mit 521 Millionen Euro stellten die Ausgaben für die Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminder-

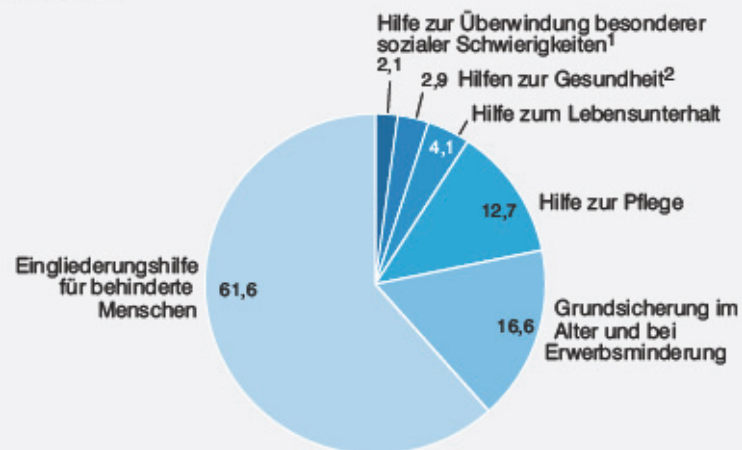
Ausgaben für Sozialhilfe in Bayern 2011 nach Regierungsbezirken				
Regierungsbezirk	Bruttoausgaben	Einnahmen	Nettoausgaben	Nettoausgaben je Einwohner (Stand: 31.12.2010)
Oberbayern	1 330 935 205	89 767 602	1 241 167 603	283
Niederbayern	291 629 511	44 980 342	246 649 169	207
Oberpfalz	279 181 015	51 600 118	227 580 897	211
Oberfranken	279 749 224	59 432 061	220 317 163	206
Mittelfranken	585 941 468	96 813 349	489 128 119	286
Unterfranken	324 306 322	57 770 703	266 535 619	202
Schwaben	531 908 876	83 513 538	448 395 338	251
Bayern	3 623 651 621	483 877 713	3 139 773 908	250

ung im Jahr 2011 die zweitgrößte Position mit einer Zunahme von gut 7% gegenüber dem Vorjahr, gefolgt von der Hilfe zur Pflege mit 397 Millionen Euro. Verglichen mit 2010 war hier eine Zunahme von 5% festzustellen.

Bezogen auf die die Bevölkerung zeigt sich bei den Nettoausgaben je Einwohner ein Wert von 250 Euro für das Jahr 2011, was verglichen mit 2010 (241 Euro) einer Steigerung von etwa 4% entspricht.

Ausführliche Ergebnisse enthält der Statistische Bericht „Sozialhilfe in Bayern 2011“ (Bestellnummer: K11013 201100, Preis der Druckausgabe: 7,90 €).*

Nettoausgaben der Sozialhilfe in Bayern 2011 nach Art der Hilfe in Prozent



- 1 beinhaltet auch die Hilfen in anderen Lebenslagen.
- 2 diese umfassen auch die Erstattungen an Krankenkassen für die Übernahme der Krankenbehandlung.

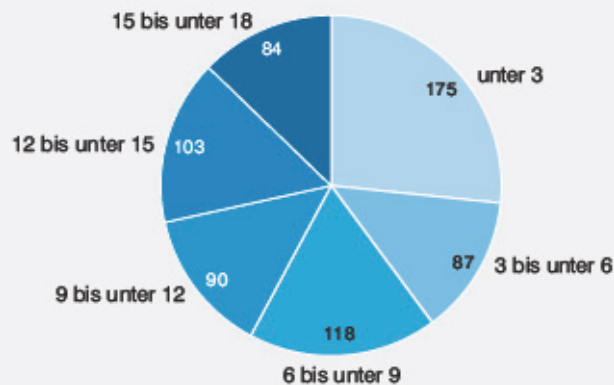
657 Kinder und Jugendliche in Bayern 2011 adoptiert

In Bayern wurden im Jahr 2011 insgesamt 657 Kinder und Jugendliche adoptiert. Dies waren nahezu 10% mehr als 2010 (600 Adoptionen). Auch 2011 war der Anteil der adoptierten Buben (327) und Mädchen (330) nahezu gleich. 468 Minderjährige wiesen die deutsche Staatsangehörigkeit (71%) auf.

453 Kinder und Jugendliche – 69% – wurden entweder von einem Stiefelternteil (434 Adoptionen) oder von anderen Verwandten (19 Adoptionen) an Kindes statt angenommen. Somit fielen mehr

Adoptionen in Bayern 2011 nach Altersgruppen

Minderjährige im Alter von ... Jahren



als zwei Drittel der Adoptionen in das den Kindern und Jugendlichen bekannte Umfeld und verursachten keine größeren Veränderungen der Lebensumstände und Bezugspersonen. Bei 204 Adoptionen bestand kein Verwandtschaftsver-

hältnis zwischen den Adoptiveltern und den Minderjährigen.

Am Jahresende 2011 waren 108 Kinder und Jugendliche zur Adoption vorgemerkt, gleichzeitig lagen den Adoptionsvermittlungsstellen

1 035 Bewerbungen adoptionswilliger Eltern vor. Somit ergaben sich für jeden zur Adoption vorgemerkten Minderjährigen zehn mögliche Adoptiveltern.

Zum Tag des öffentlichen Dienstes am 23. Juni

Größter Arbeitgeber im öffentlichen Dienst in Bayern war am 30. Juni 2011 der Freistaat mit 303 695 Beschäftigten, gefolgt von den kommunalen Körperschaften, wie Gemeinden, Gemeindeverbände, kommunale Zweckverbände und Verwaltungsgemeinschaften, mit 216 200 Mitarbeitern. Zum Personal im öffentlichen Dienst zählen auch die Beschäftigten des mittelbaren Dienstes des Landes. Darunter sind die Sozialversicherungsträger sowie Anstalten und Körperschaften unter Aufsicht des Freistaates und der Kommunen zu verstehen. Im letzten Jahr waren hier 91 782 Bedienstete zu verzeichnen.

484 669 Beschäftigte des Freistaat und der kommunalen Körperschaften wiesen ihren Arbeitsplatz

im Bereich der Verwaltung (Kernhaushalt), also bei Ämtern, Behörden, Gerichten und sonstigen kameralistisch geführten Einrichtungen auf. 299 626 arbeiten davon beim Freistaat und 185 043 bei den kommunalen Körperschaften. Auf den Lohn- und Gehaltslisten, der aus den Kernhaushalten wirtschaftlich ausgegliederten, aber rechtlich unselbständigen Einheiten mit kaufmännischem Rechnungswesen (wie z. B. Eigenbetriebe), standen bei den kommunalen Körperschaften 31 157 Bedienstete und beim Freistaat 4 069 Mitarbeiter.

Der mittelbare Dienst war in Bayern Arbeitgeber für 21 827 Bedienstete der Sozialversicherungsträger, wie der Kranken-, Unfall- und Rentenversicherung und für 69 955 Be-

schäftigte bei rechtlich selbständigen Einrichtungen, Betrieben und Unternehmen, die unter Aufsicht des Freistaats oder der Kommunen in öffentlicher Rechtsform geführt werden.

Im Vergleich zum Vorjahr hat sich der Personalstand des öffentlichen Dienstes in Bayern von 604 316 Beschäftigten um 1,2% oder rund 7 400 auf 611 677 Mitarbeiter erhöht. Die Zunahme verteilt sich fast gleichmäßig auf Vollzeit- bzw. Teilzeitbeschäftigte mit Steigerungen von 1,2% bzw. 1,3%.

Ausführliche Ergebnisse enthält der im Oktober erscheinende Statistische Bericht „Personalstand im öffentlichen Dienst in Bayern am 30. Juni 2011“ (Bestellnummer: L 32003 201100, Preis der Druckausgabe: 20,50 €).*

2011 in Bayern weniger Einnahmen aus Erbschaft- und Schenkungsteuer

Die bayerischen Finanzämter nahmen im Jahr 2011 insgesamt 820 Millionen Euro an Erbschaft- und Schenkungsteuer ein. Dies entspricht gegenüber dem Vorjahr einem Rückgang um 18,6% bzw. 187 Millionen Euro. Die Einnahmen aus der Erbschaft- und Schenkungsteuer fließen als Ländersteuer vollumfänglich in die Kassen der Bundesländer.

Insgesamt wurden 26 356 steuerpflichtige Erwerbsfälle im Jahr 2011 erfasst, 7,7% weniger als im Vorjahr. Vererbt bzw. verschenkt wurde in diesen Fällen ein Vermögenswert von 7,4 Milliarden Euro (+8,0%). Nach Berücksichtigung der persönlichen und sachlichen Steuerbefreiungen, -begünstigungen und Freibeträge und zzgl. eventueller Vorerwerbe verblieben

steuerpflichtige Erwerbe in Höhe von 5,2 Milliarden Euro (-18,0%) zur Steuerfestsetzung. Die Erbschaftsteuerreform 2009, die zu einer Erhöhung der Freibeträge führte, wirkt sich damit auch im Ergebnis 2011 aus.

Knapp 80% (642 Millionen Euro) der festgesetzten Steuereinnahmen ergaben sich aus Erb-

schaften. Die 19 923 Erben zeigten den Finanzämtern einen für die Steuerfestsetzung maßgeblichen steuerpflichtigen Erwerb von 3,0 Milliarden Euro an. Daneben wurden 6 433 steuerrelevante Schenkungen erfasst. Diese führten mit einem steuerpflichtigen Erwerb von 2,2 Milliarden Euro zu einer Steuerfestsetzung von 179 Millionen Euro.

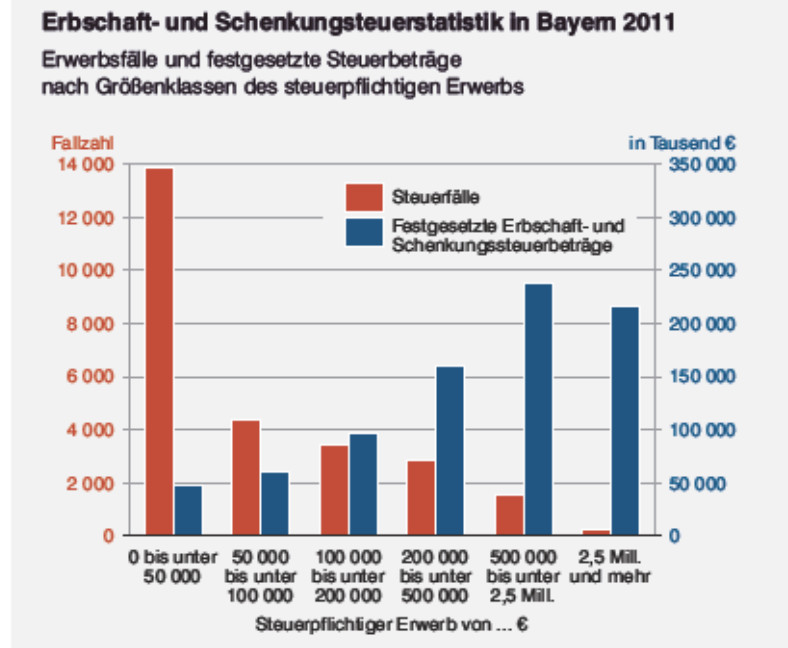
Die meisten Vermögensübergänge fanden innerhalb der Familie statt. Ein Drittel des steuerpflichtig vererbten Vermögens wurde von Eltern auf ihre Kinder übertragen, beim steuerpflichtig verschenkten Vermögen waren dies sogar 80,9%.

Große Vermögensübertragungen gab es nur in wenigen Fällen: 0,5% der Erben und 2,2% der Beschenkten erhielten ein steuerpflichtiges Vermögen von über 2,5 Millionen Euro. Mit einem Anteil von 26,5% waren sie jedoch maßgeblich an den Einnahmen aus der Erbschaft- und Schenkungsteuer des Freistaats beteiligt.

Inflationsrate in Bayern im Juni 2012 bei 2,2%

Die Inflationsrate, das ist die Veränderung des Verbraucherpreisindex für Bayern gegenüber dem Vorjahresmonat in Prozent, lag im Juni bei +2,2%; im Mai hatte sie +2,3% betragen.

Die Preise für Nahrungsmittel haben sich gegenüber dem Juni des Vorjahres um 3,1% erhöht. Überdurchschnittlich stiegen die Preise für Fleisch und Fleischwaren (+6,9%), Fische und Fischwaren (+5,1%) sowie Brot und Getreideerzeugnisse (+4,3%). Die Preise für Obst (-0,3%) blieben nahezu unverändert, Gemüse (+1,0%) hat



Die Erbschaft- und Schenkungsteuerstatistik kann nur Informationen über einen Teil der Vermögensübergänge in Bayern liefern: die Mehrzahl der Erbschaften und Schenkungen liegt innerhalb der gewährten Freibeträge und führt deshalb nicht zu einer Steuerfestsetzung. In der Statistik werden nur steuerpflichtige Erwerbe aus-

gewiesen, für die im Berichtsjahr erstmals Erbschaft- oder Schenkungsteuer festgesetzt wurde. Dabei kann der Steuerentstehungszeitpunkt auch in den Vorjahren liegen.

sich geringfügig verteuert. Deutlich billiger war auch Butter (-17,8%) zu kaufen, während sich die Preise für Margarine binnen Jahresfrist um 20,0% erhöhten.

Im Energiesektor haben sich die Preise für Heizöl gegenüber dem Juni des Vorjahres um 5,4% erhöht. Kraftstoffe waren im Durchschnitt 2,6% teurer als im Vorjahr. Bei Gas war binnen Jahresfrist ein Preisanstieg von 6,5% zu verzeichnen; Strom verteuerte sich gegenüber dem Vorjahr um 1,7%. Weiterhin entspannt verläuft die Preisentwicklung bei den Woh-

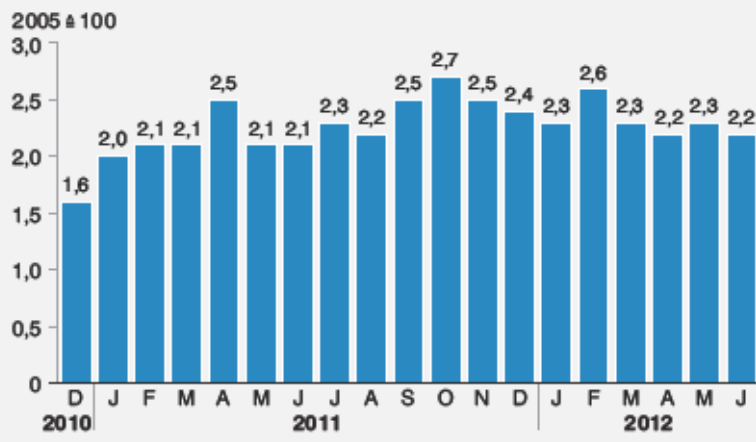
nungsmieten (ohne Nebenkosten). Gegenüber dem Juni des Vorjahres erhöhten sie sich um 1,4%. Deutlich niedriger als im Vorjahr waren im Juni auch weiterhin die Preise vieler hochwertiger technischer Produkte. So konnten die Verbraucher u. a. Personalcomputer (-18,0%), Notebooks (-9,8%) und digitale Kameras (-6,3%) deutlich günstiger beziehen als im Vorjahr.

Im Vergleich zum Vormonat blieben die Verbraucherpreise im Gesamtdurchschnitt unverändert. Ein weiterer Preisrückgang war bei

Heizöl (-2,7%) und Kraftstoffen (-3,4%) zu beobachten. Die Preise für Heizöl und Kraftstoffe liegen allerdings weiter auf hohem Niveau. Auch Butter (-4,6%) war deutlich günstiger als im Vormonat. Spürbar verteuert hat sich hingegen Obst (+6,6%); die Preise für Gemüse stiegen gegenüber dem Vormonat um 1,8%.

Ausführliche Ergebnisse enthalten die Statistischen Berichte „Verbraucherpreisindex für Bayern, Juni 2012 mit Jahreswerten von 2007 bis 2011 sowie tief gegliederten Ergebnissen nach Gruppen und Untergruppen“ (Bestellnummer: M1201C 201206, nur als Datei) und „Verbraucherpreisindex für Bayern mit monatlichen Indexwerten von Ja-

Verbraucherpreisindex für Bayern von Dezember 2010 bis Juni 2012
Veränderung gegenüber dem jeweiligen Vorjahresmonat in Prozent



nuar 2006 bis Juni 2012 sowie Untergliederung nach Haupt- und Sondergruppen“ (Be-

stellnummer: M13013 201206, Preis der Druckausgabe: 6,70 Euro).*

Preisindex für den Neubau von Wohngebäuden in Bayern im Mai 2012

Der Preisindex für den Neubau von Wohngebäuden in Bayern erreichte im Mai 2012 einen Stand von 120,2 (2005 = 100). Im Vergleich zum entsprechenden Vorjahresmonat bedeutet dies eine Steigerung von 2,8%.

Im Bereich der Rohbauarbeiten stiegen die Preise im Vorjahresvergleich um 3,1%. Dabei war die Preisentwicklung der einzelnen

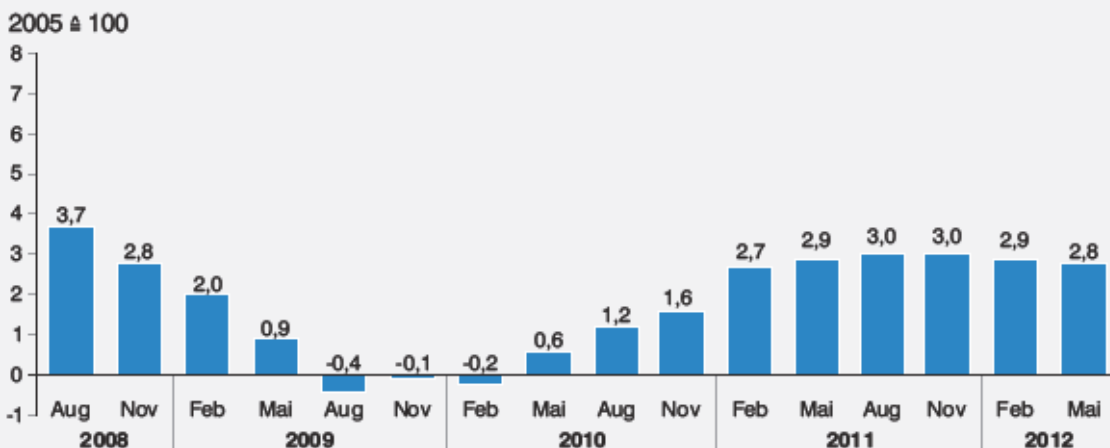
Bauarbeiten sehr unterschiedlich. Besonders kräftig zogen die Preise für Erdarbeiten (+4,4%) sowie Zimmer- und Holzarbeiten (+5,3%) an, während Stahlbau (+0,7%) und Verbauarbeiten (+0,9%) sich weniger stark verteuerten.

Bei den Ausbauarbeiten erhöhten sich die Preise gegenüber Mai 2011 um 2,4%. Die höchsten Zu-

wachsraten waren hier bei Estricharbeiten (+5,0%), bei Dämmarbeiten an technischen Anlagen (+5,6%) sowie bei Arbeiten an raumluftechnischen Anlagen (+4,9%) zu beobachten.

Ausführliche Ergebnisse enthält der Statistische Bericht „Preisindizes für Bauwerke in Bayern – 2. Vierteljahr 2012“ (Bestellnummer: M14003 201144, Preis der Druckausgabe: 5,30 €).

Preisindex für Wohngebäude in Bayern
Veränderung jeweils gegenüber dem Vorjahr in Prozent



Bayerisches Bruttoinlandsprodukt steigt 2011 um 2,7%

Aufgrund der Berechnungen des Arbeitskreises „Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder“ (AK VGRdL), stieg im Jahr 2011 das BIP in Bayern preisbereinigt um 2,7% an. Damit blieb die Zunahme sowohl hinter der Entwicklung in Deutschland insgesamt, (+3,0%) als auch in den alten Bundesländern (ohne Berlin) (+3,1%), zurück. Die größten Zuwachsraten erreichten Baden-Württemberg mit 4,3% und das Saarland mit 4,1%. Diese Länder erlitten im Rezessionsjahr 2009 jedoch einen erheblich stärkeren Einbruch ihrer Wirtschaftsleistung als Bayern, sodass hier stärkere Nachholeffekte als in Bayern auftraten. Wird die Gesamtentwicklung seit dem Vorrezessionsjahr 2008 betrachtet, liegt Bayern mit einer Zunahme von 3,4% hinter Berlin (+4,5%) und Niedersachsen (+4,1%) an dritter

Stelle aller Bundesländer. Deutschlandweit hat sich das BIP seit 2008 preisbereinigt lediglich um 1,3% erhöht.

In Untergliederung nach Wirtschaftsbereichen nahm die preisbereinigte Bruttowertschöpfung im Jahr 2011 mit 5,9% am stärksten im Verarbeitenden Gewerbe zu. In der Land- und Forstwirtschaft stieg sie um 5,1% und im Bereich Handel, Verkehr, Gastwirtschaft, Information und Kommunikation um 4,0%. Rückblickend betrachtet, seit dem Vorrezessionsjahr 2008, stieg die Bruttowertschöpfung der Landwirtschaft um 19,1%. Allerdings betrug ihr Anteil an der gesamten Bruttowertschöpfung im Jahr 2011 lediglich 1,1%. Das Verarbeitende Gewerbe, das besonders stark von der Rezession 2009 betroffen war, hat inzwischen den

Stand von 2008 wieder um 2,1% übertroffen. Sein Anteil an der gesamten Bruttowertschöpfung stieg seit 2009 von 22,8 auf 25,0% an. Mit den aktuell vorliegenden Zahlen legt der AK VGRdL erstmals revidierte Ergebnisse für die Jahre 2008 bis 2011 nach neuer Wirtschaftszweiggliederung WZ 2008 auf Länderebene vor. Diese Ergebnisse sind revisionsbedingt nur eingeschränkt mit den BIP-Daten der Vorjahre vergleichbar. Für die Jahre 1991 bis 2007 ist die Revision hingegen noch nicht abgeschlossen. Weitere Ergebnisse und Informationen zur Revision sind unter www.vgrdl.de sowie unter <https://www.statistik.bayern.de/statistik/vgr/> zu finden.

Tab. 1 Preisbereinigtes Bruttoinlandsprodukt deutscher Bundesländer 2009 bis 2011
Erste vorläufige Länderergebnisse nach VGR-Revision 2011

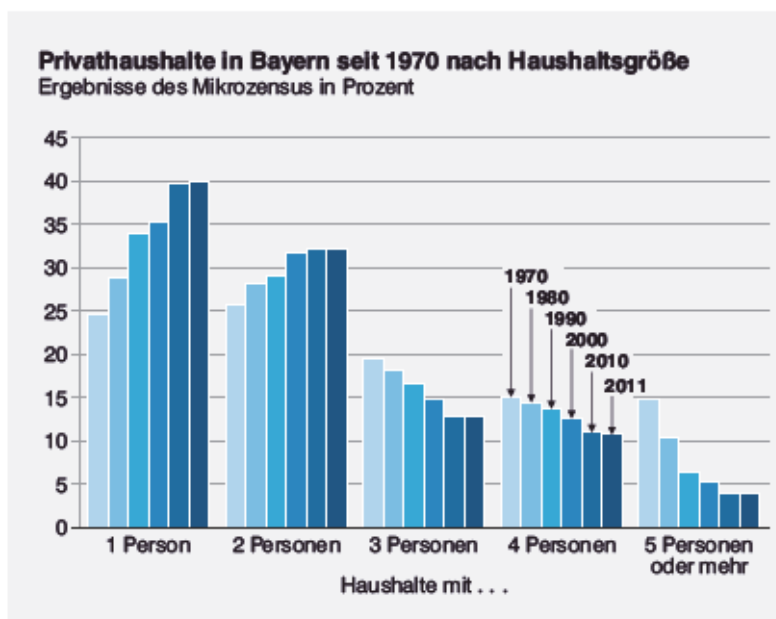
Bundesland	Preisbereinigtes Bruttoinlandsprodukt			
	Veränderung gegenüber dem Vorjahr in Prozent			2008 = 100
	2009	2010	2011	2011
Baden-Württemberg	-9,5	6,3	4,3	100,4
Bayern	-3,4	4,2	2,7	103,4
Berlin	-0,4	2,5	2,3	104,5
Brandenburg	-3,4	1,9	2,4	100,7
Bremen	-7,6	5,7	3,9	101,5
Hamburg	-1,9	2,9	1,9	102,9
Hessen	-6,3	2,8	3,2	99,4
Mecklenburg-Vorpommern	-0,3	0,3	1,3	101,3
Niedersachsen	-4,0	4,9	3,3	104,1
Nordrhein-Westfalen	-5,6	3,2	2,6	100,0
Rheinland-Pfalz	-4,5	3,4	3,3	102,1
Saarland	-11,9	3,9	4,1	95,3
Sachsen	-4,1	1,9	2,7	100,4
Sachsen-Anhalt	-5,6	2,0	2,4	98,7
Schleswig-Holstein	-2,1	0,4	2,1	100,3
Thüringen	-5,3	2,9	3,4	100,6
Deutschland	-5,1	3,7	3,0	101,3
Alte Bundesländer				
ohne Berlin	-5,5	4,0	3,1	101,3
einachl. Berlin	-5,3	3,9	3,1	101,4
Neue Bundesländer				
ohne Berlin	-3,9	1,9	2,5	100,3
einachl. Berlin	-3,0	2,1	2,5	101,4

Tab. 2 Preisbereinigte Bruttowertschöpfung nach Wirtschaftsbereichen in Bayern 2009 bis 2011
Erste vorläufige Länderergebnisse nach VGR-Revision 2011

Wirtschaftsgliederung (Code WZ 2008)		Bruttowertschöpfung (BWS)						2008 ± 100 (preisbereinigt)
		Anteil an der gesamten BWS in Prozent (in jeweiligen Preisen)			Veränderung gegenüber dem Vorjahr in Prozent (preisbereinigt)			
		2009	2010	2011	2009	2010	2011	
A	Land- und Forstwirtschaft,							
	Fischerei	0,9	1,0	1,1	-1,7	15,9	5,1	119,1
B-F	Produzierendes Gewerbe	30,3	31,6	32,0	-10,5	9,4	3,9	101,7
B-E	Produzierendes Gewerbe ohne							
	Baugewerbe	25,5	26,9	27,5	-11,6	10,8	4,5	102,4
C	Verarbeitendes Gewerbe	22,8	24,3	25,0	-14,0	12,0	5,9	102,1
F	Baugewerbe	4,8	4,6	4,5	-3,9	1,8	-0,1	97,6
G-T	Dienstleistungsbereiche	68,8	67,5	66,8	-0,8	2,4	2,0	103,6
G-J	Handel, Verkehr, Gastgewerbe,							
	Information und Kommunikation	18,7	18,2	18,3	-2,7	4,0	4,0	105,2
K-N	Finanz- u. Unternehmensdienstleister,							
	Grundstücks- u. Wohnungswesen	29,6	29,2	28,8	-1,3	1,6	1,8	102,1
O-T	Öffentliche und sonst. Dienstleister,							
	Erziehung und Gesundheit	20,5	20,0	19,7	1,7	2,1	0,6	104,5
A-T	BWS zu Herstellungspreisen	100,0	100,0	100,0	-3,9	4,6	2,6	103,2

Rund 6,1 Millionen Haushalte in Bayern 2011

Nach den Ergebnissen des Mikrozensus, einer jährlichen Stichprobenerhebung bei einem Prozent der Bevölkerung, gab es in Bayern im Jahr 2011 insgesamt 6,098 Millionen Privathaushalte. Dies bedeutet gegenüber dem Jahr 2000 eine Steigerung von über 10%. Überdurchschnittlich hoch war die Zunahme bei der Zahl der Singlehaushalte. Sie erhöhte sich gegenüber 2000 um rund 26%, während die Zahl der Haushalte mit fünf oder mehr Personen um rund 18% sank. Im Ergebnis nahm die durchschnittliche Haushaltsgröße von 2,23 Personen im Jahr 2000 auf 2,07 Personen im Jahr 2011 ab. Diese Zahlen verdeutlichen den anhaltenden Trend zu kleineren Haushalten, der bereits lange zu beobachten ist. So bestanden im Jahr 1970 nur 24,6% aller Haushalte aus nur einer Person und es lebten durchschnittlich noch 2,83 Personen in einem Haushalt. Seitdem hat sich der Anteil der Singlehaushalte um 15,5



Prozentpunkte auf 40,1% im Jahr 2011 erhöht.

Es handelte sich bei den Einpersonenhaushalten vor allem um Senioren und jüngere Personen. So stellten die 60-Jährigen oder Älteren mit 39,4% die mit Abstand größte Gruppe der Alleinlebenden.

Der jüngeren Generation der unter 30-Jährigen waren 18,8% der Singlehaushalte zuzurechnen.

Vor allem in den bayerischen Großstädten mit mehr als 100 000 Einwohnern fiel der Anteil der Einpersonenhaushalte hoch aus. Hier bestand rund jeder zweite Haus-

halt (52 %) aus nur einer Person. Im Vergleich dazu waren in Gemeinden mit weniger als 5 000

Einwohnern Singlehaushalte mit einem Anteil von 31 % weit weniger häufig vertreten.

Ausführliche Ergebnisse enthält der Statistische Bericht „Strukturdaten der Bevölkerung und der Haushalte in Bayern 2011“ (Bestellnummer: A6201C 201100, nur als Datei).*

2011 in Bayern insgesamt 266 meldepflichtige Unfälle mit wassergefährdenden Stoffen

Im Jahr 2011 wurden in Bayern insgesamt 266 meldepflichtige Unfälle mit wassergefährdenden Stoffen registriert, 34 davon in Wasserschutzgebieten bzw. Heilquellenschutz-, Überschwemmungs- oder sonstigen schutzwürdigen Gebieten. Dabei wurden – soweit von den zuständigen Überwachungsbehörden quantifizierbar – insgesamt 698 m³ potenziell wassergefährdende Substanzen freigesetzt, darunter 72 m³ Mineralöle bzw. Mineralölprodukte. Obwohl die Zahl der gemeldeten Unfälle mit wassergefährdenden Stoffen gegenüber dem Vorjahr unverändert war, gelangte rund ein Viertel weniger Schadstoffe in die Umwelt.

Wie schon in den vorangegangenen Jahren ereignete sich die Mehrzahl der gemeldeten Unfälle mit wassergefährdenden Stoffen (172 Unfälle bzw. 65 %) während der Beförderung. Dabei gelangten

247 m³ wassergefährdende Substanzen in die Umwelt.

Der größte Teil der 2011 freigesetzten Schadstoffmengen (451 m³ bzw. 65 %) fiel bei insgesamt 94 Unfällen während des Umgangs mit wassergefährdenden Stoffen an. Hierbei handelte es vorwiegend um sonstige Stoffe, wie z. B. Gülle, Jauche oder Silagesickersäfte, die in die Umwelt gelangten. In 18 Fällen war das Grundwasser bzw. eine Wasserversorgung betroffen.

Rund ein Zehntel der insgesamt freigesetzten Substanzen (73 m³) – fast ausschließlich Mineralölprodukte wie z. B. Heizöl, Benzin, Dieselkraftstoff, Kerosin, Altöl oder Rohöl – wurden als stark wassergefährdend (Wassergefährdungsklasse 3) bzw. wassergefährdend (Wassergefährdungsklasse 2) eingestuft. Bei 63 % der ausgelaufe-

nen Schadstoffmengen handelte es sich um potenziell wassergefährdende Stoffe, wie z. B. Gülle, Jauche oder Silagesickersäfte bzw. andere Stoffe oder Flüssigkeiten, die keiner Wassergefährdungsklasse zugeordnet sind.

Durch Sofort- und Folgemaßnahmen wie z. B. den Einsatz von Bindemitteln und Gewässersperrern oder das Aufbereiten des verunreinigten Materials vor Ort, konnten im Jahr 2011 immerhin 26 % (182 m³) der Schadstoffe wiedergewonnen werden.

Ausführliche Ergebnisse enthält der Statistische Bericht „Unfälle beim Umgang mit und bei der Beförderung von wassergefährdenden Stoffen“ (Bestellnummer: Q4100C 201100, nur als Datei).*

* Alle Statistischen Berichte sowie ausgewählte Gemeinschaftsveröffentlichungen der Statistischen Ämter des Bundes und der Länder sind zum kostenlosen Download verfügbar unter www.statistik.bayern.de/veroeffentlichungen. Soweit diese Veröffentlichungen nur als Datei angeboten werden, ist auf Anfrage ein kostenpflichtiger Druck möglich. Bestellmöglichkeit für alle Veröffentlichungen: Siehe Umschlagseiten 2 und 3.

Ergebnisse der Lohnsteuerzerlegung

Das Aufkommen der Lohnsteuer (als Sonderform der Einkommensteuer) steht als Gemeinschaftsteuer zu jeweils 42,5% dem Bund und den Ländern sowie zu 15% den Kommunen zu. Der einem Bundesland und seinen Kommunen zustehende Anteil richtet sich dabei nach den abgeführten Lohnsteuerzahlungen für die Bewohner. Nicht immer führen die Arbeitgeber die Lohnsteuer aber am Hauptwohnsitz des Arbeitnehmers ab, z.B. bei zentraler Lohnabrechnung bei Mehrbetriebsunternehmen oder bei Pendlern. Damit diese Steuerbeträge dennoch dem berechtigten Wohnsitzland zufließen, prüfen die Statistischen Landesämter gemäß § 7 Zerlegungsgesetz (ZerlG) jährlich alle Lohnsteuerkarten und elektronischen Lohnsteuerbescheinigungen im Verfahren der Lohnsteuerzerlegung auf ihre regionale Zuordnung.

Grundlage für die aktuelle Lohnsteuerzerlegung waren die für die Zerlegung maßgeblichen Daten aus den elektronischen Lohnsteuerbescheinigungen und Lohnsteuerkarten des Jahres 2009 (= Feststellungszeitraum). Aus den Lohnsteuerzahlungen, die nicht am Hauptwohnsitz des Arbeitnehmers abgeführt wurden (Zerlegungsfälle), errechneten die Landesämter die Ausgleichsansprüche ihres Landes gegenüber den anderen Bundesländern. Die Ausgleichsansprüche wurden von den Landesämtern zum gesetzlich vorgegebenen Stichtag – dieser war für den Feststellungszeitraum 2009 der 30. Juni 2012 – den obersten Finanzbehörden der jeweiligen Einnahmeländer mitgeteilt.

Bei der aktuellen, für den Feststellungszeitraum 2009 durchgeführten Lohnsteuerzerlegung wurden vom Bayerischen Landesamt für Statistik und Datenverarbeitung ca. 7,8 Millionen Arbeitsverhältnisse aus dem ElsterLohn-Verfahren und 115 000 Lohnsteuerkarten geprüft. Dabei ermittelte das Landesamt rund 946 000 Zerlegungsfälle mit einem Zerlegungsbetrag von rund 5,1 Milliarden Euro, die nicht an das Wohnsitzland Bayern geflossen sind und die vom Freistaat von den anderen Bundes-

Tab. 1 Ausgleichsansprüche Bayerns gegenüber den anderen Bundesländern 2008 und 2009

Ausgleichsverpflichtetes Bundesland an Bayern	2009		2008		Veränderung 2009 gegenüber 2008			
	Zerlegungsfälle	Ausgleichsbetrag (Saldo Lohnsteuer minus Kindergeld)	Zerlegungsfälle	Ausgleichsbetrag (Saldo Lohnsteuer minus Kindergeld)	Fälle	%	€	%
		€		€				
01 Schleswig-Holstein	15 538	66 288 291	12 842	69 414 672	2 696	21,0	-3 126 381	-4,5
02 Hamburg	44 389	297 198 292	45 072	292 983 088	-683	-1,5	4 215 204	1,4
03 Niedersachsen	35 547	187 318 168	33 849	184 916 054	1 698	5,0	2 402 114	1,3
04 Bremen	6 167	37 627 598	6 288	36 899 953	-121	-1,9	727 645	2,0
05 Nordrhein-Westfalen	311 819	1 468 844 042	305 689	1 507 314 258	6 130	2,0	-38 470 216	-2,6
06 Hessen	156 367	1 077 053 864	164 542	1 122 939 875	-8 175	-5,0	-45 886 011	-4,1
07 Rheinland-Pfalz	29 024	141 455 399	29 419	141 196 845	-395	-1,3	258 554	0,2
08 Baden-Württemberg	265 587	1 430 032 395	259 343	1 452 571 400	6 244	2,4	-22 539 005	-1,6
10 Saarland	5 593	27 664 619	5 320	28 173 393	273	5,1	-508 774	-1,8
11 Berlin	39 647	221 273 974	40 188	206 617 093	-541	-1,3	14 656 881	7,1
12 Brandenburg	12 540	31 645 543	10 313	32 510 644	2 227	21,6	-865 101	-2,7
13 Mecklenburg-Vorpommern	1 042	4 336 695	1 014	3 944 442	28	2,8	392 253	9,9
14 Sachsen	10 907	50 282 563	13 058	60 951 366	-2 151	-16,5	-10 668 803	-17,5
15 Sachsen-Anhalt	2 319	13 177 119	2 641	12 534 696	-322	-12,2	642 423	5,1
16 Thüringen	9 729	45 041 028	10 083	47 204 777	-354	-3,5	-2 163 749	-4,6
Zerlegungsfälle insgesamt	946 215	5 099 239 590	939 661	5 200 172 556	6 554	0,7	-100 932 966	-1,9

ländern „zurückgefordert“ wurden. Im Vergleich zur letzten Zerlegung 2008 mit 5,2 Milliarden Euro war dies ein leichter Rückgang um 1,9%. Der Zerlegungsbetrag ergibt sich aus den Lohnsteuerbeträgen minus dem eventuell vom Arbeitgeber ausbezahlten Kindergeld.

Besonders hohe Ansprüche hatte Bayern, wie auch in Tabelle 1 ersichtlich, an seine Nachbarländer Baden-Württemberg und Hessen sowie an Nordrhein-Westfalen. Auch wenn in den Nachbarländern pendlerbedingte Ausgleichsansprüche eine größere Rolle spielen, dürften diese überwiegend auf der zentralen Lohnabrechnung von Mehrbetriebsunternehmen beruhen.

Im Gegenzug machten die anderen Bundesländer aufgrund der Lohnsteuerzerlegung des Feststellungszeitraums 2009 rund 5,9 Milliarden Euro gegenüber dem Freistaat geltend. Im Vergleich zu 2008 stiegen die Ausgleichsverpflichtungen Bayerns damit marginal an. Die höchsten Ausgleichsforderungen kommen erwartungsgemäß von den Nachbarländern Baden-Württemberg und Hessen sowie aus Nordrhein-Westfalen (vgl. Tabelle 2).

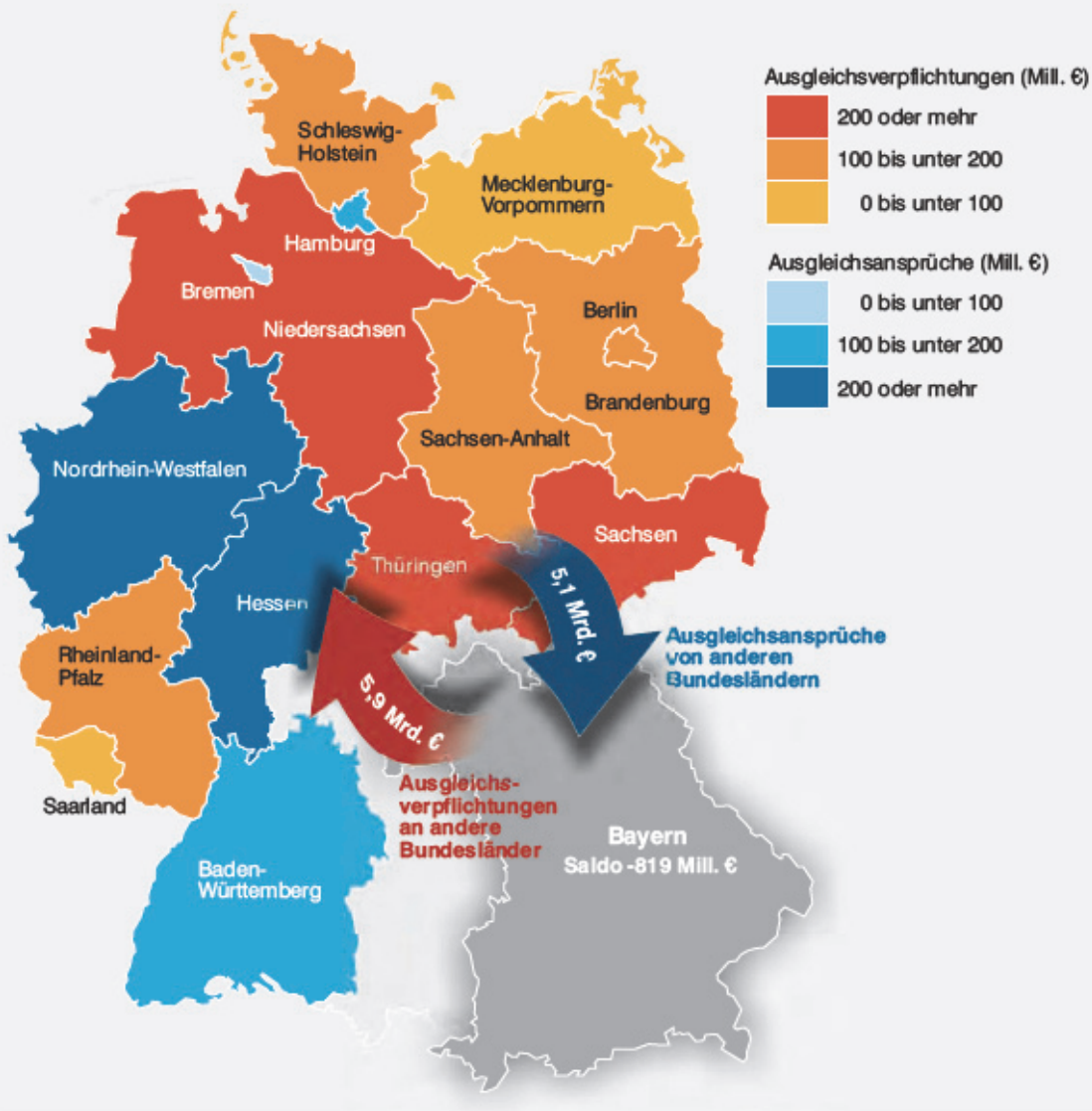
Tab. 2 Ausgleichsverpflichtungen Bayerns gegenüber den anderen Bundesländern 2008 und 2009

Ausgleichsforderndes Bundesland von Bayern	2009		2008		Veränderung 2009 gegenüber 2008			
	Zerlegungsfälle	Ausgleichsbetrag (Saldo Lohnsteuer minus Kindergeld)	Zerlegungsfälle	Ausgleichsbetrag (Saldo Lohnsteuer minus Kindergeld)	Fälle	%	€	%
		€		€				
01 Schleswig-Holstein	27 602	173 031 705	25 494	170 621 311	2 108	8,3	2 410 394	1,4
02 Hamburg	25 616	177 891 718	24 379	179 269 141	1 237	5,1	-1 377 423	-0,8
03 Niedersachsen	85 003	461 014 764	78 710	457 094 956	6 293	8,0	3 919 808	0,9
04 Bremen	6 779	33 973 716	6 275	31 806 263	504	8,0	2 167 453	6,8
05 Nordrhein-Westfalen	192 764	1 191 988 711	173 315	1 173 891 877	19 449	11,2	18 096 834	1,5
06 Hessen	107 469	731 362 108	110 679	748 200 456	-3 210	-2,9	-16 838 348	-2,3
07 Rheinland-Pfalz	46 690	253 876 820	42 642	245 664 931	4 048	9,5	8 211 889	3,3
08 Baden-Württemberg	223 982	1 303 478 670	220 967	1 302 524 430	3 015	1,4	954 240	0,1
10 Saarland	10 783	52 591 504	9 827	53 052 562	956	9,7	-461 058	-0,9
11 Berlin	66 199	407 839 112	62 041	398 214 251	4 158	6,7	9 624 861	2,4
12 Brandenburg	43 834	218 510 987	38 858	209 085 479	4 976	12,8	9 425 508	4,5
13 Mecklenburg-Vorpommern	19 059	80 501 789	17 135	78 591 863	1 924	11,2	1 909 926	2,4
14 Sachsen	113 348	433 528 693	110 659	436 283 544	2 689	2,4	-2 754 851	-0,6
15 Sachsen-Anhalt	41 821	150 511 475	40 527	149 683 692	1 294	3,2	827 783	0,6
16 Thüringen	77 445	248 576 220	76 753	253 211 332	692	0,9	-4 635 112	-1,8
Zerlegungsfälle insgesamt	1 088 394	5 918 677 992	1 038 261	5 887 196 088	50 133	4,8	31 481 904	0,5

Werden die Ausgleichsansprüche und -verpflichtungen saldiert (vgl. Abbildung), so steht Bayern – unverändert zum Vorjahr – aus fünf Bundesländern ein Ausgleichsbetrag zu, und zwar aus den Nachbarländern Baden-Württemberg und Hessen, aus Nordrhein-Westfalen und aus den Stadtstaaten Hamburg und Bremen. Gegenüber allen anderen Bundesländern ist Bayern zu Ausgleichszahlungen verpflichtet, wobei die größten Verpflichtungen gegenüber Sachsen und Niedersachsen bestehen.

Damit ergibt sich für den Freistaat für den Feststellungszeitraum 2009 ein negativer Saldo, sprich eine Belastung in Höhe von 819 Millionen Euro. Im Feststellungszeitraum 2008 lag der Saldo noch bei 687 Millionen Euro und erhöhte sich folglich um 132 Millionen Euro bzw. 19,3 %.

Saldierte Ausgleichsansprüche bzw. -verpflichtungen Bayerns gegenüber den anderen Bundesländern im Feststellungszeitraum 2009



Die von den Statistischen Landesämtern ermittelten Ausgleichsansprüche (Forderungen) werden allerdings nicht direkt zwischen den Bundesländern verrechnet: Die obersten Finanzbehörden der Einnahmeländer errechnen zunächst eine Zerlegungsquote, das Verhältnis der einzelnen Ausgleichsansprüche zu der von ihnen im Feststellungszeitraum 2009 insgesamt vereinnahmten Lohnsteuer. Diese Zerlegungsquote gilt dann gemäß § 7 Abs. 5 ZerlG für das „dritte Kalenderjahr, das dem Feststellungszeitraum folgt“, also aktuell für 2012.

Im Rahmen eines Clearingverfahrens erhält das Wohnsitzland des Steuerpflichtigen dann 2012 vom laufenden Lohnsteueraufkommen vierteljährlich den Betrag, der seiner – aus den Verhältnissen von 2009 ermittelten – Zerlegungsquote entspricht.

Dipl.-Geogr. Susanne Wilhelm, Dieter Hirsch

Gunnar Loibl ist neuer Pressesprecher des Bayerischen Landesamts für Statistik und Datenverarbeitung

Herr Gunnar Loibl nimmt seit 16. Juli 2012 die Aufgaben als neuer Pressesprecher unseres Hauses wahr. Er tritt damit die Nachfolge unseres langjährigen Pressesprechers Herrn Peter Englitz an, der aus Altersgründen in den Ruhestand getreten ist. Präsident Karlheinz Anding bedankt sich bei ihm für seine Arbeit.

Herr Loibl ist 42 Jahre alt. Nach seinem Studium der Volkswirtschaftslehre, schlug er zunächst die Offizierslaufbahn bei der Bundeswehr ein, im Rahmen derer er auch für vier Monate als Verbindungs- und Presseoffizier bei der KFOR im Kosovo tätig war. Anschließend wechselte er 2004 in die freie Wirtschaft und war Geschäftsleiter bei einem mittelständischen Unternehmen. Hier übernahm er unter anderem Aufgaben aus den Bereichen Öffentlichkeitsarbeit und Marketing. Im April 2011 wechselte er zum Statistischen Landesamt Baden-Württemberg und war dort für die Bereiche Presse, Marketing und Grundsatzfragen verantwortlich.

Präsident Karlheinz Anding sagte in einem Statement: „Ich freue mich sehr, dass Herr Gunnar Loibl die Presse- und Öffentlichkeitsarbeit unseres Hauses übernimmt. Er ist aufgrund seiner Erfahrungen im Statistischen Landesamt Baden-Württemberg mit den Anforderungen an die Kommunikation der amtlichen Statistik vertraut. Ich freue mich auf die Zusammenarbeit und wünsche Ihm viel Erfolg in seinem neuen Aufgabenbereich.“

Die Pressestelle des Bayerischen Landesamts für Statistik und Datenverarbeitung ist auch weiterhin über die bekannten Kontaktdaten zu erreichen:

Herr Gunnar Loibl
Pressesprecher
Telefon: 089 2119 3517
E-Mail: gunnar.loibl@statistik.bayern.de

Anke Schwarz
Stellvertretende Pressesprecherin
Telefon: 089 2119 3812
E-Mail: anke.schwarz@statistik.bayern.de

Pressestelle
Telefon: 089 2119 3255
Fax: 089 2119 3607
E-Mail: pressestelle@statistik.bayern.de

Statistik-Tage Bamberg-Fürth 2012 – Methoden und Potenziale des Zensus 2011



Am 26. und 27. Juli 2012 fanden im Bibliothekssaal des Staatlichen Bauamts Bamberg die „Statistik-Tage Bamberg-Fürth 2012“ statt. Mit der vom Bayerischen Landesamt für Statistik und Datenverarbeitung und der Otto-Friedrich-Universität Bamberg gemeinsam organisierten Veranstaltung

wurde die Idee einer regionalen Kooperation von Statistikern und empirischen Forschern mit Leben erfüllt. Präsident Karlheinz Anding zeigte sich sehr zuversichtlich, dass mit dem Auftakt der Statistik-Tage Bamberg-Fürth ein wichtiger Grundstein für einen regelmäßigen wissenschaftlichen Austausch von regionaler, amtlicher und akademischer Statistik gelegt wurde. Thematisch stand die Veranstaltung in diesem Jahr unter dem Motto „Die Methoden und Potenziale des Zensus 2011“, was zu einer hohen Beteiligung von Vertretern aus Wissenschaft und Statistik führte. Zukünftig ist geplant, dass die Statistik-Tage Bamberg-Fürth jährlich im Sommer stattfinden.

Ende Juli 2012 fanden erstmals die gemeinsam vom Bayerischen Landesamt für Statistik und Datenverarbeitung und der Otto-Friedrich-Universität Bamberg durchgeführten Statistik-Tage Bamberg-Fürth statt. Eröffnet wurde die Veranstaltung im Bibliothekssaal des Staatlichen Bauamts Bamberg von Präsident Karlheinz Anding und dem Präsidenten der Otto-Friedrich-Universität Bamberg, Professor Godehard Ruppert. Das diesjährige Thema der Statistik-Tage, „Die Methoden und Potenziale des Zensus 2011“, stieß dabei auf das Interesse eines breiten Publikums. Da die Veranstaltung aus Platzgründen



Gut gelaunt zu Beginn: Frau Professorin Susanne Rässler (l.) und Herr Präsident Karlheinz Anding (r.).

auf 100 Teilnehmer begrenzt war, konnten leider nicht alle Interessenten dabei sein. Zu den Teilnehmern zählten unter anderem sowohl Vertreter der amtlichen und universitären Statistik wie auch der Kommunalstatistik und der empirischen Forschung, aber auch Vertreter aus der Wirtschaft waren anwesend.

Präsident Karlheinz Anding, der sich gleich zu Beginn seines Grußworts zunächst bei Professorin Susanne Rässler als Mitkoordinatorin der Statistik-Tage herzlich bedankte, führte die hohe Beteiligung an den Statis-

tik-Tagen auch auf die große Bedeutung, die das Thema Zensus 2011 im kommunalen und wissenschaftlichen Bereich nach wie vor einnimmt, zurück. Dabei stellte er fest, dass allein die Feststellung der amtlichen Einwohnerzahl, eines der wichtigsten Zensusergebnisse, in rund 50 Rechtsvorschriften als entscheidende Bemessungsgrundlage dienen wird. Außerdem ging er darauf ein, dass diese die Richtgröße für die Berechnung der Sitze in kommunalen Vertretungsgremien stellen und sich sowohl auf den Länderfinanzausgleich als auch den kommunalen Finanzausgleich auswirken werde. Darüber hinaus, so betonte Anding, böte der Zensus als „Mutter aller Statistiken“ die Grundlage für eine Vielzahl von Planungen, die für das tägliche Lebensumfeld der Bürger von Bedeutung wären und nannte als Beispiele die Planung der zukünftigen Versorgungssituation mit Kindergärten, Schulen und Seniorenheimen. Abschließend wünschte er allen Beteiligten aufschlussreiche Vorträge und anregende Diskussionen im Rahmen der Statistik-Tage.

Danach übernahm Herr Professor Godehard Ruppert die Position von Präsident Karlheinz Anding am Rednerpult und hieß alle Teilnehmer in der UNESCO-Welterbestadt Bamberg herzlich willkommen. Zunächst ging er auf den im schönen Barockstil erhaltenen Saal ein, in dem die Statistik-Tage durchgeführt wurden. Im Anschluss warb er nicht nur für Bamberg als Stadt, sondern auch als hervorragenden Universitätsstandort. Er schloss seine einführende Rede mit dem Wunsch, dass die Teilnehmer trotz der sommerlich warmen Temperaturen viele positive Eindrücke von der Veranstaltung und der Universitätsstadt Bamberg mitnehmen sollten.



Professor Godehard Ruppert (r.) bei der Begrüßungsrede, ihm folgten die Vortragenden Dr. Michael Fürnrohr, Professorin Susanna Rässtler, Professor Reiner Sahnell und Herr Marco Reisch (v.l.n.l.).

Den Staffelstab übernahm danach Dr. Michael Fürnrohr, Abteilungs- und Projektleiter für den Zensus im Bayern, und skizzierte in seinem Einführungsvortrag die Themen der folgenden zwei Tage.



Herr Dr. Michael Fürnrohr gab mit seinem Vortrag den Rahmen der Statistik-Tage 2012 vor

Dabei ging er zunächst auf den Aufbau des registergestützten Zensus 2011 ein, bei dem die amtliche Statistik erstmals vorhandene Register nutzte, aber auch primärstatistischen Erhebungen zur Gewinnung der benötigten Daten anwandte. Die dem Zensus zu Grunde liegenden statistischen

Methoden, so betonte Dr. Fürnrohr, bildeten schließlich den Anlass für die Statistik-Tage Bamberg-Fürth. Damit leitete er auch gleich zum ersten Themenschwerpunkt über, der sich konkret mit den statistischen „Matching“- und „Linkage“-Verfahren befasste.

„Matching“- und „Linkage“-Verfahren

Als erste Vortragende in diesem Themenbereich ergriff Frau Professorin Susanne Rässler, Lehrstuhlinhaberin für Statistik und Ökonometrie an der Otto-Friedrich-Universität Bamberg, das Wort.



Frau Professor Susanne Rässler erläuterte die Unterschiede von „Matching“- und „Linkage“-Verfahren.

Mit ihrem Vortrag gab sie einen Überblick über die gängigen statistischen Matching-Verfahren, welche den Missing-Datatechniken zuzuordnen und als Ergänzung- bzw. Imputationsverfahren zu verstehen sind. Professorin Rässler betonte, dass Matching-Verfahren immer dann zur Anwendung kommen, wenn klassische Record-Linkage-Methoden versagen, da die zu kombinierenden Datenmengen oftmals aus unterschiedlichen Merkmalsträgern bestehen und somit in der Regel keine identischen Datensatzpaare zu finden sind.

Deshalb kann beim statistischen Matching nicht auf Schlüsselmerkmale wie Namen

oder Adressen zurückgegriffen werden. Es wird ein „statistischer Zwilling“ gesucht, d. h. ein Datensatzpaar aus beiden Datenquellen, das in bestimmten Merkmalsausprägungen – wie zum Beispiel Geschlecht, Alter oder Bildung – identisch ist, so dass Rückschlüsse zu weiteren übergreifenden Merkmalskombinationen getroffen werden können. Sie erläuterte hierzu, dass sich diesen ähnlichen Einheiten dann bestimmte Merkmale, die der Einheit in einem anderen Datensatz fehlen, übertragen ließen. Des Weiteren stellte sie sehr strukturiert die unterschiedlichen Ausfallmuster dar und definierte den Begriff der Datenfusion. Im Folgenden gab sie einen Einblick in die notwendigen Voraussetzungen und Annahmen, die an Imputationsverfahren zu stellen sind. Abschließend legte Frau Professorin Rässler auch die Vor- und Nachteile der einfachen gegenüber den mehrfachen Imputationsverfahren dar.

Statistische Verfahren der Datenverknüpfung („Record-Linkage“)

Ihrem Beitrag folgte ein Vortrag von Professor Rainer Schnell, Lehrstuhlinhaber der Empirischen Sozialforschung an der Universität Duisburg-Essen, über Verknüpfungsverfahren statistischer Daten aus unterschiedlichen Quellen, auch „Record-Linkage“-Verfahren genannt.

Professor Schnell ging zu Beginn auf die Vorteile der „Record-Linkage“-Verfahren ein, welche er im enormen Analysepotential der verknüpften statistischen Daten sah, die sich durch einen relativ geringen Ressourceneinsatz gewinnen ließen. Er führte aber auch die Schwierigkeiten der Verknüpfungsverfahren



Herr Professor Rainer Schnell skizzierte die mit dem Verknüpfen statistischer Daten verbundenen Probleme.

vor Augen, die seines Erachtens in den zum Einsatz kommenden Verknüpfungsverfahren lägen, da es bei einer Vielzahl von Datenbeständen keine eindeutigen Identifikationsnummern gäbe, sondern nur mittelbare Identifikatoren wie Namen und/oder Adressangaben. Für eine erfolgreiche Anwendung von Record-Linkage-Verfahren seien daher Kenntnisse der theoretischen Grundlagen notwendig. Der Vortrag stellte überblickartig die Theorie der „Record-Linkage“-Verfahren vor. Dargestellt wurden dabei sowohl deterministische, distanzbasierte und probabilistische „Record-Linkage“-Verfahren, Stringähnlichkeitsfunktionen, Blocking-Verfahren und Schwellenwertbestimmung. Abschließend stellte Professor Schnell auch Möglichkeiten vor, wie sich verschlüsselte Identifikatoren fehlertolerant abgleichen ließen.

Der maschinelle Namensabgleich im Rahmen der Haushaltgenerierung des Zensus 2011

Nach seinem Vortrag übergab Professor Schnell das Wort Herrn Marco Reisch, Referent im Sachgebiet „Zensus – Register, Haushaltgenerierung, Auswertung, Querschnittsaufgaben“ im Bayerischen Landesamt für Statistik und Datenverarbeitung, und zuständig für das Zensus-Teilprojekt Haushaltgenerierung.

In seiner Präsentation befasste sich Reisch als letzter Redner des ersten Vortragblocks mit einem beim Zensus 2011 angewendeten „Record-Linkage“-Verfahren, dem maschinellen Namensabgleich der Haushaltgenerierung. Er erläuterte dem Publikum zunächst, dass der maschinelle Namensabgleich nur als eine Stufe im Rahmen des Haushaltgenerierungsverfahrens zu verstehen sei. Das Verfahren der Haushaltgenerierung als Ganzes diene der Verknüpfung der einzelnen Datenquellen des Zensus, um Informationen zu Wohnhaushalten zu bekommen. Er wies darauf hin, dass der maschinelle Namensabgleich notwendig sei, weil es in den beim Zensus verwendeten Verwaltungsregistern keine Informationen darüber gäbe, in welcher Wohnung eine Person an einer Anschrift lebt. Dies herauszufinden stelle die Aufgabe des Namensabgleich dar. Reisch führte aus, dass beim Namensabgleich daher die in der Gebäude- und Wohnungszählung erfragten bis zu zwei Wohnungsnutzer pro Wohnung einer Anschrift mit den im Melderegisterbestand gemeldeten Personen der Anschrift zusammengeführt werden. Des Weiteren stellte er die einzelnen Verfahrensschritte des maschinellen Namensabgleichs vor und erwähnte auch die diversen Hürden, die bei der Entwicklung des Namensabgleichs auftraten. Konkret erinnerte er an die Grenzen der Beleglesung. Während seines Vortrages ging er auch immer wieder auf die problemorientiert entwickelten Lösungen ein.



Herr Marco Reisch beim Erläutern des Haushaltgenerierungsverfahrens des Zensus 2011.

Stichprobenverfahren des Zensus

Wie aus den Stichprobendaten des Zensus Ergebnisse für die gesamte Bevölkerung hochgerechnet werden, war Gegenstand des zweiten Vortragblocks der Statistik-Tage. Dabei ging es schwerpunktmäßig sowohl um die Konzeption des Stichprobendesigns und der Hochrechnungsver-

fahren, wie auch die Umsetzung des maschinellen Namensabgleichs im Rahmen des Haushaltegenerierungsverfahrens als Anwendungsbeispiel für ein „Record-Linkage“-Verfahren beim Zensus 2011.

Stichprobendesign des Zensus 2011

Den ersten Vortrag des zweiten Themenblocks übernahm Herr Dr. Siegfried Gabler, wissenschaftlicher Mitarbeiter der Abteilung „Survey Design und Methodology“ des Leibniz-Instituts für Sozialwissenschaften.



Herr Dr. Siegfried Gabler zeigte den methodischen Paradigmenwechsel auf, der mit dem Zensus 2011 eingeläutet wurde.

Gabler befasste sich in seinem Vortrag mit dem Stichprobendesign des Zensus 2011. Er wies gleich zu Beginn auf den Paradigmenwechsel hin, der mit dem aus verschiedenen Datenquellen stammenden Zensusmodell eingeläutet und auch als „Multiple-Source-Mixed-Mode“-Design bezeichnet wird. Er fokussierte seinen Vortrag dann auf die stichprobenbasierte Haushaltebefragung, die seines Erachtens die Erforschung neuer statistischer Methoden erforderlich mache. In diesem Zusammenhang erläuterte er, dass das Statistische Bundesamt im

Rahmen der Zensusvorbereitung einen Forschungsauftrag ausgeschrieben hatte, welcher zusammen mit einem Forscherteam um Herrn Professor Ralf Münnich, Lehrstuhlinhaber an der Universität Trier, und ihm übernommen wurde. Hierbei waren sowohl das Stichprobendesign als auch die Schätzmethodik der Haushaltsstichprobe des Zensus 2011 Gegenstand des Auftrages. Aufbauend auf den Ergebnissen des Zensustests entwickelte das Forscherteam ein Stichprobendesign, das unter Berücksichtigung der geforderten Präzisionsparameter als optimal einzustufen ist. Als Beispiel solcher Präzisionsanforderungen nannte er eine Genauigkeit von 0,5% bei der Einwohnerzahl in Gemeinden mit mindestens 10 000 Einwohnern sowie das Nicht-Überschreiten eines vorab festgelegten Gesamtstichprobenumfangs. Um die Ausgangslage des Stichprobenforschungsprojekts besser nachvollziehen zu können, zeigte Gabler außerdem noch einmal die konkreten Präzisionsanforderungen auf. Abschließend präsentierte er die Schichtungskriterien, die die Basis für die Berechnungen darstellen, sowie die für die Lösung des Optimierungsproblems erforderlichen Algorithmen.

Hochrechnungsverfahren beim Zensus 2011

Neben dem Stichprobendesign war auch die Hochrechnung der Stichprobenergebnisse ein wichtiges Thema der Statistik-Tage 2012. Durch die Hochrechnung werden beim Zensus 2011 sowohl Zahl und Struktur der Über- und Untererfassungen der Melderegister ermittelt, als auch die amtliche Einwohnerzahl in Gemeinden mit mindestens 10 000 Einwohnern. Darüber hinaus werden die Daten, die nicht in den für den Zensus 2011



Herr Josef Schäfer beim Einordnen der Hochrechnung in den Zensusarbeitsablauf.

genutzten Verwaltungsregistern enthalten sind, hochgerechnet, wie z. B. die Angaben zum Migrationshintergrund, zur Religion, zur Bildung und zur Erwerbstätigkeit.

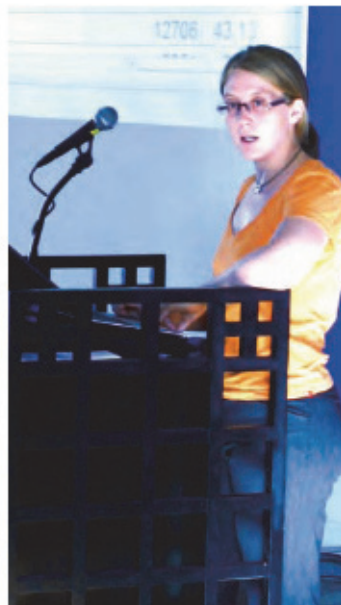
Diesem Themengebiet widmete sich Herr Josef Schäfer, einer der beiden Zensusprojektleiter von Information und Technik NRW (IT.NRW). Im ersten Teil seiner Präsentation stellte Schäfer die unterschiedlichen Teilaufgaben dar, die bei der Erstellung der Zensusergebnisse erforderlich sind, und ordnete die daraus differenziert durchzuführenden Hochrechnungen der Haushaltsstichprobe in einen Kontext ein.

Er stellte klar, dass es beim Zensus nicht allein um die Hochrechnung der Ergebnisse der Haushaltsstichprobe ginge, sondern auch darum, die Ergebnisse der Wiederholungsbefragung als deskriptive Kontrolle zur Bewertung der Qualität der Zensusergebnisse nach § 17 des Zensusgesetzes (ZensG 2011) hochzurechnen. Die einzelnen Hochrechnungen an sich, so führte Schäfer zum Ende seines Vortrages aus, würden als verallgemeinerte Regressionsschätzung (GREG) mit Melderegisterangaben – genauer gesagt, der Zahl der an einer Anschrift gemeldeten Personen insgesamt, sowie untergliedert nach ihren demographischen Merkmalen – als potenziellen Bezugsmerkmalen auf Anschriftenebene erfolgen.

Korrekturverfahren im Rahmen der Haushalgenerierung

Den letzten Vortrag des ersten der beiden Statistik-Tage 2012 hielt Frau Katrin Hofmeister. Sie ist derzeit als Referentin im Sachgebiet „Zensus – Register, Haushalgenerierung, Auswertung, Querschnittsaufgaben“ im Bayerischen Landesamts für Statistik und Datenverarbeitung tätig und dort für das Zensus-Teilprojekt Haushalgenerierung zuständig.

Sie leitete ihre Präsentation mit dem primären Zweck der Haushaltsstichprobe ein, welcher aus der gemeindefeinen Gewinnung von demographischen und haushaltsstatistischen Informationen zu Über- und Unterfassungen im Melderegisterdatenbestand bestehen würde. Anhand dieser



Frau Katrin Hofmeister stellte ein Zahlenbeispiel im Rahmen des Korrekturverfahrens der Haushalgenerierung vor.

Informationen ließen sich nach Hofmeisters Auffassung die potenziellen Fehler, die durch eine unkontrollierte Registerauszählung entstehen würden, vermeiden. Sie erläuterte den Zuhörern, dass eine Bereinigung der Registerfehler auf Basis von Einzeldaten vorzunehmen wäre, um so einen qualitativ hochwertigen, fachlich und regional flexibel auswertbaren Zensus-einzeldatensatz zu erhalten. Um dies zu erreichen, so erklärte sie weiter, sei es erforderlich gewesen, ein Verfahren zu entwickeln, welches in der Lage ist, die gemeindeweise aggregierten Vorgaben der Haushaltsstichprobe möglichst genau umzusetzen. Bei der Entwicklung des gesamten Verfahrens sei jedoch zu berücksichtigen gewesen, dass eine solche Korrektur der Einzeldaten nur statistisch erfolgen könne. Das bedeutet, nicht „Richtigkeit“ des realen Einzelfalls vor Ort war relevant und realisierbar, sondern die strukturelle Qualität der Zensusergebnisse. Der Vortrag von Frau Hofmeister gab einen guten Überblick über das im Rahmen der Haushaltegenerierung eingesetzte Korrekturverfahren und zeigte dessen Stärken, aber auch Grenzen auf.



Herr Andreas Gleich beteiligte sich rege mit Fragen an der Diskussion, insbesondere zu Varianzabweichungen.

Nach Abschluss des letzten Vortrags war das Publikum aufgefordert, sich mit Fragen rege an der Diskussion zu beteiligen. Einige Städtestatistiker, die zahlreich im Publikum vertreten waren, nahmen die Gelegenheit wahr, insbesondere Herr Andreas Gleich, Leiter des Amtes für Statistik und Stadtforschung der Stadt Augsburg. Er stellte einige Fragen zu den Details des Hochrechnungsverfahrens. Er war unter anderem daran interessiert, die Varianzen, mit denen bei den Zensusergebnissen zu rechnen sei, genannt zu bekommen.

Zugang zu den Zensusdaten

Der zweite der Statistik-Tage startete mit Themen aus dem Bereich der voraussichtlich ab Frühjahr 2013 zu erwartenden Ergebnisveröffentlichung des Zensus. Da die – statistisch anonymisierten – Ergebnisse des Zensus mittels einer Auswertungsdatenbank den Kommunen, der Wissenschaft und der Öffentlichkeit online zur Verfügung gestellt werden sollen, präsentierten Experten der amtlichen Statistik im ersten Themenblock des Tages zum einen die hierfür entwickelten Geheimhaltungsverfahren und stellten zum anderen sowohl den Aufbau als auch die Funktionsweise der Zensus-Auswertungsdatenbank vor.

Statistische Geheimhaltung beim Zensus 2011

Den Anfang machte Herr Dr. Jörg Höhne, Referatsleiter im Amt für Statistik Berlin-Brandenburg, der bereits seit mehreren Jahren an verschiedenen Forschungsprojekten zur Anonymisierung von Einzeldaten arbeitet.

Er erläuterte zunächst die Ausgangslage der Ergebnisveröffentlichung, welche er



Dr. Jörg Höhne erörtert die Notwendigkeit der statistischen Geheimhaltung beim Zensus 2011.

im vertraulichen Umgang mit den erhobenen Einzelangaben als grundlegende Voraussetzung für die Akzeptanz des Zensus in der Bevölkerung sah. Für die Bereitstellung der Zensusergebnisse seien daher statistische Geheimhaltungsverfahren einzusetzen, die einen Rückschluss auf die Angaben einzelner Personen verhindert. Höhne wies in diesem Zusammenhang auf den mit dem Zensus 2011 stattfindenden Methodenwechsel hin, vom bisher bei Volkszählungen vorgesehenen Zellsperverfahren zu einem Geheimhaltungsverfahren beim aktuellen Zensus. Dies sieht eine Anonymisierung der Mikrodaten noch vor der Tabellenerstellung vor. Das neue Geheimhaltungsverfahren wird deshalb auch als pre-tabulares Verfahren bezeichnet. Weiterhin führte er aus, welchen Weg die amtliche Statistik zum Wechsel vom Zellsperverfahren hin zur pre-tabularen Geheimhaltung gegangen war. Der Schwerpunkt seines Vortrages lag dann in der Vorstellung des datenverändernden Geheimhaltungsverfahrens SAFE, das eine Variante der Mikroaggregation darstellt. Mit dem SAFE-Verfahren ließen sich laut Höhne die grundlegenden Geheimhaltungsansprüche für Einzeldaten sichern und gleichzeitig die gewünschte, flexible Auswertbarkeit der Einzeldaten gewährleisten. Zum Ende seines Vortrages präsentierte er noch Ergebnisse von Tests mit historischen Zensusdaten, anhand derer sich erste Aussagen über die zu erwartende Qualität der Ergebnisse des Zensus 2011 nach der Anonymisierung treffen ließen.

Die Auswertungsdatenbank des Zensus 2011

Die Ergebnisse des Zensus 2011 weisen zum einen ein vielfältiges Analysepotential und zum anderen ein breites Spektrum an Nutzern auf, weshalb die amtliche Statistik sich dafür entschieden hat, ein vielschichtiges Datenangebot in Form einer Auswertungsdatenbank bereitzustellen. Die Vorstellung der Rahmenbedingungen, des Aufbaus und der Funktionalitäten der Auswertungsdatenbank übernahm Frau Barbara Sinner-Bartels, Abteilungsleiterin im Statistischen Landesamt Baden-Württemberg für den Bereich „Bevölkerung und Kultur“, und zuständig für das Projekt Zensus im Südwesten. Im Verbund der Statistischen Ämter des Bundes und der Länder trägt Baden-Württemberg die fachliche Verantwortung für die Konzeption der Auswertungsdatenbank zum Zensus 2011.

Die informationelle Grundversorgung der Bevölkerung mit den Ergebnissen des Zensus, ein gesetzlicher Auftrag der amtlichen Statistik, werden die statistischen Ämter sowohl durch Printveröffentlichungen als auch durch eine Auswertungsdatenbank sicherstellen. Frau Sinner-Bartels erklärte hierzu, dass die Auswertungsdatenbank dabei so konzipiert sei, dass sie für jeden Interessenten im Internet frei verfügbar sei und den Ansprüchen der Nutzer in



Frau Barbara Sinner-Bartels skizzierte die Ziele und Rahmenbedingungen unter denen die Zensus-Auswertungsdatenbank derzeit entwickelt wird.

vielerlei Hinsicht gerecht würde. Sie führte hierzu exemplarisch an, dass für Entscheidungsträger aus Politik und Verwaltung zunächst die aktuellen Einwohnerzahlen im Vordergrund stehen würden und keine feine Untergliederung nach diversen Merkmalen. Für Wissenschaftler hingegen stehen gerade detaillierte Informationen über die Bevölkerung und den Gebäude- und Wohnungsbestand im Mittelpunkt des Interesses. Des Weiteren ging sie darauf ein, dass sich die Auswertungsdatenbank je nach statistischem Datenbedarf nutzen ließe. Die Auswertungsdatenbank böte zum einen vorgefertigte Tabellen und Grafiken für Nutzer, die einen eher einfach gehaltenen Datenbedarf aufweisen, zum anderen aber auch die Möglichkeit, Tabellen selbst zu erstellen. Letzteres ist ein Angebot an Nutzer mit tiefergehendem Auswertungsinteressen. Aus dem umfangreichen Themenkatalog des Zensus ließen sich laut Sinner-Bartels damit Merkmale ganz individuell und flexibel kombinieren, mit Grafiken visualisieren und herunterladen.

Auch die Interessen der Wissenschaft wurden berücksichtigt. Frau Sinner-Bartels erläuterte hierzu, dass wissenschaftliche Einrichtungen für spezielle Fragestellungen komplexe Auswertungen auf Basis von Mikrodaten des Zensus über die Forschungsdatenzentren der statistischen Ämter durchführen können. Sie fügte hinzu, dass selbstverständlich sichergestellt sei, dass die Regeln der statistischen Geheimhaltung berücksichtigt werden und damit keine Angaben über einzelne Personen an die Öffentlichkeit gelangen könnten.

Bei der nachfolgenden Diskussionsrunde meldete sich Herr Professor Hans-Joachim Lenz, emeritierter Professor des Instituts für Statistik und Ökonometrie der Freien Universität Berlin, zu Wort.

Er bezweifelte, ob das vorgestellte Geheimhaltungsverfahren SAFE nicht zu signifikanten Verzerrungen bei der Analyse ökonomischer Modelle

führen würde. Herr Höhne und Frau Sinner-Bartels verdeutlichten in ihrer Antwort die unbestreitbaren Auswirkungen auf die Daten, wiesen jedoch auch begründend auf den gesetzlich verankerten Datenschutz und den enormen Datenbedarf einer großen Öffentlichkeit hin. Beide betonten, dass dies trotzdem keine negativen Auswirkungen auf die ökonomischen Forschungen haben werde, weil die Statistischen Ämter des Bundes und der Länder Zensusdaten gerade für solche Sonderauswertungen in Form von „Scientific-Use-Files“ bereitstellen werden. Wissenschaftler und wissenschaftliche Einrichtungen werden im Rahmen der Forschungsdatenzentren damit Zugang zu den Zensusdaten ohne SAFE-Geheimhaltung erhalten.

Erwartungen der Wissenschaft

Beim letzten Themenschwerpunkt kamen die künftigen Datennutzer des Zensus zu Wort. Hierbei formulierten Vertreter der Wissenschaft aus den



Herr Professor Hans-Joachim Lenz hinterfragte die Auswirkungen des SAFE-Verfahrens auf die Zensusdaten im Rahmen ökonomischer Modellrechnungen.

Bereichen der Demographie, der Bevölkerungsgeographie, der Migrations-, Integrations- wie auch der Arbeitsmarkt- und Regionalforschung jeweils ihre Erwartungen, Wünsche und Vorschläge an und zu den aktuellen und künftigen Zensuserhebungen.

Den Anfang übernahm Frau Professorin Henriette Engelhardt-Wöffler, Professorin für Bevölkerungswissenschaft an der Otto-Friedrich-Universität Bamberg, mit ihrem Vortrag über den Zensus aus Sicht der Demographie. Ihre Forschungsschwerpunkte liegen im Bereich der Sozial- und Familiendemographie sowie der demographischen Alterung und Kausalanalyse. Prof. Engelhardt-Wöffler leitete ihren Vortrag mit der Vorstellung der Kernaufgaben der Demographie ein, die sich neben der Mortalität dem Wanderungs- und Fertilitätsverhalten der Erstellung von Bevölkerungsprojektionen widmet. Sie stellte fest, dass es durch den Zensus möglich werde, Personen mit Migrationshintergrund statistisch signifikant zu identifizieren. Damit gestatte er eine differentielle Analyse der Bevölkerungsstruktur und der Bevölkerungsverteilung. Außerdem lassen sich so Fertilität und Mortalität von Personen mit Migrationshintergrund erforschen, was sich erheblich auf die Durchführbarkeit differentieller Prognosen auswirkt. Beim Forschungsschwerpunkt der Fertilität verwies Professor Engelhardt-Wöffler auf die Verlässlichkeit der Zensusdaten über die Geburten aus den Melderegistern. Sie bemängelte allerdings die fehlende Information zur Fertilität von Männern und die Probleme, die sich bei der Berechnung der Kohortenfertilität ergeben, was auf das Nichterheben des Merkmals „Zahl der jemals geborenen Kinder“ zurückzuführen ist. Für den Bereich der Mortitätsforschung betonte Professor Engelhardt-Wöffler, dass mittels der Zensusdaten hervorragend differentielle Mortalitätsraten zu berechnen seien. Zum Ende ihres Vortrages widmete sie sich der Gegenüberstellung der ohne einen Zensus möglichen Aggregatebene im Vergleich zur Individualanalyse, durchgeführt anhand von Zensusdaten. Sie wies in diesem Kontext daraufhin, dass Zusammenhänge, die auf Erkenntnissen der Aggregatebene beruhen, auf der Individualebene möglicherweise einen Fehlschluss bedeuten könnten. Insofern begrüßte sie die mit dem Zensus 2011 nach 25 Jahren wieder aktuell zur Verfügung stehenden Daten.



Frau Professor Henriette Engelhardt-Wöffler formulierte ihre Erwartungen an den Zensus 2011.

Ihr folgte Herr Professor Jürgen Rauh, Inhaber der Professur für Sozialgeographie mit den Schwerpunkten Bevölkerungsgeographie und regionalwissenschaftliche Methodenlehre an der Julius-Maximilians-Universität Würzburg ist. Seine Forschungstätigkeiten liegen im Bereich der Sozial- und Bevölkerungsgeographie, der Regionalforschung, der



Herr Professor Jürgen Rauh skizzierte seine Vorschläge an den Zensus 2011.

geographischen Handelsforschung sowie der regionalwissenschaftlichen Methodenlehre und der Geoinformatik. Im Gegensatz zu seiner Vorrednerin konzentrierte sich Professor Rauh weniger auf die Erwartungen seines Wissenschaftsbezugsbereichs Bevölkerungsgeographie an den Zensus, sondern stellte dar, was er als Geograph erwarten würde. In diesem Zusammenhang befasste er sich mit der flexiblen Geographie, der immer mobiler werdenden Ge-

sellschaft und der damit einhergehenden Themenfokussierung auf die Migration. Professor Rauh merkte an, dass der amtlichen Statistik die flexibel auswertbaren, kleinräumigen Daten fehlten und forderte deshalb zeitgleich die Einführung kleinräumiger, nicht administrativer Bezugseinheiten, wie z. B. die aus dem Bereich der Georeferenzierung bekannten Gitterzellen. Bislang, so konstatierte Blien, weise der Zensus der Bevölkerung nur den Wohn- und den überwiegenden Arbeitsort zu. Seiner Ansicht nach würde aber die tatsächliche Bevölkerung mit einer Differenzierung nach permanenter und nicht-permanenter Bevölkerungsgeographie benötigt. Des Weiteren zeigte er auf, dass der Schwerpunkt beim Zensus auf der Erfassung der Immigration liege und nicht bei der Emigration. Aus diesem Grunde forderte Rauh eine differenziertere Erfassung und Synchronisation von nationalem Zensus und Migrationsstatistiken. Nach seiner Auffassung sollten bei einem zukünftigen Zensus Themen wie Migration, Integration, berufliche Mobilität und Verkehrsverhalten stärker berücksichtigt werden, erfasst durch Fragen zur Multilokalität, zur hauptsächlich gesprochene Sprache im Haushalt und zu Pendlerbeziehungen.

Im Anschluss erläuterte Professor Peter Schimany, Referatsleiter im Bundesamt für Migration und Flüchtlinge, die Sicht der Migrations- und Integrationsforschung auf den Zensus 2011. Er thematisierte hierbei, dass insbesondere den Erhebungsmerkmalen „Migrationshintergrund“ und „Religionszugehörigkeit“ eine hohe Bedeutung zukäme. Dies begründete er zum einen mit dem weiteren Anwachsen der Bevölkerung mit Migrationshintergrund und zum anderen mit der aus dem erhöhten Migrationsgeschehen resultierenden Pluralisierung kultureller und religiöser Strukturen in Deutschland. Professor Schimany nahm daher während seines Vortrages auch die Gelegenheit wahr, das beim Zensus gewählte Konzept der Personen mit Migrationshintergrund einer genaueren Betrachtung zu unterziehen. Er wies daraufhin, dass beim Zensus 2011 nicht dem umfassenderen Konzept des Mikrozensus gefolgt wurde, was bei einem direkten Vergleich der Konzepte der Haushaltsstichprobe und des Melderegisters einerseits mit dem des Mikrozensus andererseits zu Abweichungen führen würde. Informationseinschränkungen ergäben sich nach Auffassung von Professor Schimany auch beim Merkmal „Religions-



Dr. Michael Fürnrohr stellt sich den Fragen des Publikums.

zugehörigkeit“, obwohl er einräumte, dass im Rahmen des Zensus 2011 mehr einschlägige Informationen erhoben wurden als dies bei früheren Volkszählungen üblich gewesen war. Insofern gelangte er zum Ende seines Vortrages zu dem Fazit, dass die Zensusdaten für die Migrations- und Integrationsforschung in mehrfacher Hinsicht relevant sein werden, dass es aber weiterer Studien der empirischen Sozialforschung bedürfen werde, um vertiefende Erkenntnisse zu gewinnen.

Den letzten Vortrag der Statistik-Tage 2012 leitete Herr Professor Uwe Blien, derzeit als Leiter des Forschungsbereichs „Regionale Arbeitsmärkte“ am Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) tätig. Seine Forschungsschwerpunkte liegen in den Bereichen der Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik und der ökonometrischen Anwendung von Mehrebenen-Modellen. In seiner Präsentation, welche sich mit der Sicht der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung auf den Zensus 2011 befasste, zeigte er die Vor- und Nachteile des Zensus für seine Disziplin auf. Als Vorteil stufte Professor Blien die umfassend zur Verfügung stehenden Daten und deren tiefe Gliederungsebene ein. Nachteilig wertete er hingegen, dass es sich beim Zensus nicht mehr um eine Totalerhebung handle und dass keine Frage zum Einkommen erhoben wurde. Dies wirke sich seiner Auffassung nach auf Auswertungsmöglichkeiten der Beschäftigungsstatistik aus, die nur auf bestimmte Gruppen begrenzt realisierbar sei. Vergleichbare Analysen für Selbständige und geringfügig oder familiär Beschäftigte seien aufgrund des Stichprobenumfangs wohl nicht durchführbar. Der Datenumfang werde nach Meinung von Professor Blien allerdings ausreichen, um realistische Analysen des gegebenen Bestands in vielen Berufen zu ermöglichen, wie z. B. zum Thema Fachkräftebedarf. Er ging anschließend auf die beim Zensus erhobenen Merkmale Wohn- und Arbeitsort ein, welche die Konstruktion von Pendlerverflechtungen erlaube. Anhand der so gewonnenen Informationen ließen sich Verkehrs- und Arbeitsmarktverflechtungen untersuchen. Im Folgenden konzentrierte sich Professor Blien auf die Vorstellung einiger Forschungsprojekte, die er im Zusammenhang mit dem Pendlerverhalten vorgenommen hatte.

Gegen Ende des letzten Vortragsblocks gab es wieder die Möglichkeit zur Diskussion mit den Vortragenden. Anders als erwartet richteten sich die Fragen des Publikums jedoch fast ausschließlich an Dr. Fürnrohr als



Präsident Karlheinz Anding bedankte sich bei Frau Professor Rässler.

Vertreter der amtlichen Statistik und weniger an die Wissenschaftler. Daher bezog Dr. Fürnrohr nochmals Position hinter dem Podium und beantwortete unter anderem Fragen zu Veröffentlichungsterminen, zur kleinräumigen Gliederung und zu zukünftigen Zensusmodellen.

Mit einem kurzen Resümee der Veranstaltung und der Bitte an die Teilnehmer zu einer kurzen schriftlichen Evaluation der Statistik-Tage leitete Dr. Fürnrohr den Schluss der Veranstaltung ein. Präsident Anding bedankte sich abschließend bei Frau Professor Rässler mit einem kleinen Blumenstrauß für den erfolgreichen Ablauf der Statistik-Tage. Er zeigte sich zuversichtlich, dass die Statistik-Tage im nächsten Jahr wieder auf ein breites Echo stoßen werden und wünschte abschließend allen Teilnehmern einen guten Heimweg.

Dipl.-Demogr. Anke Schwarz

Demographischer Wandel in Bayern – eine Herausforderung für die amtliche Statistik

Annette Franzke, B.A.

„Älter, bunter und langfristig weniger“, so lassen sich auch in Bayern die künftigen demographischen Trends beschreiben. Die Vielfalt seiner langfristigen und tiefgreifenden Konsequenzen für den Freistaat und seine Bevölkerung ist hingegen nicht so leicht auf einen Nenner zu bringen. Denn der Rückgang, die zunehmende Alterung und die steigende ethnische sowie kulturelle Vielfalt innerhalb der bayerischen Bevölkerung sind dabei lediglich die Auslöser eines umfassenden Strukturwandels, der auf alle gesellschaftlichen Lebensbereiche einen langfristigen Einfluss nehmen wird. Wie werden sich die Kommunen in Bayern in den nächsten Jahren entwickeln? Wie viele Kindergärten, Schulen oder Pflegeeinrichtungen werden in Zukunft benötigt? Steht das Land zukünftig vor einem Erwerbspersonen- bzw. Fachkräftemangel? Und ist die vorhandene Infrastruktur angepasst an die zukünftige Wirtschafts- und Sozialstruktur sowie an das soziale Leben im gesamten Freistaat und den einzelnen Kommunen? In Bayern wird sich eine Vielzahl an demographierelevanten Handlungsfeldern ergeben, bei denen zukunftsweisende Konzepte seitens der Politik gefragt sein werden. Insbesondere die Berechnungen der amtlichen Statistik können dabei die dazu nötige Handlungs- und Datenbasis liefern. Auf dem Weg in einen demographiefesten Freistaat, welcher in der Lage ist, die Wandlungsprozesse erfolgreich und nachhaltig zu meistern, kann die amtliche Statistik dabei helfen, auf politikrelevante Fragen Antworten zu finden und sich somit rechtzeitig auf den Wandel einzustellen und eine gezielte sowie nachhaltige Strukturpolitik in Bayern zu implementieren. Denn, um es mit den Worten des Altkanzlers Willy Brandt auszudrücken: „Der beste Weg, die Zukunft vorauszusagen, ist sie zu gestalten“.

Der demographische Wandel in Bayern: Ein Blick auf die Bevölkerungsentwicklung und die Altersstruktur im Freistaat

Um zu belastbaren Aussagen über die künftige Bevölkerungsentwicklung im Freistaat zu gelangen, bietet das Bayerische Landesamt für Statistik und Datenverarbeitung eine Vorausberechnung der Bevölkerung als Informationsgrundlage, welche eine Abschätzung künftiger Trends ermöglicht. Diese Bevölkerungsvorausberechnung ist dabei als Modellrechnung zu verstehen, die die demographische Entwicklung in Bayern unter bestimmten Annahmen zu den Parametern Geburten, Sterbefälle und Wanderungen in die Zukunft fortschreibt und somit insgesamt einen einschätzenden Überblick darüber gibt, wie sich die Bevölkerung weiterentwickeln könnte. Mit der konkreten Frage, wie es um die demogra-

phische Zukunft des Freistaats steht, hat sich die „Regionalisierte Bevölkerungsvorausberechnung für Bayern bis 2030“ jüngst beschäftigt.¹ Basierend auf dem Bevölkerungsbestand zum Jahresende 2010 und unter der Annahme, dass sich die aktuellen demographischen Trends grundsätzlich auch in die Zukunft fortsetzen, wurde hier die Bevölkerungsentwicklung in den kreisfreien Städten und Landkreisen Bayerns bis zum Jahre 2030 vorausberechnet.

Langfristig: Rückläufige Einwohnerzahl

Im Jahresvergleich wird die Bevölkerung im Jahre 2030 mit 12,53 Millionen Einwohnern demnach nur leicht unter dem Niveau von 2010 mit rund 12,54 Millionen Personen liegen und folglich weitgehend stabil bleiben. Ein differenzierter Blick zeigt jedoch, dass die Entwicklung der Einwohnerzahl im Freistaat in

¹ Vgl. hierzu Kurzidim, Jen (2011): Regionalisierte Bevölkerungsvorausberechnung für Bayern bis 2030. Beiträge zur Statistik Bayerns, Heft 543. München: Bayerisches Landesamt für Statistik und Datenverarbeitung (Hrsg.).

diesen 20 Jahren nicht linear verlaufen wird. So wird die bayerische Bevölkerung mittelfristig noch zunehmen und voraussichtlich im Jahre 2019 mit 12,65 Millionen Einwohnern vorläufig ihr Maximum erreichen. Da jedoch in Zukunft mehr Menschen in Bayern sterben werden, als Kinder im Freistaat auf die Welt kommen, und die angenommenen Zuwanderungsüberschüsse aus dem Ausland dieses immer größer werdende natürliche Negativsaldo nicht auffangen können, ist mit einem langfristigen Bevölkerungsrückgang in Bayern zu rechnen, welcher auch über das Jahr 2030 hinausgehen wird. Bayerns Bevölkerung wird, den gegenwärtigen Entwicklungen nach zu urteilen, auf lange Sicht gesehen schrumpfen.

Bayern wird älter

Begleitet wird diese Entwicklung von einer sich signifikant ändernden Altersstruktur. Denn die demographischen Trends wie die anhaltend niedrigen Geburtenraten unter dem Bestandhaltungsniveau von 2,1 Kindern je Frau und eine steigende Lebenserwartung führen langfristig zu einer Verschiebung der Anteile der einzelnen Altersgruppen an der bayerischen Gesamtbevölkerung. Lebten im Jahre 2010 noch 2,43 Millionen Heranwachsende (unter 20 Jahre) in Bayern, so wird sich diese Zahl binnen 20 Jahren um insgesamt 12,5% auf 2,12 Millionen Kinder und Jugendliche reduzieren. Auch die bayerische Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter (20 bis unter 65 Jahre) wird auf lange Sicht gesehen abnehmen. Ausgehend von 7,66 Millionen Personen im Jahre 2010 wird diese Altersgruppe zwar mittelfristigen Schwankungen unterliegen, sich jedoch bis zum Ende des Berechnungszeitraums um insgesamt 7,3% verringern und auf rund 7,10 Millionen Menschen sinken. Deutliche Zuwächse wird es dagegen in der Altersgruppe der Senioren und Hochbetagten geben (65 Jahre und älter). Die im Jahre 2010 noch 2,45 Millionen Personen große Altersgruppe wird binnen 20 Jahren einen Zuwachs von 35,1% verzeichnen, und insgesamt auf 3,31 Millionen Personen anwachsen. Bis zum Jahre 2030 wird sich die Altersstruktur und vor allem die Relation zwischen Jung und Alt demnach grundlegend verändert haben: Bayerns Bevölkerung wird älter. Dieser Alterungsprozess wird auch deutlich, wenn man die Entwicklung des Durchschnittsalters in Bayern betrachtet. Dieses wird im Vorausberechnungszeitraum von 42,9 Jah-

re auf 46,6 Jahre ansteigen. Weitere wichtige Indikatoren bilden in diesem Kontext der Jugend- und der Altenquotient.² Während noch im Jahre 2010 rund 31,7 Heranwachsende auf 100 Personen im Erwerbsalter entfielen, werden es im Jahre 2030 lediglich noch 29,9 Heranwachsende sein. Der Bevölkerung im Erwerbsalter werden folglich künftig weniger Heranwachsende gegenüberstehen, jedoch dafür insgesamt immer mehr Senioren. Denn entfielen im Jahre 2010 noch 31,9 Personen über 65 Jahren auf 100 Personen im Erwerbsalter, wird sich dieser Quotient bis zum Jahre 2030 mit rund 46,6 Senioren auf 100 Erwerbstätige erheblich steigern.

Bayerns Bevölkerung wird bunter

Bayerns Bevölkerung wird bunter. Zu diesem Ergebnis ist die kürzlich veröffentlichte „Vorausberechnung der Bevölkerung mit Migrationshintergrund in Bayern bis 2022“ gelangt.³ Auf Basis der Ergebnisse des Mikrozensus des Jahres 2009 und auch hier unter der Annahme konstanter demographischer Trends, wie dem Geburten-, Wanderungs- und Einbürgerungsverhalten sowie den Sterbefällen, wurde die Bevölkerungsentwicklung der Personen mit Migrationshintergrund bis zum Jahre 2022 vorausgerechnet und analysiert. Demnach wird die noch bis zum Jahre 2019 erwartete positive Bevölkerungsentwicklung in Bayern weitgehend durch Personen mit Migrationshintergrund getragen werden. Denn anders als die restliche bayerische Bevölkerung, wird diese Bevölkerungsgruppe von 2009 bis 2022 um 22% von 2,41 Millionen Personen auf insgesamt 2,94 Millionen Personen ansteigen. Analog dazu wird sich damit auch ihr Anteil an der bayerischen Gesamtbevölkerung von 19,2% auf insgesamt 23,3% vergrößern. Fast jeder vierte Einwohner Bayerns wird demnach über einen Migrationshintergrund verfügen. Derzeit ist es noch knapp jeder fünfte Einwohner. Zurückzuführen sind diese Entwicklungen zum einen auf Zuwanderungsgewinne und zum anderen auf die natürlichen Bevölkerungsbewegungen innerhalb der Gruppe der Personen mit Migrationshintergrund. Aufgrund ihrer jungen Altersstruktur werden Personen mit Migrationshintergrund bis zum Ende der Vorausberechnungen im Jahre 2022 aller Voraussicht nach relativ wenige Sterbefälle bei gleichzeitig vielen Geburten verzeichnen. Auch ohne Wanderungsgewinne würde diese Bevölkerungsgruppe

² Der Jugendquotient beschreibt hier die Anzahl der 0 bis 19-Jährigen im Verhältnis zu 100 Personen im Alter von 20 bis 64 Jahren und der Altenquotient die Anzahl der 65-Jährigen und Älteren je 100 Personen im Alter von 20 bis 64 Jahren. (Ebd.)

³ Vgl. hierzu Aoker, Kristin (2011): Vorausberechnung der Bevölkerung mit Migrationshintergrund in Bayern bis 2022. Beiträge zur Statistik Bayerns, Heft 542. München: Bayerisches Landesamt für Statistik und Datenverarbeitung (Hrsg.)

bis 2022 in Bayern daher deutlich anwachsen. Doch selbst dieser Zugewinn ist langfristig gesehen nicht im Stande, die rückläufige Entwicklung der gesamt-bayerischen Bevölkerung auszugleichen.

Regionale Unterschiede in der Entwicklung

Die Bevölkerungszahlen in Bayern werden sich regional sehr unterschiedlich entwickeln. Oberbayern kann in den kommenden 20 Jahren als einziger Regierungsbezirk in Bayern mit einer deutlichen Bevölkerungszunahme von 6,8% rechnen, wohingegen Oberfranken sich auf einen merklichen Bevölkerungsverlust von 10,2% einstellen muss. Auch weite Teile der Oberpfalz (-3,7%) und Unterfrankens (-5,8%) müssen mit Bevölkerungsverlusten rechnen. Als weitgehend stabil werden sich hingegen die Regierungsbezirke Niederbayern (-2,0%), Schwaben (-1,7%) sowie Mittelfranken (-1,4%) erweisen. Diese Entwicklungen spiegeln sich auch auf der Kreisebene wider. Während der Landkreis München (+13,9%) mit den größten Einwohnerzuwächsen bis 2030 rechnen kann, wird Wunsiedel im Fichtelgebirge (-20,2%) aller Voraussicht nach mit den größten Verlusten rechnen müssen.

Auch wenn die bayerische Bevölkerung insgesamt altert, wird sich auch die Altersstruktur regional sehr unterschiedlich entwickeln. Mit einem durchschnittlichen Ausgangsalter von 42,4 Jahren im Jahre 2010 und einem erwarteten von 45,3 Jahren im Jahre 2030, ist und bleibt Oberbayern der jüngste bayerische Regierungsbezirk. Der älteste hingegen war und wird der Regierungsbezirk Oberfranken bleiben, welcher im Jahre 2010 ein durchschnittliches Alter von 44,2 Jahren aufwies und bis 2030 eines von 48,7 Jahren erreichen wird. Zu den jüngsten Gebieten in Bayern werden in Zukunft die Landeshauptstadt München (42,7 Jahre) sowie der Landkreis Freising (44,3 Jahre) und die kreisfreien Städte Regensburg (44,5 Jahre), Ingolstadt (44,6 Jahre), Erlangen und Würzburg (jeweils 44,7 Jahre) zählen. Die ältesten Regionen werden die Landkreise Hof und Wunsiedel im Fichtelgebirge (jeweils 51,0 Jahre) sowie Kronach (50,4 Jahre), Bad Kissingen (50,1 Jahre) und Kulmbach (50,0 Jahre) sein.

Auch die räumliche Verteilung von Personen mit Migrationshintergrund wird sich unterschiedlich entwickeln. Den höchsten Anteil an Personen mit Migra-

tionshintergrund wird in Zukunft der Regierungsbezirk Oberbayern (28%) aufweisen. War es 2009 noch fast jeder Vierte (23%), der hier über einen Migrationshintergrund verfügte, so wird sich der Bevölkerungsanteil der Personen mit Migrationshintergrund bis 2022 auf bis zu 28% erhöhen. Den niedrigsten Anteil wird voraussichtlich der Regierungsbezirk Oberfranken (16%) aufweisen. Lediglich jeder achte Bewohner besaß hier im Jahre 2009 einen Migrationshintergrund (13%). Und auch im Jahre 2022 wird voraussichtlich lediglich jeder sechste Einwohner hier über einen Migrationshintergrund verfügen (16%).

Älter, weniger, bunter. So lautet das Fazit, das aus dem Blick in die demographische Zukunft Bayerns gezogen werden kann. Auf lange Sicht gesehen, wird sich die bayerische Bevölkerung reduzieren und dabei sukzessiv älter werden. Verstärkt werden auch Personen mit Migrationshintergrund das Landesbild prägen. Doch selbst dieser Zugewinn ist nicht im Stande, das langfristige gesamt-bayerische Bevölkerungsdefizit aufheben zu können. Regional betrachtet zeigen sich insbesondere zwischen dem Nordosten und dem Süden Bayerns deutliche Unterschiede in der Intensität der demographischen Prozesse.

Kurzer Überblick über demographierelevante Handlungsfelder

Kennzeichnend für den demographischen Wandel in Bayern werden also in Zukunft der langfristige Rückgang ab 2019 sowie die zunehmende Alterung und die stärkere Heterogenisierung der Bevölkerung sein. Der demographische Wandel ist jedoch als ein umfassender sozialer Strukturwandel zu verstehen, welcher mit seinen umfangreichen Veränderungen alle Bereiche der Gesellschaft betrifft. In Zukunft ergeben sich so eine Vielzahl an demographierelevanten Handlungsfeldern und gesamtgesellschaftlichen Herausforderungen, denen zukunftsweisend begegnet werden sollte.

Kinder und Jugendliche, Bildung

So werden der Rückgang und die Alterung der Bevölkerung eine Neuausrichtung bzw. Anpassung der sozialen, bildungspolitischen und gesundheitlichen Infrastruktur des gesamten Freistaats erfordern. Denn angesichts einer rückläufigen Zahl an Kindern

und Schülern und einer stetig zunehmenden Zahl an älteren und pflegebedürftigen Menschen, müssen die Kapazitäten der jeweiligen Einrichtungen sowohl qualitativ als auch quantitativ überdacht und neu ausgerichtet werden.

Wie viele Kindergärten oder Schulen werden in Zukunft benötigt? Laut Prognosen des Bayerischen Staatsministeriums für Unterricht und Kultus wird Bayern in Zukunft weiterhin rückläufige Kinder- und Schülerzahlen zu verzeichnen haben, was langfristig auch zu einem regionalen Überangebot von Bildungs- und Betreuungseinrichtungen führen könnte.⁴

Senioren und Pflege

Auch die Entwicklung der Bevölkerung in einem höheren Alter beeinflusst die Infrastruktur des Freistaats maßgeblich. Die Menschen im Freistaat werden immer älter. Diese an sich positive Entwicklung der gestiegenen Lebenserwartung der bayerischen Einwohner stellt die zukünftige Gesellschaft jedoch vor eine Vielzahl an neuen Herausforderungen. Hierzu zählt insbesondere die zunehmende Pflegebedürftigkeit von älteren Menschen in Bayern, denn mit fortschreitendem Alter nimmt das Risiko, auf Hilfe angewiesen zu sein, deutlich zu. Wie viele Pflegeeinrichtungen werden in Zukunft gebraucht? Wie viel Pflegepersonal benötigt? Mit einem steigenden Anteil an älteren Personen an der Gesamtbevölkerung Bayerns werden diese Fragen zur zukünftigen Versorgungsqualität und dem zukünftigen Pflegepotential im Gesundheitswesen immer wichtiger. Auch die Finanzierung der sozialen Sicherungssysteme wird in diesem Zusammenhang vor große Herausforderungen gestellt werden.

Begleitet wird die künftige demographische Entwicklung von einem steigenden Bedarf nach altersgerechten Produkten, Dienstleistungen und Infrastrukturen. So eröffnen sich neben neuen Handlungsfeldern aber auch neue Wachstumschancen im Bereich der (Senioren-)Wirtschaft. Speziell zugeschnittene Gesundheitsgüter, altersgerechte Freizeitaktivitäten oder Wohnen für Ältere und Mehrgenerationen spielen in diesem Kontext bereits jetzt eine wichtige Rolle.

Wohnraum

Wenn die Bevölkerung zunehmend älter wird und schrumpft, hat das auch Auswirkungen auf den Wohnraum. Wie wird die Kommune der Zukunft aussehen? Und wie werden sich die Zahl und die Zusammensetzung der Haushalte entwickeln? Wenn die Einwohnerzahl sinkt und die jungen Menschen ausbleiben oder neu bauen, können Leerstand und eine weniger ausgelastete Infrastruktur und somit auch zusätzliche Kosten die negativen Folgen sein. Bereits jetzt ist in diesem Zusammenhang ein Trend zur Individualisierung und Einpersonenhaushalten in den Kommunen zu erkennen, wobei insbesondere der Anteil der alleinlebenden Senioren steigt. Traditionelle Familienmuster haben an Bindungskraft verloren, so dass mit dem Tod des Partners oder der Partnerin, der Haushalt oftmals alleine weitergeführt wird und viele Menschen, vor allem Frauen, im Alter alleine leben. Laut Prognosen werden sich die bayerischen Kommunen in diesem Bereich jedoch regional sehr unterschiedlich entwickeln.⁵ Denn während es bei vielen bevölkerungsstarken und verdichteten Regionen zu Engpässen auf dem Wohnungsmarkt kommen kann, werden zunehmend schrumpfende und alternde Regionen, insbesondere im ländlichen bzw. peripheren Raum Bayerns, verstärkt mit einem Überangebot an Wohnraum und Leerständen konfrontiert werden.

Ehrenamt

In diesem Wandlungsprozess könnte speziell der Bereich des ehrenamtlichen bzw. bürgerschaftlichen Engagements von noch größerer Bedeutung sein als bisher. Wie werden sich der Bedarf und das Angebot im Ehrenamt entwickeln? Wenn aufgrund von sinkenden Bevölkerungszahlen in den Kommunen das Gemeinschaftsleben abnimmt, die Infrastruktur ausdünn, die Individualisierung zunimmt und sich traditionelle Familienmuster auflösen, könnten generationenübergreifende Unterstützungsstrukturen und Konzepte für das soziale Leben innerhalb der bayerischen Kommunen zunehmend wichtiger werden. Jedoch äußern bereits jetzt viele ehrenamtliche Bereiche Nachwuchssorgen. Viele Angebote können allerdings nur durch das Ehrenamt ermöglicht werden, so dass die Zukunft des Ehrenamts in den Kommunen noch stärker zum Thema wird. Auch der

⁴ Vgl. hierzu Bayerisches Staatsministerium für Unterricht und Kultus (Hrsg.) (2012): Prognose zum Lehrerbefehl in Bayern. Kurzbroschüre. München.

⁵ Vgl. hierzu Bayerische Landesbodenkreditanstalt (Hrsg.) (2011): Wohnungsmarkt Bayern 2011. Beobachtung und Ausblick. München.

Gedanke, das Potential der älteren Generation zu nutzen und diese somit aktiv in das Ehrenamt zu integrieren, wäre für die Zukunft des Ehrenamts und den Dialog zwischen Jung und Alt wichtig.

Wirtschaft und Arbeitsmarkt

Auch in der Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik wird man sich aufgrund der demographischen Veränderungen zunehmend auf eine veränderte Arbeits- und Erwerbsstruktur einstellen müssen. Wie steht es um das zukünftige Arbeitskräfteangebot in Bayern und in den Kommunen? In diesem Kontext wird es zunehmend wichtiger werden, dass die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer dem Arbeitsmarkt länger erhalten bleiben. Erweiterte Erwerbsphasen durch ein früheres Erwerbseintrittsalter, aber auch durch ein späteres Renteneintrittsalter werden unumgänglich sein. Auch in Hinblick auf einen in Bayern erwarteten Erwerbspersonenrückgang und einen möglichen Fachkräftemangel gilt es, auf die Potentiale der älteren Generation zurückzugreifen. Aber auch in Themen wie lebenslanges Lernen und eine angemessene Gesundheitsförderung sollte in diesem Zusammenhang investiert werden. Zur Bewältigung des demographischen Wandels in der Arbeitswelt spielen Aspekte wie eine stärkere Erwerbsbeteiligung von Frauen und Migranten sowie die adäquate Ausbildung und Qualifizierung der nachfolgenden Generationen ebenfalls eine große Rolle. Um dieses Beschäftigungspotential erschließen zu können, sind neben flexiblen Beschäftigungs-

modellen auch die passenden Betreuungsangebote sowohl für Kinder als auch für pflegebedürftige Angehörige entscheidend. Die Implementierung von allgemein familienfreundlichen Strukturen und vor allem von familienunterstützenden Bedingungen im Rahmen einer nachhaltigen Familien- und Bevölkerungspolitik sind in diesem Kontext Schlüsselfaktoren für die Attraktivität einer Kommune als Lebens- und Arbeitsort.

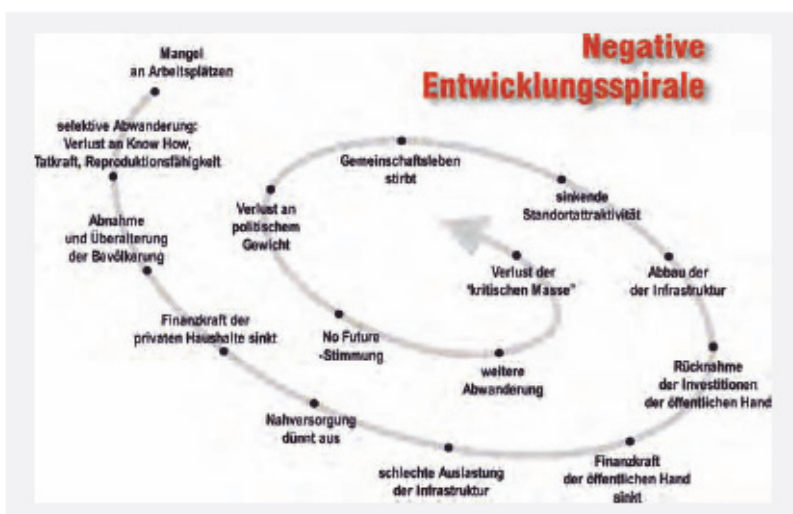
Migration und Integration

Innerhalb der Kommunen und des Freistaats wird die Heterogenität der Einwohner aufgrund von Zuwanderungsgewinnen und höheren Geburtenziffern von Migranten weiter zunehmen und eine wegweisende Integrations- und Zuwanderungspolitik gefragt sein. Wie soll der Wandel der Bevölkerungsstruktur gestaltet werden? Die Implementierung von gleichen und von der sozialen Herkunft unabhängigen Bildungschancen sowie die langfristige Investition in soziale, kulturelle und vor allem berufliche Integrationsmaßnahmen werden dabei maßgeblich sein. Denn bei einer sinkenden Bevölkerungs- und Erwerbspersonenzahl geht es auch darum, das Erwerbspersonenpotential anhand von qualifizierten Personen im erwerbsfähigen Alter bedarfsgerecht zu ergänzen und so auch mit den Potentialen der Migrantinnen und Migranten zukünftig Personal- und Qualifikationslücken in Bayern zu schließen.

Kommunen im Wandel

In einer Kommune ist die Entwicklung der Bevölkerung eng mit der Entwicklung der Finanzen bzw. dem Investitions- und Ausgabevolumen verzahnt. Wenn die Einwohnerzahl sinkt, verringern sich auch die Einnahmen durch Kaufkraft, Steuern und Gebühren und die Finanzkraft der Kommune nimmt sukzessiv ab (vgl. Abbildung).

Aber auch die Nachfrage nach Verwaltungsleistungen und der kommunalen Infrastruktur verringert sich mit abnehmender Bevölkerungszahl, so dass eine Anpassung der öffentlichen Leistungen an die veränderten Bedarfe erfolgen muss. Da eine unausgelastete Infrastruktur mehr Kosten als Nutzen mit sich bringt, werden ein stetiger Rückbau und eine Ausdünnung der sozialen Infrastruktur und Nahversorgung (bspw. Schulen, öffentliche Einrichtungen)



Quelle: Der bayerische Bürgermeister, Zeitschrift für kommunale Selbstverwaltung, 12/2011, S. 412.

vermutlich die Folge sein. Die technische Infrastruktur (bspw. Abfall- und Entsorgungssysteme), die von hohen Bestands- und Fixkosten geprägt ist, wird hingegen schwieriger an die Veränderungen anzupassen sein, so dass die öffentlichen Haushalte und kommunalen Finanzen mit abnehmender Einwohnerzahl zukünftig vor noch größere (finanzielle) Herausforderungen gestellt werden. Aus diesen Prozessen könnte sich auch eine rasante Abwärtsspirale bilden, denn der finanziell notwendige Abbau der Infrastruktur könnte zu einer verminderten Versorgungsqualität und einer sinkenden Standortattraktivität für die Einwohnerinnen und Einwohner führen. Dies würde weitere Abwanderungen begünstigen, so dass sich die Einwohnerzahl der Kommune stetig verringert und das soziale Gemeinschaftsleben sowie die Finanzkraft der Kommune kontinuierlich abnehmen. Um zukünftig Kosten zu minimieren und trotzdem eine ausreichende Versorgung gewährleisten zu können, werden inter- und intrakommunale Kooperationsformen und eine Bündelung der regionalen Ressourcen über die kleinräumige Perspektive hinaus noch wichtiger werden und sich die Verflechtung und Abhängigkeit der Kommunen untereinander verstärken.

Zusammenfassung

Bei der Betrachtung der vielfältigen Handlungsfelder wird klar: Der demographische Wandel umfasst in seinen Konsequenzen weit mehr als den Rückgang, die zunehmende Alterung oder die stärkere Heterogenisierung der bayerischen Bevölkerung. Vielmehr ist er der Auslöser eines grundlegenden und tiefgreifenden Sozialstrukturwandels, der auf alle Lebensbereiche gleichermaßen Einfluss nimmt. Auch wenn bestimmte Auswirkungen nur mit der Zeit sichtbar werden, so ist der demographische Wandel ein umfassender und langfristiger Prozess, der kurzfristig nicht einfach aufzuhalten oder umzukehren sein wird. Umso wichtiger ist es, sich rechtzeitig auf diesen Wandel einzustellen und eine gezielte und langfristig wirksame Strukturpolitik in Bayern zu gestalten. Die dazu nötige Handlungs- und Datenbasis kann dabei insbesondere die amtliche Statistik liefern. Denn auf Basis von soziodemographischen Bestandsanalysen sowie perspektivischen und regionalisierten Modellrechnungen, kann die amtliche Statistik der bayerischen Politik mit ihren Erkenntnis-

sen beratend zur Seite stehen und sie dabei unterstützen, vorausschauend und angemessen auf den demographischen Wandel zu reagieren. Trotz des gleichen Auslösers sind alle Herausforderungen sowohl in den einzelnen Handlungsfeldern als auch in den verschiedenen Regionen unterschiedlich und brauchen individuelle Lösungen. Dazu bedarf es einer soliden sowie regional und fachlich differenzierten Datengrundlage, auf der Handlungskonzepte ausgearbeitet werden können.

Möglichkeiten zur Erweiterung des Angebots zum demographischen Wandel

Der bisher vorgestellte Überblick über die Auswirkung des demographischen Wandels zeigt, dass es in Zukunft eine Vielzahl an demographierelevanten Handlungsfeldern in Bayern geben wird, bei denen zukunftsweisende Konzepte seitens der Politik gefragt sein werden. Die dazu nötige Datengrundlage kann in diesem Zusammenhang durch die amtliche Statistik geliefert werden.

Erwerbspersonenvorausberechnung

Die Abnahme der bayerischen Bevölkerung wird, langfristig gesehen, zu einem Rückgang des Erwerbspersonenpotentials führen. Das Erwerbspersonenpotential ist laut Bundesagentur für Arbeit als ein Maß des Arbeitskräfteangebots zu verstehen, das die Summe aller Erwerbstätigen, Erwerbslosen und der sogenannten stillen Reserve beinhaltet.⁶ Betrachtet man die neusten Bevölkerungsvorausberechnungen für Bayern, so wird deutlich, dass sich allein die Zahl der Personen im erwerbsfähigen Alter (20 bis unter 65 Jahre) von 7,66 Millionen Personen im Jahre 2010 bis zum Jahre 2030 um insgesamt 7,3% auf rund 7,10 Millionen Menschen verringern wird. Eine gezielte Erwerbspersonenvorausberechnung auf Basis der Informationen zur Entwicklung der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter sowie der Entwicklung der Erwerbsbeteiligung, könnte in diesem Zusammenhang dazu beitragen, zu reliablen und belastbaren Aussagen zum zukünftigen Erwerbspersonenpotential in Bayern zu gelangen und mögliche regionale Engpässe oder einen möglichen Arbeitskräftemangel im Freistaat frühzeitig zu erkennen. Darüber hinaus bietet sie auch die Basis für zukünftige Standortentscheidungen der Wirtschaft.

⁶ Vgl. hierzu Bundesagentur für Arbeit: Erwerbspersonenpotential. Glossar. Stand 13.08.2008. URL: www.statistik.arbeitsagentur.de (letzte Recherche am 18.04.2012).

Pflegebedarfsberechnungen

Demographische Trends wie die niedrigen Geburtenzahlen und eine steigende Lebenserwartung werden in Zukunft eine langfristige Verschiebung der Anteile der einzelnen Altersgruppen an der bayerischen Gesamtbevölkerung zur Folge haben. Den mit Abstand größten Anteil wird dabei in Zukunft die Altersgruppe der Senioren und Hochbetagten (65 Jahre und älter) einnehmen, während sich die anderen Altersgruppen in ihrer Größe verringern werden. Diese Entwicklung wird viele Gesellschaftsbereiche vor neue Herausforderungen stellen. Besonders im Bereich der Pflege müssen die Kapazitäten in den jeweiligen Einrichtungen sowohl qualitativ als auch quantitativ neu ausgerichtet werden, denn die Entwicklung der Bevölkerung im höheren Alter beeinflusst maßgeblich auch die künftige Zahl der Pflegebedürftigen. Mit einer Analyse der altersspezifischen Pflegequoten und der Entwicklung der Lebenserwartung in Bayern, wären regionale Vorausberechnung zur künftigen Anzahl von Pflegebedürftigen und damit zur Identifikation von künftigen Angebotsdefiziten im Bereich von Pflegeeinrichtungen möglich. Auch könnte in diesem Zusammenhang ermittelt werden, wie viel Pflegepersonal künftig in einzelnen Regionen bzw. Landkreisen für eine ausreichende Versorgung der Einwohner benötigt wird, so dass vorausschauend agiert und geplant werden kann.

Haushaltsprognosen

Auch in der Wohnungswirtschaft schlägt sich der demographische Wandel mit seinen vielfältigen Konsequenzen nieder. Betrachtet man die Entwicklung seit den letzten drei Jahrzehnten, so fällt auf, dass insbesondere die Einpersonenhaushalte im Vergleich zu allen anderen Haushaltsgrößen dominant geworden sind und ihr Anteil auch weiterhin beständig zunimmt. So waren von den insgesamt 6,06 Millionen Haushalten in Bayern im Jahre 2010 rund 39,8% Einpersonenhaushalte. Im Jahre 1970 lag dieser Anteil noch bei 24,5%. Dabei leben nicht nur mehr jüngere Menschen, sondern immer mehr auch ältere Menschen alleine. So ist die Anzahl der alleinlebenden Menschen im Alter von 65 Jahren und älter in Deutschland von 3,6 Millionen Menschen im Jahre 1980 sukzessiv auf 5,5 Millionen Menschen im Jahre 2010 angewachsen. Auch regional wirkt sich die

Dynamik des demographischen Prozesses auf die Wohnungswirtschaft sehr unterschiedlich aus. Eine Haushaltsberechnung könnte in diesem Zusammenhang aufzeigen, wie sich die Zahl und die Zusammensetzung der Haushalte in Bayern und in bestimmten Regionen zukünftig weiterentwickeln wird. Ferner könnte sie dazu beitragen, wichtige und grundlegende Informationen über die qualitative und quantitative Nachfrageveränderung in der Wohnungswirtschaft transparent zu machen und den zukünftigen Bedarf an kommunalen Diensten anhand der bayerischen Haushalte abschätzen zu können.

Berechnungen zum Ehrenamt: Mitgliedervorausberechnungen

Ehrenamtliches Engagement ist für die Kommunen unverzichtbar. Es ist einer der zentralen Stützpfeiler für das soziale Zusammenleben in der Kommune und den Zusammenhalt des Gemeinwesens. Ohne ehrenamtlich engagierte Bürgerinnen und Bürger oder Verbände und Vereine, wären zahlreiche kommunale Leistungen gar nicht oder lediglich eingeschränkt verfügbar. Die Engagementquote, also der Anteil der freiwillig Engagierten an der Gesamtbevölkerung, lag dabei im Jahre 2009 bei 36% in Bayern und entsprach damit genau dem bundesweiten Durchschnitt.⁷ Insbesondere, wenn langfristig sinkende Bevölkerungszahlen dazu führen, dass das Gemeinschaftsleben abnimmt, die Infrastruktur ausdünn und sich durch gesellschaftliche Veränderungen traditionelle Familienmuster auflösen und die Individualisierung zunimmt, werden in Zukunft verstärkt generationenübergreifende Unterstützungsstrukturen und Konzepte für das soziale Leben innerhalb der Kommunen benötigt werden, die sich auf das Ehrenamt stützen. Viele ehrenamtliche Bereiche äußern jedoch bereits jetzt Nachwuchssorgen. Laut der Freiwilligensurvey ist der Anteil der Engagierten in Deutschland zwischen 35 und 54 Jahren mit bis zu 43% am größten. Auch die jungen Menschen bilden in Deutschland eine sehr aktive Gruppe, jedoch ist ihr Engagement in der letzten Dekade kontinuierlich von 37% im Jahre 1999 auf 35% in 2009 gesunken.⁸ Ferner sinkt der Anteil an jungen Menschen in der Bevölkerung insgesamt. Eine Vorausberechnung der Entwicklungen im Bereich des Ehrenamts könnte in diesem Zusammenhang dazu beitragen, die demographischen Auswirkungen und die alters-

⁷ Vgl. hierzu Bayerisches Staatsministerium für Arbeit und Sozialordnung, Familie und Frauen (Hrsg.) (2009): *Freiwilligensurvey Bayern 2009. Ergebnisse und Trends*. München.

⁸ Vgl. hierzu Genssioka, Thomas/Geiss, Sabine (2010): *Hauptbericht des Freiwilligensurveys 2009. Zivilgesellschaft, soziales Kapital und freiwilliges Engagement in Deutschland 1999 – 2004 – 2009*. München: Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (Hrsg.).

strukturelle Verschiebung auf diesen Bereich, sowohl für ganz Bayern als auch gezielt regional, abschätzen zu können.

Ausblick

Der bayerische Freistaat befindet sich im demographischen Wandel. Auch wenn aufgrund der Langfristigkeit dieser demographischen Prozesse bestimmte Auswirkungen und Konsequenzen nur langsam sichtbar werden, ist dieser Wandel in Bayern kurz- oder mittelfristig nicht mehr umzukehren. Eine Vielzahl an demographischen Handlungsbereichen wird deswegen in Zukunft nach einer verstärkten Aufmerksamkeit sowie zukunftsweisenden Konzepten der politischen Akteure verlangen.

Welche Anpassungsstrategien erfordert dieser Prozess? Und welche Chancen und Risiken beinhaltet dieser Wandel? Das sind die konkreten Fragen, mit der sich die Politik und die Wirtschaft nun auseinandersetzen müssen. Will man den Wandel in seinen Ursachen verstehen, seine Auswirkungen ergründen und ihn in der Zukunft gestalten und entgegenwirken, braucht man Informationen. Die dazu nötige Handlungs- und Datenbasis kann dabei insbesondere die amtliche Statistik liefern. Sie kann dabei helfen, eine Antwort auf diese Fragen zu finden und den demographischen Wandel in Bayern für alle trans-

parenter zu machen. Mit der Möglichkeit, Entwicklungen unter der Berücksichtigung aktueller Gegebenheiten und Trends für einen längeren Zeitraum vorauszuberechnen, können in Zukunft drohende Engpässe oder Defizite, aber auch Chancen und Potentiale sichtbar gemacht und entsprechende Maßnahmen frühzeitig entwickelt und eingeführt werden. Trotz gleicher Ursachen, sind die Herausforderungen in jedem Handlungsfeld unterschiedlich und fordern spezifische Lösungen. Differenzierte Berechnungen und Analysen für die einzelnen Bereiche können wichtige Informationen und Daten für künftige Maßnahmen liefern, an denen sich die Politik in ihren Entscheidungen orientieren und stützen kann. Eine Regionalisierung der Ergebnisse gibt den Landkreisen und kreisfreien Städten spezifische und passgenaue Informationen zu ihrer künftigen Entwicklung in demographierelevanten Handlungsfeldern und liefert eine stabile Datenbasis für Strukturmaßnahmen der Zukunft.

Statistische Anschlussrechnungen bilden jedoch nicht nur die Grundlage für Entscheidungen in der Gegenwart. Sie dienen auch der Evaluation politischer Entscheidungen in der Zukunft, denn auch die Wirksamkeit politischer Konzepte und Maßnahmen zur Begegnung des demographischen Wandels können auf diese Art und Weise überprüft werden.

Zehn Jahre Forschungsdatenzentrum der Statistischen Ämter der Länder

Ein Blick auf Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft der Forschungsdateninfrastruktur der amtlichen Statistik in Deutschland

Dipl.-Soz. Wiss. Patrick Rothe

Lange Zeit hinkte die amtliche Statistik in Deutschland bei der Verfügbarmachung von Einzeldaten für Wissenschaft und Forschung anderen Industriestaaten innerhalb und außerhalb Europas deutlich hinterher. Mit der Einrichtung der Forschungsdatenzentren der Statistischen Ämter der Länder und des Statistischen Bundesamtes hat sich diese Situation in den vergangenen zehn Jahren jedoch grundlegend geändert. Wissenschaftler verfügen heute über eine Reihe von Möglichkeiten des Zugangs zu einer reichen Fülle hochwertiger Daten aus dem Bereich der amtlichen Statistik, wie sie vor nicht allzu langer Zeit noch undenkbar schienen. Der vorliegende Artikel soll dazu beitragen, die stattgefundenen Entwicklungen nachzuzeichnen, die gegenwärtige Situation darzustellen und einen kurzen Ausblick in die Zukunft des Forschungsdatenzentrums der Statistischen Ämter der Länder zu wagen.

Das KVI-Gutachten als Startschuss für die Forschungsdatenzentren

Im Oktober 2001 und im April 2002 wurde mit der Einrichtung des Forschungsdatenzentrums des Statistischen Bundesamtes und wenig später des Forschungsdatenzentrums der Statistischen Ämter der Länder der Grundstein für eine moderne, an den Bedürfnissen wissenschaftlicher Nutzerinnen und Nutzer orientierte Dateninfrastruktur in Deutschland gelegt. Vorausgegangen war die Veröffentlichung des Berichts „Wege zu einer besseren informationellen Infrastruktur“ im März 2001 durch die Kommission zur Verbesserung der informationellen Infrastruktur zwischen Wissenschaft und Statistik (KVI), die sich seit 1999 im Auftrag des Bundesministeriums für Bildung und Forschung (BMBF) mit der Zugangssituation zu Einzeldaten¹ für wissenschaftliche Zwecke auseinandergesetzt hatte. In dem Gutachten waren Deutschland deutliche Defizite beim Zugang zu statistischen Einzeldaten gegenüber anderen führenden Industrienationen attestiert worden. Die Gutachterkommission appellierte daher an die Verantwortlichen aus Politik und Verwaltung, diesem Missstand entgegenzuwirken und auch der Wissenschaft in Deutschland, ein hochwertiges Mikrodatenangebot bereitzustellen (KVI 2001) – der Appell verhallte nicht ungehört: Zehn Jahre später hat sich die Situation gegenüber damals grundlegend verän-

dert (Bender et al. 2008; Habich et al. 2010; Richter 2011; Rolf et al. 2008; Rolf-Engel 2010); die Forschungsdatenzentren der amtlichen Statistik sind zu einer festen Größe geworden, die aus der heutigen Wissenschaftslandschaft nicht mehr wegzudenken ist. Gemeinsam stellen sie der Wissenschaft ein breit gefächertes Dienstleistungsangebot zur Verfügung. Im Folgenden sollen jedoch anlässlich seines diesjährigen zehnjährigen Bestehens primär die Entwicklung und das Angebot des Forschungsdatenzentrums der Statistischen Ämter der Länder im Mittelpunkt dieses Beitrags stehen.

Eine kurze Chronologie des Forschungsdatenzentrums der Statistischen Ämter der Länder

Das Forschungsdatenzentrum des Statistischen Bundesamtes und das Forschungsdatenzentrum der Statistischen Ämter der Länder gehörten zu den ersten Einrichtungen, die vom ebenfalls infolge des KVI-Gutachtens ins Leben gerufenen Rat für Sozial- und Wirtschaftsdaten (RatSWD) formal als Forschungsdatenzentren (FDZ) akkreditiert wurden. Seitdem sind weitere Datenproduzenten aus Verwaltung und Wissenschaft diesem Beispiel gefolgt und ebenfalls dazu übergegangen, interessierten Wissenschaftlern Zugang zu den von ihnen erhobenen Einzeldaten zu gewähren.² Alle dieser offiziell anerkannten Einrichtungen erfüllen eine Reihe von

1 Es handelt sich bei Einzeldaten um Angaben zu einzelnen Einheiten einer Erhebung, beispielsweise Personen, Haushalten oder Unternehmen. Als Synonym für die Bezeichnung Einzeldaten findet oft auch der Begriff Mikrodaten Verwendung.

2 Eine laufend aktualisierte Auflistung aller vom RatSWD akkreditierten Forschungsdatenzentren (FDZ) sowie der thematisch verwandten Datenserviciozentren (DSZ) findet sich unter <http://www.ratswd.de/dat/fdz.php>.

Mindestanforderungen, die vom RatSWD in einem verbindlichen Kriterienkatalog zusammengestellt wurden (RatSWD 2010).

Mit der großangelegten Bereitstellung statistischer Einzeldaten betrat die deutsche amtliche Statistik Neuland: In der Vergangenheit war es für Wissenschaftler nur einzelfallbezogen und verbunden mit großen Anstrengungen und Einschränkungen möglich, bei der Durchführung von Forschungsvorhaben auf amtliche Einzeldaten zurückzugreifen. Erst die veränderten rechtlichen Rahmenbedingungen durch die Überarbeitung des Bundesstatistikgesetzes 1987 und die daran anschließende Erprobung wirksamer, praxistauglicher Anonymisierungsverfahren (vgl. z. B. Müller et al. 1991) ebneten den Weg für einen allmählichen Paradigmenwechsel, der schließlich in der Gründung der Forschungsdatenzentren mündete.

Mit deren Einrichtung im Rahmen eines Pilotprojekts (vgl. Abbildung 1) konnten die Ergebnisse der bisherigen Bemühungen zusammengeführt und der wissenschaftlichen Gemeinschaft ein zentraler Ansprechpartner für die Nutzung amtlicher Statistiken auf Einzeldatenbasis bereitgestellt werden. Ermöglicht wurde dies durch die finanzielle Förderung durch das BMBF. Während der ersten Förderphase von Januar 2004 bis Juni 2007 standen dabei Einrichtung und Betrieb einer fachlich zentralisierten Datenhaltung, die Entwicklung und Pflege eines Metadateninformationssystems, die Einrichtung von Gastwissenschaftlerarbeitsplätzen in allen beteiligten Ämtern sowie die Ermöglichung Kontrollierter Datenfernverarbeitungen an allen Standorten im Mittelpunkt des Projekts.

Neben dem Aufbau der notwendigen Strukturen und deren Anpassung an die datenschutzrechtlichen Rahmenvorgaben, galt es dabei zugleich auch der anfänglichen Skepsis in den Fachabteilungen entgegenzuwirken sowie die neue Einrichtung und deren Angebote und Leistungen unter den potentiellen Nutzern an Hochschulen und Forschungsinstituten bekannt zu machen. Auch war – und ist – es nicht immer einfach, den Entscheidungsträgern außerhalb von Wissenschaft und amtlicher Statistik den gesamtgesellschaftlichen Nutzen, der aus der Arbeit

der Forschungsdatenzentren resultiert, zu verdeutlichen. Das Hauptproblem liegt dabei darin, dass der Nutzen, der mit der Verfügbarkeit der bereitgestellten Mikrodaten der amtlichen Statistik einhergeht, nicht unmittelbar in monetären Beträgen quantifizierbar und individuell zuordenbar ist – ein Problem, das die Forschungsdatenzentren mit einer Vielzahl anderer Bestandteile der öffentlichen Infrastruktur gemeinsam haben.

Im Jahr 2006 wurde das Forschungsdatenzentrum der Statistischen Ämter der Länder anhand der Kriterien der Leibniz-Gemeinschaft erfolgreich evaluiert, wobei sich die beteiligten Gutachter nachdrücklich für eine Weiterförderung des Projekts durch das BMBF aussprachen. Bereits nach vier Jahren Projektlaufzeit bezeichneten diese das Forschungsdatenzentrum als „zentralen und für die Arbeit von zahlreichen Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern unverzichtbaren Bestandteil der informationellen Infrastruktur in Deutschland“ (Ergebnisse der Evaluierung des FDZ der Statistischen Ämter der Länder 2006: 6). Aufgrund dieses überaus positiven Votums konnten die begonnenen Arbeiten auch in der zweiten Förderphase weiter vorangetrieben und auf eine Verstetigung der neu entstandenen Strukturen hingearbeitet werden. Für das Jahr 2010 erfolgte eine kostenneutrale Verlängerung der Projektförderung bis einschließlich August, um in Abstimmung mit den jeweiligen Dienstaufsichtsbehörden den dauerhaften Fortbestand des Forschungsdatenzentrums der Statistischen Ämter der Länder vorzubereiten. Seit September 2010 wird das Forschungsdatenzentrum finanziell gänzlich von den Statistischen Landesämtern getragen.

Mit dem Jahresbeginn 2011 trat das Forschungsdatenzentrum schließlich in die Phase der Daueretablierung ein, nachdem sich die Dienstaufsichten aller Statistischen Landesämter nach dem Auslaufen der Projektförderung durch das BMBF auf eine dauerhafte Fortführung des Forschungsdatenzentrums verständigt hatten. Vorangegangen war dieser Entscheidung die nachdrückliche Aufforderung durch den RatSWD (2011) sowie den Wissenschaftsrat (2011), das Pilotprojekt in einen dauerhaften Bestandteil der amtlichen Statistik umzuwandeln. Dennoch ist auch heute noch nicht in allen beteiligten



Ländern eine dauerhafte finanzielle Absicherung des Fortbestands der regionalen Standorte des Forschungsdatenzentrums gewährleistet.

Das Leistungsangebot des Forschungsdatenzentrums der Statistischen Ämter der Länder

Mit der Verfügbarmachung von Einzeldaten für wissenschaftliche Zwecke hat die amtliche Statistik in Deutschland einen neuen Weg der Veröffentlichung statistischen Datenmaterials abseits der traditionellen Darstellung aggregierter Daten in Form von Tabellen und Berichten eröffnet. Empirisch arbeitende Wissenschaftler können seitdem unter Wahrung der statistischen Geheimhaltung detaillierte, regional tief gegliederte Auswertungen durchführen und dabei komplexe quantitative Verfahren zur Anwendung bringen, die auf die Nutzbarkeit von Individualdaten angewiesen sind. Die Möglichkeiten dieser Verfahren gehen dabei weit über das zuvor bei der Nutzung von aggregierten Daten Mögliche hinaus und sind hierdurch in der Lage, eine Vielzahl neuer Erkenntnisse zu erschließen. Die Nutzung amtlicher Statistiken als Grundlage wissenschaftlicher Analysen bietet dabei eine Reihe von Vorteilen gegenüber der Nutzung von Sekundärdaten aus anderen Quellen oder auch Daten aus eigenen Primärerhebungen. Insbesondere die Tatsache, dass es sich bei einer Vielzahl der Statistiken um Vollerhebungen handelt oder diese im Vergleich zu den allermeisten wissenschaftlichen Erhebungen auf sehr großen Stichproben beruhen, macht einen besonderen Vorteil der Nutzung amtlicher Statistikdaten aus. So kann beispielsweise die Non-Response-Problematik, die in der wissenschaftlichen Umfrageforschung mittlerweile ein immer größeres Problem darstellt, beim Rückgriff auf amtliche Statistikdaten weitgehend vernachlässigt werden (Diekmann 2010: 414). Darüber hinaus bieten die hohen Fallzahlen offizieller Statistiken eine überaus solide Grundlage für die Gewinnung aussagekräftiger statistischer Ergebnisse. Hinzu kommt das breite thematische Spek-

trum, das von den Erhebungen der amtlichen Statistik abgedeckt wird. Demgegenüber stehen die prinzipiellen Nachteile, die mit der Arbeit mit Sekundärdaten jeglicher Art einhergehen, allen voran die vom Forschenden nicht an individuelle Fragestellungen anpassbare Operationalisierung der Erhebungsmerkmale (Diekmann 2010: 414f.; Schnell et al. 2005: 238ff.).

Mehr als 2000 Forschungsvorhaben wurden seit ihrer Gründung mit den von den beiden eng miteinander kooperierenden Forschungsdatenzentren der amtlichen Statistik bereitgestellten Daten durchgeführt. Die Mehrzahl der Projekte entstammt dabei dem Bereich der Wirtschafts- und Sozialwissenschaften; aber auch Wissenschaftler aus dem medizinischen, technischen und naturwissenschaftlichen Bereich zählen zu den regelmäßigen Nutzern der Forschungsdatenzentren. Die Bandbreite der Themen und Fragestellungen, für deren Untersuchung Mikrodaten der amtlichen Statistik herangezogen werden, fällt dabei immens aus: Die Erforschung ökonomischer und sozialer Ungleichheiten, des demographischen Wandels oder verschiedenster Aspekte von Migration und Integration ist hierbei ebenso zu nennen wie die Forschung zur Energieversorgung von morgen, gesundheitswissenschaftliche Forschung oder die Untersuchung volks- und betriebswirtschaftlicher Fragestellungen. Die Einzeldaten aus dem Bestand der beiden Forschungsdatenzentren stellen zudem die vermutlich bedeutendste Ressource für den Bereich der empirischen, evidenzbasierten Politikberatung in Deutschland dar.

Das Datenangebot der Forschungsdatenzentren der Statistischen Ämter der Länder und des Bundes umfasst derzeit 107 Statistiken mit insgesamt rund 1 140 nutzbaren Datenmaterialien (Stand: Juni 2012).³ 99 dieser Statistiken werden vom Forschungsdatenzentrum der Statistischen Ämter der

³ Eine Übersicht über die momentan für die wissenschaftliche Nutzung verfügbaren Statistikdaten findet sich unter <http://www.forschungsdatenzentrum.de/datenangebot.asp>.

Länder fachlich betreut. Wenig verwunderlich ist dabei, dass die Daten aus dem Mikrozensus besonders häufig von Nutzern aus Wissenschaft und Forschung nachgefragt werden, lassen sich mit deren Hilfe doch die unterschiedlichsten sozial- und wirtschaftswissenschaftlichen Fragestellungen detailliert untersuchen. Ebenfalls sehr beliebt bei den Nutzern sind die Lohn- und Einkommensteuerstatistik sowie die Einkommens- und Verbrauchsstichprobe. Ein besonders großes Analysepotential bergen zudem diejenigen Statistiken, die in langen Zeitreihen, als Längsschnittdatensätze in Panel-Form oder in Form kombinierter, ursprünglich aus unterschiedlichen Querschnitterhebungen stammender Datenbestände angeboten werden (vgl. z.B. Wagner, J. 2010).

Allein mit der Aufbereitung und Bereitstellung der Daten in den in der Wissenschaft gebräuchlichen Formaten ist es jedoch nicht getan: Um ein sinnvolles Arbeiten mit den Daten zu ermöglichen, sind ebenso eine umfassende Dokumentation und die Erstellung aussagekräftiger Metadaten notwendig. In vielen Fällen wird erst durch die Bereitstellung dieser zusätzlichen Materialien eine effiziente Nutzung des in den bereitgestellten Daten schlummernden Analysepotentials möglich. Mit dieser Aufgabe und der eingehenden fachlichen Betreuung der Nutzer von der ersten Anfrage über die Antragsstellung bis zum erfolgreichen Abschluss der Datennutzung, leisten die Mitarbeiter der Forschungsdatenzentren einen wichtigen Beitrag an der Schnittstelle zwischen amtlicher Statistik und Wissenschaft. Dass es sich hierbei jedoch keineswegs um eine Einbahnstraße handelt, zeigen die zahlreichen Rückmeldungen der datennutzenden Wissenschaftler, die dabei helfen, mögliche qualitative Schwachstellen in den vorhandenen Daten aufzuspüren, und dadurch zu einer verbesserten Plausibilisierung und Fehlerbereinigung – und damit letztlich zu einer erhöhten Datenqualität in der amtlichen Statistik – beitragen. Dies gilt insbesondere für diejenigen Merkmale einer Statistik, die innerhalb des Standardveröffentlichungsprogramms lediglich eine untergeordnete Rolle spielen, bei einer wissenschaftlichen Analyse jedoch von zentralem Interesse für die Beantwortung der verfolgten Fragestellung sein können.

In den Standorten des Forschungsdatenzentrums wird zudem fundierte inhaltliche Arbeit geleistet, die weit über bloße Datenaufbereitung und -bereitstellung sowie Nutzerberatung hinausgeht. Im Rahmen von eigenen Forschungsprojekten werden Ansätze der Datenverknüpfung zur Erschließung neuer Auswertungspotentiale, neuartige Formen der Anonymisierung und Geheimhaltung sowie technische Möglichkeiten der Umsetzung innovativer Datenzugangswege erprobt. Auch Kooperationen mit den Forschungsdatenzentren anderer Datenproduzenten, beispielsweise des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) der Arbeitsagentur in Nürnberg (Bender/Heining 2011), zählen zu diesen Projekten. Zudem erweitern die Angebote des Forschungsdatenzentrums auch die Möglichkeiten zur Durchführung eigener inhaltlicher Forschung in den Fachabteilungen der einzelnen Landesämter. Außerdem stellt das Forschungsdatenzentrum seine fachlich zentralisierte Datenhaltung im Rahmen von Sonderauswertungen für den länderübergreifenden Zugriff durch die Auskunftsdienste bereit.

Eine der maßgeblichen Herausforderungen für die Forschungsdatenzentren der amtlichen Statistik liegt dabei im stetigen Wandel der Anforderungen hinsichtlich Verfügbarkeit, Detailgrad und Qualität, die die Wissenschaft an die angebotenen Forschungsdaten stellt. Genauso wie sich Forschungsmethoden und Themenschwerpunkte über die Zeit hinweg ändern, müssen sich dementsprechend auch die Angebote und Leistungen der Forschungsdatenzentren über die Zeit hinweg an diese Veränderungen anpassen (Zwick 2006).

Im Spannungsfeld zwischen Datenschutz und Wissenschaftsfreiheit

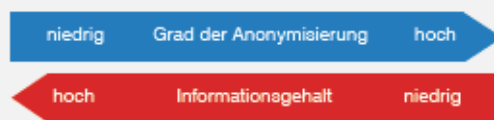
Die rechtliche Grundlage für das dargestellte nutzerorientierte Angebot der Forschungsdatenzentren stellt §16 Abs. 6 BStatG dar, in dem die rechtlichen Rahmenbedingungen für die Weitergabe statistischer Einzeldaten an Einrichtungen mit dem Ziel unabhängiger wissenschaftlicher Forschung geregelt sind. So dürfen diese Angaben unter der Maßgabe an Angehörige von Hochschulen und anderen unabhängigen Forschungseinrichtungen übermittelt werden, dass diese den Anforderungen faktischer Anonymität genügen. Dies ist dann gegeben, „wenn

die Einzelangaben nur mit einem unverhältnismäßig großen Aufwand an Zeit, Kosten und Arbeitskraft zu geordnet werden können“. Unter den juristischen Begriff der Übermittlung fällt dabei nicht nur die Weitergabe von Daten, beispielsweise in gespeicherter Form auf Datenträgern, sondern bereits das reine Betrachten der Daten an einem Bildschirm.

Der Wahrung des Statistikgeheimnisses kommt bei der Freigabe von amtlichen Statistikdaten für die wissenschaftliche Nutzung höchste Priorität zu, stellt es doch die essentielle Grundlage für das Vertrauen dar, das die Befragten und Erhebungspflichtigen der amtlichen Statistik entgegenbringen. Eine Veröffentlichung von zuordenbaren Einzelangaben darf weder beabsichtigt noch unbeabsichtigt erfolgen. Dies wird durch umfangreiche, auf die jeweiligen Inhalte der Statistik abgestimmte Anonymisierungsmaßnahmen – je nach Nutzungsweg in Verbindung mit einer abschließenden Geheimhaltungsprüfung – sichergestellt. Dabei gilt es, das in den Daten beinhaltete Informationspotential so wenig wie möglich zu beeinträchtigen und zugleich die mögliche Aufdeckung von Einzelangaben zu verhindern. Dass vor diesem Hintergrund in manchen Fällen nicht alles umgesetzt werden kann, was aus wissenschaftlicher Perspektive wünschenswert wäre, ist dabei der Preis, der für die Freigabe umfangreicher Einzelangaben aus zahlreichen amtlichen Statistiken in Kauf genommen werden muss.

Der Zusammenhang zwischen Anonymisierung und Informationsgehalt

Abb. 2



Aufgrund der weitgehenden Unbestimmtheit des Rechtsbegriffs der faktischen Anonymität handelt es sich um einen permanenten, einzelfallbezogenen Abwägungsprozess zwischen zwei verfassungsgemäß garantierten Grundrechten, der Informationellen Selbstbestimmung (Art. 2 Abs. 1 GG) auf der einen und der Wissenschaftsfreiheit (Art. 5 Abs. 3 GG) auf der anderen Seite (Schaar 2009). So stellt faktische Anonymisierung in letzter Instanz immer

einen Kompromiss zwischen dem informativen Gehalt eines Datenbestands und dem Schutz der einzelnen darin enthaltenen Einheiten vor einer potentiellen Re-Identifizierung dar (vgl. Abbildung 2). Ausgehend von der Annahme, es mit einem rational agierenden Datenangreifer zu tun zu haben, kann jedoch unter Berücksichtigung externer Rahmenbedingungen durch angepasste Anonymisierungsmaßnahmen sichergestellt werden, dass die anfallenden Anstrengungen, Kosten und Risiken beim Versuch einer Re-Identifizierung einzelner Einheiten den dadurch erzielbaren Gewinn bei weitem übersteigen. Diese beeinfluss- und kontrollierbaren Rahmenbedingungen sind es auch, die es ermöglichen, externen Datennutzern innerhalb der statistischen Ämter an Gastwissenschaftlerarbeitsplätzen Zugang zu weniger stark anonymisierten Daten zu gewähren. Durch die entsprechende Ausgestaltung des dortigen Arbeitsumfelds werden die Möglichkeiten zur Vornahme einer Re-Identifizierung, beispielsweise durch den Abgleich mit externem Datenmaterial, minimiert. Hinzu kommen rechtliche Elemente, wie die Verpflichtung der Nutzer auf die Einhaltung der statistischen Geheimhaltung, deren Missachtung strafrechtliche Folgen nach sich ziehen kann, sowie die schriftliche Vereinbarung von empfindlichen Vertragsstrafen im Falle missbräuchlicher Datennutzungen.

Möglichkeiten zur Nutzung von Mikrodaten über das Forschungsdatenzentrum

Derzeit werden vom Forschungsdatenzentrum vier unterschiedliche Datenzugangswege (vgl. Abbildung 3) angeboten. Welche Daten in welcher Form und mit welcher Detailtiefe verfügbar sind, orientiert sich dabei an der Art des genutzten Zugangswegs. Prinzipiell zu unterscheiden sind dabei die sogenannte Off-Site-Nutzung und die sogenannte On-Site-Nutzung. Zur ersten Kategorie zählt die Bereitstellung der Daten als Scientific-Use-File und als Public-Use-File. Diese können den Datennutzern in Form von Datenträgern zur externen Nutzung überlassen werden. Zur zweiten Gruppe gehören hingegen die Datennutzung am Gastwissenschaftlerarbeitsplatz sowie die „Kontrollierte Datenfernverarbeitung“. Die beiden letzteren haben gemeinsam, dass die vertraulichen Daten die Räumlichkeiten der amtlichen Statistik nicht verlassen.

Die unterschiedlichen Datenzugangswege des Forschungsdatenzentrums im Vergleich

Abb. 3

	Off-Site-Nutzung		On-Site-Nutzung	
	Public-Use-File	Scientific-Use-File	Gastwissenschaftler	kontrollierte Datenfernverarbeitung
Anonymität	absolut	faktisch	faktisch	formal
Auswertungspotential	gering	mittel	hoch	sehr hoch
direkter Datenkontakt	ja	ja	ja	nein
Nutzerkreis	Allgemeinheit	unabhängige Wissenschaft	unabhängige Wissenschaft	unabhängige Wissenschaft
Ort der Nutzung	außerhalb von Räumlichkeiten der amtlichen Statistik		innerhalb von Räumlichkeiten der amtlichen Statistik	

Bei den Scientific-Use-Files (SUF) handelt es sich in der Regel um standardisierte, faktisch anonymisierte Datenbestände, die für eine Nutzung außerhalb der statistischen Ämter freigegeben werden können. Das Analysepotential ist gegenüber den Originaldaten zumeist deutlich eingeschränkt; oftmals handelt es sich lediglich um eine Stichprobe, die aus den Ursprungsdaten gezogen wurde. Vertraglich fixierte Rahmenbedingungen, unter denen die Nutzung zu erfolgen hat, dienen dazu, die Datensicherheit zu erhöhen und datenschutzrechtlichen Belangen Nachdruck zu verleihen. Trotz des eingeschränkten Informationsgehalts sind die Scientific-Use-Files für viele Zwecke wissenschaftlicher Forschung ausreichend; zudem dienen sie oftmals zur Vorbereitung oder Ergänzung einer Nutzung derselben Statistik über einen anderen Zugangsweg. Der große Vorteil aus Sicht der Wissenschaft ist dabei zweifellos die Möglichkeit, die Daten ohne Einschränkungen und abschließende Ergebnisprüfung am eigenen Arbeitsplatz nutzen zu können. Allerdings eignen sich aufgrund der unterschiedlichen datenschutzrelevanten Sensibilität nicht alle Statistiken gleichermaßen für die Erstellung eines Scientific-Use-Files.

Eng verwandt mit den Scientific-Use-Files sind die Public-Use-Files (PUF). Diese enthalten jedoch keine faktisch anonymisierten, sondern absolut anonymisierte Daten; eine Re-Identifikation einzelner in den Daten enthaltener Einheiten – Personen, Unternehmen, Betriebe, etc. – kann dabei komplett

ausgeschlossen werden. Das hat zur Folge, dass bei der Erstellung dieser Datenbestände deutlich stärkere Anonymisierungsmaßnahmen zum Einsatz kommen, womit ein weitaus größerer Verlust an in den Daten enthaltener Information verbunden ist. Oft werden auf diesem Weg auch nur vergleichsweise alte Daten bereitgestellt, da der zeitliche Abstand zu den aktuellen Erhebungsjahren hinsichtlich der Wirkung mit einer zusätzlichen Anonymisierungsmaßnahme vergleichbar ist. Der große Vorteil von Public-Use-Files ist, dass diese ohne Einschränkung allen Interessierten auch außerhalb von Wissenschaft und Forschung verfügbar gemacht werden können. Eine besondere Unterart der Public-Use-Files stellen die CAMPUS-Files dar. Bei diesen handelt es sich um speziell für die Lehre an Hochschulen konzipierte Datensätze, die es Studierenden ermöglichen, das Gelernte bei der Arbeit mit realen Daten umzusetzen, und diese an den Umgang mit Daten der amtlichen Statistik heranzuführen (Zwick 2008). Die aktuell 16 CAMPUS-Files (Stand: Juni 2012) sind auf der Internetseite des Forschungsdatenzentrums kostenlos als Downloads verfügbar.⁴

Bei der Datennutzung am Gastwissenschaftlerarbeitsplatz (GWAP) hingegen werden den Datennutzern die gewünschten Statistikdaten an einem speziellen Arbeitsplatz in den statistischen Ämtern bereitgestellt. Die Unterbringung dieses Arbeitsplatzes in den Räumlichkeiten der amtlichen Statistik ermöglicht zusätzliche organisatorische und tech-

⁴ Zu finden sind die CAMPUS-Files unter der Internetadresse <http://www.forschungsdatenzentrum.de/oampus-file.asp>.

nische Vorkehrungen und Maßnahmen, mit denen der Schutz der Daten sichergestellt wird. So ist der Analyse-PC, an dem den Nutzern die Daten sowie die Programme SPSS, STATA und SAS zur Auswertung bereitgestellt werden, technisch nach außen hin abgeschottet; der Netzwerkzugriff ist limitiert, die Schnittstellen des PCs sind deaktiviert. Ein unerlaubtes Zuspätschieben externer Daten oder das Kopieren oder Drucken der genutzten Statistikdaten wird hierdurch unterbunden. Im Gegenzug ist es möglich, den Nutzern detailliertere und weniger stark anonymisierte Daten für ihre Analysen zur Verfügung zu stellen, als dies bei der Bereitstellung eines Scientific-Use-Files der Fall ist. Die von den Gastwissenschaftlern erzeugten Ergebnisse werden von den betreuenden FDZ-Mitarbeitern auf die Einhaltung der statistischen Geheimhaltung geprüft – gegebenenfalls werden entsprechende Zellsperren vorgenommen – und im Anschluss daran in absolut anonymisierter Form an die Datennutzer übermittelt. Gastwissenschaftlerarbeitsplätze können derzeit in allen Statistischen Landesämtern, an den Standorten des Statistischen Bundesamtes in Wiesbaden, Bonn und Berlin sowie in den FDZ-Außenstellen im Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) in Berlin und an der Technischen Universität Dresden genutzt werden.

Einen Sonderfall unter den angebotenen Wegen des Datenzugangs stellt die „Kontrollierte Datenfernverarbeitung“ (KDFV) dar, bei der es sich unter rechtlichen Gesichtspunkten um eine spezielle Form der Sonderauswertung handelt. Im Rahmen der „Kontrollierten Datenfernverarbeitung“ lassen die Datennutzer dem betreuenden Standort Auswertungsskripte für die Programme SPSS, STATA oder SAS zukommen, die dann von den dortigen Mitarbeitern auf die lokal vorliegenden Einzeldaten angewendet werden. Während der gesamten Nutzung haben die Datennutzer keinen direkten Zugang zu den Einzeldaten der betreffenden Statistiken, so dass über die „Kontrollierte Datenfernverarbeitung“ auf formal anonymisierte Daten⁵ mit uneingeschränktem Analysepotential zurückgegriffen werden kann. Auch hier findet zur Gewährleistung der statistischen Geheimhaltung eine abschließende Überprüfung der Auswertungsergebnisse statt, bevor diese an die Datennutzer weitergegeben werden.

Der bayerische Standort des Forschungsdatenzentrums der Statistischen Ämter der Länder

Der im Landesamt für Statistik und Datenverarbeitung in München angesiedelte bayerische Standort des Forschungsdatenzentrums der Statistischen Ämter der Länder widmet sich im Verbund der regionalen Standorte insbesondere der Aufbereitung und Bereitstellung von Statistiken aus dem Bereich Bildung und Kultur, die vielfältige Analysemöglichkeiten für die wissenschaftliche Forschung – insbesondere im Bereich Hochschule – eröffnen (Wagner, S. 2009).

Ein Gastwissenschaftlerarbeitsplatz, ausgestattet mit einem Analyse-PC mit den gängigsten Statistikpaketen SPSS, STATA, SAS und optional R sowie einem Recherche-PC, steht für die Vor-Ort-Nutzung statistischer Mikrodaten zur Verfügung. Genutzt wird dieser Arbeitsplatz primär von Studierenden und Beschäftigten wissenschaftlicher Einrichtungen aus München und Umgebung. Nahezu sämtliche für die On-Site-Nutzung vorgesehenen Daten aus dem gemeinsamen Angebot des Forschungsdatenzentrums der Statistischen Ämter der Länder und des Forschungsdatenzentrums des Statistischen Bundesamtes können interessierten Wissenschaftlern hier zur Durchführung quantitativer Auswertungen bereitgestellt werden.

Datennutzer in anderen Teilen Deutschlands, die mit Statistiken aus dem fachlichen Zuständigkeitsbereich des bayerischen Standorts arbeiten möchten, haben auf zwei Wegen die Möglichkeit hierzu: So können diese sich die betreffenden Daten vom Standort München für die Nutzung in einem der anderen Standorte der Statistischen Landesämter oder des Statistischen Bundesamtes vorbereiten lassen. Oder sie können – insbesondere dann, wenn eine intensive inhaltliche Betreuung notwendig ist, wenn sehr spezielle Auswertungen durchgeführt werden sollen oder, wenn auf nur formal anonymisiertes Datenmaterial zugegriffen werden soll – auf die „Kontrollierte Datenfernverarbeitung“ zurückgreifen, bei der sämtliche Auswertungen durch den FDZ-Ansprechpartner des Standorts München durchgeführt werden.

⁵ Bei formal anonymisierten Daten handelt es sich um Originaldatenmaterial, aus dem lediglich direkte Identifikatoren, beispielsweise Anschriften, Matrikel- oder Stauernummern, entfernt wurden. Darüber hinaus erfolgt keine Veränderung der Daten unter Anonymisierungsgesichtspunkten, was bedeutet, dass weiterhin der vollständige Informationsgehalt für Analysezwecke zur Verfügung steht.

Ausblick in die Zukunft

Ein Jubiläum sollte nicht nur als Anlass dafür dienen, auf bislang Erreichtes zurückzublicken, sondern es sollte dabei auch ein Blick in die nahe und nicht ganz so nahe Zukunft gewagt werden. Diese wird für das Forschungsdatenzentrum der Statistischen Ämter der Länder – so viel ist sicher – neue Herausforderungen bereithalten.

Zwei Beispiele für möglicherweise prägende Zukunftsentwicklungen sind die Bereitstellung der Einzeldaten des Zensus 2011 für die wissenschaftliche Nutzergemeinde sowie der zunehmende Trend zur Georeferenzierung von Statistikdaten. Genauso wie mit der Durchführung eines registergestützten Zensus im Bereich der Erhebungsmethodik Neuland betreten wurde, so gilt dies auch für die Bereitstellung der Zensusergebnisse in Form statistischer Einzeldaten durch die Forschungsdatenzentren. Zahlreiche methodische, technische und organisatorische Herausforderungen werden bewältigt werden müssen, bis die Zensus-Daten für die wissenschaftliche Forschung verfügbar sein werden.

Auch die zunehmende Nachfrage nach georeferenzierten Daten wird die Arbeit der Forschungsdatenzentren nachhaltig beeinflussen. Die Loslösung weg von traditionellen regionalen Gliederungen, wie sie verwaltungstechnisch vorgegeben sind, hin zur Verwendung von Geo-Koordinaten, erfordert nicht nur ein inhaltliches Umdenken bei den Anwendern, sondern ebenso den Einsatz neuer technischer Ansätze und Softwarelösungen zur Verarbeitung und Visua-

lisierung georeferenzierten Einzeldatenmaterials auf Seiten der Datenproduzenten.

Doch nicht nur die Inhalte der statistischen Daten, auch die Methoden und Instrumente zum Umgang mit diesen wandeln sich: So werden neuartige Geheimhaltungs- und Anonymisierungsverfahren, die auf Datenveränderung und nicht mehr auf Datenreduktion oder Sperrung setzen, in Zukunft eine voraussichtlich immer größere Rolle spielen. Auch technologische Entwicklungen, wie automatisierte Geheimhaltungsprogramme oder Ansätze für einen modernen Remote-Access (Brandt/Zwick 2009), mit denen Nutzer aus der Ferne auf Datenbestände der amtlichen Statistik zugreifen können, ohne dass es dabei zu Verletzungen des Datenschutzes kommt, sind keine reinen Visionen mehr, sondern könnten mittel- bis langfristig zunehmend Gestalt annehmen.

Von großer Bedeutung für den Wissenschaftsstandort Deutschland wird es in den kommenden Jahren daher zum einen sein, das bislang Erreichte dauerhaft abzusichern, und zum anderen, weitere Schritte zur fortlaufenden Modernisierung der amtlichen Dateninfrastruktur zu unternehmen, um sich auch zukünftig den sich wandelnden Erfordernissen einer international wettbewerbsfähigen Wissenschaftslandschaft anpassen zu können. Dass ein Aufstieg von einem der untersten auf einen der obersten Ränge im europäischen Vergleich (RatSWD 2011) möglich ist, haben die zurückliegenden zehn Jahre gezeigt; nun gilt es, das Erreichte zu bewahren.

Literatur

- Bender, S./Himmelreicher, R./Zühlke, S./Zwick, M. (2008), Forschungsdatenzentren. Eine informationelle Infrastruktur mit erfreulichem Datenzugang. S. 147–158 in: Rolf, G./Zwick, M./Wagner, G. (Hg.), Fortschritte der informationellen Infrastruktur in Deutschland. Festschrift für Johann Hahlen zum 65. Geburtstag und Hans-Jürgen Krupp zum 75. Geburtstag. Baden-Baden: Nomos.
- Bender, S. /Heining, J. (2011), The research-data-centre in research-data-centre approach: A first step towards decentralised international data sharing. FDZ-Methodenreport 7/11.
- Brandt, M./Zwick, M. (2009), infinitE. Eine informationelle Infrastruktur für das E-Science-Age. Verbesserung des Mikrodatenzugangs durch „Remote Access“. *Wirtschaft und Statistik* 7: 670–675.
- Bundesstatistikgesetz (BStatG) (1987). Gesetz über die Statistik für Bundeszwecke.
- Diekmann, A. (2010), *Empirische Sozialforschung: Grundlagen, Methoden, Anwendungen*. Reinbeck: Rowohlt.
- Ergebnisse der Evaluierung des FDZ der Statistischen Ämter der Länder (2006). Bericht der Gutachtergruppe mit Empfehlungen.
- Habich, R./Himmelreicher, R./Huschka, D. (2010),

- Zur Entwicklung der Dateninfrastruktur in Deutschland. RatSWD Working Paper Series 157. Kommission zur Verbesserung der informationellen Infrastruktur zwischen Wissenschaft und Statistik (KVI) (Hg.) (2001), Wege zu einer besseren informationellen Infrastruktur. Baden-Baden: Nomos.
- Müller, W./Blien, U./Knoche, P./Wirth, H. (1991), Die faktische Anonymität von Mikrodaten. Stuttgart: Metzler/Poeschel.
- RatSWD (2010), Kriterien des Rates für Sozial- und Wirtschaftsdaten (RatSWD) für die Einrichtung der Forschungsdaten-Infrastruktur.
- RatSWD (2011), Auf Erfolgen aufbauend – Zur Weiterentwicklung der Forschungsinfrastruktur für die Sozial-, Verhaltens- und Wirtschaftswissenschaften. Empfehlungen des Rates für Sozial- und Wirtschaftsdaten. Opladen: Budrich.
- Richter, A. (2011), 10 Jahre „Wege zu einer besseren informationellen Infrastruktur“. Statistik und Wirtschaft in Hessen 2/3: 27–35.
- Rolf, G./Zwick, M./Wagner, G. (2008), Fortschritte und Herausforderungen der informationellen Infrastruktur in Deutschland. RatSWD Working Papers Series 41.
- Rolf-Engel, G. (2010), The recommendations of the 2001 KVI Report and their realizations up to 2008. S. 189–214 in, RatSWD (Hg.), „Building on progress. Expanding the research infrastructure for the social, economic, and behavioral sciences“. Volume 1. Opladen/Farmington Hills: Budrich.
- Schaar, P. (2009), Data protection and statistics – A dynamic and tension-filled relationship. RatSWD Working Paper Series 82.
- Schnell, R./Hill, P./Esser, E. (2005), Methoden der empirischen Sozialforschung. München: Oldenbourg.
- Wagner, J. (2010), The research potential of new types of enterprise data based on surveys from official statistics in Germany. Schmollers Jahrbuch 130: 133–142.
- Wagner, S. (2009), Bildungsdaten der amtlichen Statistik im Forschungsdatenzentrum. Bayern in Zahlen 7: 287–300.
- Wissenschaftsrat (2011), Empfehlungen zu Forschungsinfrastrukturen in den Geistes- und Sozialwissenschaften.
- Zwick, M. (2006), Forschungsdatenzentren – Nutzen und Kosten einer informationellen Infrastruktur für Wissenschaft, Politik und Datenproduzenten. Wirtschaft und Statistik 12: 1233–1240.
- Zwick, M. (2008), CAMPUS-Files – Kostenlose Public Use Files für die Lehre. AStA Wirtschafts- und Sozialstatistisches Archiv, Vol.2, Nr. 1–2: 175–188.

ZENSUS 2011: Durchführung der Wiederholungsbefragung

Regina Schreiber M.A., Dipl.-Geogr. Katharina Dworzak

Im Rahmen des Zensus 2011 wurde vom Bayerischen Landesamt für Statistik und Datenverarbeitung (LfStaD) von Juli 2011 bis Juni 2012 die im Zensusgesetz 2011 zur Qualitätssicherung vorgegebene Wiederholungsbefragung durchgeführt. Hierbei wurden bayernweit etwa 45 000 von insgesamt knapp 1,2 Millionen für die Erstbefragung ausgewählten Personen mit einem verkürzten Fragebogen ein zweites Mal zu ihren Lebensverhältnissen am 9. Mai 2011 (Stichtag des Zensus) befragt. Die Befragungen mit Hilfe von ca. 300 Interviewern (sog. Erhebungsbeauftragten) fanden in der zweiten Jahreshälfte 2011 statt. Nach erfolgter Interviewerwerbung wurden die zu befragenden Anschriften auf die Erhebungsbeauftragten aufgeteilt und die Interviewer vom LfStaD zu ihren Aufgaben bei der Befragung geschult. Die Befragungen wurden schriftlich angekündigt und im persönlichen Interview vor Ort durchgeführt. Es waren alle Personen zu befragen, die zum Stichtag an der entsprechenden Anschrift wohnhaft waren. Nach Abschluss der Befragungen mussten die ausgefüllten Erhebungsunterlagen von den Interviewern an das LfStaD übergeben werden. Im Landesamt wurden die Unterlagen auf Vollzähligkeit, Vollständigkeit und Plausibilität geprüft und der Fragebogenrücklauf registriert. Registrierte Fragebogen wurden elektronisch be- leggelesen. Die Befragungsergebnisse wurden in eigens für den Zensus 2011 konzipierte Softwareprogramme übertragen. An säumige Bürgerinnen und Bürger, die ihrer Auskunftspflicht nicht nachkamen, wurden vom LfStaD bis Juni 2012 Erinnerungs- und Mahnschreiben verschickt. Im Anschluss an die Durchführung der Erhebung werden die Daten elektronisch verarbeitet und qualitätsgesichert.

Einführung zum Zensus 2011

Nach Vorgabe einer EU-Verordnung aus dem Jahr 2008 wurde in Deutschland im Jahr 2011 eine Bevölkerungs-, Gebäude- und Wohnungszählung (Zensus) durchgeführt. Der Zensus 2011 dient zum einen der Ermittlung der amtlichen Einwohnerzahl in Bund, Ländern und Gemeinden. Diese bilden die Bemessungsgrundlage für Infrastrukturplanungen, den Länderfinanzausgleich oder auch die Einteilung der Wahlkreise. Zum anderen wird dieser auch dazu genutzt, Informationen zum Wohnraum, zur Bildung und zum Erwerbsleben der Menschen zu gewinnen. Der Zensus 2011 wurde registergestützt durchgeführt, d. h. ein Großteil der erforderlichen Volkszählungsdaten wurde aus bereits vorhandenen Verwaltungsregistern gewonnen (Melderegisterdaten, Daten der Bundesagentur für Arbeit etc.) und um primärstatistische Erhebungen (Haushaltsstichprobe, Erhebung an Sonderanschriften und Gebäude- und Wohnungszählung) ergänzt. Für die Befra-

gungen des Zensus 2011 wurde vom Gesetzgeber eine Auskunftspflicht beschlossen.

Für die Durchführung der Haushaltsstichprobe wurden in den bayerischen Städten und Landkreisen sogenannte Erhebungsstellen eingerichtet. Knapp 13 000 ehrenamtlich tätige Erhebungsbeauftragte (Interviewer) haben in Bayern im Zeitraum vom 10. Mai bis 31. Juli 2011 rund 1,18 Millionen Personen (ca. 9,5% der in Bayern lebenden Personen) mit einem Fragenkatalog zu demographischen Merkmalen, Religion, Migrationshintergrund, Bildung, Ausbildung und Berufstätigkeit befragt. Dabei sollten die Lebensverhältnisse zum 9. Mai 2011 (Stichtag des Zensus) abgebildet werden.

Zur Überprüfung der Qualität der Stichprobenergebnisse sind die Statistischen Landesämter nach § 17 Zensusgesetz 2011 (ZensG 2011) zur Durchführung einer repräsentativen Wiederholungsbefragung ver-

pflichtet. Hierzu ist eine erneute Befragung von Personen an ca. fünf Prozent der bei der Haushaltsstichprobe gezogenen Anschriften vorgeschrieben.

Die Wiederholungsbefragung wurde in Bayern vom LfStAD organisiert und durchgeführt. Sie dient der Qualitätssicherung der Ergebnisse der Haushaltebefragung im Hinblick auf die Ermittlung der amtlichen Einwohnerzahl. Bayernweit wurden zu diesem Zweck etwa 45 000 Personen (sog. Auskunftspflichtige) an über 9 000 ausgewählten Anschriften mit einem verkürzten Erhebungsbogen (ausschließlich Fragen zu persönlichen Angaben und dem Wohnverhältnis) erneut zu den Gegebenheiten am 9. Mai 2011 von ca. 300 Erhebungsbeauftragten befragt. Die Befragungen vor Ort fanden von Juli 2011 bis Mitte Dezember 2011 statt. In diesem Zeitraum befragte jeder Interviewer durchschnittlich 150 Personen im persönlichen Interview.

Im Folgenden soll auf die Durchführung der Wiederholungsbefragung im Rahmen des Zensus 2011 näher eingegangen werden.

IT-Unterstützung

Zur Vorbereitung und Durchführung des Zensus 2011 wurden bundesweit eigens konzipierte Softwareprogramme vom Statistischen Landesamt in Nordrhein-Westfalen (IT.NRW) zur Verfügung gestellt. Die Anwendungen waren webbasiert und konnten über das Deutschland-Online-Infrastruktur-Netz (DOI) angesteuert werden. Über ein zentrales Portal, das ZeuZ-Portal (Zentrales Erhebungsunterstützungssystem Zensus 2011), konnten die für die Wiederholungsbefragung relevanten Softwareprogramme aufgerufen werden.

Es handelte sich hierbei zum einen um das Programmmodul „Erhebungsstellenmanagement“, das zur Unterstützung der erhebungsteilübergreifenden Aufgaben des Zensus 2011 diente, sowie zum anderen um das Programmmodul „Wiederholungsbefragung“, das als spezifische Unterstützung für die Organisation der Wiederholungsbefragung konzipiert wurde.

Für eine ordnungsgemäße Durchführung der Befragung war das Arbeiten mit beiden Softwaremodulen

unabdingbar. Folgende Arbeitsschritte wurden mithilfe der Programme vorgenommen:

Programmmodul Erhebungsstellenmanagement:

- Anlegen und Verwalten von Erhebungsbeauftragten
- Organisation und Dokumentation von Schulungen
- Arbeitsstandskontrollen
- Disposition
- Paketverwaltung

Programmmodul Wiederholungsbefragung:

- Verwaltung der Stichprobenanschriften bzw. Erhebungsbezirke
- Zuweisung von Erhebungsbezirken an Erhebungsbeauftragte
- Drucken von Erhebungsunterlagen (Erhebungsbezirkslisten, Erhebungslisten, Namenslisten und Terminlisten)
- Eingabe der Erhebungslisten
- Registrieren des Fragebogenrücklaufs (Papier- und Onlinemeldung)
- Organisation des Mahnversandes der Auskunftspflichtigen

Zwischen den beiden Programmmodulen wurden Schnittstellen eingerichtet, so dass ein Datenaustausch zwischen den Anwendungen „Erhebungsstellenmanagement“ und „Wiederholungsbefragung“ möglich war.

Vorbereitung der Erhebung

Interviewerwerbung

Zur Durchführung der Befragung wurden Interviewer eingesetzt. Diese mussten zunächst für die Erhebung angeworben werden, was frühzeitig, im Herbst 2010, begonnen wurde. Da dem LfStAD bereits durch den Mikrozensus¹ ein entsprechender Interviewerpool aus aktiven Interviewern und Interessenten vorlag, konnte auf diesen zurückgegriffen werden. Durch telefonischen Kontakt konnte knapp ein Drittel der Erhebungsbeauftragten der Wiederholungsbefragung vom Mikrozensus gewonnen werden.

Des Weiteren wurden auch Mitarbeiter des LfStAD als Interviewer eingesetzt. Diese wurden durch Mundpropaganda, Aushänge in den einzelnen Dienststellen des LfStAD und durch Meldungen im hausinter-

¹ Der Mikrozensus ist eine jährlich bundesweit durchgeführte Befragung. In Bayern sind davon etwa 80 000 private Haushalte und Gemeinschaftsunterkünfte mit rund 125 000 Personen, also etwa ein Prozent der bayerischen Bevölkerung, betroffen.

nen Intranet über die Befragung informiert. Zudem meldeten sich weitere Freiwillige, die eine entsprechende Anfrage bezüglich einer Interviewertätigkeit für den Zensus 2011 gestellt hatten.

In einzelnen Regionen, in denen noch Erhebungsbeauftragte fehlten, wurde zudem bei den kommunalen Erhebungsstellen der Städte und Landkreise angefragt, ob Interviewer, die bei der Haushaltsstichprobe nicht zum Einsatz kamen und von den Erhebungsstellen empfohlen wurden, auch für die Wiederholungsbefragung zur Verfügung stehen würden.

Durch die genannten Maßnahmen konnten inklusive Reserveinterviewern insgesamt 339 Interviewerinnen und Interviewer für die Erhebung gewonnen werden.

Bei der Auswahl der Erhebungsbeauftragten wurde zum einen auf die Volljährigkeit der Personen geachtet, zum anderen durften Personen, die aufgrund ihrer beruflichen Tätigkeit Informationen aus der Erhebungstätigkeit zum Schaden der Auskunftspflichtigen einsetzen könnten, bei der Erhebung nicht eingesetzt werden.

Dies galt zum Beispiel für Mitarbeiter des Einwohnermeldeamts, Steueramts, Ausländeramts, Sozialamts sowie der Polizei.

Um diese Personen ausschließen zu können, wurden vor einer Zusage für die Interviewertätigkeit Teilnahmeerklärungen an alle Interessenten verschickt, in denen neben persönlichen Angaben, Kontaktdaten, dem gewünschten Einsatzgebiet, der gewünschten Anzahl der zu befragenden Auskunftspflichtigen auch der Beruf abgefragt wurde.

Die Interviewerwerbung wurde bis Ende Mai 2011 durchgeführt.

Zuteilung der Erhebungsbezirke (Anschriften) zu den Erhebungsbeauftragten

Im Juni 2011 wurde mit der Zuteilung der Erhebungsbezirke auf die Interviewer begonnen.

Da 9 167 Anschriften der Wiederholungsbefragung in Bayern auf über 300 Erhebungsbeauftragte auf-

zuteilen waren, wurde dies maschinell mit Hilfe eines Kartographieprogrammes durchgeführt. Die gezogenen Erhebungsbezirke (samt der Anzahl der zu befragenden Personen) sowie die Wohnsitze der Interviewer wurden in das Programm eingespielt und auf einer Bayernkarte sichtbar gemacht.

Durchschnittlich sollte ein Erhebungsbeauftragter etwa 150 Auskunftspflichtige im Radius von maximal 50 km um den eigenen Wohnort befragen. Diese Vorgaben wurden ins System eingegeben, woraufhin eine automatische Zuteilung der Anschriften auf die Erhebungsbeauftragten nach Wohnortnähe erfolgte. Konnten systemtechnisch nicht alle Erhebungsbezirke verteilt werden oder konnte ein Interviewer die Vorgaben nicht erfüllen, wurden manuelle Korrekturen vorgenommen. So wurde beispielsweise auf Wunsch der Interviewer der Radius zu den Anschriften um den eigenen Wohnort verringert oder die Anzahl der zu befragenden Personen verkleinert bzw. vergrößert und dementsprechend die Anzahl der zugeteilten Anschriften angepasst.

Nach erfolgter Zuteilung der Anschriften im Kartographieprogramm wurden die Ergebnisse in das Softwaremodul „Wiederholungsbefragung“ übertragen. Anschließend konnten aus dem System die erforderlichen Arbeitsunterlagen (Erhebungsbezirkslisten, Erhebungslisten, Namenslisten und Terminlisten) gedruckt und für die Interviewerschulungen bereitgestellt werden. Für die anstehenden Schulungen wurden zudem weitere Unterlagen wie eine Schulungspräsentation und eine Arbeitsanleitung für Erhebungsbeauftragte erstellt.

Schulungen der Interviewer

Im Anschluss an die erfolgte Anwerbungsphase und die Zuteilung der Erhebungsbezirke zu den Erhebungsbeauftragten wurden im Zeitraum von Ende Juni bis Mitte Juli 2011 die Interviewer zu ihren Aufgaben bei der Durchführung der Wiederholungsbefragung geschult. Die Teilnahme an einer Schulung war Voraussetzung für eine Interviewertätigkeit bei der Befragung. Für die Schulungsteilnahme wurde eine Schulungspauschale von 20,00 Euro erstattet.

Um die Anfahrtswege möglichst kurz zu halten, wurde in jedem Regierungsbezirk in Bayern an mindestens einem Standort eine Schulung durchgeführt.

Die Anzahl der Schulungen der Wiederholungsbefragung ist nach Schulungsort und Regierungsbezirk in folgender Tabelle aufgeführt:

Anzahl der Schulungen der Wiederholungsbefragung nach Schulungsort und Regierungsbezirk		
Schulungsort	Anzahl der Schulungen am Schulungsort	Regierungsbezirk
München	3	Oberbayern
Traunstein	1	
Ingolstadt	1	
Deggendorf	1	Niederbayern
Regensburg	1	Oberpfalz
Bayreuth	1	Oberfranken
Fürth	2	Mittelfranken
Schweinfurt	2	Unterfranken
Augsburg	1	Schwaben
Kempten (Allgäu)	1	

Insgesamt wurden 14 Schulungen an zehn verschiedenen Standorten in ganz Bayern abgehalten und 339 Erhebungsbeauftragte (inklusive Reserveinterviewern) geschult. In Fürth, München und Schweinfurt fanden die Schulungen in den jeweiligen Dienststellen des Statistischen Landesamts statt. Bei den übrigen Schulungsräumen handelte es sich z. T. um ehemalige Schulungsräume des Mikrozensus bzw. um Gemeindeverwaltungen. Die Teilnehmerzahl variierte zwischen 14 und 36 Personen pro Schulung.

Da während der Erhebung auch mit Ausfällen von Interviewern (z. B. Absagen aus gesundheitlichen oder persönlichen Gründen) gerechnet werden musste, wurden 30 Interviewer, die als Reserve fungierten, ebenfalls geschult. Inhalt der Interviewerschulungen waren die Aufgaben und Pflichten der Erhebungsbeauftragten bei den Vorarbeiten, der Durchführung und den Abschlussarbeiten der Wiederholungsbefragung. Die Schulungen wurden von drei Mitarbeiterinnen des LfStaD mithilfe einer Präsentation abgehalten. Besonderen Wert wurde auf die Einhaltung des Datenschutzes gelegt. So wurden die Erhebungsbeauftragten nach dem „Gesetz über die förmliche Verpflichtung nichtbeamteter Personen“ belehrt und zur Verschwiegenheit verpflichtet. Dabei wurde auch auf strafrechtliche Folgen einer Verletzung des Statistikgeheimnisses hingewiesen.

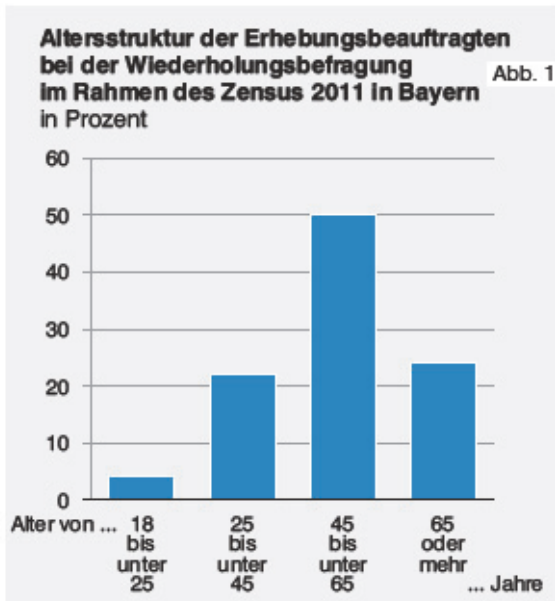
Am Ende der jeweils etwa vierstündigen Schulung erhielten die Schulungsteilnehmer ihre Erhebungsun-

terlagen (Fragebogen, Erhebungsbezirkslisten, Erhebungslisten, Namenslisten, Terminlisten etc.). In den Erhebungsbezirkslisten waren alle zu befragenden Anschriften aufgeführt, die Namenslisten enthielten alle zum 1. November 2010 an der Anschrift gemeldeten Personen und dienten als Orientierungshilfe. In die Erhebungslisten mussten die jeweiligen Befragungsergebnisse eingetragen werden und die Terminlisten konnten zur Organisation der Terminplanung mit den Auskunftspflichtigen verwendet werden. Es wurden auch Erhebungsbeauftragtenausweise ausgehändigt, die alle Interviewer zur Legitimation ihrer Tätigkeit erhielten. Der jeweilige Ausweis war nur in Verbindung mit einem amtlichen Lichtbildausweis (Personalausweis bzw. Reisepass) gültig und war stets zu den Befragungen mitzuführen und vor jedem Interview unaufgefordert vorzuzeigen.

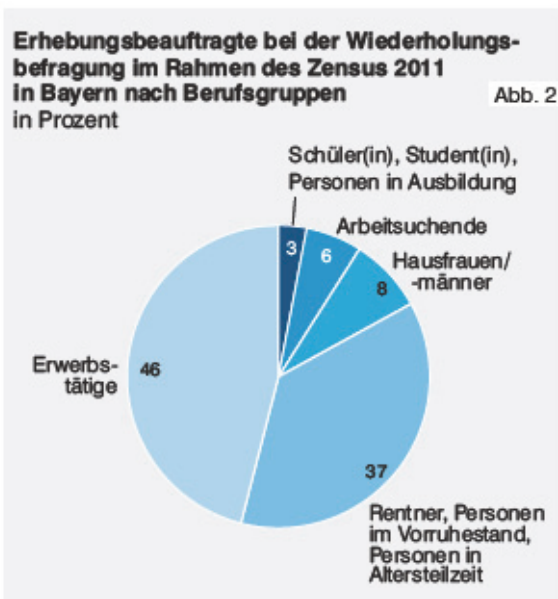
Im Unterschied zur Haushaltsstichprobe konnten den Erhebungsbeauftragten bei den Schulungen noch nicht zu jedem Erhebungsbezirk alle Unterlagen übergeben werden, da zu dieser Zeit viele Anschriften noch nicht „freigegeben“ waren. Ein Erhebungsbezirk galt als freigegeben, wenn an einer Anschrift die Befragung durch den Erstinterviewer der Haushaltsstichprobe bereits abgeschlossen war und die Befragungsergebnisse im System erfasst waren. Erst danach sollte die Zweitbefragung an derselben Anschrift durch einen Interviewer der Wiederholungsbefragung stattfinden. Dies hatte zur Folge, dass die Erhebungsunterlagen erst nach erfolgter Freigabe zugeschickt werden konnten und die Interviewer zum Teil länger warten mussten, bis sie alle Erhebungsbezirke befragen durften.

Durchführung der Erhebung

Nach erfolgter Teilnahme an einer Schulung konnten die Erhebungsbeauftragten im Juli 2011 mit der Durchführung der Erhebung beginnen. Nach Abzug der Reserveinterviewer waren 309 Erhebungsbeauftragte für die Wiederholungsbefragung im Einsatz. Davon waren über 53% Männer. Die Altersstruktur (vgl. Abbildung 1) der Erhebungsbeauftragten lässt erkennen, dass knapp drei Viertel der Interviewer 45 Jahre oder älter waren und nur wenige unter 25-Jährige als Interviewerinnen und Interviewer für die Wiederholungsbefragung tätig waren:



Knapp die Hälfte der Erhebungsbeauftragten war neben der ehrenamtlichen Tätigkeit als Erhebungsbeauftragter noch erwerbstätig (vgl. Abbildung 2). Etwas mehr als ein Drittel war bereits in Rente:



Aufgaben der Erhebungsbeauftragten

Vorbegehung

Vor der eigentlichen Befragung der Haushalte waren von den Interviewern zunächst Vorarbeiten zu leisten. So musste zuerst eine sogenannte Vorbegehung der Erhebungsbezirke durchgeführt werden. Die Interviewer sollten anhand von Klingelschildern und Briefkästen die Namen der Auskunftspflichtigen, die von ihnen zu befragen waren, notieren. Diese wur-

den dann als Adressaten vom Interviewer in ein Anschreiben übertragen. Die zu befragenden Haushalte wurden mit einem Haushaltserstankündigungsschreiben über die anstehende Befragung informiert und ein Terminvorschlag für das Interview gemacht. Dieses Schreiben wurde vom Erhebungsbeauftragten zusammen mit einem Informationsflyer zur Wiederholungsbefragung und einem Auszug der Rechtsgrundlagen des Zensus 2011 spätestens eine Woche vor dem Befragungstermin postalisch versandt.

Wurde bei der Vorbegehung festgestellt, dass an einer Anschrift keine Befragung durchgeführt werden konnte, da die komplette Anschrift z. B. gewerblich genutzt oder leerstehend war, wurde ein Befragungsausfall in der Erhebungsliste vermerkt.

Die Vorbegehungen sowie die Festlegung der Termine mit den Auskunftspflichtigen konnten von den Erhebungsbeauftragten selbstständig geplant und organisiert werden. Die Interviewer waren in ihrer Zeiteinteilung flexibel, sollten jedoch gewisse Vorgaben vom LfStaD einhalten, wie z. B. keine Termine nach 20:00 Uhr sowie sonntags vorzuschlagen.

Konnte der auskunftspflichtige Bürger den genannten Termin nicht wahrnehmen, bestand die Möglichkeit, mit dem Erhebungsbeauftragten telefonisch einen neuen Termin zu vereinbaren. Hierfür waren Kontaktdaten der Interviewerin bzw. des Interviewers im Erstankündigungsschreiben angegeben.

Befragung

Hatte der Erhebungsbeauftragte die Vorbegehung eines Erhebungsbezirkes abgeschlossen und seinen Besuch schriftlich angekündigt, erschien er zum vereinbarten Befragungstermin. Zunächst war zu klären, welche und wie viele Personen zum 9. Mai 2011 an der entsprechenden Anschrift wohnten. Dazu musste die sogenannte Existenzfeststellung durchgeführt werden, bei der die Interviewer Vor- und Nachname, Geschlecht und Geburtsdatum aller Haushaltsmitglieder aufnehmen sollten, die zum Zensusstichtag an der Anschrift wohnhaft waren. Diese Daten waren in die Erhebungsliste einzutragen. War eine Person zu Besuch oder erst nach dem Stichtag eingezogen, war diese nicht zu befragen. Alle Personen, die zum 9. Mai 2011 an der Anschrift

wohnten, galten als existent und hatten jeweils einen Fragebogen zur Wiederholungsbefragung auszufüllen. Dies schloss auch Minderjährige mit ein. War ein Minderjähriger noch nicht in der Lage, selbst Auskunft zu geben, mussten andere volljährige Haushaltsmitglieder (z. B. Eltern oder Geschwister) über die minderjährige Person Angaben machen.

Da die Personen, die für die Wiederholungsbefragung ausgewählt wurden, bereits bei der Haushaltsstichprobe kurze Zeit vorher schon einmal detaillierter Auskunft geben mussten, war es auch Aufgabe der Erhebungsbeauftragten, die Gründe für eine Zweibefragung gut darlegen zu können und in manchen Fällen auch Überzeugungsarbeit zu leisten.

Die auskunftspflichtigen Haushaltsmitglieder hatten grundsätzlich drei Möglichkeiten, an der Befragung teilzunehmen. Der am häufigsten gewählte Berichtsweg war die persönliche Befragung mit der Erhebungsbeauftragten bzw. dem Erhebungsbeauftragten vor Ort. Da der Fragebogen nur neun Fragen beinhaltete und nur zwei Seiten umfasste, war das Ausfüllen zusammen mit den Erhebungsbeauftragten innerhalb von wenigen Minuten möglich. Wollte eine Auskunftspflichtige oder ein Auskunftspflichtiger die Befragung nicht mit der Interviewerin oder dem Interviewer durchführen, so konnten diese den Fragebogen auch selbst ausfüllen und ihn innerhalb von 14 Tagen an das LfStaD zurückschicken. Alternativ dazu konnten die Angaben auch online gemacht werden. Die dazu erforderlichen Zugangsdaten waren auf jedem Fragebogen individuell aufgedruckt.

Waren zum Befragungstermin nicht alle auskunftspflichtigen Haushaltsmitglieder anwesend, konnte der Erhebungsbeauftragte auf Wunsch einen Fragebogen für die nicht anwesende Person hinterlassen, die ihn dann selbst schriftlich oder online ausfüllte.

Nur selten kam es vor, dass auskunftspflichtige Bürger die Befragung verweigerten und keinerlei Angaben machen wollten. In diesen Fällen waren die Erhebungsbeauftragten dazu angehalten, das Interview abzubrechen. Die Befragung war somit für den Erhebungsbeauftragten abgeschlossen und der Fall wurde an das LfStaD übergeben. Der betreffende Bürger erhielt dann postalisch vom LfStaD eine ent-

sprechende Aufforderung zur Auskunftserteilung als Erinnerungs- und Mahnschreiben mit dem Hinweis auf die Auskunftspflicht.

Wurde zum vereinbarten Termin niemand vor Ort angetroffen, wurde eine Benachrichtigungskarte (Zweitankündigungskarte) mit einem neuen Befragungstermin im Briefkasten hinterlassen. Kam auch der zweite Termin nicht zustande, erhielt auch hier der nicht angetroffene Haushalt eine entsprechende Benachrichtigung samt Fragebogen per Post vom LfStaD.

Die jeweiligen Befragungsergebnisse (z. B. im persönlichen Interview befragt, Selbstausfüller, nicht anwesende Person, nicht angetroffener Haushalt etc.) mussten in der Erhebungsliste vermerkt werden.

Die letzten Befragungen vor Ort fanden Mitte Dezember 2011 statt.

Abschlussarbeiten

Da neben einer Aufwandsentschädigung von 5 Euro pro erfolgreich durchgeführtem Interview und 2 Euro pro Haushalt mit Selbstausfüllern bzw. pro erfolglos aufgesuchtem Haushalt auch eine Wegegeldentschädigung nach dem Bayerischen Reisekostengesetz gezahlt und entstandene Portokosten erstattet wurden, war es auch Aufgabe der Interviewer, ein sogenanntes Fahrtennachweisblatt zu führen, in dem alle im Rahmen der Zensustätigkeit zurückgelegten Strecken mit Kilometerangabe und Angabe des genutzten Verkehrsmittels aufgeführt werden sollten. Aufwendungen für öffentliche Verkehrsmittel wurden mit entsprechenden Belegen erstattet. Für entstandene Portokosten mussten ebenfalls die Originalbelege beigelegt werden. Die Anzahl der durchgeführten Interviews, die zurückgelegten Streckenkilometer sowie alle Portokosten waren in ein Abrechnungsblatt einzutragen und mit den ausgefüllten Erhebungsunterlagen per Einschreiben an die Dienststelle Fürth zu schicken. Alternativ konnten die Unterlagen auch persönlich in den Dienststellen Fürth, München und Schweinfurt abgegeben werden.

Bevor jedoch die Erhebungsunterlagen an das LfStaD übergeben werden konnten, waren diese auf inhaltliche Vollständigkeit, Richtigkeit und Vollzähligkeit zu überprüfen und nach Erhebungsbezirken

zu sortieren. Damit Fehler beim Ausfüllen der Erhebungsunterlagen frühzeitig erkannt werden konnten, waren die Erhebungsbeauftragten dazu angehalten, bereits nach Befragung einiger weniger Erhebungsbezirke fertige Erhebungsunterlagen zurückzuschicken. Aus diesem Grund sollten die Interviewer dem LfStaD ihre ausgefüllten Erhebungsunterlagen dreimal innerhalb des Erhebungszeitraums zukommen lassen (zwei Zwischenlieferungen und eine Schlusslieferung). In der letzten Lieferung sollten außerdem alle restlichen Unterlagen (z. B. übrige Haushaltserstankündigungsschreiben, Umschläge für Selbstausfüller etc.) inklusive des Ausweises für Erhebungsbeauftragte zurückgegeben werden.

Arbeiten im Statistischen Landesamt

Interviewerbetreuung

Die Hauptarbeiten, die während der Durchführung im LfStaD zu erledigen waren, waren zum einen die Interviewerbetreuung, das Mahnwesen der säumigen Auskunftspflichtigen sowie die Be- und Verarbeitung der eingehenden Erhebungsunterlagen.

Die Interviewerbetreuung fand überwiegend telefonisch statt. Hier wurden beispielsweise Fragen zur Erhebung beantwortet und Hilfestellung beim Ausfüllen der Erhebungsunterlagen (Fragebogen, Erhebungslisten) gegeben. Gegebenenfalls wurden Erhebungsbeauftragte auf Fehler in ihrer Vorgehensweise hingewiesen. Kamen bestimmte Fehler beim Ausfüllen der Erhebungsunterlagen bei Interviews gehäuft vor, wurde ein entsprechendes Rundschreiben an alle Interviewer versandt. Zudem gab es Rückrufe bei Erhebungsbeauftragten, wenn die Existenz der Auskunftspflichtigen nicht eindeutig aus den Unterlagen hervorging.

Bei Erkrankung oder Ausfall eines Erhebungsbeauftragten mussten die Erhebungsbezirke einem anderen Interviewer zugeteilt und die Erhebungsunterlagen neu versandt werden. Gegen Ende der Erhebung erkundigte sich das LfStaD bei allen Interviewern nach dem Arbeitsstand und wies auf eine fristgerechte Rückgabe der Erhebungsunterlagen hin.

Kommunikation mit Auskunftspflichtigen

Für die Betreuung der auskunftspflichtigen Bürger wurde eine Hotline eingerichtet. Hier wurden Anfragen beantwortet und Ausfüllhilfe für Fragebogen ge-

leistet. Auch schriftlich übermittelte Fragen zur Wiederholungsbefragung wurden beantwortet.

Die Hauptarbeit lag jedoch beim Versand von Erinnerungs- und Mahnschreiben an Bürger, die ihrer Auskunftspflicht nicht nachkamen. An nicht ange-troffene Haushalte und nicht anwesende Personen wurden sogenannte Initialschreiben mit beigefügten Fragebogen versandt. Diese sollten innerhalb von 14 Tagen ausgefüllt an das LfStaD zurückgeschickt werden. Nach Ablauf der Frist ohne Fragebogeneingang wurde zunächst ein Erinnerungsschreiben verschickt, bevor auf Mahnschreiben zurückgegriffen wurde. Säumige Auskunftspflichtige, die angaben, den Fragebogen selbst auszufüllen, dies aber innerhalb der gesetzten Frist nicht taten, erhielten ein Erinnerungsschreiben, da hier bereits ein Erstkontakt mit dem Interviewer zustande gekommen war. Kam auch hier keine Antwort, wurden Mahnschreiben verschickt.

Bearbeitung der eingegangenen Erhebungsunterlagen

Nach Eingang der Erhebungsunterlagen der Interviewer wurden diese auf Vollständigkeit, Vollzähligkeit und Plausibilität geprüft. So wurde darauf geachtet, dass alle Fragebogen vorhanden waren und in der Erhebungsliste zu jedem Haushalt Befragungsergebnisse eingetragen und Existenzen eindeutig geklärt wurden. Die Erhebungslisten wurden danach im System erfasst und der Fragebogenrücklauf registriert.

Bei Fragebogeneingängen war insbesondere zu beachten, dass für jede Lieferung vom Interviewer ein Abrechnungsblatt und ein Fahrtennachweis erstellt wurden. Hier wurden die angegebenen Kilometer, die für die Befragungen zurückgelegt wurden, auf Stimmigkeit geprüft und Fehler im Abrechnungsblatt korrigiert. Bei korrekten Unterlagen wurde die Auszahlung der Aufwandsentschädigung veranlasst.

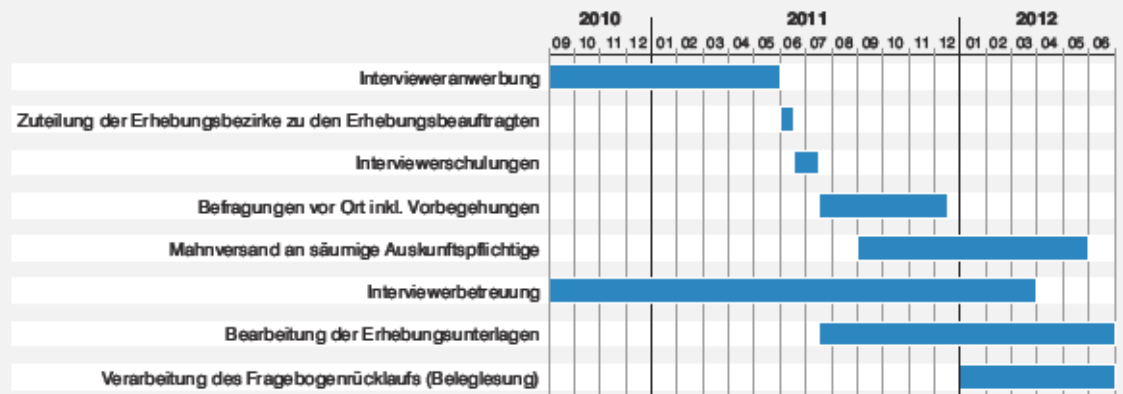
Nach der letzten Lieferung wurde die Vollzähligkeit der eingereichten Erhebungsunterlagen geprüft und insbesondere darauf geachtet, dass auch der Ausweis für Erhebungsbeauftragte zurückgesandt wurde.

Verarbeitung des Fragebogenrücklaufs

Lagen alle Fragebogen eines abschließend bearbeiteten Erhebungsbezirks vor und wurde der Rück-

Zeitlicher Ablauf der wichtigsten Arbeitsschritte bei der Durchführung der Wiederholungsbefragung im Rahmen des Zensus 2011 in Bayern

Abb. 3



lauf bereits im System registriert, wurden die Fragebogen zur hausinternen maschinellen Beleglesung gebracht. Beleggelesene Fragebogen wurden archiviert und werden nach Abschluss der Aufbereitung des Zensus, spätestens vier Jahre nach Stichtag, vernichtet.

Nach der Beleglesung werden die Daten elektronisch verarbeitet. Laut § 17 Bundesstatistikgesetz werden Hilfsmerkmale wie Familienname, frühere Namen und Vornamen, Tag der Geburt und Anschrift der Auskunftspflichtigen, die lediglich der technischen Durchführung der Erhebung dienen, zum frühestmöglichen Zeitpunkt von den Erhebungsmerkmalen getrennt und spätestens vier Jahre nach dem 9. Mai 2011 gelöscht.

Zusammenfassung und Ausblick

Knapp zwei Jahre nach dem Beginn der Interviewerwerbung im September 2010 ist nun mit dem Ende der Beleglesung der Fragebogen im Juni 2012 die Befragung erfolgreich zu Ende gegangen. Alle Existenzen wurden abschließend geklärt und alle Fragebogen gescannt. Abbildung 3 stellt noch einmal die wichtigsten Arbeitsschritte der Erhebung im Zeitverlauf dar.

Die Durchführung der Wiederholungsbefragung ist zwar nun beendet, für das LfStaD stehen aber mit der Datenverarbeitung weitere wichtige Aufgaben an: So erfolgt nach dem Scanprozess sowohl eine

manuelle als auch eine systemtechnische Aufbereitung der Daten, die der Qualitätssicherung dient. Die Aufbereitung der Daten wird voraussichtlich im Herbst 2012 stattfinden.

Nach Abschluss der Aufbereitung startet der Prozess des Melderegisterabgleiches. Der Melderegisterabgleich dient der Feststellung von Karteileichen und Fehlbeständen und auch der statistischen Ermittlung einer auf der Wiederholungsbefragung basierenden Einwohnerzahl mit Hilfe des Melderegisters. Basis für diesen Abgleich bilden zum einen das Melderegister und zum anderen die elektronischen Erhebungslisten, auf denen auch die Ergebnisse der Existenzprüfung festgehalten sind. Es findet jedoch keine Korrektur des Melderegisters statt. Im Anschluss daran erfolgt die Hochrechnung und Auswertung der Daten.

Die gewonnenen Daten der Wiederholungsbefragung dienen der Absicherung der Ergebnisse der Haushaltebefragung im Hinblick auf die Ermittlung der amtlichen Einwohnerzahl.

Aus dem Vergleich zwischen den Angaben zur Haushaltebefragung und der Wiederholungsbefragung lassen sich Erkenntnisse über die Qualität der Durchführung der Haushaltebefragung gewinnen. Diese Erkenntnisse dienen auch als Grundlage für die weitere Verbesserung der Qualität der Ergebnisse zukünftiger Volkszählungen.

Nichtöffentliche Wasserversorgung und Abwasserentsorgung in Bayern 2010

Dipl.-oec. Waltraud Behrendt

Das Wasseraufkommen in der nichtöffentlichen Wasserversorgung betrug im Jahr 2010 in Bayern 3 849 Millionen Kubikmeter. Von den Betrieben wurden 3 684 Millionen Kubikmeter Wasser selbst gewonnen, darunter 3 339 Millionen Kubikmeter aus Oberflächengewässern. 165 Millionen Kubikmeter Wasser wurden von anderen Betrieben oder aus dem öffentlichen Netz bezogen. Mit 3 706 Millionen Kubikmeter wurden 96,3% des Wasseraufkommens als Frischwasser eingesetzt. 3 467 Millionen Kubikmeter Wasser, also mehr als 90%, wurden zur Kühlung eingesetzt. Von den rund 3 598 Millionen Kubikmeter ein- und weitergeleiteten Abwassermengen wurden 3 323 Millionen Kubikmeter (92,3%) direkt und ohne vorherige Behandlung in betriebseigenen Anlagen in ein Oberflächengewässer oder den Untergrund eingeleitet, darunter Kühlwasser mit rund 3 185 Millionen Kubikmeter (88,5%). Gut 130 Millionen Kubikmeter (3,6%) wurden zunächst in eigenen Anlagen behandelt; gut 37 Millionen Kubikmeter gingen in die öffentliche Kanalisation bzw. in öffentliche Abwasserbehandlungsanlagen. Knapp 108 Millionen Kubikmeter (3,0%) wurden zunächst an andere Betriebe weitergeleitet. Bei 239 der insgesamt gemeldeten, betriebseigenen chemischen und chemisch-physikalischen Behandlungsanlagen fielen im Jahr 2010 rund 112 000 Tonnen Trockenmasse Klärschlamm an, darunter rund 16 000 Tonnen (14,3%), die als gefährlicher Abfall zu entsorgen waren.

Bayern ist ein vergleichsweise wasserreiches Land, doch die Entwicklung von Bevölkerung und Wirtschaft haben schon früh zu der Erkenntnis geführt, dass auch in Ländern mit großem Wasserreichtum ein bewusster Umgang mit dem Rohstoff Wasser unerlässlich ist.

Die Bedeutung des heute als begrenzte Ressource angesehenen Wassers für die Grundversorgung der Bevölkerung, sowohl als Grundwasser als auch als Oberflächengewässer, hat großen Einfluss auf die gesetzlichen Rahmenbedingungen der Wassernutzung durch die Wirtschaft. Neben der Entnahme von Wasser aus der Natur unterliegt auch die Rückführung genutzten Wassers in Oberflächengewässer und in den Untergrund umfangreichen gesetzlichen Bestimmungen. Zu deren Gestaltung und Ergebniskontrolle benötigen Verwaltung und Politik in regelmäßigen Abständen Informationen zu wasserwirtschaftlich relevanten Parametern. Parallel zu den durchgeführten Erhebungen zur Wasserversorgung

und Abwasserentsorgung im öffentlichen Bereich stellen die Erhebungen der nichtöffentlichen Wasserversorgung und Abwasserentsorgung hierfür ein zentrales Instrumentarium dar.

Um die Gesamtsituation der gewerblichen Wasserversorgung und Abwasserbeseitigung statistisch zu erfassen und abzubilden, wurde die Erhebung über die nichtöffentliche Wasserversorgung und nichtöffentliche Abwasserbeseitigung im Jahr 2005 im Rahmen der Neufassung des Umweltstatistikgesetzes eingeführt. Die rechtliche Grundlage ist das Gesetz über Umweltstatistiken (Umweltstatistikgesetz - UStatG) vom 16. August 2005 (BGBl. I S. 2446), in Verbindung mit dem Bundesstatistikgesetz (BStatG) vom 22. Januar 1987 (BGBl. I S. 462, 565), zuletzt geändert durch Artikel 7 des Gesetzes vom 11. August 2009 (BGBl. I S. 2723). Die Erhebung wird seit dem Berichtsjahr 2007 in dreijährigem Turnus durchgeführt; ihr Umfang ist in § 8 UStatG festgelegt.

Die Erhebung der nichtöffentlichen Wasserversorgung und Abwasserentsorgung umfasst Betriebe, die jährlich

- mindestens 2 000 Kubikmeter Wasser gewinnen (Landwirtschaft mindestens 10 000 Kubikmeter),
- Wasser oder Abwasser direkt in ein Oberflächengewässer oder in den Untergrund einleiten
- oder Wasser aus dem öffentlichen Netz oder von anderen Betrieben in Höhe von mindestens 10 000 Kubikmeter beziehen.

Im aktuellen Berichtsjahr 2010 wurden knapp 4 000 Betriebe befragt, bei 1 630 Betrieben waren ein oder mehrere der oben angeführten Kriterien zutreffend.

Der Berichtskreis der Erhebung setzt sich zusammen aus Betrieben des Verarbeitenden Gewerbes, des Bergbaus und der Gewinnung von Steinen und Erden, aus Wärmekraftwerken, wasserwirtschaftlich relevanten Betrieben der Landwirtschaft (Beregnungsverbände) sowie aus Betrieben aller übrigen Wirtschaftsbereiche, sofern diese die oben genannten Kriterien Gewinnung und Abwassereinleitung erfüllen und sie nicht dem Berichtskreis der öffentlichen Wasserversorgung und Abwassereinleitung angehören.

Die Erhebung liefert Daten über Gewinnung, Bezug und Nutzung, ferner über Herkunft, Behandlung und Verbleib von gewerblichem Wasser sowie über Menge und Ableitung von Abwasser.

In diesem Beitrag werden die aktuellen Ergebnisse 2010 des Aufkommens an gewerblichem Wasser und dessen Nutzung und Verwendung in Bayern sowie die Behandlung und Ableitung gewerblichen Wassers und die dabei anfallenden Klärschlamm-mengen dargestellt. Im Fokus der Betrachtung stehen die Industriebereiche mit hohem Wasserverbrauch. Der Aufwand, den bestimmte Branchen bei ihren wasserrelevanten Prozessen betreiben müs-

sen, darf jedoch nicht ausschließlich unter dem Gesichtspunkt der Quantität betrachtet werden. So benötigt die Lebensmittelindustrie Wasser von hoher Qualität als Rohstoff für ihre Produkte. Andere Branchen hingegen müssen aufwändig Abwasserbehandlungsanlagen betreiben, um anfallende Schadstofffraktionen unter dem gesetzlich festgelegten Niveau zu halten.

Wasseraufkommen in Betrieben des nichtöffentlichen Bereichs

Im Jahr 2010 lag das Wasseraufkommen in den befragten 1 630 Betrieben der nichtöffentlichen Wasserversorgung in Bayern insgesamt bei 3 849 Millionen Kubikmeter. Dies entsprach gegenüber dem Jahr 2007, mit einer vergleichbaren Menge von 3 674 Millionen Kubikmeter, einem Zuwachs von 4,8%.

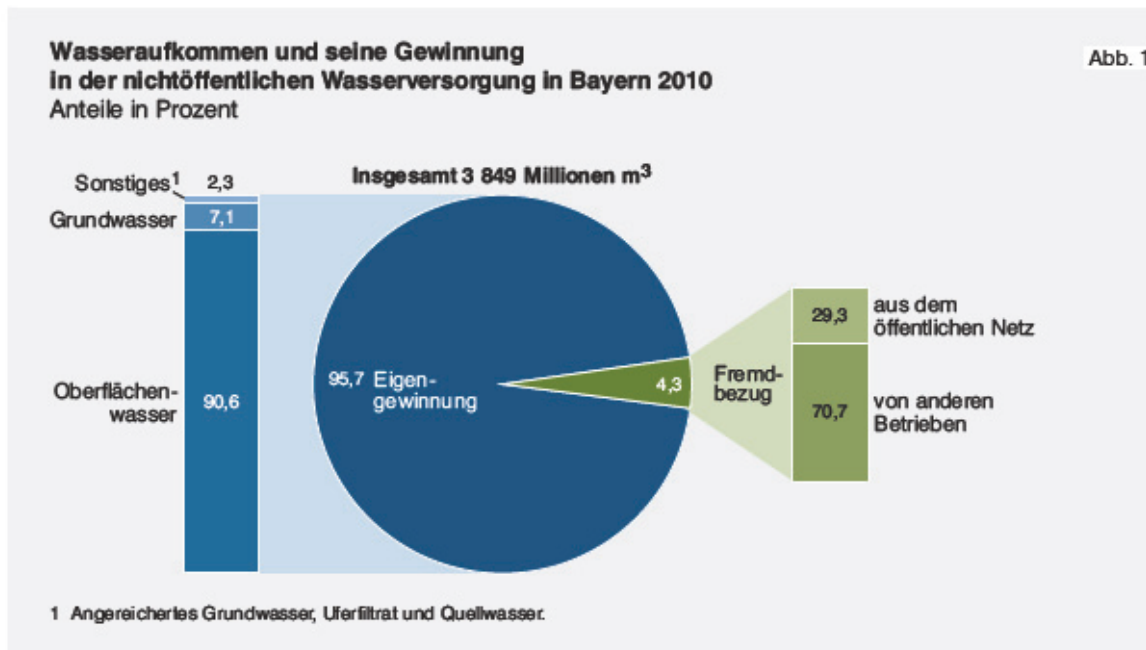
Langfristig betrachtet sind die statistisch erfassten Wasserentnahmen im nichtöffentlichen Bereich seit Jahren jedoch rückläufig. So war das Wasseraufkommen im Verarbeitenden Gewerbe (sowie im Bergbau und bei der Gewinnung von Steinen und Erden) sowie in den Wärmekraftwerken für die öffentliche Versorgung mit 3 832 Millionen Kubikmeter im Jahr 2010 in Bayern um 15,3% niedriger als im Jahr 1991 mit 4 523 Millionen Kubikmeter. Die Einsparung von 691 Millionen Kubikmeter Wasser war dabei zu 70,3% auf die Einsparung von Kühlwasser bei den Wärmekraftwerken zurückzuführen. 29,7% der Gesamteinsparung wurden in der Industrie realisiert aufgrund von Prozessoptimierungen sowie der erhöhten Kreislaufnutzung von Wasser.

Die langfristige Entwicklung wesentlicher wasserwirtschaftlicher Parameter ist in Tabelle 1 für die Wärmekraftwerke in Bayern verdeutlicht.

Die Betrachtung wasserwirtschaftlich relevanter Eckzahlen von Wirtschaftsbetrieben erfordert wegen der

Tab. 1 Wasserversorgung und Abwasserentsorgung bei Wärmekraftwerken für die öffentliche Versorgung in Bayern 1991 bis 2010 in Millionen m³

Merkmale	1991	1995	1998	2001	2004	2007	2010
Wassereinsatz	3 405,4	2 983,7	2 834,3	2 602,0	2 443,3	2 602,8	2 868,9
Eigengewinnung	3 402,6	2 981,7	2 832,5	2 600,0	2 441,2	2 595,4	2 917,0
Direkteinleitung	3 296,7	2 884,9	2 713,6	2 479,5	2 268,6	2 444,6	2 746,7



unterschiedlichen Dimensionen der genutzten Wassermengen häufig eine nach Branchen differenzierte Aufteilung. So belief sich das Wasseraufkommen bei den Wärmekraftwerken der Energiewirtschaft auf rund 2,9 Milliarden Kubikmeter (Anstieg gegenüber 2007: 12,1%). Das Wasseraufkommen im Verarbeitenden Gewerbe einschließlich der Gewinnung von Steinen und Erden lag bei 911 Millionen Kubikmeter (Rückgang gegenüber 2007: 8,1%).

Der überwiegende Teil des Wasseraufkommens im Jahr 2010, und zwar 3 684 Millionen Kubikmeter, wurde von den befragten Betrieben selbst gewonnen. Dies entsprach 95,7% des Gesamtaufkommens in Bayern. Darunter wurden 3 339 Millionen Kubikmeter aus Oberflächengewässern entnommen, mithin 90,6% der gesamten selbstgewonnenen Wassermenge (vgl. Abbildung 1).

Aus Grundwasser wurden dabei 262 Millionen Kubikmeter Wasser entnommen, was 7,1% der gesamten eigengewonnenen Wassermenge entsprach. Die restlichen 2,2% entfielen auf Uferfiltrat (54 Millionen Kubikmeter) sowie auf Quellwasser und angereichertes Grundwasser (jeweils 14 Millionen Kubikmeter, vgl. Tabelle 2).

Neben der Eigengewinnung wurde Wasser in einer Menge von 165 Millionen Kubikmeter von anderen

Betrieben (117 Millionen Kubikmeter) und aus dem öffentlichen Netz (48 Millionen Kubikmeter) bezogen, war aber mit einem Anteilswert von 4,3% am Gesamtaufkommen von vergleichsweise geringer Bedeutung.

Beim Wasseraufkommen gibt es große branchenspezifische Unterschiede. Im Bereich der Elektrizitätsversorgung entfielen auf nur 30 Betriebe mit 2 921 Millionen Kubikmeter gut drei Viertel (75,9%) des gesamten Wasseraufkommens. Auf die restlichen 1 600 Betriebe kam rund ein Viertel bzw. 927 Millionen Kubikmeter Wasser.

Von diesem Viertel wiederum kamen auf das Verarbeitende Gewerbe 865 Millionen Kubikmeter Wasser. Hier war das Wasseraufkommen in der Chemischen Industrie sowie in der Papierindustrie am größten. So hatten lediglich 130 Betriebe in Bayern, die diesen beiden Wirtschaftszweigen zuzuordnen waren, mit einer Menge von 560 Millionen Kubikmeter einen prozentualen Anteil von knapp zwei Drittel (64,8%) am Wasseraufkommen des Verarbeitenden Gewerbes insgesamt.

Die von den übrigen Wirtschaftszweigen benötigten Wassermengen sind, gemessen an den großen Aufkommen der zuvor erwähnten Branchen, vergleichsweise gering. Betrachtet man die Entwicklung im

Tab. 2 Wasseraufkommen in der nichtöffentlichen Wasserversorgung in Bayern 2010 nach Wirtschaftsbereichen

WZ 2008 ¹	Wirtschaftsbereiche	Wasser- aufkommen ²	Eigengewinnung			Fremdbezug
			zusammen	davon		
				Oberflächen- wasser	Grund- und Quellwasser, Uferfiltrat ³	
1 000 m ³						
B	Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden	45 615	45 106	18 449	26 657	509
C	Verarbeitendes Gewerbe	865 484	709 316	433 842	275 474	156 168
10	Herstellung von Nahrung-/Futtermitteln	71 301	53 030	18 337	34 693	18 271
17	Herstellung von Papier, Pappe und Waren daraus	136 498	134 761	113 733	21 028	1 738
20	Herstellung von chemischen Erzeugnissen	423 911	323 763	257 374	66 389	100 147
11-16/18-19/21-33	Übrige Wirtschaftszweige	233 774	197 762	44 398	153 364	36 012
D	Energieversorgung	2 921 215	2 916 994	2 881 381	35 613	4 221
E/H/L/R/A/S	Übrige Wirtschaftsabteilungen	16 831	12 691	5 535	7 156	4 141
	Insgesamt	3 849 145	3 684 107	3 339 207	344 900	165 039

¹ Klassifikation der Wirtschaftszweige (Ausgabe 2006).

² Enthält Mehrfachzählungen, da ggf. der Fremdbezug von anderen Betrieben bereits bei diesen als Wassergewinnung erfasst wird.

³ Einschließlich anreicherndes Grundwasser.

Jahr 2010 gegenüber dem Jahr 2007, zeigt sich folgendes Bild:

Während das betriebliche Wasseraufkommen im Jahr 2010 gegenüber 2007 insgesamt von 3 674 Millionen Kubikmeter um 175 Millionen Kubikmeter bzw. 4,8% zugenommen hatte, war dieses Gesamtergebnis auf eine nach Wirtschaftsbereichen differenzierte gegenläufige Entwicklung zurückzuführen. Einer Zunahme des Wasseraufkommens um 11,5% bzw. 300 Millionen Kubikmeter in der Energieversorgung stand eine Abnahme um 87 Millionen Kubikmeter bzw. 9,1% im Verarbeitenden Gewerbe gegenüber.

Die Eigengewinnung von betrieblichem Wasser nahm in diesem Zeitraum an Bedeutung zu, während der Fremdbezug entsprechend zurückging. So war bei der Eigengewinnung von betrieblichem Wasser im Jahr 2010 gegenüber 2007 ein Anstieg um 6,3% auf 3 684 Millionen Kubikmeter zu beobachten. Der Fremdbezug von Wasser hingegen war im gleichen Zeitraum um 20,4% deutlich zurückgegangen.

Wasserverwendung und Wassernutzung

Im Jahr 2010 wurden in den befragten Betrieben 3 706 Millionen Kubikmeter Frischwasser eingesetzt, das waren 96,3% des gesamten Wasseraufkommens dieser Betriebe. Die übrigen 3,7% wurden ungenutzt abgeleitet oder gingen ungenutzt an Dritte.

Das in den Betrieben eingesetzte Frischwasser kann nach der Art der Nutzung differenziert dargestellt werden (vgl. Tabelle 3).

3 411 Millionen Kubikmeter betriebliches Wasser, und damit 92,0% des eingesetzten Frischwassers, wurden im Jahr 2010 von den Betrieben der Kategorie Einfachnutzung zugeordnet. Der Hauptgrund dafür liegt darin, dass mit 3 230 Millionen Kubikmeter der Großteil des in den Betrieben eingesetzten Frischwassers zu Kühlzwecken verwendet wird. Dieses wird nach der einmaligen Nutzung ohne Wieder- und Weiterverwendung abgeleitet.

Auch bei der Betrachtung der übrigen Nutzungsarten beim Einsatz von betrieblichem Frischwasser spielt die Kühlung die wichtigste Rolle. 3 467 Millionen Kubikmeter Wasser, bzw. 93,5% der gesamten eingesetzten Wassermenge, wurden im Durchschnitt der befragten Betriebe in Bayern 2010 insgesamt zu Kühlzwecken verwendet.

In der Kreislaufnutzung wurden im Jahr 2010 über alle Betriebe hinweg 205 Millionen Kubikmeter Frischwasser eingesetzt, darunter allein 184 Millionen Kubikmeter bzw. 89,9% zu Kühlzwecken.

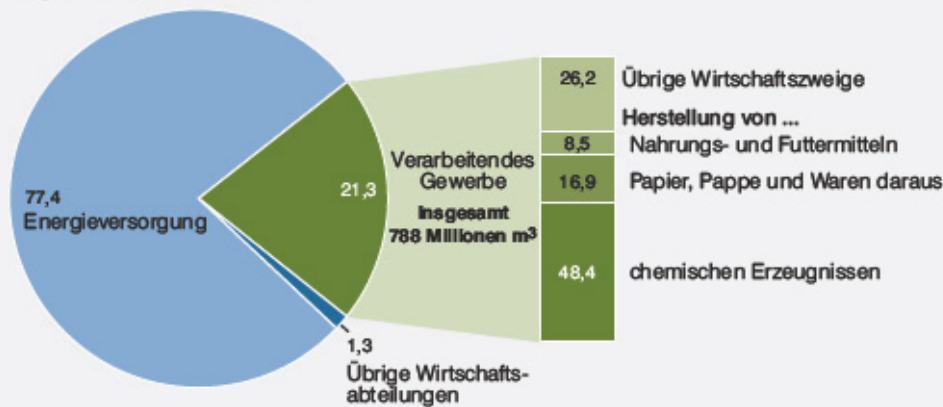
Auch bei der Mehrfachnutzung von Wasser, auf das im Jahr 2010 lediglich 2,4% des gesamten in den Betrieben eingesetzten Frischwassers entfielen, kam noch eine Menge von 53 Millionen Kubikmeter, und damit der Großteil (58,4%) des mehrfach genutzten Wassers, zu Kühlzwecken zum Einsatz.

Eine weitere wesentliche Verwendung von Wasser stellt die betriebliche Produktion dar. 5,7% bzw. 211

Eingesetztes Frischwasser in der nichtöffentlichen Wasserversorgung in Bayern 2010 nach Wirtschaftsabteilungen und Wirtschaftszweigen
Anteile in Prozent

Abb. 2

Insgesamt 3 706 Millionen m³



Millionen Kubikmeter des in den Betrieben eingesetzten Wassers wurden 2010 zu Produktionszwecken verwendet. Der überwiegende Teil davon, und zwar 153 Millionen Kubikmeter, war Wasser, das nur einmal genutzt wurde.

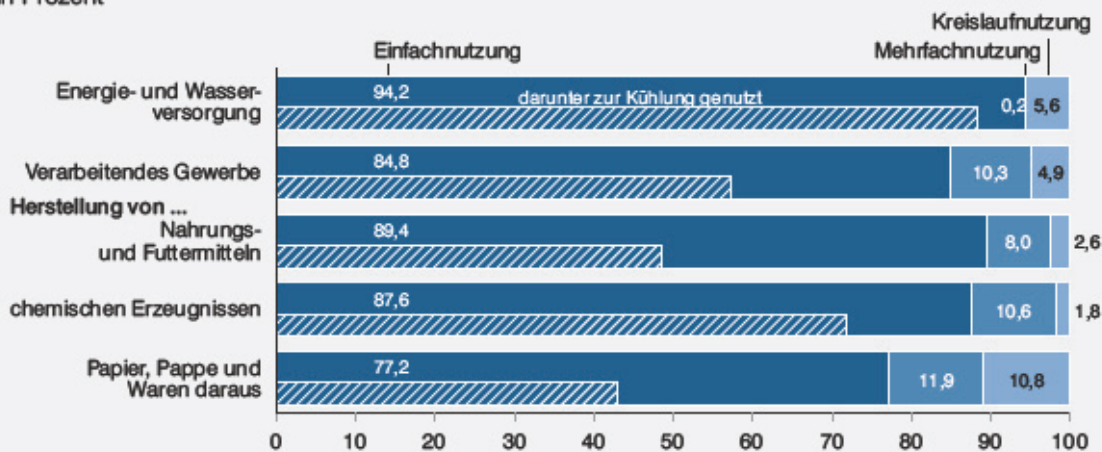
Bei der Differenzierung des Wassereinsatzes nach Wirtschaftszweigen ist analog zum Wasseraufkommen auch eine starke Konzentration festzustellen (vgl. Abbildung 2).

Alle übrigen Nutzungszwecke von Wasser spielten in der betrieblichen Praxis eine untergeordnete Rolle. Wie die Ergebnisse für 2010 belegen, ging Wasser im Durchschnitt aller befragten Betriebe des Weiteren in die Produkte selbst ein (0,4%), wurde für die Belegschaft (0,3%) oder zur Beregnung bzw. Bewässerung (0,1%) verwendet.

2 869 Millionen Kubikmeter bzw. über drei Viertel (77,4%) des in allen Betrieben eingesetzten Frischwassers entfielen auf den Bereich der Elektrizitätsversorgung. Der überwiegende Teil hiervon wurde mit 2 856 Millionen Kubikmeter (99,6%) zu Kühlzwecken verwendet.

Wasserverwendung nach ausgewählten Wirtschaftsabteilungen und Wirtschaftszweigen sowie Art der Nutzung in der nichtöffentlichen Wasserversorgung in Bayern 2010
in Prozent

Abb. 3



Tab. 3 Wasserverwendung und Wassernutzung in der nichtöffentlichen Wasserversorgung ...

WZ 2008 ¹	Wirtschaftsbereiche	Betriebe insgesamt	In Betrieben eingesetzte Frischwasser- menge insgesamt	Insgesamt	Einfachnutzung			Insgesamt
					davon			
					zur Kühlung	für die Produktion ²	sonstige Zwecke ³	
in 1 000 m ³								
B	Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden ...	213	32 733	26 705	378	25 991	335	2 682
C	Verarbeitendes Gewerbe	1 317	787 885	668 284	532 213	125 161	10 890	80 873
10	Herstellung von Nahrungs-/Futtermitteln	254	67 082	59 985	36 349	22 802	833	5 340
17	Herstellung von Papier, Pappe und Waren daraus	42	133 447	103 094	74 067	28 490	537	15 879
20	Herstellung von chemischen Erzeugnissen	88	381 083	333 777	312 243	20 706	828	40 378
11-16/18-19/21-33	Übrige Wirtschaftszweige	933	206 273	171 428	109 554	53 183	8 692	19 276
D	Energieversorgung	30	2 868 857	2 702 685	2 691 735	10 538	366	5 393
E/H/L/R/A/S	Übrige Wirtschaftsabteilungen	70	16 820	13 428	5 700	4 195	3 580	949
	Insgesamt	1 630	3 706 295	3 411 102	3 230 026	165 905	15 171	89 897

1 Klassifikation der Wirtschaftszweige (Ausgabe 2008).

2 Für Produktionszwecke und sonstige Zwecke sowie für in die Produkte eingehendes Wasser.

3 Für Belagszwecke sowie zur Beregnung oder Bewässerung.

4 Soweit von den Betrieben zu ermitteln.

Unter den einzelnen Wirtschaftszweigen des Verarbeitenden Gewerbes, auf das 788 Millionen Kubikmeter bzw. gut ein Fünftel (21,3%) des insgesamt in den Betrieben eingesetzten Frischwassers entfielen, erwies sich die Chemische Industrie als besonders wasserintensiv.

Im Jahr 2010 wurden in diesem Wirtschaftszweig 381 Millionen Kubikmeter Frischwasser eingesetzt, davon 353 Millionen Kubikmeter (92,6%) zu Kühlzwecken. Mit 334 Millionen Kubikmeter wurde der Großteil (87,6%) des in der Chemischen Industrie eingesetzten Wassers nur einfach genutzt (vgl. Abbildung 3).

Weitere 133 Millionen Kubikmeter Wasser wurden im Berichtsjahr in der Papierindustrie eingesetzt, darunter 79 Millionen Kubikmeter zur Kühlung, aber auch 53 Millionen Kubikmeter zu Produktionszwecken. Auch in diesem Wirtschaftszweig dominierte die Einfachnutzung von Wasser mit einem Volumen von 103 Millionen Kubikmeter.

Auf dem dritten Platz war mit deutlichem Abstand das Nahrungsmittelgewerbe angesiedelt mitsamt der Getränkeindustrie und den Brauereien. In diesen Betrieben wurden 2010 insgesamt 67 Millionen Kubikmeter Frischwasser eingesetzt, darunter 60 Millionen in Einfachnutzung. Zur Kühlung kamen 39 Millionen Kubikmeter Wasser zum Einsatz, mithin 58,8% der insgesamt hier eingesetzten Wassermenge. Auf Produktionszwecke entfiel mit 24 Millionen

Kubikmeter Wasser ein entsprechender Anteilswert von 36,3%.

Insgesamt wurden 2010 in nur drei Wirtschaftszweigen, und zwar in der Chemischen Industrie, in der Papierindustrie sowie im Nahrungsmittelgewerbe, zusammen 582 Millionen Kubikmeter Wasser eingesetzt. Das entsprach rund drei Viertel (73,8%) des Wassereinsatzes in rund 29,2% der Betriebe des Verarbeitenden Gewerbes insgesamt.

Auf die übrigen 70,8% der Betriebe kamen folglich lediglich 26,4% des im Verarbeitenden Gewerbe eingesetzten Wassers.

Abwasserableitung und Abwasserbehandlung

Die von den befragten Betrieben ein- und weitergeleitete Abwassermenge betrug im Jahr 2010 insgesamt 3 598 Millionen Kubikmeter (ohne ungenutzt ein- und weitergeleitetes Wasser, das einer Menge von 23 Millionen Kubikmeter entsprach). Davon wurden 3 323 Millionen Kubikmeter direkt und ohne vorherige Behandlung in betriebseigenen Abwasserbehandlungsanlagen in ein Oberflächengewässer oder in den Untergrund eingeleitet. Bei dieser Abwassermenge handelte es sich zu 95,9% um Kühlwasser. Weitere 130 Millionen Kubikmeter Abwasser wurden von den befragten Betrieben in eigenen Behandlungsanlagen behandelt. 108 Millionen Kubikmeter Wasser wurden zunächst an andere Betriebe weitergeleitet. Die restlichen 37 Millionen Kubikmeter Wasser flos-

... in Bayern 2010 nach Wirtschaftsbereichen					
Mehrfachnutzung		Insgesamt	Kreislaufnutzung		darunter bei der Produktion verdrunstetes Wasser ⁴
davon			davon		
zur Kühlung	für die Produktion ²		zur Kühlung	für die Produktion ²	
in 1 000 m ³					
2	2 680	3 348	-	3 348	1 323
47 575	33 298	38 728	24 583	14 145	23 240
1 890	3 450	1 757	1 237	521	1 798
1 061	14 817	14 474	4 270	10 204	4 356
34 621	5 757	6 929	5 981	947	3 873
10 003	9 274	15 568	13 095	2 473	13 213
4 782	611	160 779	159 486	1 293	83 909
174	775	2 443	304	2 139	906
52 533	37 364	205 296	184 373	20 923	109 378

Menge von 2 697 Millionen Kubikmeter angefallen war.

Entsprechend dem Wassereinsatz war auch bei den Abwassermengen eine Konzentration auf wenige Wirtschaftsbereiche gegeben. So wurden in der Chemischen Industrie, in der Papierindustrie und im Nahrungsmittelgewerbe insgesamt mit 602 Millionen Kubikmeter rund drei Viertel (75,3%) des

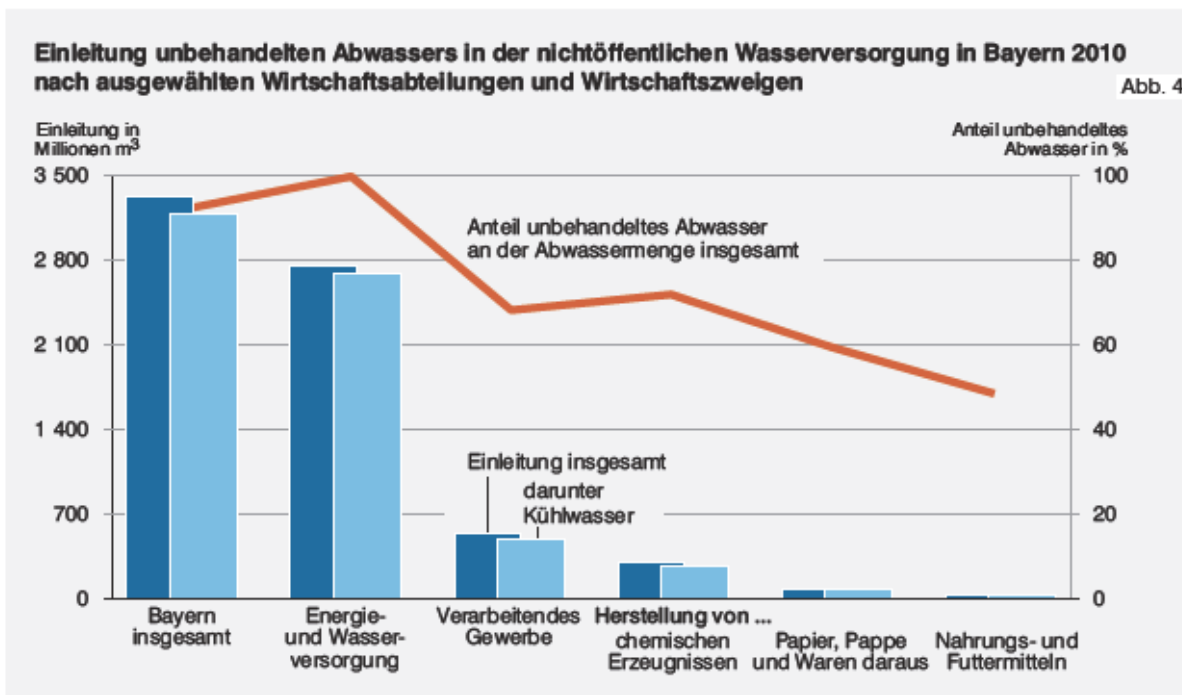
sen ohne Vorbehandlung in betriebseigenen Abwasserbehandlungsanlagen in die öffentliche Kanalisation bzw. in öffentliche Abwasserbehandlungsanlagen (vgl. Abbildung 4 und Tabelle 4).

gesamten Abwassers des Verarbeitenden Gewerbes registriert. Betroffen waren davon im Einzelnen 384 Betriebe, was einem Anteil von 29,2% aller Betriebe des Verarbeitenden Gewerbes entsprach.

Auf 30 Energieversorgungsbetriebe entfielen mit 2 754 Millionen Kubikmeter Abwasser rund 76,5% der gesamten Abwassermenge des nichtöffentlichen Sektors. Diese Abwassermenge wurde zu 99,7% und damit nahezu vollständig ohne vorherige Behandlung in ein Oberflächengewässer bzw. in den Untergrund eingeleitet. Der Grund dafür war, dass es sich dabei vor allem um erwärmtes Kühlwasser handelte, das bei den befragten Energieversorgungsbetrieben im Jahr 2010 insgesamt in einer

In den Betrieben des Verarbeitenden Gewerbes lag der Anteil des direkt eingeleiteten, unbehandelten Abwassers in ein Oberflächengewässer bzw. in den Untergrund insgesamt bei 68,1%. Die entsprechenden Anteilswerte betragen bei der Chemischen Industrie 71,8%, bei der Papierindustrie 59,4% und bei der Nahrungsmittelindustrie 48,6%.

In diesen Wirtschaftszweigen wurde der Großteil des betrieblichen Abwassers auf diesem Wege abgelei-



Tab. 4 Abwasserableitung und Abwasserentsorgung in der nichtöffentlichen Wasserversorgung in Bayern 2010 nach Wirtschaftsbereichen

WZ 2008 ¹	Wirtschaftsbereiche	Ein- und weitergeleitete ² Abwassermenge insgesamt	darunter Kühlwasser	Weiterleitung			Direkteinleitung ³	
				in die öffentliche ⁴ Kanalisation	in betriebs-eigene Abwasserbehandlungsanlagen	an andere ⁵ Betriebe	in ein Oberflächen-gewässer/ in den Untergrund	darunter Kühlwasser
in 1 000 m ³								
B	Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden	26 681	400	63	7 150	1 465	20 002	377
C	Verarbeitendes Gewerbe	799 112	580 581	32 447	118 788	103 561	544 335	485 064
10	Herstellung von Nahrungs-/Futtermitteln	69 745	35 864	10 210	24 461	1 149	33 925	33 406
17	Herstellung von Papier, Pappe und Waren daraus	124 174	75 872	1 970	46 728	1 657	73 820	73 820
20	Herstellung von chemischen Erzeugnissen	407 840	347 685	1 103	24 248	89 805	292 683	263 938
11-16/18-19/21-33	Übrige Wirtschaftszweige	197 353	121 160	19 164	23 331	10 950	143 907	113 900
D	Energieversorgung	2 754 181	2 697 060	1 168	3 768	2 571	2 746 674	2 694 136
E/H/L/R/A/S	Übrige Wirtschaftsabteilungen	16 364	5 652	3 740	544	1 300	11 782	5 472
	Insgesamt	3 596 338	3 283 693	37 418	130 230	108 897	3 322 793	3 185 049

1 Klassifikation der Wirtschaftszweige (Ausgabe 2008).

2 Ohne ungenutzt ein- und weitergeleitetes Wasser.

3 Ohne vorherige Behandlung in betriebs-eigenen Abwasserbehandlungsanlagen.

4 Bzw. in öffentliche Abwasserbehandlungsanlagen.

5 Jedoch nicht in öffentliche Abwasserbehandlungsanlagen.

tet. In der Chemischen Industrie wurde das betriebliche Abwasser des Weiteren zu 22,0% an andere Betriebe, zu 5,9% in betriebseigene Abwasseranlagen und zu 0,3% in die öffentliche Kanalisation eingeleitet.

In der Papierindustrie hingegen dominierte die Abwassereinleitung in betriebseigene Abwasseranlagen mit einem Anteilswert von 37,6% vor der Einleitung in die öffentliche Kanalisation (1,6%) und der Weiterleitung an andere Betriebe (1,3%).

In der Nahrungsmittelindustrie waren die betrieblichen Abwasserbehandlungsanlagen ebenfalls von großer Bedeutung, denn gut ein Drittel (35,1%) des gesamten Abwassers dieser Branche wurde über betriebsinterne Anlagen entsorgt. Der nächstbedeutsamste Entsorgungsweg stellte die öffentliche Kanalisation dar, in die 14,6% des gesamten Abwassers der Nahrungsmittelindustrie eingeleitet wurden. Dagegen war die Weiterleitung des Abwassers an andere Betriebe mit einem entsprechenden Anteilswert von 1,6% von untergeordneter Bedeutung.

14,8% des Abwassers im Verarbeitenden Gewerbe wurden im Jahr 2010 in betriebseigene Abwasserbehandlungsanlagen und 13,0% an andere Betriebe weitergeleitet. Die Einleitung unbehandelten Abwassers in die öffentliche Kanalisation war mit 4,1% der gesamten betrieblichen Abwassermenge die am geringsten genutzte Entsorgungsart.

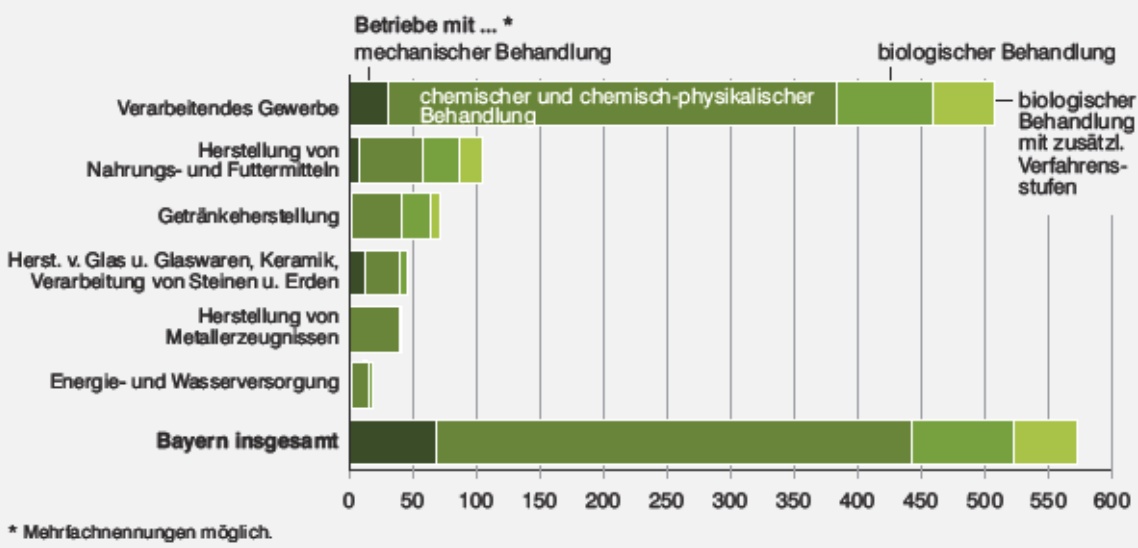
Wie die Ergebnisse für das Berichtsjahr 2010 belegen, verfügten insgesamt 480 Betriebe, und damit im Durchschnitt jeder dritte Betrieb des Verarbeitenden Gewerbes, über eine oder mehrere Abwasserbehandlungsanlagen. Davon hatte mit einer Anzahl von 352 Betrieben der weitaus größte Teil eine chemisch-physikalische Behandlungsanlage vorzuweisen. Weitere 76 Betriebe verfügten über biologische Anlagen und 49 Betriebe über biologische Anlagen mit zusätzlichen Verfahrensstufen. Ausschließlich mechanische Behandlungsanlagen waren in lediglich 31 der befragten Betriebe vorhanden (vgl. Abbildung 5).

Insgesamt waren 99 und damit rund ein Fünftel aller Behandlungsanlagen in der Nahrungsmittelindustrie anzutreffen. Auf diese Branche entfiel auch knapp ein Fünftel des gesamten Abwassers des Verarbeitenden Gewerbes. Dieses wurde anschließend in etwa zu gleichen Teilen in die öffentliche Kanalisation bzw. in öffentliche Abwasserbehandlungsanlagen sowie in ein Oberflächengewässer oder in den Untergrund direkt eingeleitet.

Bei der Getränkeherstellung war die zweitgrößte Anzahl von Betrieben mit Behandlungsanlagen angesiedelt (68 Betriebe). Dies entsprach 14,2% aller Abwasserbehandlungsanlagen des Verarbeitenden Gewerbes. Darin wurden allerdings lediglich 5,8% des gesamten Abwassers, das in betriebs-eigenen

Betriebe mit Abwasserbehandlungsanlagen in ausgewählten Wirtschaftsabteilungen und Wirtschaftszweigen in Bayern 2010 nach Art der Behandlung

Abb. 5



Anlagen des Verarbeitenden Gewerbes eingegangen war, behandelt. Dieses Abwasser ging danach zu knapp zwei Drittel (62,1%) in die öffentliche Kanalisation bzw. in öffentliche Abwasserbehandlungsanlagen und zu gut einem Drittel direkt in ein Oberflächengewässer bzw. in den Untergrund.

Bei der Herstellung von Glas und Glaswaren, Keramik und der Verarbeitung von Steinen und Erden war insgesamt eine Anzahl von 45, und damit die drittgrößte Anzahl von Betrieben mit Behandlungsanlagen, im Verarbeitenden Gewerbe anzutreffen. Prozentual entsprach dies einem Anteil von 9,4% bezogen auf das Verarbeitende Gewerbe insgesamt. Darin wurden jedoch lediglich knapp 2% des gesamten Abwassers behandelt, das in betriebseigenen Anlagen des Verarbeitenden Gewerbes eingeleitet wurde. Dieses Abwasser wurde im Anschluss an die Behandlung zum überwiegenden Teil (84,3%) direkt in ein Oberflächengewässer bzw. in den Untergrund und das übrige Abwasser nahezu komplett in die öffentliche Kanalisation bzw. in öffentliche Abwasserbehandlungsanlagen eingeleitet.

Die nächstgrößere Anzahl an Abwasserbehandlungsanlagen war im Verarbeitenden Gewerbe bei der Herstellung von Metallerezeugnissen (40 Anlagen) anzutreffen, gefolgt von der Chemischen Industrie (32 Anlagen), dem Maschinenbau (29 Anlagen) und der Papierindustrie (25 Anlagen).

Im Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden standen insgesamt 38 Behandlungsanlagen zur Verfügung. Die Energieversorgungsbranche hatte wegen der geringen Verschmutzung des Abwassers lediglich zwölf Anlagen zur Abwasserbehandlung in Betrieb.

Schlämme aus der Abwasserbehandlung

Bei 239 der insgesamt 375 gemeldeten, betriebs-eigenen chemischen und chemisch-physikalischen Abwasserbehandlungsanlagen fielen im Jahr 2010 insgesamt rund 112 000 Tonnen TM (Trockenmasse) Klärschlamm an, davon mehr als 98% bei Betrieben des Verarbeitenden Gewerbes. Von den Schlämmen aus chemischen und chemisch-physikalischen Abwasserbehandlungsanlagen wurden rund 16 000 Tonnen TM (14,3%) als gefährlicher Abfall entsorgt, gut 5 300 Tonnen TM wurden auf Deponien verbracht. Von den restlichen (unter „sonstiger Verbleib“ gemeldeten) rund 91 000 Tonnen TM Klärschlamm gingen knapp 64 000 Tonnen in die thermische Entsorgung; gut 22 000 Tonnen wurden stofflich verwertet, darunter knapp die Hälfte bei landschaftsbaulichen Maßnahmen.

Von den rund 87 000 Tonnen des in biologischen Abwasserbehandlungsanlagen angefallenen Klärschlammes wurden knapp 54 000 Tonnen (61,6%) stofflich verwertet und gut 33 000 Tonnen (38,4%) gingen in die thermische Entsorgung.

Ausblick

Der Fokus industrieller Prozessoptimierung bei der Wassernutzung war noch vor wenigen Jahren primär auf die Reduktion des Frischwasserverbrauchs ausgerichtet. Die verstärkte Anwendung von Kreislaufsystemen wurde dabei in erster Linie nicht unter dem Aspekt der Ressourcenschonung, sondern vor allem zum Zweck der Kostenreduktion etabliert. Heute werden Umweltschutz und Nachhaltigkeit in hochentwickelten Ländern zunehmend als eigenständige Ziele in die Firmenphilosophie der Unternehmen integriert und nicht mehr ausschließlich als zusätzliche Kostenfaktoren angesehen. Neue Technologien zur Nutzung von Prozesswärme bei der betrieblichen Wassernutzung oder die gezielte Erschließung neuer Verwendungsmöglichkeiten von anfallenden Stoffen bei der Abwasserbehandlung (Biogasanlagen, Wertstoffrückgewinnung etc.) zeigen, dass Umweltschutzaspekte und wirtschaftliches Handeln in Einklang zu bringen sind.

Möglichkeiten zur Nutzung der anfallenden Schmutzfrachten, die dem Abwasser entzogen wer-

den, sind vielfältiger Natur. Sie bestehen im Recycling und der Etablierung von Abfallbörsen bis hin zu deren Verminderung durch Produktionsumstellungen. Als Beispiel sei hier das „Cradle-to-Cradle“-Prinzip angeführt („Von der Wiege bis zur Wiege“), das die Natur zum Vorbild hat, in der es keinen Abfall gibt, sondern nur Wiederverwendung und stofflicher Austausch existieren. So wird Energie aus Abwasser über Wärmerückgewinnung bereits zum Heizen und Kühlen wiederverwendet.

Im Vordergrund stehen daher bei der industriellen Wassernutzung und der Abwasserentsorgung neben der Wassereinsparung vor allem die Schließung von Stoffkreisläufen und die Energieeinsparung, wenn nicht sogar die Energie- und Wertstoffgewinnung.

Damit trägt die Industrie nicht nur zur Erhaltung ihrer internationalen Wettbewerbsfähigkeit bei, sondern erschließt sich damit gleichsam den Zugang zu einem stetig wachsenden Exportmarkt für energieeffiziente und ressourcenschonende Technologien.

Tabellen zum Bayerischen Zahlenspiegel

Bezeichnung	Einheit	2009	2010	2011	2011				2012																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																				
		Monatsdurchschnitt			Januar	Sept.	Nov.	Dez.	Januar	Februar																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																			
Bevölkerung und Erwerbstätigkeit																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																													
* Bevölkerungsstand (Wertespalten 1 bis 3: zum 31.12.; sonst: Monatsende)	1 000	12 510	12 539	12 596	12 539	12 584	12 595	12 596	12 599	12 601																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																			
Natürliche Bevölkerungsbewegung																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																													
* Eheschließungen ¹	Anzahl	4 901	4 924	4 940	1 461	6 662	4 525	5 930	1 325	2 087																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																			
* je 1 000 Einwohner	Anzahl	4,7	4,7	4,7	1,4	6,4	4,4	5,5	1,2	2,1																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																			
* Lebendgeborene ²	Anzahl	8 643	8 771	8 641	6 307	9 250	8 440	10 602	6 393	8 234																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																			
* je 1 000 Einwohner	Anzahl	8,3	8,4	8,2	5,9	8,9	8,2	9,9	6,0	8,2																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																			
* Gestorbene ³	Anzahl	10 208	10 258	10 247	9 814	9 267	10 759	12 251	9 990	11 107																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																			
* je 1 000 Einwohner	Anzahl	9,8	9,8	9,8	9,2	9,0	10,4	11,5	9,3	11,1																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																			
* und zwar im 1. Lebensjahr Gestorbene	Anzahl	27	25	27	17	29	29	38	19	19																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																			
* je 1 000 Lebendgeborene	Anzahl	3,2	2,9	3,1	2,7	3,1	3,4	3,6	3,0	2,3																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																			
* in den ersten 7 Lebenstagen Gestorbene	Anzahl	15	14	15	12	15	15	22	10	10																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																			
* je 1 000 Lebendgeborene	Anzahl	1,7	1,6	1,7	1,9	1,6	1,8	2,1	1,6	1,2																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																			
* Überschuss der Geborenen bzw. der Gestorbenen (-)	Anzahl	-1 565	-1 487	-1 607	-3 507	-17	-2 319	-1 649	-3 597	-2 873																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																			
* je 1 000 Einwohner	Anzahl	-1,5	-1,4	-1,5	-3,3	0,0	-2,2	-1,5	-3,4	-2,9																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																			
* Totgeborene ⁴	Anzahl	28	30	26	19	17	31	35	27	25																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																			
Wanderungen (Wertespalten 4 bis 9: vorläufige Ergebnisse)																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																													
* Zuzüge über die Landesgrenze	Anzahl	20 339	21 526	25 756	19 696	34 764	25 191	20 344	25 184	21 404																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																			
* darunter aus dem Ausland	Anzahl	10 178	11 652	15 086	10 512	20 364	14 764	11 791	15 140	12 965																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																			
* Fortzüge über die Landesgrenze	Anzahl	19 576	17 725	19 417	16 180	25 449	19 532	18 204	18 635	16 841																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																			
* darunter in das Ausland	Anzahl	10 717	8 746	10 028	7 844	13 133	10 500	10 515	10 033	9 383																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																			
* Zuzüge aus den anderen Bundesländern	Anzahl	10 162	9 875	10 670	9 184	14 400	10 427	8 553	10 044	8 439																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																			
* Fortzüge in die anderen Bundesländer	Anzahl	8 859	8 979	9 389	8 336	12 316	9 032	7 689	8 602	7 458																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																			
* Wanderungsgewinn bzw. -verlust (-)	Anzahl	763	3 801	6 339	3 516	9 315	5 659	2 140	6 549	4 563																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																			
* Innerhalb des Landes Umgezogene ⁵	Anzahl	40 499	40 124	41 749	38 595	52 607	41 520	38 437	40 936	35 262																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																			
<table border="1"> <thead> <tr> <th>2009</th> <th>2010</th> <th>2011</th> <th colspan="3">2010</th> <th colspan="3">2011</th> </tr> <tr> <th colspan="3">Jahresdurchschnitt</th> <th>Juni</th> <th>Sept.</th> <th>Dez.</th> <th>Juni</th> <th>Sept.</th> <th>Dez.</th> </tr> </thead> <tbody> <tr> <td>* Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte am Arbeitsort ⁶</td> <td>1 000</td> <td>4 513,5</td> <td>4 581,5</td> <td>4 727,1</td> <td>4 568,0</td> <td>4 657,4</td> <td>4 604,8</td> <td>4 703,3</td> <td>4 803,7</td> <td>4 763,3</td> </tr> <tr> <td>* Frauen</td> <td>1 000</td> <td>2 052,0</td> <td>2 091,2</td> <td>2 154,2</td> <td>2 077,3</td> <td>2 116,2</td> <td>2 110,5</td> <td>2 136,6</td> <td>2 181,1</td> <td>2 179,9</td> </tr> <tr> <td>* Ausländer</td> <td>1 000</td> <td>358,7</td> <td>371,6</td> <td>406,9</td> <td>372,9</td> <td>382,4</td> <td>373,0</td> <td>405,4</td> <td>422,2</td> <td>415,0</td> </tr> <tr> <td>* Teilzeitbeschäftigte ⁷</td> <td>1 000</td> <td>843,3</td> <td>878,0</td> <td>...</td> <td>877,9</td> <td>884,0</td> <td>890,8</td> <td>929,1</td> <td>...</td> <td>...</td> </tr> <tr> <td>* darunter Frauen ⁷</td> <td>1 000</td> <td>714,4</td> <td>741,6</td> <td>...</td> <td>740,3</td> <td>746,0</td> <td>752,3</td> <td>779,3</td> <td>...</td> <td>...</td> </tr> <tr> <td colspan="11">nach zusammengefassten Wirtschaftsabschnitten (WZ 2008)</td> </tr> <tr> <td>* A Land- und Forstwirtschaft, Fischerei</td> <td>1 000</td> <td>21,5</td> <td>21,8</td> <td>22,7</td> <td>23,4</td> <td>23,7</td> <td>19,2</td> <td>24,1</td> <td>24,5</td> <td>20,4</td> </tr> <tr> <td>* B-F Produzierendes Gewerbe</td> <td>1 000</td> <td>1 599,8</td> <td>1 580,5</td> <td>1 615,3</td> <td>1 580,0</td> <td>1 610,0</td> <td>1 577,1</td> <td>1 609,9</td> <td>1 645,2</td> <td>1 622,3</td> </tr> <tr> <td>* B-E Produzierendes Gewerbe ohne Baugewerbe</td> <td>1 000</td> <td>1 346,3</td> <td>1 321,1</td> <td>1 347,4</td> <td>1 314,7</td> <td>1 335,9</td> <td>1 324,1</td> <td>1 338,3</td> <td>1 364,5</td> <td>1 361,3</td> </tr> <tr> <td>* C Verarbeitendes Gewerbe</td> <td>1 000</td> <td>1 271,7</td> <td>1 246,5</td> <td>1 279,7</td> <td>1 238,7</td> <td>1 259,1</td> <td>1 252,7</td> <td>1 270,6</td> <td>1 295,8</td> <td>1 293,7</td> </tr> <tr> <td>* F Baugewerbe</td> <td>1 000</td> <td>253,5</td> <td>259,3</td> <td>267,8</td> <td>265,3</td> <td>274,1</td> <td>253,0</td> <td>271,6</td> <td>280,7</td> <td>261,0</td> </tr> <tr> <td>* G-U Dienstleistungsbereiche</td> <td>1 000</td> <td>2 891,8</td> <td>2 978,8</td> <td>3 087,3</td> <td>2 964,2</td> <td>3 023,5</td> <td>3 008,3</td> <td>3 069,0</td> <td>3 131,8</td> <td>3 116,5</td> </tr> <tr> <td>* G-I Handel, Verkehr und Gastgewerbe</td> <td>1 000</td> <td>1 012,8</td> <td>1 019,9</td> <td>1 048,6</td> <td>1 014,2</td> <td>1 036,5</td> <td>1 027,0</td> <td>1 040,3</td> <td>1 067,8</td> <td>1 059,3</td> </tr> <tr> <td>* J Information und Kommunikation</td> <td>1 000</td> <td>148,4</td> <td>151,6</td> <td>161,4</td> <td>150,1</td> <td>152,2</td> <td>154,9</td> <td>161,2</td> <td>162,3</td> <td>162,8</td> </tr> <tr> <td>* K Finanz- und Versicherungsdienstleister</td> <td>1 000</td> <td>186,1</td> <td>185,4</td> <td>185,2</td> <td>184,0</td> <td>186,8</td> <td>185,9</td> <td>183,9</td> <td>186,5</td> <td>185,7</td> </tr> <tr> <td>* L Grundstücks- und Wohnungswesen</td> <td>1 000</td> <td>25,7</td> <td>26,4</td> <td>27,4</td> <td>26,3</td> <td>26,5</td> <td>26,8</td> <td>27,0</td> <td>27,6</td> <td>28,0</td> </tr> <tr> <td>* M-N Freiberufliche, wissenschaftliche, technische Dienstleister; sonst. wirtschaftlichen Dienstleister</td> <td>1 000</td> <td>458,5</td> <td>508,1</td> <td>552,5</td> <td>507,5</td> <td>525,8</td> <td>518,4</td> <td>552,4</td> <td>566,4</td> <td>555,3</td> </tr> <tr> <td>* O-Q Öffentliche Verwaltung, Verteidigung, Sozialversicherung; Erziehung und Unterricht; Gesundheit und Sozialwesen</td> <td>1 000</td> <td>892,0</td> <td>917,9</td> <td>941,2</td> <td>912,2</td> <td>923,8</td> <td>927,1</td> <td>932,7</td> <td>948,1</td> <td>954,3</td> </tr> <tr> <td>* R-U Kunst, Unterhaltung und Erholung; sonstige Dienstleister; Private Haushalte; Exterritoriale Organisationen u Körperschaften</td> <td>1 000</td> <td>168,4</td> <td>169,5</td> <td>171,2</td> <td>169,9</td> <td>171,9</td> <td>168,2</td> <td>171,5</td> <td>173,1</td> <td>171,2</td> </tr> <tr> <td colspan="11"> <table border="1"> <thead> <tr> <th>2009</th> <th>2010</th> <th>2011</th> <th colspan="3">2011</th> <th colspan="3">2012</th> </tr> <tr> <th colspan="3">Jahresdurchschnitt</th> <th>Juni</th> <th>Juli</th> <th>April</th> <th>Mai</th> <th>Juni</th> <th>Juli</th> </tr> </thead> <tbody> <tr> <td>* Arbeitslose</td> <td>1 000</td> <td>319,5</td> <td>299,6</td> <td>254,3</td> <td>234,8</td> <td>235,7</td> <td>249,5</td> <td>235,5</td> <td>231,2</td> <td>235,2</td> </tr> <tr> <td>* darunter Frauen</td> <td>1 000</td> <td>145,6</td> <td>138,8</td> <td>122,3</td> <td>117,6</td> <td>119,0</td> <td>120,0</td> <td>115,7</td> <td>114,1</td> <td>117,6</td> </tr> <tr> <td>* Arbeitslosenquote insgesamt ^{8,9}</td> <td>%</td> <td>4,8</td> <td>4,5</td> <td>3,8</td> <td>3,5</td> <td>3,5</td> <td>3,7</td> <td>3,5</td> <td>3,4</td> <td>3,4</td> </tr> <tr> <td>* Frauen</td> <td>%</td> <td>4,7</td> <td>4,4</td> <td>3,9</td> <td>3,7</td> <td>3,8</td> <td>3,6</td> <td>3,6</td> <td>3,6</td> <td>3,7</td> </tr> <tr> <td>* Männer</td> <td>%</td> <td>4,9</td> <td>4,5</td> <td>3,7</td> <td>3,3</td> <td>3,3</td> <td>3,6</td> <td>3,3</td> <td>3,2</td> <td>3,3</td> </tr> <tr> <td>* Ausländer</td> <td>%</td> <td>10,9</td> <td>10,0</td> <td>8,7</td> <td>8,2</td> <td>8,1</td> <td>8,9</td> <td>8,0</td> <td>7,8</td> <td>7,9</td> </tr> <tr> <td>* Jugendliche</td> <td>%</td> <td>4,6</td> <td>3,7</td> <td>3,0</td> <td>2,4</td> <td>3,0</td> <td>2,8</td> <td>2,5</td> <td>2,4</td> <td>2,9</td> </tr> <tr> <td>* Kurzarbeiter ¹⁰</td> <td>1 000</td> <td>...</td> <td>89,5</td> <td>22,3</td> <td>13,9</td> <td>11,7</td> <td>...</td> <td>...</td> <td>...</td> <td>...</td> </tr> <tr> <td>* Gemeldete Stellen ¹¹</td> <td>1 000</td> <td>55,1</td> <td>50,6</td> <td>67,5</td> <td>68,2</td> <td>71,0</td> <td>74,4</td> <td>74,8</td> <td>73,4</td> <td>73,7</td> </tr> </tbody> </table> </td> </tr> </tbody> </table>											2009	2010	2011	2010			2011			Jahresdurchschnitt			Juni	Sept.	Dez.	Juni	Sept.	Dez.	* Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte am Arbeitsort ⁶	1 000	4 513,5	4 581,5	4 727,1	4 568,0	4 657,4	4 604,8	4 703,3	4 803,7	4 763,3	* Frauen	1 000	2 052,0	2 091,2	2 154,2	2 077,3	2 116,2	2 110,5	2 136,6	2 181,1	2 179,9	* Ausländer	1 000	358,7	371,6	406,9	372,9	382,4	373,0	405,4	422,2	415,0	* Teilzeitbeschäftigte ⁷	1 000	843,3	878,0	...	877,9	884,0	890,8	929,1	* darunter Frauen ⁷	1 000	714,4	741,6	...	740,3	746,0	752,3	779,3	nach zusammengefassten Wirtschaftsabschnitten (WZ 2008)											* A Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	1 000	21,5	21,8	22,7	23,4	23,7	19,2	24,1	24,5	20,4	* B-F Produzierendes Gewerbe	1 000	1 599,8	1 580,5	1 615,3	1 580,0	1 610,0	1 577,1	1 609,9	1 645,2	1 622,3	* B-E Produzierendes Gewerbe ohne Baugewerbe	1 000	1 346,3	1 321,1	1 347,4	1 314,7	1 335,9	1 324,1	1 338,3	1 364,5	1 361,3	* C Verarbeitendes Gewerbe	1 000	1 271,7	1 246,5	1 279,7	1 238,7	1 259,1	1 252,7	1 270,6	1 295,8	1 293,7	* F Baugewerbe	1 000	253,5	259,3	267,8	265,3	274,1	253,0	271,6	280,7	261,0	* G-U Dienstleistungsbereiche	1 000	2 891,8	2 978,8	3 087,3	2 964,2	3 023,5	3 008,3	3 069,0	3 131,8	3 116,5	* G-I Handel, Verkehr und Gastgewerbe	1 000	1 012,8	1 019,9	1 048,6	1 014,2	1 036,5	1 027,0	1 040,3	1 067,8	1 059,3	* J Information und Kommunikation	1 000	148,4	151,6	161,4	150,1	152,2	154,9	161,2	162,3	162,8	* K Finanz- und Versicherungsdienstleister	1 000	186,1	185,4	185,2	184,0	186,8	185,9	183,9	186,5	185,7	* L Grundstücks- und Wohnungswesen	1 000	25,7	26,4	27,4	26,3	26,5	26,8	27,0	27,6	28,0	* M-N Freiberufliche, wissenschaftliche, technische Dienstleister; sonst. wirtschaftlichen Dienstleister	1 000	458,5	508,1	552,5	507,5	525,8	518,4	552,4	566,4	555,3	* O-Q Öffentliche Verwaltung, Verteidigung, Sozialversicherung; Erziehung und Unterricht; Gesundheit und Sozialwesen	1 000	892,0	917,9	941,2	912,2	923,8	927,1	932,7	948,1	954,3	* R-U Kunst, Unterhaltung und Erholung; sonstige Dienstleister; Private Haushalte; Exterritoriale Organisationen u Körperschaften	1 000	168,4	169,5	171,2	169,9	171,9	168,2	171,5	173,1	171,2	<table border="1"> <thead> <tr> <th>2009</th> <th>2010</th> <th>2011</th> <th colspan="3">2011</th> <th colspan="3">2012</th> </tr> <tr> <th colspan="3">Jahresdurchschnitt</th> <th>Juni</th> <th>Juli</th> <th>April</th> <th>Mai</th> <th>Juni</th> <th>Juli</th> </tr> </thead> <tbody> <tr> <td>* Arbeitslose</td> <td>1 000</td> <td>319,5</td> <td>299,6</td> <td>254,3</td> <td>234,8</td> <td>235,7</td> <td>249,5</td> <td>235,5</td> <td>231,2</td> <td>235,2</td> </tr> <tr> <td>* darunter Frauen</td> <td>1 000</td> <td>145,6</td> <td>138,8</td> <td>122,3</td> <td>117,6</td> <td>119,0</td> <td>120,0</td> <td>115,7</td> <td>114,1</td> <td>117,6</td> </tr> <tr> <td>* Arbeitslosenquote insgesamt ^{8,9}</td> <td>%</td> <td>4,8</td> <td>4,5</td> <td>3,8</td> <td>3,5</td> <td>3,5</td> <td>3,7</td> <td>3,5</td> <td>3,4</td> <td>3,4</td> </tr> <tr> <td>* Frauen</td> <td>%</td> <td>4,7</td> <td>4,4</td> <td>3,9</td> <td>3,7</td> <td>3,8</td> <td>3,6</td> <td>3,6</td> <td>3,6</td> <td>3,7</td> </tr> <tr> <td>* Männer</td> <td>%</td> <td>4,9</td> <td>4,5</td> <td>3,7</td> <td>3,3</td> <td>3,3</td> <td>3,6</td> <td>3,3</td> <td>3,2</td> <td>3,3</td> </tr> <tr> <td>* Ausländer</td> <td>%</td> <td>10,9</td> <td>10,0</td> <td>8,7</td> <td>8,2</td> <td>8,1</td> <td>8,9</td> <td>8,0</td> <td>7,8</td> <td>7,9</td> </tr> <tr> <td>* Jugendliche</td> <td>%</td> <td>4,6</td> <td>3,7</td> <td>3,0</td> <td>2,4</td> <td>3,0</td> <td>2,8</td> <td>2,5</td> <td>2,4</td> <td>2,9</td> </tr> <tr> <td>* Kurzarbeiter ¹⁰</td> <td>1 000</td> <td>...</td> <td>89,5</td> <td>22,3</td> <td>13,9</td> <td>11,7</td> <td>...</td> <td>...</td> <td>...</td> <td>...</td> </tr> <tr> <td>* Gemeldete Stellen ¹¹</td> <td>1 000</td> <td>55,1</td> <td>50,6</td> <td>67,5</td> <td>68,2</td> <td>71,0</td> <td>74,4</td> <td>74,8</td> <td>73,4</td> <td>73,7</td> </tr> </tbody> </table>											2009	2010	2011	2011			2012			Jahresdurchschnitt			Juni	Juli	April	Mai	Juni	Juli	* Arbeitslose	1 000	319,5	299,6	254,3	234,8	235,7	249,5	235,5	231,2	235,2	* darunter Frauen	1 000	145,6	138,8	122,3	117,6	119,0	120,0	115,7	114,1	117,6	* Arbeitslosenquote insgesamt ^{8,9}	%	4,8	4,5	3,8	3,5	3,5	3,7	3,5	3,4	3,4	* Frauen	%	4,7	4,4	3,9	3,7	3,8	3,6	3,6	3,6	3,7	* Männer	%	4,9	4,5	3,7	3,3	3,3	3,6	3,3	3,2	3,3	* Ausländer	%	10,9	10,0	8,7	8,2	8,1	8,9	8,0	7,8	7,9	* Jugendliche	%	4,6	3,7	3,0	2,4	3,0	2,8	2,5	2,4	2,9	* Kurzarbeiter ¹⁰	1 000	...	89,5	22,3	13,9	11,7	* Gemeldete Stellen ¹¹	1 000	55,1	50,6	67,5	68,2	71,0	74,4	74,8	73,4	73,7
2009	2010	2011	2010			2011																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																							
Jahresdurchschnitt			Juni	Sept.	Dez.	Juni	Sept.	Dez.																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																					
* Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte am Arbeitsort ⁶	1 000	4 513,5	4 581,5	4 727,1	4 568,0	4 657,4	4 604,8	4 703,3	4 803,7	4 763,3																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																			
* Frauen	1 000	2 052,0	2 091,2	2 154,2	2 077,3	2 116,2	2 110,5	2 136,6	2 181,1	2 179,9																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																			
* Ausländer	1 000	358,7	371,6	406,9	372,9	382,4	373,0	405,4	422,2	415,0																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																			
* Teilzeitbeschäftigte ⁷	1 000	843,3	878,0	...	877,9	884,0	890,8	929,1																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																			
* darunter Frauen ⁷	1 000	714,4	741,6	...	740,3	746,0	752,3	779,3																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																			
nach zusammengefassten Wirtschaftsabschnitten (WZ 2008)																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																													
* A Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	1 000	21,5	21,8	22,7	23,4	23,7	19,2	24,1	24,5	20,4																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																			
* B-F Produzierendes Gewerbe	1 000	1 599,8	1 580,5	1 615,3	1 580,0	1 610,0	1 577,1	1 609,9	1 645,2	1 622,3																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																			
* B-E Produzierendes Gewerbe ohne Baugewerbe	1 000	1 346,3	1 321,1	1 347,4	1 314,7	1 335,9	1 324,1	1 338,3	1 364,5	1 361,3																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																			
* C Verarbeitendes Gewerbe	1 000	1 271,7	1 246,5	1 279,7	1 238,7	1 259,1	1 252,7	1 270,6	1 295,8	1 293,7																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																			
* F Baugewerbe	1 000	253,5	259,3	267,8	265,3	274,1	253,0	271,6	280,7	261,0																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																			
* G-U Dienstleistungsbereiche	1 000	2 891,8	2 978,8	3 087,3	2 964,2	3 023,5	3 008,3	3 069,0	3 131,8	3 116,5																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																			
* G-I Handel, Verkehr und Gastgewerbe	1 000	1 012,8	1 019,9	1 048,6	1 014,2	1 036,5	1 027,0	1 040,3	1 067,8	1 059,3																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																			
* J Information und Kommunikation	1 000	148,4	151,6	161,4	150,1	152,2	154,9	161,2	162,3	162,8																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																			
* K Finanz- und Versicherungsdienstleister	1 000	186,1	185,4	185,2	184,0	186,8	185,9	183,9	186,5	185,7																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																			
* L Grundstücks- und Wohnungswesen	1 000	25,7	26,4	27,4	26,3	26,5	26,8	27,0	27,6	28,0																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																			
* M-N Freiberufliche, wissenschaftliche, technische Dienstleister; sonst. wirtschaftlichen Dienstleister	1 000	458,5	508,1	552,5	507,5	525,8	518,4	552,4	566,4	555,3																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																			
* O-Q Öffentliche Verwaltung, Verteidigung, Sozialversicherung; Erziehung und Unterricht; Gesundheit und Sozialwesen	1 000	892,0	917,9	941,2	912,2	923,8	927,1	932,7	948,1	954,3																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																			
* R-U Kunst, Unterhaltung und Erholung; sonstige Dienstleister; Private Haushalte; Exterritoriale Organisationen u Körperschaften	1 000	168,4	169,5	171,2	169,9	171,9	168,2	171,5	173,1	171,2																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																			
<table border="1"> <thead> <tr> <th>2009</th> <th>2010</th> <th>2011</th> <th colspan="3">2011</th> <th colspan="3">2012</th> </tr> <tr> <th colspan="3">Jahresdurchschnitt</th> <th>Juni</th> <th>Juli</th> <th>April</th> <th>Mai</th> <th>Juni</th> <th>Juli</th> </tr> </thead> <tbody> <tr> <td>* Arbeitslose</td> <td>1 000</td> <td>319,5</td> <td>299,6</td> <td>254,3</td> <td>234,8</td> <td>235,7</td> <td>249,5</td> <td>235,5</td> <td>231,2</td> <td>235,2</td> </tr> <tr> <td>* darunter Frauen</td> <td>1 000</td> <td>145,6</td> <td>138,8</td> <td>122,3</td> <td>117,6</td> <td>119,0</td> <td>120,0</td> <td>115,7</td> <td>114,1</td> <td>117,6</td> </tr> <tr> <td>* Arbeitslosenquote insgesamt ^{8,9}</td> <td>%</td> <td>4,8</td> <td>4,5</td> <td>3,8</td> <td>3,5</td> <td>3,5</td> <td>3,7</td> <td>3,5</td> <td>3,4</td> <td>3,4</td> </tr> <tr> <td>* Frauen</td> <td>%</td> <td>4,7</td> <td>4,4</td> <td>3,9</td> <td>3,7</td> <td>3,8</td> <td>3,6</td> <td>3,6</td> <td>3,6</td> <td>3,7</td> </tr> <tr> <td>* Männer</td> <td>%</td> <td>4,9</td> <td>4,5</td> <td>3,7</td> <td>3,3</td> <td>3,3</td> <td>3,6</td> <td>3,3</td> <td>3,2</td> <td>3,3</td> </tr> <tr> <td>* Ausländer</td> <td>%</td> <td>10,9</td> <td>10,0</td> <td>8,7</td> <td>8,2</td> <td>8,1</td> <td>8,9</td> <td>8,0</td> <td>7,8</td> <td>7,9</td> </tr> <tr> <td>* Jugendliche</td> <td>%</td> <td>4,6</td> <td>3,7</td> <td>3,0</td> <td>2,4</td> <td>3,0</td> <td>2,8</td> <td>2,5</td> <td>2,4</td> <td>2,9</td> </tr> <tr> <td>* Kurzarbeiter ¹⁰</td> <td>1 000</td> <td>...</td> <td>89,5</td> <td>22,3</td> <td>13,9</td> <td>11,7</td> <td>...</td> <td>...</td> <td>...</td> <td>...</td> </tr> <tr> <td>* Gemeldete Stellen ¹¹</td> <td>1 000</td> <td>55,1</td> <td>50,6</td> <td>67,5</td> <td>68,2</td> <td>71,0</td> <td>74,4</td> <td>74,8</td> <td>73,4</td> <td>73,7</td> </tr> </tbody> </table>											2009	2010	2011	2011			2012			Jahresdurchschnitt			Juni	Juli	April	Mai	Juni	Juli	* Arbeitslose	1 000	319,5	299,6	254,3	234,8	235,7	249,5	235,5	231,2	235,2	* darunter Frauen	1 000	145,6	138,8	122,3	117,6	119,0	120,0	115,7	114,1	117,6	* Arbeitslosenquote insgesamt ^{8,9}	%	4,8	4,5	3,8	3,5	3,5	3,7	3,5	3,4	3,4	* Frauen	%	4,7	4,4	3,9	3,7	3,8	3,6	3,6	3,6	3,7	* Männer	%	4,9	4,5	3,7	3,3	3,3	3,6	3,3	3,2	3,3	* Ausländer	%	10,9	10,0	8,7	8,2	8,1	8,9	8,0	7,8	7,9	* Jugendliche	%	4,6	3,7	3,0	2,4	3,0	2,8	2,5	2,4	2,9	* Kurzarbeiter ¹⁰	1 000	...	89,5	22,3	13,9	11,7	* Gemeldete Stellen ¹¹	1 000	55,1	50,6	67,5	68,2	71,0	74,4	74,8	73,4	73,7																																																																																																																																																																																																																																														
2009	2010	2011	2011			2012																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																							
Jahresdurchschnitt			Juni	Juli	April	Mai	Juni	Juli																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																					
* Arbeitslose	1 000	319,5	299,6	254,3	234,8	235,7	249,5	235,5	231,2	235,2																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																			
* darunter Frauen	1 000	145,6	138,8	122,3	117,6	119,0	120,0	115,7	114,1	117,6																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																			
* Arbeitslosenquote insgesamt ^{8,9}	%	4,8	4,5	3,8	3,5	3,5	3,7	3,5	3,4	3,4																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																			
* Frauen	%	4,7	4,4	3,9	3,7	3,8	3,6	3,6	3,6	3,7																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																			
* Männer	%	4,9	4,5	3,7	3,3	3,3	3,6	3,3	3,2	3,3																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																			
* Ausländer	%	10,9	10,0	8,7	8,2	8,1	8,9	8,0	7,8	7,9																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																			
* Jugendliche	%	4,6	3,7	3,0	2,4	3,0	2,8	2,5	2,4	2,9																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																			
* Kurzarbeiter ¹⁰	1 000	...	89,5	22,3	13,9	11,7																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																			
* Gemeldete Stellen ¹¹	1 000	55,1	50,6	67,5	68,2	71,0	74,4	74,8	73,4	73,7																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																			

* Diese Positionen werden von allen Statistischen Ämtern der Länder im „Zahlenspiegel“ und unter www.statistikportal.de unter dem jeweiligen Thema veröffentlicht.

1 Nach dem Ereignisort.
 2 Nach der Wohngemeinde der Mutter;
 p = vorläufige Ergebnisse nach dem Ereignisort.
 3 Ohne Totgeborene; nach der Wohngemeinde der Verstorbenen;
 p = vorläufige Ergebnisse nach dem Ereignisort.
 4 Ohne Umzüge innerhalb der Gemeinden.
 5 Auswertungen aus der Beschäftigungsstatistik der Bundesagentur für Arbeit. Zahlenwerte vorläufig.

6 Einschließlich Fälle ohne Angabe zur Wirtschaftsgliederung.
 7 Daten ab Stichtag 30.09.2011 nicht verfügbar.
 8 Arbeitslose in Prozent der abhängigen zivilen Erwerbspersonen.
 9 Ab Januar 2009: Arbeitslose in Prozent aller zivilen Erwerbspersonen.
 10 Durch Änderung der Rechtsgrundlagen sind die Zahlen der Kurzarbeiter mit den Vorjahreswerten nicht vergleichbar.
 11 Ab Juli 2010 ohne geförderte Stellen.

Bezeichnung	Einheit	2009	2010	2011	2011		2012			
		Monatsdurchschnitt			April	Mai	Februar	März	April	Mai
Landwirtschaft										
Schlachtungen ¹										
Anzahl										
Rinder	1 000	77,2	78,8	74,7	71,7	80,0	71,0	71,0	79,5	71,4
darunter Kälber ²	1 000	2,3	2,2	2,1	2,8	2,0	1,7	1,9	2,1	1,7
Jungrinder ³	1 000	0,5	0,5	0,5	0,6	0,4	0,4	0,6	0,6	0,5
Schweine	1 000	465,8	470,5	461,4	449,8	474,5	415,2	465,5	429,1	443,2
darunter Hausschlachtungen	1 000	6,4	5,7	5,2	4,5	3,7	5,6	5,2	4,1	3,2
Schafe	1 000	10,3	10,3	10,6	19,1	10,4	6,0	10,4	15,7	8,9
Durchschnittliches Schlachtgewicht ⁴										
Rinder	kg	336,8	339,8	339,0	339,8	342,6	347,6	343,6	343,1	343,7
darunter Kälber ²	kg	107,3	105,8	103,5	99,0	106,4	107,5	114,4	103,0	107,0
Jungrinder ³	kg	189,5	186,4	183,1	191,8	177,8	191,6	186,8	180,7	175,1
Schweine	kg	93,9	94,7	94,9	95,2	95,0	95,1	95,8	96,0	95,8
Gesamtschlachtgewicht ⁵										
Gewerblich Schlachtungen u. Hausschl. (ohne Geflügel) ..	1 000 t	70,0	71,6	69,4	67,6	72,7	64,3	69,2	68,7	67,2
darunter Rinder	1 000 t	26,0	26,8	25,3	24,4	27,4	24,6	24,4	27,2	24,5
darunter Kälber ²	1 000 t	0,3	0,2	0,2	0,3	0,2	0,2	0,2	0,2	0,2
Jungrinder ³	1 000 t	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1
Schweine	1 000 t	43,7	44,6	43,8	42,8	45,1	39,5	44,6	41,2	42,5
Schafe	1 000 t	0,2	0,2	0,2	0,4	0,2	0,1	0,2	0,3	0,2
* darunter gewerbliche Schlachtungen (ohne Geflügel) ..	1 000 t	68,9	70,6	68,5	66,7	72,1	63,4	68,3	67,9	66,6
* darunter Rinder	1 000 t	25,6	26,4	25,0	24,0	27,2	24,3	24,0	26,9	24,3
* darunter Kälber ²	1 000 t	0,2	0,2	0,2	0,3	0,2	0,2	0,2	0,2	0,2
* Jungrinder ³	1 000 t	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1
* Schweine	1 000 t	43,1	44,2	43,3	42,4	44,7	39,0	44,1	40,8	42,2
Geflügel										
* Konsumier ⁶	1 000	71 252	70 293	81 101	79 868	77 657	85 993	93 760	82 891	83 606
* Geflügelfleisch ⁷	1 000 t	10,5	11,5	12,6	11,9	13,3	12,4	14,0	13,7	14,0
Milcherzeugung und Milchverwendung										
Kuhmilcherzeugung ⁸	1 000 t	627,9	648,1	...	676,3	710,7
darunter Milchlieferung an Molkereien ^{9, 10}	%	93,1	93,9	...	93,7	93,7
Milchleistung je Kuh und Tag ¹¹	kg	16,6	17,7	...	16,3	17,7
Trinkmilcherzeugung der Molkereien ¹²	1 000 t	67,0	68,9	69,5	70,8	73,6
Buttererzeugung der Molkereien ¹³	1 000 t	5,4	5,4	5,6	5,2	5,4
Käseerzeugung der Molkereien ^{14, 15}	1 000 t	43,1	43,7	44,4	46,0	47,5
Quarkherstellung der Molkereien ^{16, 17}	1 000 t	23,7	24,1	25,4	26,2	26,3
Getreideanlieferungen ^{10, 13}										
Roggen und Wintergetreide	1 000 t	10,3	9,3r	8,2	3,9r	3,8	5,8	6,0r	4,5	...
Weizen	1 000 t	147,4	153,4	132,1	61,2r	70,7	123,4	183,5r	118,9	...
Gerste	1 000 t	46,7	42,6	46,4	18,6	26,9	18,5	28,4r	21,9	...
Hafer und Sommergetreide	1 000 t	1,7	1,6	1,7	0,5	0,6	1,0	1,2	1,1	...
Vermahlung von Getreide ^{10, 13}										
Getreide insgesamt	1 000 t	99,2	97,4	98,5	96,0r	101,0	87,3	102,3r	93,4	...
darunter Roggen und -gemenge	1 000 t	12,5	11,9	12,1	11,8r	12,6	10,8	12,4r	11,4	...
Weizen und -gemenge	1 000 t	86,7	85,5	86,5	84,2r	88,5	76,4	89,9r	82,0	...
Vorräte bei den Erzeugern ^{14, 15}										
Roggen und Wintergetreide	1 000 t	15,7	16,4	10,5
Weizen	1 000 t	382,4	279,2	196,8
Gerste	1 000 t	295,3	280,8	208,5
Hafer und Sommergetreide	1 000 t	29,2	29,6	19,9
Kartoffeln	1 000 t
Vorräte in zweiter Hand ^{10, 13}										
Roggen und Wintergetreide	1 000 t	41,3	35,4	37,1	27,4r	26,8	34,1	27,9r	23,2	...
Weizen	1 000 t	391,9	452,4	518,1	491,9r	385,8	534,0	565,2r	508,4	...
Gerste	1 000 t	339,4	346,9	359,9	304,0r	273,7	296,4	283,6r	264,9	...
Hafer und Sommergetreide	1 000 t	8,1	9,3	7,8	6,3	6,5	6,4	5,5r	5,1	...
Mais	1 000 t	88,8	91,3	115,8	106,2r	92,2	167,6	144,5r	129,7	...
Bierabsatz										
Bierabsatz insgesamt	1 000 hl	1 920r	2 215	1 428	1 765	1 838	2 261
dav. Bier der Steuerklassen bis 10	1 000 hl	124	156	80	113	121	186
11 bis 13	1 000 hl	1 759	2 023r	1 313	1 616	1 692	2 041
14 oder darüber	1 000 hl	36	36r	35	37	25	33
dar. Ausfuhr zusammen	1 000 hl	338r	411r	251	340	369	450
dav. in EU-Länder	1 000 hl	237	288	150	219	241	302
in Drittländer	1 000 hl	101r	124r	101	121	128	147

* Diese Positionen werden von allen Statistischen Ämtern der Länder im „Zahlenspiegel“ und unter www.statistikportal.de unter dem jeweiligen Thema veröffentlicht.

1 Gewerbliche Schlachtungen und Hausschlachtungen von Tieren inländischer und ausländischer Herkunft.

2 Höchstens 8 Monate alt. Ergebnisse ab 2009 mit Vorjahren wegen methodischer Änderungen nur eingeschränkt vergleichbar.

3 Kälber über 8, aber höchstens 12 Monate alt.

4 Von gewerblich geschlachteten Tieren inländischer Herkunft.

5 bzw. Schlachtmenge, einschl. Schlachtfette, jedoch ohne Innereien.

6 In Betrieben mit einer Haltungskapazität von mindestens 3 000 Legehennen.

7 Aus Geflügelschlachtungen in Geflügelschlachtereien mit einer Schlachtkapazität von mindestens 2 000 Tieren im Monat.

8 Die Daten werden ab 2010 von der Bundesanstalt für Landwirtschaft und Ernährung zur Verfügung gestellt.

9 In Prozent der Gesamtmilcherzeugung.

10 Nach Angaben des Bayerischen Staatsministeriums für Landwirtschaft und Forsten.

11 Hart-, Schnitt- und Weichkäse.

12 Sauermilch und Labquark, Rohkasein einschl. Ziger.

13 Anlieferung vom Erzeuger an Handel, Genossenschaften, Mühlen und sonstige Verarbeitungsbetriebe. In den Spalten „Monatsdurchschnitt“ sind die Gesamtlieferungen im Jahr angegeben.

14 Nachweis nur für die Monate Juni und Dezember.

15 Bei Monatsdurchschnitt für 2003, 2004, 2005 jeweils der Wert vom Monat Juni.

Bezeichnung	Einheit	2009	2010	2011	2011		2012			
		Monatsdurchschnitt			April	Mai	Februar	März	April	Mai
Gewerbeanzeigen ¹										
* Gewerbebeanmeldungen ²	1 000	12,6 r	12,5 r	12,0	11,0	12,9	10,5	12,8	10,9	11,1
* Gewerbeabmeldungen ³	1 000	9,8 r	9,8 r	9,7	8,1	9,5	9,8	10,4	8,7	8,5
Produzierendes Gewerbe										
Verarbeitendes Gewerbe, Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden ⁴										
* Betriebe mit 50 oder mehr Beschäftigten	Anzahl	3 747	3 766	3 787	3 784	3 780	3 825	3 864	3 861	3 860
* Beschäftigte	1 000	1 025	1 056	1 042	1 044	1 046	1 078	1 082	1 083	1 084
davon										
Vorleistungsgüterproduzenten	1 000	345	362	356	357	359	369	370	371	371
Investitionsgüterproduzenten	1 000	487	499	492	493	494	510	512	512	513
Gebrauchsgüterproduzenten	1 000	38	38	38	38	38	40	40	40	40
Verbrauchsgüterproduzenten	1 000	153	156	154	154	154	158	158	158	158
Energie	1 000	2	2	2	2	2	2	2	2	2
* Geleistete Arbeitsstunden	1 000	130 974	137 143	151 499	131 378	148 740	145 139	151 317	135 406	138 711
* Bruttoentgelte	Mill. €	3 777	4 066	3 771	3 992	4 172	3 834	3 922	4 191	4 246
* Umsatz (ohne Mehrwertsteuer)	Mill. €	24 685	26 391	28 762	25 354	27 919	25 881	29 583	25 800	26 797
davon										
Vorleistungsgüterproduzenten	Mill. €	6 462	7 080	7 893	6 992	7 813	6 597	7 257	6 749	7 117
Investitionsgüterproduzenten	Mill. €	13 907	14 779	16 078	14 065	15 484	14 712	17 431	14 536	14 973
Gebrauchsgüterproduzenten	Mill. €
Verbrauchsgüterproduzenten	Mill. €	2 763	2 962	3 191	2 824	3 011	2 953	3 183	2 826	3 074
Energie	Mill. €
* darunter Auslandsumsatz	Mill. €	13 066	13 974	15 309	13 493	14 553	13 822	16 244	13 837	14 054
Index der Produktion für das Verarbeitende Gewerbe, Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden (2005 = 100) ⁴										
Verarbeitendes Gewerbe, Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden	%	106,2	113,9	121,4	108,6	122,3	112,4	126,4	108,4	113,0
Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden	%	108,9	120,2	121,7	128,7	146,6	70,7	99,8	112,2	120,9
Verarbeitendes Gewerbe	%	106,1	113,9	121,4	108,6	122,2	112,5	126,4	108,4	113,0
Vorleistungsgüterproduzenten	%	118,6	127,7	140,0	125,5	140,9	123,5	135,5	118,7	125,5
Investitionsgüterproduzenten	%	106,2	116,2	125,9	108,6	123,3	119,6	139,4	115,4	117,6
Gebrauchsgüterproduzenten	%	108,0	117,1	132,3	108,8	122,8	113,2	124,9	101,4	111,1
Verbrauchsgüterproduzenten	%	85,3	88,5	94,9	84,3	93,9	84,8	92,9	83,6	90,3
Energie	%	98,2	90,9	61,2	87,7	95,4	73,8	70,1	72,5	76,4
Index des Auftragseingangs im Verarbeitenden Gewerbe (preisbereinigt) (2005 = 100) ⁴										
Verarbeitendes Gewerbe ⁵ insgesamt	%	116,6	123,3	131,6	120,2	133,5	119,7	139,1	118,1	118,9
Inland	%	112,3	118,9	124,8	115,0	137,9	116,2	128,7	113,5	110,3
Ausland	%	119,7	126,4	136,5	124,0	130,3	122,3	146,6	121,4	125,0
Vorleistungsgüterproduzenten	%	123,3	132,6	149,3	134,2	161,0	121,3	131,8	121,4	125,3
Investitionsgüterproduzenten	%	114,5	120,1	124,5	115,8	123,4	118,0	143,0	118,3	117,2
Gebrauchsgüterproduzenten	%	109,1	115,1	123,1	106,9	113,5	116,4	126,9	103,9	106,7
Verbrauchsgüterproduzenten	%	104,5	110,2	127,3	95,7	109,6	143,0	130,4	91,6	102,0

* Diese Positionen werden von allen Statistischen Ämtern der Länder im „Zahlenspiegel“ und unter www.statistikportal.de unter dem jeweiligen Thema veröffentlicht.

1 Ohne Reisegewerbe.

2 Vormals nur Neugründungen und Zuzüge (ohne Umwandlungen und Übernahmen), ab sofort Gewerbebeanmeldungen insgesamt.

3 Vormals nur vollständige Aufgaben und Fortzüge (ohne Umwandlungen und Übernahmen), ab sofort Gewerbeabmeldungen insgesamt.

4 In der Abgrenzung der WZ 2008. Abweichungen gegenüber früher veröffentlichten Zahlen sind auf den Ersatz vorläufiger durch endgültige Ergebnisse zurückzuführen oder ergeben sich durch spätere Korrekturen.

5 Nur auftragsingangsmeldepflichtige Wirtschaftsklassen.

Bezeichnung	Einheit	2009	2010	2011 ¹	2011 ¹		2012 ¹			
		Monatsdurchschnitt			Nov.	Dez.	Januar	Februar	März	April
Noch: Außenhandel, Einfuhr insgesamt										
darunter ² aus										
• Europa	Mill. €	6 424,9	7 677,5	8 535,2	9 252,1	8 114,1	7 482,5	8 356,5	8 750,4	8 164,8
• dar. aus EU-Ländern ³ insgesamt	Mill. €	5 320,9	6 229,7	6 812,8	7 322,3	6 500,5	6 135,1	6 919,1	7 288,8	6 708,7
dar. aus Belgien	Mill. €	237,8	272,8	309,2	340,2	291,0	270,0	334,9	364,7	322,3
Bulgarien	Mill. €	21,8	25,9	28,3	28,7	28,6	30,2	30,4	30,6	31,4
Dänemark	Mill. €	54,9	60,6	61,3	76,9	66,8	53,0	66,3	60,5	63,5
Finnland	Mill. €	34,9	37,2	41,0	44,6	44,4	35,8	37,4	40,6	39,0
Frankreich	Mill. €	469,7	514,7	558,4	594,8	545,9	532,1	549,1	602,5	541,8
Griechenland	Mill. €	31,5	32,8	31,1	28,1	27,5	24,9	26,0	22,8	33,8
Irland	Mill. €	126,9	174,8	174,9	207,6	180,3	87,3	140,9	150,4	115,5
Italien	Mill. €	711,7	783,7	864,5	890,2	852,4	783,7	879,3	963,5	871,2
Luxemburg	Mill. €	16,4	19,1	19,6	19,9	16,2	18,4	17,5	21,9	19,2
Niederlande	Mill. €	451,5	536,6	589,9	604,8	581,3	494,9	587,2	598,3	556,8
Österreich	Mill. €	1 010,5	1 171,9	1 256,1	1 307,8	1 201,5	1 100,9	1 250,4	1 283,6	1 229,4
Polen	Mill. €	230,8	280,1	335,6	394,4	322,8	315,1	363,6	369,8	360,9
Portugal	Mill. €	38,0	42,9	47,5	54,1	39,2	53,6	57,2	59,9	47,7
Rumänien	Mill. €	115,7	155,8	176,4	218,4	163,5	166,4	187,3	200,4	165,9
Schweden	Mill. €	78,5	106,0	97,1	105,2	89,3	97,8	97,9	107,3	94,7
Slowakei	Mill. €	153,5	203,5	240,0	251,3	207,6	205,8	263,4	297,1	260,3
Slowenien	Mill. €	62,4	70,3	74,8	88,4	70,7	79,1	78,4	85,7	84,8
Spanien	Mill. €	188,5	200,6	214,2	235,1	210,7	193,1	238,6	209,0	223,1
Tschechische Republik	Mill. €	621,0	762,8	793,9	862,7	779,4	763,6	797,1	861,9	774,9
Ungarn	Mill. €	337,4	405,4	456,1	464,7	373,2	411,7	497,6	495,6	460,9
Vereinigtes Königreich	Mill. €	296,5	334,5	404,7	466,9	379,2	379,6	380,0	408,3	374,2
Russische Föderation	Mill. €	461,1	582,8	698,7	914,7	740,2	713,9	779,3	737,3	809,7
• Afrika	Mill. €	238,5	324,0	413,5	415,1	309,2	409,4	589,0	755,0	224,8
dar. aus Südafrika	Mill. €	30,7	47,2	46,4	48,0	38,7	32,4	44,9	27,9	29,2
• Amerika	Mill. €	798,4	881,9	998,6	1 197,0	960,7	833,1	931,7	1 031,8	925,0
darunter aus den USA	Mill. €	644,8	726,1	811,9	901,6	692,1	654,8	763,3	861,3	757,4
• Asien ⁴	Mill. €	1 680,8	2 064,4	2 203,9	2 280,3	2 090,9	2 298,3	2 809,4	2 308,3	2 010,4
darunter aus der Volksrepublik China	Mill. €	929,7	1 068,2	1 141,0	1 220,2	1 066,6	1 101,0	1 007,2	889,9	938,0
Japan	Mill. €	205,8	282,1	304,5	346,7	300,0	288,7	286,2	291,9	273,4
• Australien, Ozeanien und übrige Gebiete	Mill. €	19,4	18,2	17,7	13,6	9,9	12,0	11,2	15,4	11,3
• Ausfuhr insgesamt (Spezialhandel) ⁵	Mill. €	10 332,6	12 095,4	13 316,4	13 912,8	12 492,2	12 561,7	13 891,2	15 075,1	13 518,6
• darunter Güter der Ernährungswirtschaft	Mill. €	547,8	574,4	645,4	652,6	629,9	605,6	631,9	680,6	631,4
• Güter der gewerblichen Wirtschaft	Mill. €	9 339,1	11 092,4	12 368,9	12 672,4	11 381,3	11 401,7	12 680,6	13 776,8	12 338,7
• davon Rohstoffe	Mill. €	52,4	72,8	82,0	80,1	66,0	65,3	73,3	80,9	68,3
• Halbwaren	Mill. €	367,4	511,9	580,8	557,4	532,3	581,1	516,5	564,8	523,8
• Fertigwaren	Mill. €	8 919,3	10 507,6	11 706,0	12 034,9	10 783,0	10 755,4	12 090,8	13 131,1	11 746,7
• davon Vorerzeugnisse	Mill. €	737,8	938,5	1 039,7	966,8	823,2	980,9	1 023,3	1 101,7	1 029,3
• Enderzeugnisse	Mill. €	8 181,5	9 569,2	10 666,3	11 068,1	9 959,8	9 774,5	11 067,5	12 029,4	10 717,4
• darunter ² nach										
• Europa	Mill. €	7 216,0	7 981,2	8 625,4	8 932,8	7 758,3	7 868,8	8 676,4	9 490,2	8 730,9
• dar. in EU-Ländern ³ insgesamt	Mill. €	6 282,3	6 896,4	7 306,5	7 508,5	6 497,6	6 751,1	7 456,6	8 061,4	7 499,7
dar. nach Belgien	Mill. €	373,4	384,5	438,1	468,4	400,5	403,2	450,6	571,4	496,0
Bulgarien	Mill. €	25,6	22,7	25,9	29,7	36,7	30,0	30,2	36,5	30,4
Dänemark	Mill. €	96,6	98,7	102,1	116,5	103,5	92,5	108,6	134,0	112,4
Finnland	Mill. €	88,4	89,0	93,6	90,1	89,9	84,6	103,9	109,3	89,1
Frankreich	Mill. €	839,3	888,7	950,5	973,6	925,0	971,1	991,0	1 045,1	925,9
Griechenland	Mill. €	78,1	58,7	49,3	57,8	45,4	40,5	44,1	47,2	38,4
Irland	Mill. €	42,2	47,4	49,4	61,2	49,6	52,2	54,2	67,9	42,3
Italien	Mill. €	845,1	932,5	962,5	1 009,7	863,7	842,6	909,3	957,5	1 120,1
Luxemburg	Mill. €	36,4	40,8	42,9	39,9	34,8	35,8	39,7	47,4	41,8
Niederlande	Mill. €	402,4	485,6	494,7	493,8	439,5	469,1	510,7	568,8	504,7
Österreich	Mill. €	994,8	1 065,2	1 148,9	1 181,6	1 010,4	1 063,7	1 153,9	1 218,3	1 138,9
Polen	Mill. €	275,6	325,9	366,2	363,8	308,4	328,7	373,3	385,7	350,0
Portugal	Mill. €	81,8	101,5	84,3	83,2	60,0	68,9	71,9	83,0	76,5
Rumänien	Mill. €	97,7	103,6	120,8	139,5	118,9	118,3	124,7	131,0	120,5
Schweden	Mill. €	186,8	218,2	242,8	241,0	205,2	214,8	253,8	265,7	339,8
Slowakei	Mill. €	97,1	130,1	159,3	160,1	128,9	131,0	158,2	169,2	166,1
Slowenien	Mill. €	44,3	49,0	55,1	64,4	47,8	48,8	62,4	61,8	50,7
Spanien	Mill. €	405,1	421,8	425,7	419,2	347,6	387,9	393,7	406,4	366,1
Tschechische Republik	Mill. €	336,0	389,4	426,3	434,7	385,3	386,3	427,7	450,1	415,2
Ungarn	Mill. €	165,0	198,2	197,6	216,3	175,1	180,7	207,4	249,6	206,6
Vereinigtes Königreich	Mill. €	713,0	792,5	811,7	800,3	686,0	755,7	936,0	989,9	805,6
Russische Föderation	Mill. €	203,7	239,5	338,8	381,3	351,4	279,3	331,3	414,8	355,0
• Afrika	Mill. €	209,5	234,7	243,3	228,5	245,9	201,7	269,5	262,0	255,5
dar. nach Südafrika	Mill. €	83,3	93,6	112,1	93,5	90,5	92,5	110,4	123,4	101,2
• Amerika	Mill. €	1 219,8	1 539,7	1 735,7	1 934,2	1 743,7	1 740,8	1 957,1	2 030,1	1 813,5
darunter in die USA	Mill. €	927,5	1 143,2	1 282,1	1 461,7	1 298,3	1 311,3	1 479,4	1 518,5	1 358,3
• Asien ⁴	Mill. €	1 573,9	2 217,8	2 585,9	2 696,2	2 626,2	2 614,3	2 852,6	3 115,8	2 587,8
darunter in die Volksrepublik China	Mill. €	600,5	970,3	1 184,5	1 288,4	1 133,6	1 313,5	1 336,1	1 437,7	1 210,0
nach Japan	Mill. €	177,7	227,3	256,6	268,0	257,6	306,0	331,2	331,7	254,5
• Australien, Ozeanien und übrige Gebiete	Mill. €	113,4	121,9	126,1	121,0	118,1	136,2	135,5	177,0	130,8

* Diese Positionen werden von allen Statistischen Ämtern der Länder im „Zahlenspiegel“ und unter www.statistikportal.de unter dem jeweiligen Thema veröffentlicht.

1 Die Monatsergebnisse sind generell vorläufig. Rückwirkend korrigiert werden nur die Jahresergebnisse.
 2 Ohne Schiffs- und Luftfahrzeugbedarf, Folgegebiete und nicht ermittelte Länder und Gebiete.
 3 Seit Mai 2004 (EU 25) einschl. Zypern; auch für historische Werte. Ab 1.1.2007 einschl. Bulgarien und Rumänien (EU-27);

die Angaben aus 2008 wurden rückwirkend entsprechend umgerechnet.
 4 Ohne Zypern (vgl. FN 3).
 5 Ab 2009 Nachweis einschl. „nicht aufgliederbares Intrahandelsergebnis“.

Bezeichnung	Einheit	2009	2010 ¹	2011 ¹	2011 ¹		2012 ¹			
		Monatsdurchschnitt			April	Mai	Februar	März	April	Mai
Großhandel (2005 = 100) ^{2,3}										
* Index der Großhandelsumsätze nominal	%	99,9	109,6	117,8	112,6	122,4	108,4	129,6	112,7	119,7
* Index der Großhandelsumsätze real ⁴	%	93,7	98,8	101,8	95,7	103,6	91,0	108,5	93,1	99,0
* Index der Beschäftigten im Großhandel	%	96,2	96,4	96,6	97,3	97,6	99,5	99,6	99,7	99,8
Einzelhandel (2005 = 100) ^{2,3}										
* Index der Einzelhandelsumsätze nominal	%	99,2	99,2	103,1	104,1	103,5	94,8	109,6	101,5	104,4
* Einzelhandel mit Waren verschiedener Art ⁵	%	101,1	99,4	102,5	106,8	101,9	97,5	109,4	102,0	104,3
Facheinzelhandel mit Nahrungsmitteln, Getränken und Tabakwaren ⁶	%	93,7	92,6	95,9	92,7	103,2	82,1	94,5	91,0	96,5
Apotheken; Facheinzelhandel mit medizinischen, orthopädischen und kosmetischen Artikeln ⁶	%	116,6	126,0	130,2	129,8	132,7	127,7	142,7	129,8	134,7
Sonstiger Facheinzelhandel ⁶	%	110,0	118,1	122,9	128,8	126,7	108,7	135,1	125,7	129,4
Einzelhandel (nicht in Verkaufsräumen)	%	77,1	56,8	62,0	51,5	59,5	63,6	63,5	55,0	60,4
* Index der Einzelhandelsumsätze real ⁴	%	96,5	95,8	96,0	98,4	97,8	88,5	101,9	94,2	96,6
* Index der Beschäftigten im Einzelhandel	%	99,9	95,9	97,6	96,6	97,0	97,9	98,3	98,3	98,2
Kfz-Handel und Tankstellen (2005 = 100) ⁷										
* Index der Umsätze im Kfz-Handel und der Tankstellen nominal	%	97,6	94,8	103,4	106,3	116,1	91,3	121,9	107,6	110,1
* Index der Umsätze im Kfz-Handel und der Tankstellen real ⁴	%	93,9	89,9	96,3	99,1	108,2	84,2	112,3	98,7	101,4
* Index der Beschäftigten im Kfz-Handel und der Tankstellen	%	97,2	96,6	99,6	99,0	98,9	100,6	100,8	101,1	101,1
Gastgewerbe (2005 = 100) ²										
* Index der Gastgewerbeumsätze nominal	%	94,8	99,5	104,7	96,6	109,1	88,9	97,7	96,3	114,7
Hotels, Gasthöfe, Pensionen und Hotels garnis	%	100,5	110,3	115,7	99,2	124,1	98,6	103,8	106,4	134,1
Sonstiges Beherbergungsgewerbe	%	178,0	185,4	181,4	143,6	196,0	168,9	233,9	193,3	207,5
Restaurants, Cafés, Eisdielen und Imbissbänken	%	90,9	91,8	96,6	94,8	97,7	81,1	93,3	92,5	100,4
Sonstiges Gaststättengewerbe	%	89,9	90,4	95,2	93,3	96,1	79,0	91,3	90,6	99,4
Kantinen und Caterer	%	96,6	103,6	110,5	102,4	123,1	106,6	110,3	107,3	121,3
* Index der Gastgewerbeumsätze real ⁴	%	89,1	90,6	94,0	87,6	98,1	79,0	86,6	87,1	101,0
* Index der Beschäftigten im Gastgewerbe	%	100,7	102,8	104,0	102,7	105,3	100,9	102,3	105,1	107,5
Fremdenverkehr ⁸										
* Gästeankünfte	1 000	2 196	2 356	...	2 167	2 602	1 972	2 160	2 268	2 859
darunter Auslandsgäste	1 000	482	541	...	444	549	442	454	497	647
* Gästeübernachtungen	1 000	6 262	6 485	...	5 813	6 728	5 535	5 538	6 062	7 542
darunter Auslandsgäste	1 000	1 012	1 122	...	922	1 131	998	969	1 022	1 327
Verkehr										
Straßenverkehr										
* Zulassung fabrikneuer Kraftfahrzeuge insgesamt ⁹	Anzahl	65 792	52 766	60 532	64 777	71 681	45 136	80 757	67 477	68 852
darunter Krafträder ¹⁰	Anzahl	2 888	2 752	2 873	5 984	5 107	1 428	7 331	5 393	4 756
Personenkraftwagen und sonstige "M1"-Fahrzeuge	Anzahl	58 841	45 389	51 910	52 285	59 713	39 655	66 166	55 883	58 118
Lastkraftwagen	Anzahl	2 725	3 233	3 999	4 387	4 704	2 826	4 660	3 888	4 047
Zugmaschinen	Anzahl	1 080	1 114	1 450	1 757	1 796	989	2 278	2 010	1 566
sonstige Kraftfahrzeuge	Anzahl	186	196	204	212	261	152	231	189	292
Beförderte Personen im Schienen- und gewerblichen Omnibuslinienverkehr insgesamt (Quartalsergebnisse)	1 000	101 424	101 783	105 029	327 203
davon öffentliche und gemischtwirtschaftliche Unternehmen	1 000	89 789	90 223	91 229	283 030
private Unternehmen	1 000	11 635	11 560	13 800	44 173
* Straßenverkehrsunfälle insgesamt ¹¹	Anzahl	28 496	29 739	29 227	28 892	32 423	27 761	28 079	27 645	31 101
davon Unfälle mit Personenschaden	Anzahl	4 409	4 247	4 427	4 832	5 805	3 101	3 834	3 789	4 859
mit nur Sachschaden	Anzahl	24 087	25 491	24 800	24 060	26 618	24 660	24 245	23 856	26 242
* Getötete Personen ¹²	Anzahl	65	58	65	59	72	32	42	41	55
* Verletzte Personen	Anzahl	5 836	5 639	5 857	6 393	7 433	4 375	5 168	5 105	6 206
Luftverkehr										
Flughafen München										
Fluggäste: Ankunft	1 000	1 356	1 438	1 569	1 538	1 698	1 310	1 553	1 586	...
Abgang	1 000	1 357	1 438	1 564	1 539	1 703	1 333	1 576	1 564	...
Flughafen Nürnberg										
Fluggäste: Ankunft	1 000	164	167	164	177	152	138	157	148	...
Abgang	1 000	164	168	164	179	159	144	160	146	...
Eisenbahnverkehr ¹³										
Güterempfang	1 000 t	2 075	2 318	2 578	2 463	2 978	2 385	2 517	2 468	...
Güterversand	1 000 t	1 902	2 046	2 043	1 895	2 431	1 831	1 844	1 755	...
Binnenschifffahrt										
* Gütereingang insgesamt	1 000 t	413	448	452	329	472	199	478	225	447
davon auf dem Main	1 000 t	226	239	250	183	284	132	293	115	255
auf der Donau	1 000 t	187	209	201	146	188	67	185	110	192
* Güterversand insgesamt	1 000 t	293	300	270	193	326	85	271	103	285
davon auf dem Main	1 000 t	178	205	189	125	246	64	179	82	183
auf der Donau	1 000 t	115	95	80	68	80	21	93	21	103

* Diese Positionen werden von allen Statistischen Ämtern der Länder im „Zahlenspiegel“ und unter www.statistikportal.de unter dem jeweiligen Thema veröffentlicht.

1 Die Monatsergebnisse der Bereiche Großhandel, Einzelhandel, Kfz-Handel und Tankstellen, Gastgewerbe und Fremdenverkehr sind generell vorläufig und werden einschließlich der Vorjahresmonate laufend rückwirkend korrigiert.

2 Ab Januar 2008 wurde erneut eine Neuzugangsstichprobe integriert. Die Messzahlen wurden verkettelt, um des Niveaus an die bisherige Messzahlenserie anzupassen.

3 Einschließlich Handelsvermittlung.

4 In Preisen von 2005.

5 Ohne Reparatur von Gebrauchsgütern.

6 In Verkaufsräumen.

7 sowie Instandhaltung und Reparatur von Kfz.

8 Abschneidegrenze für Beherbergungsbetriebe ab 2012 bei 10 Betten bzw. 10 Stellplätzen bei Campingplätzen.

9 Daten des Kraftfahrt-Bundesamtes.

10 einschl. Leichtkrafträder, dreirädrige und leichte vierrädrige Kfz.

11 Soweit durch die Polizei erfasst. Die einzelnen Monatsergebnisse des laufenden Jahres sind vorläufig.

12 Einschl. der innerhalb 30 Tagen an den Unfallfolgen verstorbenen Personen.

13 Ohne Berücksichtigung der Nachkorrekturen.

Bezeichnung	Einheit	2009	2010	2011	2011		2012			
		Monatsdurchschnitt ¹			April	Mai	Februar	März	April	Mai
Geld und Kredit										
Kredite und Einlagen ^{2,3}										
Kredite an Nichtbanken insgesamt	Mill. €	476 869	483 547	486 599	.	.	.	481 011	.	.
dar. Kredite an inländische Nichtbanken ⁴	Mill. €	398 322	402 963	414 052	.	.	.	411 340	.	.
dav. kurzfr. Kredite an Nichtbanken insgesamt	Mill. €	65 079	74 032	78 921	.	.	.	67 295	.	.
Unternehmen und Privatpersonen ⁵	Mill. €	62 264	54 140	52 326	.	.	.	55 260	.	.
öffentliche Haushalte ⁶	Mill. €	2 815	19 893	26 595	.	.	.	12 035	.	.
mittelfr. Kredite an Nichtbanken insgesamt ⁷	Mill. €	64 376	60 476	59 421	.	.	.	61 568	.	.
Unternehmen und Privatpersonen ⁵	Mill. €	62 242	57 979	56 463	.	.	.	58 230	.	.
öffentliche Haushalte ⁶	Mill. €	2 134	2 498	2 958	.	.	.	3 338	.	.
langfr. Kredite an Nichtbanken insgesamt ⁸	Mill. €	347 414	349 039	348 257	.	.	.	352 148	.	.
Unternehmen und Privatpersonen ⁵	Mill. €	314 090	315 327	313 850	.	.	.	318 495	.	.
öffentliche Haushalte ⁶	Mill. €	33 325	33 713	34 407	.	.	.	33 653	.	.
Einlagen von Nichtbanken insgesamt ⁹ (Monatsende)	Mill. €	522 685	536 254	560 515	.	.	.	568 330	.	.
davon Sicht- und Termineinlagen ¹⁰	Mill. €	413 386	416 578	437 127	.	.	.	442 775	.	.
von Unternehmen und Privatpersonen ⁵	Mill. €	395 368	395 130	403 499	.	.	.	411 588	.	.
von öffentlichen Haushalten ⁶	Mill. €	18 019	21 448	33 627	.	.	.	31 187	.	.
Spareinlagen	Mill. €	109 299	119 676	123 389	.	.	.	125 555	.	.
darunter bei Sparkassen	Mill. €	44 405	48 799	49 994	.	.	.	49 629	.	.
bei Kreditbanken	Mill. €	27 032	28 492	29 793	.	.	.	31 792	.	.
Zahlungsschwierigkeiten										
* Insolvenzen insgesamt	Anzahl	1 514	1 583	1 491	1 386	1 702	1 427	1 501	1 305	1 503
darunter mangels Masse abgelehnt	Anzahl	131	137	113	104	131	119	131	103	109
* davon Unternehmen	Anzahl	329	320	284	281	288	273	302	300	304
darunter mangels Masse abgelehnt	Anzahl	94	101	81	79	88	77	96	79	83
* Verbraucher	Anzahl	866	946	908	809	1 071	868	910	727	902
darunter mangels Masse abgelehnt	Anzahl	5	2	2	2	3	4	1	4	2
* ehemals selbständig Tätige	Anzahl	282	282	261	263	295	250	255	251	264
darunter mangels Masse abgelehnt	Anzahl	19	22	19	19	27	24	23	14	17
* sonstige natürliche Personen ¹¹ , Nachlässe	Anzahl	37	36	38	33	48	36	34	27	33
darunter mangels Masse abgelehnt	Anzahl	13	12	10	4	13	14	11	6	7
* Voraussichtliche Forderungen insgesamt	1 000 €	528 623	389 469	315 812	356 819	542 485	1 536 120	330 242	543 951	1234 641
davon Unternehmen	1 000 €	399 583	251 491	196 827	234 023	390 341	1 430 882	238 547	423 095	1139 720
Verbraucher	1 000 €	55 932	59 979	52 915	54 669	78 366	47 076	46 558	39 262	44 150
ehemals selbständig Tätige	1 000 €	56 205	61 717	51 332	53 675	59 261	50 301	39 112	66 870	48 260
sonstige natürliche Personen ¹¹ , Nachlässe	1 000 €	16 903	16 198	14 739	14 452	14 517	7 862	6 025	14 724	2 511
Öffentliche Sozialleistungen										
Arbeitslosenversicherung (SGB III – Arbeitsförderung –)										
Empfänger von Arbeitslosengeld I	1000	174,1	152,6	...	119,7	108,8	153,2	135,7	115,8	...
Ausgaben für Arbeitslosengeld I	Mill. €	220,5	198,6	...	157,4	130,7	169,4	186,8	151,9	125,0
Bedarfsgemeinschaften und Leistungsempfänger (SGB II – Grundsicherung für Arbeitsuchende –) ¹²										
Bedarfsgemeinschaften	1000	263,9	266,7	...	254,4	250,7	237,8	238,4
Leistungsempfänger	1000	492,1	492,7	...	462,6	455,9	431,4	432,1
davon von Arbeitslosengeld II	1000	350,8	351,9	...	331,2	326,0	306,9	307,7
Sozialgeld	1000	141,3	140,8	...	131,4	129,9	124,5	124,5
Steuern										
Gemeinschaftsteuern [*]	Mill. €									
davon Steuern vom Einkommen	Mill. €	3 649,2	3 650,3	4 054,7	3 505,0	4 162,7	3 106,0	6 084,1	2 710,1	3 388,7
davon Lohnsteuer	Mill. €	2 589,0	2 522,5	2 701,1	2 547,1	2 778,3	2 697,0	2 488,1	2 700,9	2 930,0
veranlagte Einkommensteuer	Mill. €	498,0	543,6	557,2	51,3	99,7	-1,0	1 640,5	167,7	114,1
nicht veranlagte Steuern vom Ertrag	Mill. €	252,6	248,7	341,8	525,5	1 150,2	152,8	1 300,0	114,6	314,3
Abgeltungsteuer	Mill. €	163,1	118,3	109,1	110,7	79,8	89,9	141,7	92,4	75,1
Körperschaftsteuer	Mill. €	146,5	217,2	345,5	270,4	54,7	166,3	513,8	-365,5	-44,8
Steuern vom Umsatz [*]	Mill. €									
davon Umsatzsteuer (Mehrwertsteuer)	Mill. €	1 696,7	1 618,0	1 676,3	1 388,2	1 602,1	2 308,1	1 183,4	1 538,4	1 816,5
Einfuhrumsatzsteuer [*]	Mill. €									
Bundessteuern [*]	Mill. €									
darunter Verbrauchsteuern	Mill. €									
darunter Mineralölsteuer	Mill. €									
Solidaritätszuschlag	Mill. €									
Landesteuern	Mill. €	258,3	199,4	204,0	191,0	211,8	226,9	266,5	191,9	194,5
darunter Erbschaftsteuer	Mill. €	82,4	78,3	70,6	71,9	78,1	72,0	84,6	76,9	69,3
Grundwerbsteuer	Mill. €	76,2	86,6	98,2	87,0	94,9	121,4	129,4	83,9	89,4
Biersteuer	Mill. €	13,1	12,7	12,7	12,3	13,0	9,8	9,8	11,8	12,1

* Diese Positionen werden von allen Statistischen Ämtern der Länder im „Zahlenspiegel“ und unter www.statistikportal.de unter dem jeweiligen Thema veröffentlicht.

1 Kredite und Einlagen: Stand Jahresende, ab 2005 Quartalsdurchschnitt.
2 Aus Veröffentlichungen der Deutschen Bundesbank Frankfurt am Main. – Quartalsergebnisse der in Bayern

tätigen Kreditinstitute (einschl. Bausparkassen), ohne Landeszentralbank und Postbank.

3 Stand am Jahres- bzw. Monatsende.

4 Ohne Treuhänderkredite.

5 Ab 12/04 einschl. Kredite (Einlagen) an ausländischen öffentlichen Haushalten.

6 Ab 12/04 ohne Kredite (Einlagen) an ausländischen öffentlichen Haushalten.

7 Laufzeiten von über 1 Jahr bis 5 Jahre.

8 Laufzeiten über 5 Jahre.

9 Ohne Verbindlichkeiten gegenüber Geldmarktfonds und ohne Einlagen aus Treuhänderkrediten.

10 Einschl. Spartenbriefe.

11 Nachweis erst ab 2002 möglich.

12 Daten nach einer Wartezeit von drei Monaten.

☆ Aktuelle Daten nicht mehr verfügbar.

Bezeichnung	Einheit	2009	2010	2011	2011		2012					
		Monatsdurchschnitt			April	Mai	Februar	März	April	Mai		
Noch: Steuern												
Gemeindesteuern ^{1, 2, 3}	Mill. €	608,3	660,5	758,9	-	-	-	2 270,9	-	-		
darunter Grundsteuer A	Mill. €	6,8	6,9	7,0	-	-	-	20,2	-	-		
Grundsteuer B	Mill. €	123,8	128,6	130,5	-	-	-	362,1	-	-		
Gewerbesteuer (brutto)	Mill. €	473,7	521,0	617,4	-	-	-	1 861,4	-	-		
Steuereinnahmen des Bundes ⁴	Mill. €	-	-	-	-	-	-	-	-	-		
darunter Anteil an den Steuern vom Einkommen ^{4, 5}	Mill. €	1 374,5	1 390,0	1 576,2	1 386,1	1 523,3	1 167,3	2 534,9	942,4	1 090,2		
Anteil an den Steuern vom Umsatz ⁶	Mill. €	-	-	-	-	-	-	-	-	-		
Anteil an der Gewerbesteuerumlage ^{4, 8}	Mill. €	16,9	20,8	23,2	64,4	0,0	-0,7	35,5	74,5	0,0		
Steuereinnahmen des Landes ⁴	Mill. €	-	-	-	-	-	-	-	-	-		
darunter Anteil an den Steuern vom Einkommen ^{4, 5}	Mill. €	1 405,9	1 409,1	1 570,1	1 386,1	1 562,1	1 176,6	2 534,9	942,4	1 152,9		
Anteil an den Steuern vom Umsatz ⁶	Mill. €	-	-	-	-	-	-	-	-	-		
Anteil an der Gewerbesteuerumlage ^{4, 6, 7}	Mill. €	62,9	81,0	88,6	222,2	24,3	151,3	-29,9	249,7	30,3		
Steuereinnahmen der Gemeinden/Gv ^{2, 3, 4}	Mill. €	999,1	1 016,2	1 124,8	-	-	-	2 154,7	-	-		
darunter Anteil an der Lohn- u. veranl. Einkommensteuer ^{4, 5}	Mill. €	426,4	407,8	433,8	340,8	307,4	340,7	573,4	378,7	305,6		
Anteil an den Steuern vom Umsatz ⁶	Mill. €	44,6	45,2	48,1	-	-	-	6,8	-	-		
Gewerbesteuer (netto) ^{1, 8}	Mill. €	392,1	419,2	505,1	-	-	-	1 838,6	-	-		
Verdienste												
		2010	2011	2010	2011			2012				
		Jahreswert		1. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.		
* Bruttononatsverdienste ¹⁰ der vollzeitbeschäftigten Arbeitnehmer ¹¹ im Produzierenden Gewerbe und im Dienstleistungsbereich	€	3 718	3 852	3 282	3 379	3 424	3 439	3 475		
männlich	€	3 965	4 118	3 481	3 590	3 640	3 654	3 693		
weiblich	€	3 085	3 178	2 778	2 850	2 875	2 891	2 921		
Leistungsgruppe 1 ¹²	€	7 111	7 388	6 030	6 147	6 221	6 248	6 290		
Leistungsgruppe 2 ¹²	€	4 340	4 489	3 822	3 933	3 968	4 008	4 038		
Leistungsgruppe 3 ¹²	€	2 999	3 111	2 687	2 781	2 839	2 853	2 883		
Leistungsgruppe 4 ¹²	€	2 447	2 529	2 188	2 276	2 321	2 357	2 365		
Leistungsgruppe 5 ¹²	€	1 976	2 041	1 815	1 876	1 920	1 925	1 943		
Produzierendes Gewerbe	€	3 304	3 958	3 253	3 415	3 499	3 502	3 524		
Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden	€	3 089	3 343	2 817	2 985	3 031	3 101	3 101		
Verarbeitendes Gewerbe	€	3 366	4 090	3 347	3 514	3 583	3 581	3 604		
Energieversorgung	€	4 104	4 816	4 005	4 239	4 161	4 208	4 201		
Wasserversorgung; Abwasser- und Abfallentsorgung und Beseitigung von Umweltverschmutzungen	€	2 776	3 089	2 742	2 862	2 928	2 901	2 930		
Baugewerbe	€	2 786	3 027	2 505	2 627	2 892	2 936	2 939		
Dienstleistungsbereich	€	3 180	3 771	3 304	3 352	3 367	3 390	3 437		
Handel; Instandhaltung, u. Reparatur von Kraftfahrzeugen	€	3 131	3 727	3 178	3 264	3 301	3 304	3 347		
Verkehr und Lagerei	€	2 688	3 076	2 708	2 813	2 843	2 870	2 871		
Gastgewerbe	€	1 979	2 105	1 975	2 011	2 031	2 012	2 046		
Information und Kommunikation	€	4 290	5 332	4 438	4 556	4 594	4 613	4 811		
Erbringung von Finanz- und Versicherungsdienstleistungen	€	4 076	5 307	4 272	4 344	4 335	4 387	4 433		
Grundstücks- und Wohnungswesen	€	3 355	4 116	3 418	3 575	3 617	3 650	3 660		
Erbringung von freiberuflichen, wissenschaftlichen und technischen Dienstleistungen	€	4 409	5 434	4 444	4 459	4 527	4 556	4 625		
Erbringung von sonstigen wirtschaftlichen Dienstleistungen	€	1 978	2 355	2 158	2 153	2 188	2 251	2 318		
Öffentliche Verwaltung, Verteidigung, Sozialversicherung	€	2 901	3 291	3 037	3 083	3 088	3 092	3 095		
Erziehung und Unterricht	€	3 685	4 104	3 834	3 845	3 852	3 853	3 855		
Gesundheits- und Sozialwesen	€	3 093	3 540	3 185	3 253	3 296	3 325	3 329		
Kunst, Unterhaltung und Erholung	€	5 225	/	/	/	/	/	/	/	/		
Erbringung von sonstigen Dienstleistungen	€	2 968	3 498	3 068	3 146	3 187	3 190	3 238		
Preise												
		2007	2008	2009	2010	2011	2011	2012				
		Durchschnitt ¹¹					Juni	April	Mai	Juni		
* Verbraucherpreisindex (2005 = 100)	%	104,2	107,0	107,6	108,8	111,3	111,1	113,7	113,5	113,5		
Gesamtindex	%	106,7	113,0	112,1	114,1	117,4	117,9	120,8	120,6	121,7		
Nahrungsmittel und alkoholfreie Getränke	%	105,3	107,9	111,2	112,9	114,7	115,0	118,6	118,9	119,0		
Alkoholische Getränke, Tabakwaren	%	99,5	99,8	101,0	101,0	101,6	100,3	106,9	106,0	104,4		
Bekleidung und Schuhe	%	105,6	109,8	110,9	112,3	115,9	115,6	118,0	118,2	118,1		
Wohnung, Wasser, Strom, Gas und andere Brennstoffe	%	101,0	102,9	104,8	105,0	105,7	105,6	106,9	107,5	107,8		
Möbel und Ausrüstungen für den Haushalt	%	101,7	102,2	102,6	102,4	103,0	103,0	105,2	105,2	105,3		
Gesundheitspflege	%	107,0	110,6	108,2	111,9	117,1	116,8	121,9	120,8	119,7		
Verkehr	%	94,9	91,8	89,8	88,0	85,6	85,8	84,8	84,6	84,6		
Nachrichtenübermittlung	%	100,0	99,6	100,7	100,0	100,8	100,2	101,7	101,5	101,4		
Freizeit, Unterhaltung und Kultur	%	120,7	128,0	129,3	131,2	133,0	132,8	134,9	135,1	135,2		
Bildungswesen	%	105,8	108,7	111,6	113,2	113,7	112,9	114,2	114,8	116,1		
Beherbergungs- und Gaststättendienstleistungen	%	103,6	105,6	107,6	108,7	110,5	110,6	110,8	110,5	110,6		
Andere Waren und Dienstleistungen	%	103,8	105,3	107,2	108,0	109,3	109,0	110,4	110,2	110,5		
Dienstleistungen (ohne Wohnungsnettomieten)	%	103,9	105,8	107,5	109,0	110,5	110,4	111,5	111,8	111,9		
Wohnungsnettomieten	%											

* Diese Positionen werden von allen Statistischen Ämtern der Länder im „Zahlenspiegel“ und unter www.statistikportal.de unter dem jeweiligen Thema veröffentlicht.

1 Vj. Kassenstatistik.

2 Quartalsbeiträge (jeweils unter dem letzten Quartalsmonat nachgewiesen).

3 Einsohl. Steuereinkommen der Landkreise.

4 Quelle: Bundesministerium der Finanzen (BMF).

5 März, Juni, September und Dezember:

Termin von Vierteljahreszahlungen.

6 April, Juli, Oktober und Dezember:

Termin von Vierteljahreszahlungen.

7 Einsohl. Erhöhungsbetrag.

8 Einsohl. Zinsabschlag.

9 Nach Abzug der Gewerbesteuerumlage.

10 Quartalswerte: ohne Sonderzahlungen; Jahreswerte: mit Sonderzahlungen.

11 Einsohl. Beamte, ohne Auszubildende.

12 Leistungsgruppe 1: Arbeitnehmer in leitender Stellung;

Leistungsgruppe 2: herausgehobene Fachkräfte;

Leistungsgruppe 3: Fachkräfte;

Leistungsgruppe 4: angelernte Arbeitnehmer;

Leistungsgruppe 5: ungelernte Arbeitnehmer.

13 Durchschnitt aus 12 Monatsindizes.

☆ Aktuelle Daten nicht mehr verfügbar.

Bezeichnung	Einheit	2007	2008	2009	2010	2011	2011		2012	
		Durchschnitt ¹					August	Nov.	Februar	Mai
Noch: Preise										
Preisindex für Bauwerke ² (2005 ± 100)										
* Wohngebäude insgesamt (reine Baukosten)	%	109,0	112,3	113,0	113,9	117,2	117,7	118,1	119,4	120,2
davon Rohbauarbeiten	%	110,6	114,5	114,5	115,2	119,0	119,6	119,9	121,4	122,4
Ausbauarbeiten	%	107,7	110,4	111,7	112,8	115,7	116,0	116,6	117,8	118,2
Schönheitsreparaturen in einer Wohnung	%	103,4	104,5	106,2	107,2	108,6	108,9	109,3	109,1	110,0
Bürogebäude	%	109,9	113,4	114,3	114,7	117,8	118,3	118,8	120,1	120,7
Gewerbliche Betriebsgebäude	%	109,9	113,7	114,5	115,0	118,7	119,3	119,5	120,8	121,5
Straßenbau	%	112,9	118,9	121,7	123,0	126,1	126,9	127,4	129,1	130,3
							2011		2012	
							2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.
Baulandpreise je m²										
Baureifes Land	€	233,16	250,77	227,80	207,51	223,46	249,83	240,96
Rohbauland	€	55,09	74,86	53,54	43,27	58,59	37,55	35,30
Sonstiges Bauland	€	65,69	66,42	59,06	46,37	39,78	45,09	45,48

Nachrichtlich: Ergebnisse für Deutschland

Bezeichnung	Einheit	2007	2008	2009	2010	2011	2011		2012	
		Durchschnitt ¹					Juni	April	Mai	Juni
* Verbraucherpreisindex (2005 ± 100)										
Gesamindex	%	103,9	106,6	107,0	108,2	110,7	110,6	112,8	112,6	112,5
Nahrungsmittel und alkoholfreie Getränke	%	105,9	112,3	110,9	112,5	115,7	116,2	119,1	119,1	120,3
Alkoholische Getränke, Tabakwaren	%	106,4	108,4	111,3	113,0	114,6	114,9	117,9	118,1	117,9
Bekleidung und Schuhe	%	100,7	101,4	102,8	103,7	105,6	104,4	109,7	109,0	107,4
Wohnung, Wasser, Strom, Gas und andere Brennstoffe	%	104,9	108,5	108,9	110,1	113,5	113,4	115,8	115,8	115,6
Möbel und Ausrüstungen für den Haushalt	%	101,0	102,5	104,2	104,6	105,1	105,1	105,9	106,3	106,4
Gesundheitspflege	%	101,3	103,0	104,0	104,7	105,5	105,5	107,7	107,8	107,8
Verkehr	%	106,9	110,5	108,3	112,1	116,9	116,9	121,5	120,3	119,3
Nachrichtenübermittlung	%	94,9	91,8	89,8	88,0	85,6	85,8	84,8	84,6	84,6
Freizeit, Unterhaltung und Kultur	%	99,8	99,8	101,4	101,3	102,3	101,6	103,2	102,8	102,8
Bildungswesen	%	126,9	137,9	132,3	131,8	128,8	133,5	112,2	112,4	112,4
Beherbergungs- und Gaststättendienstleistungen	%	104,0	106,3	108,7	109,9	111,5	111,0	112,1	112,9	113,8
Andere Waren und Dienstleistungen	%	103,7	105,9	107,5	108,4	110,2	110,7	110,4	110,0	110,0
Außenhandels-, Erzeuger- und Großhandelspreise										
in Deutschland										
Index der Einfuhrpreise ³ (2005 ± 100)	%	105,1	109,9	100,5	108,3	117,0	116,5	120,6	119,8	118,0
Ausfuhrpreise ⁴ (2005 ± 100)	%	103,0	104,8	102,5	106,0	109,9	110,0	111,9	111,8	111,5
Index der										
Erzeugerpreise gew. Produkte ⁴ (Inlandsabsatz); (2005 ± 100) ...	%	106,8	112,7	108,0	109,7	115,9	116,0	118,7	118,3	117,8
Vorleistungsgüterproduzenten	%	107,9	110,8	105,0	109,1	114,9	115,6	116,0	116,0	115,7
Investitionsgüterproduzenten	%	100,7	101,6	102,4	102,5	103,7	103,7	104,7	104,8	104,8
Konsumgüterproduzenten zusammen	%	103,0	106,9	105,6	106,2	109,9	110,1	112,6	112,3	112,4
Gebrauchsgüterproduzenten	%	102,3	105,0	106,4	106,7	108,5	108,5	110,2	110,2	110,3
Verbrauchsgüterproduzenten	%	103,1	107,2	105,5	106,1	110,1	110,3	113,0	112,6	112,7
Energie	%	113,7	128,4	117,7	119,3	132,0	131,5	138,3	137,1	135,2
Erzeugung landwirtschaftlicher Produkte ⁴ (2005 ± 100)	%	119,9	124,3	100,7	114,1	128,6	...	133,0p
Pflanzliche Erzeugung	%	135,0	135,3	104,4	123,1	140,1	...	144,0
Tierische Erzeugung	%	110,6	117,6	98,4	108,5	121,5	...	126,2p
Großhandelsverkaufspreise ⁴ (2005 ± 100)	%	107,1	112,9	105,0	111,2	119,5	120,1	123,7	122,8	121,4
darunter Großhandel mit										
Nahrungs- u. Genussmitteln, Getränken, Tabakwaren	%	106,5	113,0	110,9	114,0	119,5	119,3	122,0	120,9	121,1
festen Brennstoffen, Mineralölzerzeugnissen	%	107,7	123,3	102,4	116,7	134,5	134,4	147,8	142,9	137,0
Einzelhandel und Kraftfahrzeughandel										
zusammen (2005 ± 100)	%	103,2	105,6	105,5	106,7	108,6	108,5	110,8	110,7	110,7
darunter Einzelhandel mit Waren verschiedener Art	%	104,8	108,9	108,6	110,1	112,4	112,7	115,4	115,5	116,3
Einzelhandel mit Nahrungs- und Genussmitteln, Getränken und Tabakwaren	%	105,7	109,7	110,6	111,8	114,3	114,5	117,5	117,8	118,4
Kraftfahrzeughandel	%	105,5	106,4	106,8	107,0	108,1	108,1	108,8	108,7	108,7

* Diese Positionen werden von allen Statistischen Ämtern der Länder im „Zahlenspiegel“ und unter www.statistikportal.de unter dem jeweiligen Thema veröffentlicht.

1 Durchschnitt aus 12 Monatsindizes, ausgenommen: Erzeugerpreise landwirtschaftlicher Produkte (Vierteljahresdurchschnittsmesszahlen der einzelnen Waren mit den entsprechenden Monats- bzw. Vierteljahresumsätzen im Kalenderjahr 1995), Preisindex für Bauwerke (Durchschnitt aus den 4 Erhebungsmonaten Februar, Mai, August und November) und Bauland-

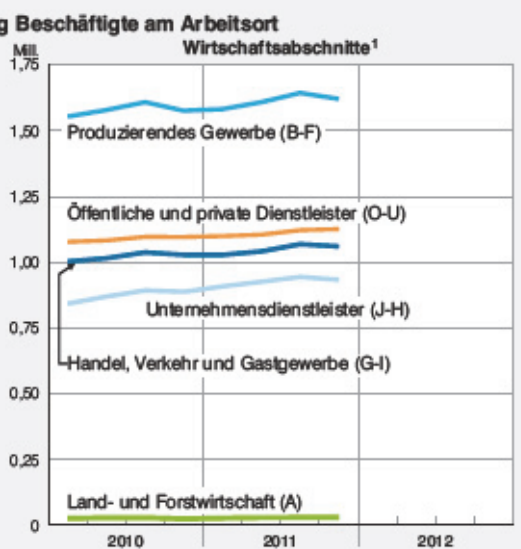
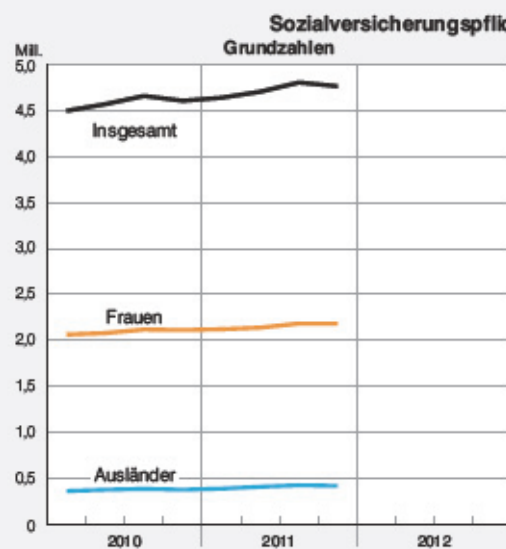
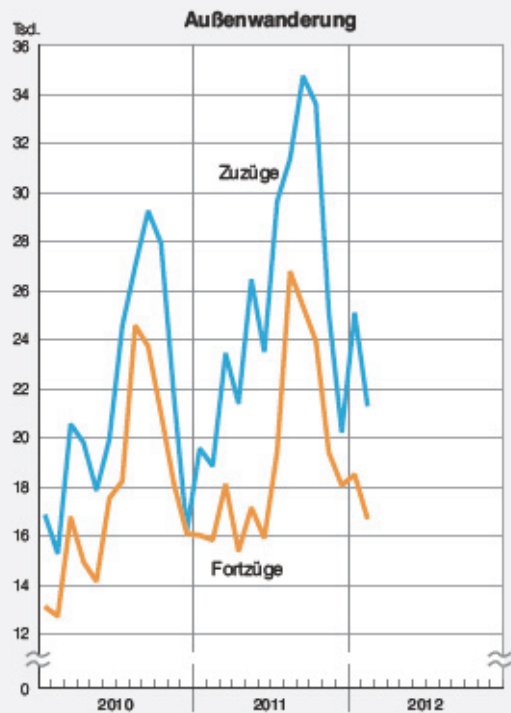
preise (Monatsdurchschnitt für die Jahre aus der Jahresaufbereitung).

2 Einschl. Mehrwertsteuer.

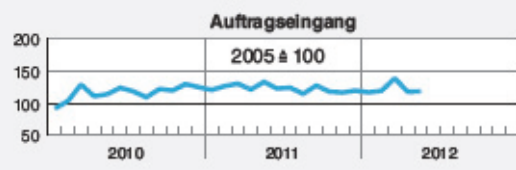
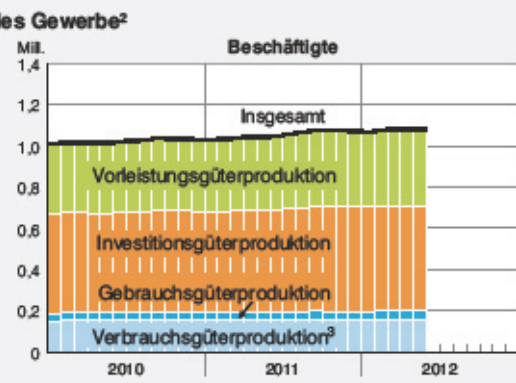
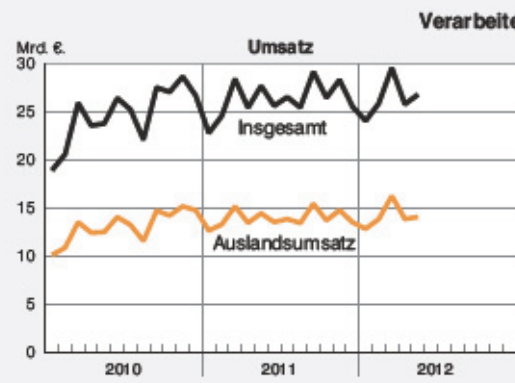
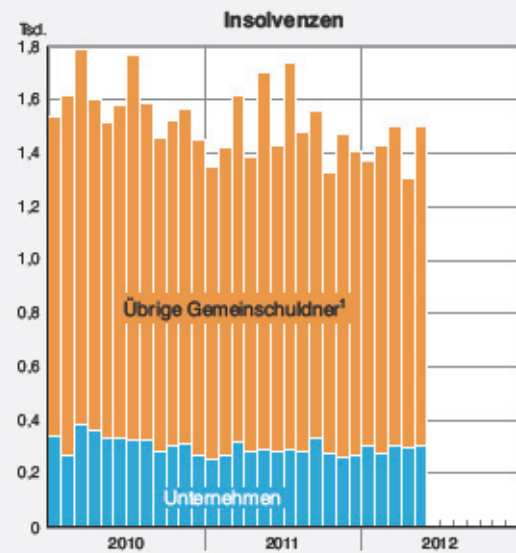
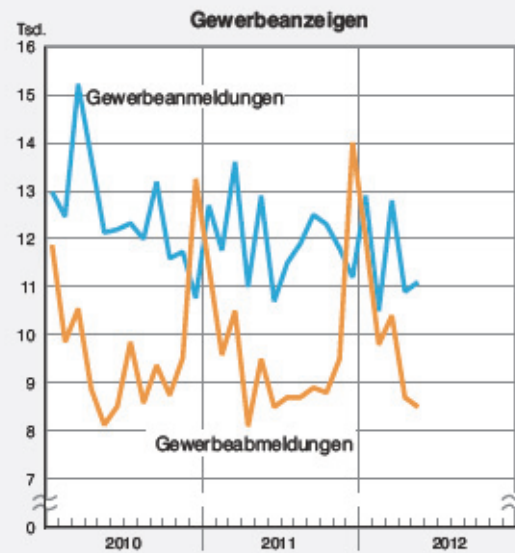
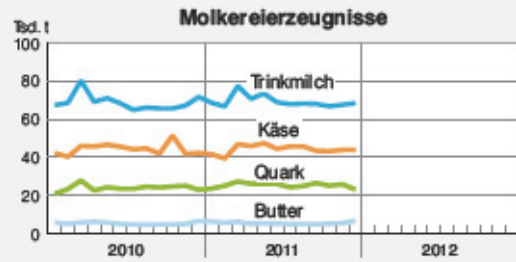
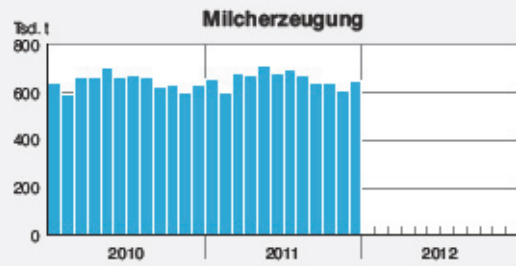
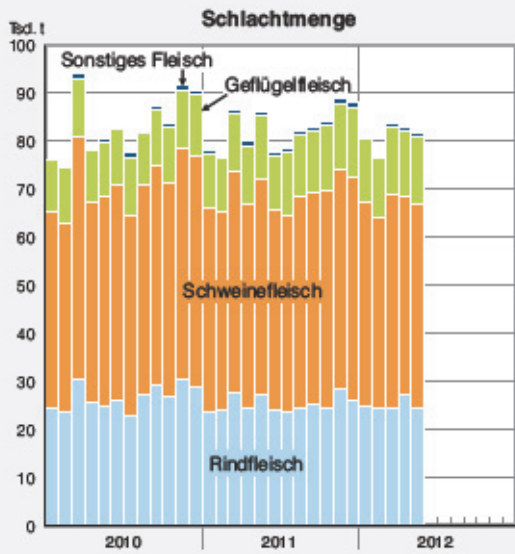
3 Ohne Zölle, Abschöpfungen, Währungsausgleichsbeträge und Einfuhrumsatzsteuer.

4 Ohne Mehrwertsteuer.

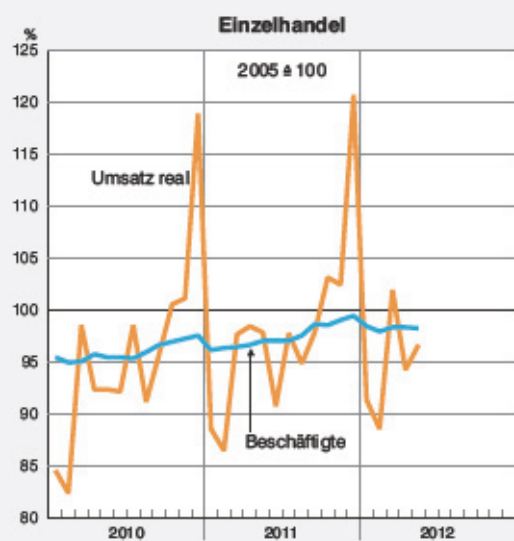
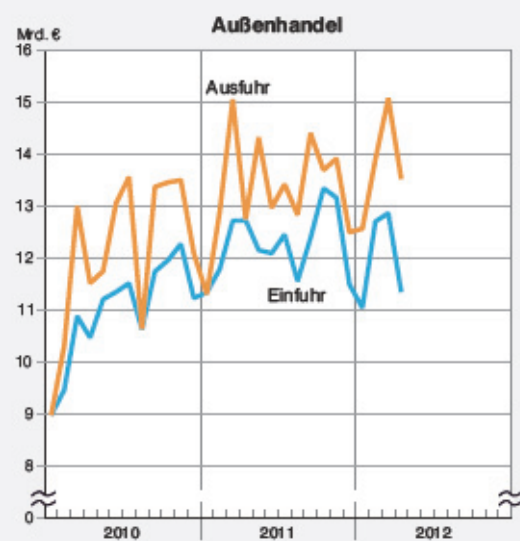
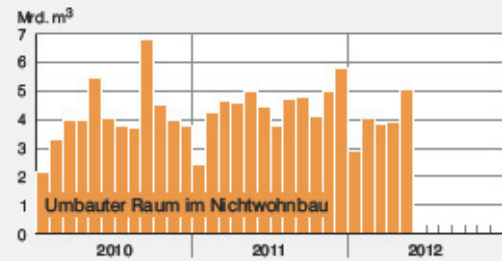
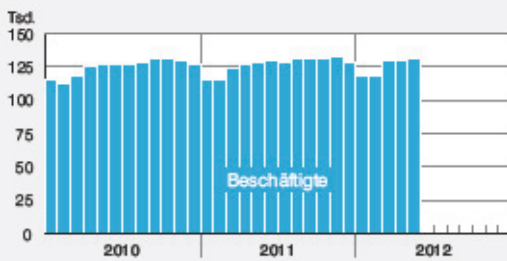
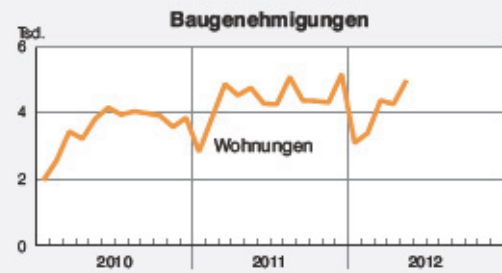
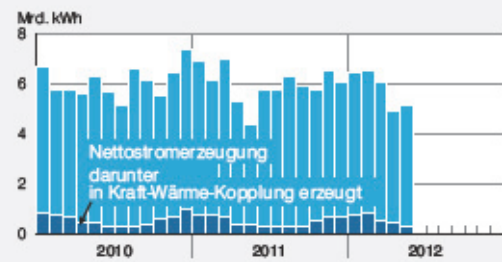
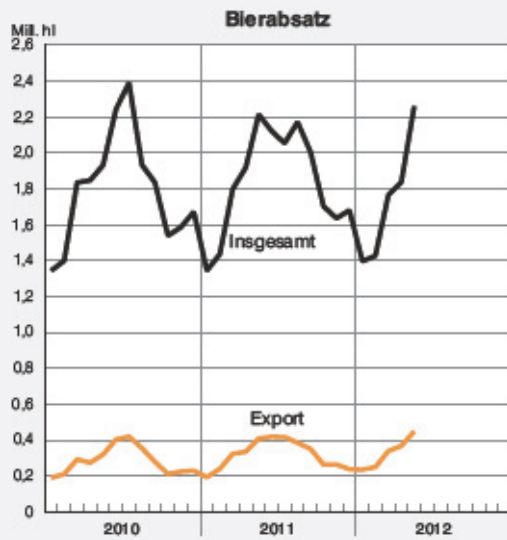
Graphiken zum Bayerischen Zahlenspiegel

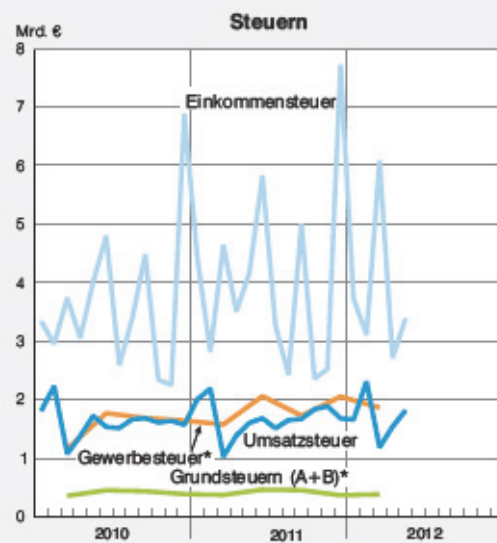
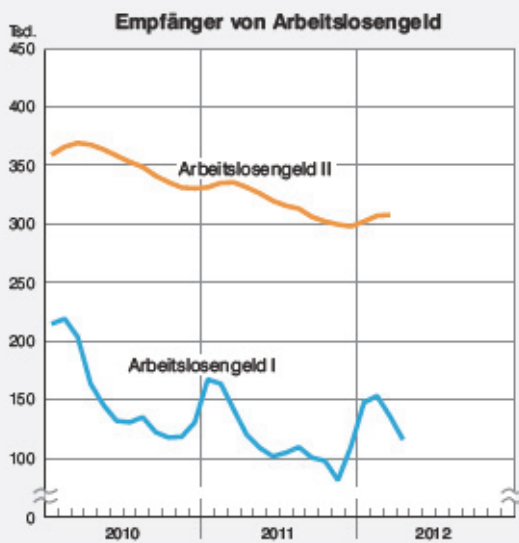
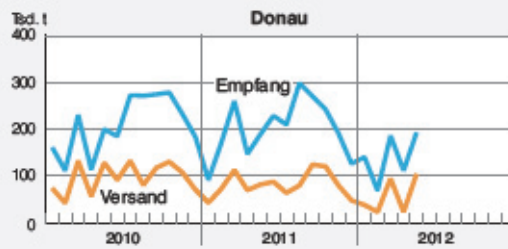
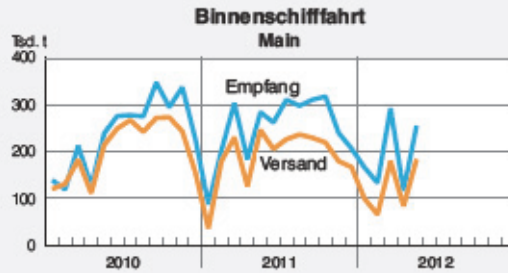
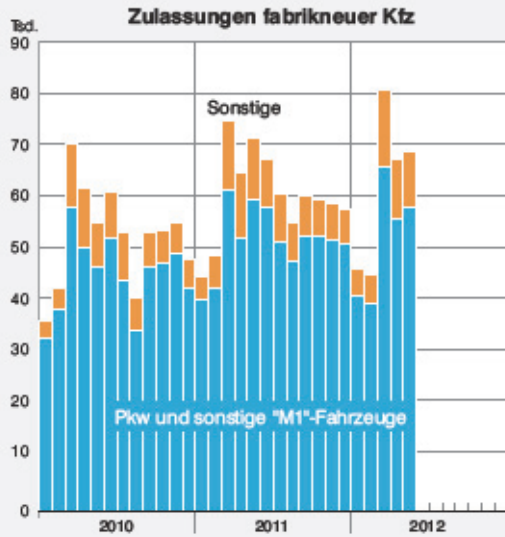
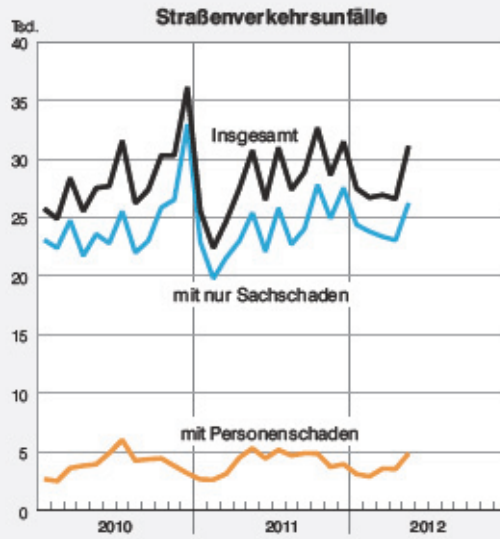
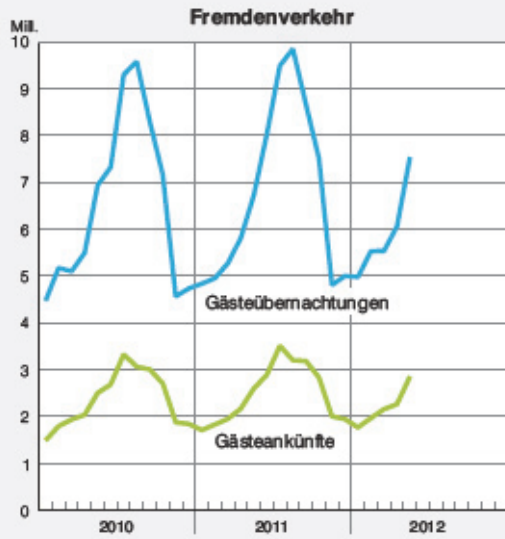


¹ Klassifikation der Wirtschaftszweige, Ausgabe 2008 (WZ 2008); in Klammern WZ-Code (Näheres Statistischer Bericht A6501C).



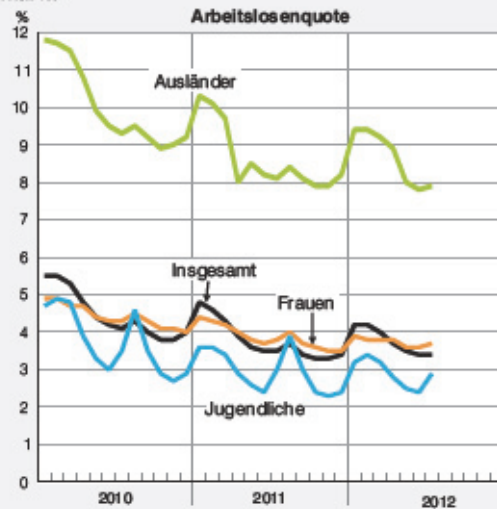
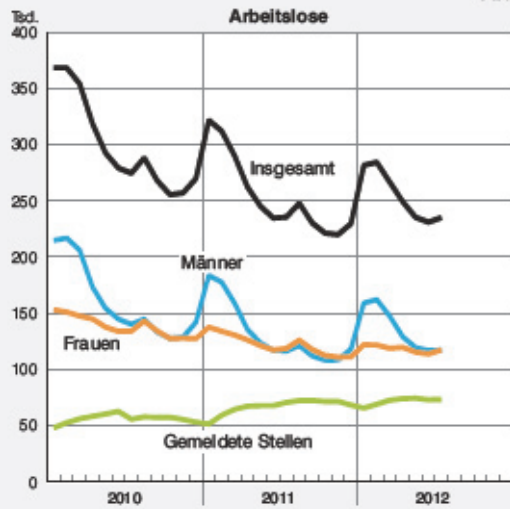
1 Einschließlich Verbraucherinsolvenzen.
 2 sowie Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden; ab Jan. 2007 nur Betriebe mit 50 oder mehr Beschäftigten, davor Betriebe von Unternehmen mit mehr als 20 Beschäftigten.
 3 Einschließlich Energie.



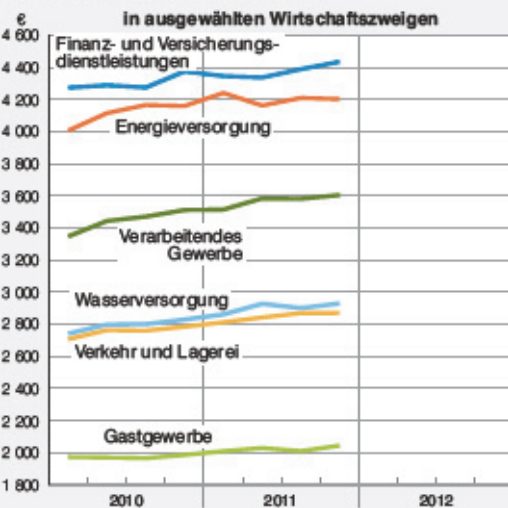
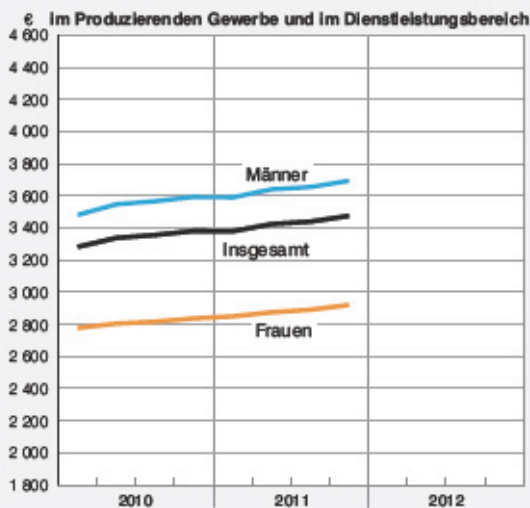


* Quartalswerte.

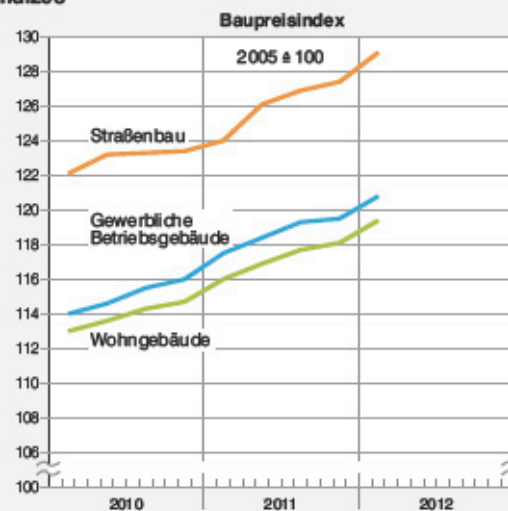
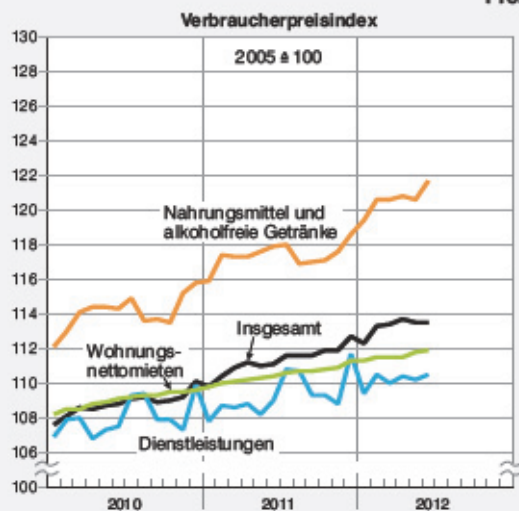
Arbeitsmarkt



Bruttomonatsverdienste der vollzeitbeschäftigten Arbeitnehmer



Preisindizes



Juni 2012

Statistische Berichte

Angegeben sind die Preise für Druckwerke. Die zugehörigen Dateien sind kostenlos erhältlich unter www.statistik.bayern.de/veroeffentlichungen. Soweit Berichte nur als Datei (ND) angeboten werden, ist auf Anfrage ein Druck möglich.

ND	Natürliche Bevölkerungsbewegung • Natürliche Bevölkerungsbewegung in Bayern 2010 (Kreisfreie Städte und Landkreise)	ND	• Umsatz und Beschäftigte im bayerischen Gastgewerbe im April 2012
ND	Erwerbstätigkeit • Strukturdaten der Bevölkerung und der Haushalte in Bayern 2011; Teil I der Ergebnisse der 1%-Mikrozensusserhebung	ND	Straßen- und Schienenverkehr • Straßenverkehrsunfälle in Bayern (ausführliche Ergebnisse des Berichtsjahres) 2011 (Kreisfreie Städte und Landkreise)
11,00 €	Allgemeinbildende Schulen • Volksschulen in Bayern – Stand: 1. Oktober 2011 (Kreisfreie Städte und Landkreise)	ND	• Straßenverkehrsunfälle in Bayern (ausgewählte Ergebnisse des Berichts- und Vorjahresmonats) im März 2012 (Kreisfreie Städte und Landkreise)
14,20 €	• Volksschulen zur sonderpädagogischen Förderung und Schulen für Kranke in Bayern – Stand: 1. Oktober 2011 (Kreisfreie Städte und Landkreise)	ND	Schiffsverkehr • Binnenschifffahrt in Bayern im März 2012 (Häfen)
ND	Viehwirtschaft und tierische Erzeugung • Viehbestände in Bayern – Viehzählung im Mai 2011 (Kreisfreie Städte und Landkreise)	ND	Schwerbehinderte, Kriegsopfer • Schwerbehinderte Menschen in Bayern 2011 (Kreisfreie Städte und Landkreise)
ND	• Viehbestände in Bayern – Viehzählung im November 2011 (Kreisfreie Städte und Landkreise)	ND	Asylbewerberleistungen • Asylbewerber und Leistungen in Bayern – Stand: 31. Dezember 2011 (Kreisfreie Städte und Landkreise)
ND	Gewerbeanzeigen • Gewerbeanzeigen in Bayern im März 2012 (Kreisfreie Städte und Landkreise)	13,20 €	Wohngeld • Wohngeld in Bayern 2011 (Kreisfreie Städte und Landkreise)
ND	• Gewerbeanzeigen in Bayern im April 2012 (Kreisfreie Städte und Landkreise)	ND	Ausbildungsförderung • Ausbildungsförderung in Bayern nach dem BAföG und dem BayAföG 2009
5,10 €	Verarbeitendes Gewerbe • Verarbeitendes Gewerbe in Bayern im April 2012 (Kreisfreie Städte und Landkreise)	ND	• Ausbildungsförderung in Bayern nach dem BAföG und dem BayAföG 2010
ND	• Verarbeitendes Gewerbe (sowie Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden) in den kreisfreien Städten und Landkreisen Bayerns nach Wirtschaftsabteilungen 2011 (Kreisfreie Städte und Landkreise)	ND	Preise und Preisindizes • Verbraucherpreisindex für Bayern im Mai 2012 sowie Jahreswerte von 2006 bis 2011
ND	• Index der Produktion für das Verarbeitende Gewerbe (sowie Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden) in Bayern im April 2012	ND	• Verbraucherpreisindex für Bayern im Juni 2012 sowie Jahreswerte von 2006 bis 2011
ND	• Index des Auftrageingangs für das Verarbeitende Gewerbe in Bayern im April 2012	6,70 €	• Verbraucherpreisindex für Bayern – Monatliche Indexwerte von Januar 2006 bis Mai 2012
ND	• Produktion des Verarbeitenden Gewerbes (sowie Bergbau, Gewinnung von Steinen und Erden) in Bayern 2011	4,40 €	• Verbraucherpreisindex für Deutschland im Mai 2012 (Bund)
ND	Baugewerbe insgesamt • Baugewerbe in Bayern im März 2012 (Kreisfreie Städte und Landkreise)	36,10 €	Verzeichnisse • Volksschulen in Bayern – Stand: 1. Oktober 2011 (Standorte)
ND	• Baugewerbe in Bayern im April 2012 (Kreisfreie Städte und Landkreise)	17,30 €	• Volksschulen zur sonderpädagogischen Förderung und Schulen für Kranke in Bayern – Stand: 1. Oktober 2011 (Standorte)
ND	Energie- und Wasserversorgung • Energiewirtschaft in Bayern; Teil I: Vorläufige Monatsergebnisse – 4. Vierteljahr 2011	13,40 €	• Verzeichnis der Berufsfachschulen (ohne Berufsfachschulen des Gesundheitswesens) in Bayern – Stand: 20. Oktober 2011 (Standorte)
ND	• Energiewirtschaft in Bayern; Teil II: Jahresergebnisse 2010	17,70 €	• Berufsfachschulen des Gesundheitswesens in Bayern – Stand: 20. Oktober 2011 (Standorte)
8,10 €	Bautätigkeit • Baugenehmigungen in Bayern im Februar 2012 (Kreisfreie Städte und Landkreise)	5,70 €	• Fachakademien in Bayern – Stand: 20. Oktober 2011 (Standorte)
8,10 €	• Baugenehmigungen in Bayern im März 2012 (Kreisfreie Städte und Landkreise)	8,30 €	• Berufsschulen in Bayern – Stand: 20. Oktober 2011 (Standorte)
7,30 €	• Baugenehmigungen in Bayern im Jahr 2011 (Kreisfreie Städte und Landkreise)	4,20 €	• Berufsschulen zur sonderpädagogischen Förderung in Bayern – Stand: 20. Oktober 2011 (Standorte)
ND	Binnenhandel • Umsatz und Beschäftigte im bayerischen Einzelhandel im April 2012		
ND	Außenhandel • Ausfuhr und Einfuhr Bayerns im März 2012		
17,60 €	Tourismus und Gastgewerbe • Tourismus in Bayern im März 2012 (Gemeinden)		
17,70 €	• Tourismus in Bayern im April und Winterhalbjahr 2011/2012 (November 2011 mit April 2012) (Gemeinden)		

Die regionalen Gliederungen sind in Klammern angegeben.

Bestellungen

Bayerisches Landesamt für Statistik und Datenverarbeitung

Vertrieb

St.-Martin-Straße 47

81541 München

Fax 089 2119-3457

E-Mail vertrieb@statistik.bayern.de

Auf Anfrage wird das aktuelle Veröffentlichungsverzeichnis kostenlos zugesandt (bevorzugt per E-Mail).



Statistisches Jahrbuch für Bayern 2011

Inhalt

- Zeitreihen • Zeitreihen zu sämtlichen statistischen Bereichen für die Jahre 1960, 1970, 1980, 1990, 2000 und 2010
- Bevölkerung und Kultur • Bevölkerungsstand und -bewegung, Gesundheitswesen, Bildung und Kultur, Rechtspflege, Wahlen, Erwerbstätigkeit
- Wirtschaft und Finanzen • Land- und Forstwirtschaft, Produzierendes Gewerbe, Bautätigkeit, Wohnungswesen, Handel und Gastgewerbe, Verkehr, Geld und Kredit, Versicherungen, Öffentliche Finanzen, Preise
- Soziale Verhältnisse • Öffentliche Sozialleistungen, Löhne und Gehälter, Versorgung und Verbrauch
- Gesamte Volkswirtschaft • Entstehung, Verteilung und Verwendung des Sozialproduktes, Umweltschutz
- Regionaldaten • Strukturdaten der Landkreise, kreisfreien Städte, Regierungsbezirke und Regionen
- Bund und Länder • Wichtige Strukturdaten Deutschlands und aller Bundesländer
- Bayern in Europa • Strukturdaten der 27 Mitgliedsstaaten der EU
- Sachverzeichnis • Merkmalsbezogen tief gegliedert

- 597 Seiten
- Tabellenwerk mit den wichtigsten statistischen Daten zum Freistaat Bayern
- Graphische Darstellungen
- Bayernkarten mit Regierungsbezirken, Landkreisen, kreisfreien Städten sowie Regionen
- Geographische und meteorologische Angaben

Preise

Buch	39,- €
CD-ROM (PDF)	12,- €
Buch + CD-ROM	46,- €

Bestellungen

Telefon 089 21 19-3205
 Telefax 089 21 19-3457
 vertrieb@statistik.bayern.de

Herausgeber und Vertrieb

Bayerisches Landesamt für
 Statistik und Datenverarbeitung
 St.-Martin-Straße 47
 81541 München

Sie können das Jahrbuch und alle anderen Veröffentlichungen auch per E-Mail bei unserem Vertrieb bestellen:

vertrieb@statistik.bayern.de